WEISSBUCH

ÜBER

DIE AMERIKANISCH-ENGLISCHE

INTERVENTIONSPOLITIK

IN WESTDEUTSCHLAND

UND DAS WIEDERERSTEHEN

DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS



Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland
und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus



WEISSBUCH

über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus

Überreicht vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Abgeschlossen am 4. August 1951

2. Auflage

Satz: VEB Offizin Haag-Drugulin und Sachsenverlag Werke Leipzig. Druck und Buchbinderarbeiten: Sachsenverlag Werke Leipzig III/18/211/21 000/51

INHALT

Vorwort

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland übergibt dem deutschen Volk und allen friedliebenden Völkern diese Dokumentensammlung, weil die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs beabsichtigen, im Herbst dieses Jahres die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht offen zu verfügen. Die westdeutsche Separatregierung ist bereits dazu übergegangen, alle organisatorischen, politischen und wirtschaftlichen Vorbereitungen für die Errichtung der deutschen Wehrmacht zu treffen.

Die in diesem Weißbuch enthaltenen Tatsachen beweisen, daß in Westdeutschland nicht etwa nur Polizeiformationen geschaffen werden, sondern daß der wiedererstehende deutsche Imperialismus sich die neue Angriffsarmee schafft, mit der er sich unter der Führung der USA die Vormachtstellung in Europa erobern will. Unter dem Vorwand der „Vereinigung Europas" sucht der deutsche Imperialismus seine Vorherrschaft über die europäischen Marshallplan-Staaten herzustellen und den Überfall auf die Sowjetunion, die volksdemokratischen Staaten und die Deutsche Demokratische Republik vorzubereiten.

Das Weißbuch weist nach, daß es die westlichen Besatzungsmächte und ihre Interventionstruppen in Westdeutschland sind, die den deutschen Imperialismus wiedererstehen lassen. Das geschieht im Gegensatz zu den Potsdamer Beschlüssen und gegen den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die ihre Heimat und sich selbst nicht den Eroberungszielen des amerikanischen und deutschen Monopolkapitals opfern will.

Der Nationalrat bittet alle friedliebenden Menschen, insbesondere alle Parlamentsabgeordneten und Funktionäre demokratischer Vereinigungen und Organisationen, eingedenk ihrer hohen Verantwortung daran mitzuarbeiten, daß die Völker die große Gefahr erkennen, die ihnen durch das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus unter der Führung der amerikanischen Konzern- und Bankherren droht.

Berlin, Anfang August 1951

DER NATIONALRAT DER NATIONALEN FRONT
DES DEMOKRATISCHEN DEUTSCHLAND



I.

Um den Krieg vorzubereiten, wurde Deutschland gespalten

1. Aus dem Schuldkonto der deutschen Imperialisten

Die amerikanischen Imperialisten, die fieberhaft einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik vorbereiten, und ihre deutschen Schützlinge und Bundesgenossen, die deutschen Imperialisten, sind lebhaft bemüht, die Völker die Schrecken des Krieges und das Schuldkonto des deutschen Imperialismus vergessen zu machen. Es erscheint daher nützlich, an einige Tatsachen zu erinnern:

Die Opfer des ersten Weltkrieges

Während des ersten Weltkrieges von 1914—1918, zu dessen Hauptverantwortlichen der räuberische deutsche Imperialismus gehört, wurden 8 732 000 Menschen, die Blüte der Jugend der europäischen Völker, getötet. 20 816 000 wurden verwundet. Deutschland verlor allein an Toten 1 808 000, Österreich-Ungarn 1 000 000, Frankreich 1 354 000, Rußland 2 250 000, Großbritannien 869 000, Belgien 115 000 Menschen. Die USA, die erst im letzten Teil des Krieges eingriffen, hatten insgesamt 126 000 Tote zu beklagen.

Die unmittelbaren Kriegskosten aller am ersten Weltkrieg beteiligten Staaten wurden von amerikanischer Seite auf 337,9 Milliarden Dollar geschätzt, der Umfang der Kriegszerstörungen auf 36,9 Milliarden Dollar.

Die Verluste des zweiten Weltkrieges

Für das Ausmaß der Leiden und Verluste, die der deutsche Imperialismus mit seinem zweiten Weltkrieg über die Menschheit brachte, ist kennzeichnend, daß es bis heute noch keine allgemein anerkannte Gesamtzusammenstellung der Totenzahlen gibt. Auf Grund der amtlichen und halbamtlichen Mitteilungen, die von den meisten Staaten bereits vorliegen, läßt sich jedoch schon ein annähernd vollständiges Bild gewinnen.

Allein die von Hitler räuberisch überfallene Sowjetunion, auf deren Gebiet die deutschen Okkupanten eine Politik der Ausrottung durchführten, verlor 7 Millionen Menschen. Die Kriegskosten und Verluste durch Zerstörungen usw., allein der Sowjetunion, die die Hauptlast des Kampfes gegen den bestialischen deutschen Imperialismus zu tragen hatte, belaufen sich auf 485 Milliarden Dollar, übersteigen also bedeutend die Gesamtkosten und materiellen Verluste aller am ersten Weltkrieg beteiligten Länder zusammengenommen. (Siehe: W. M. Molotow, „Fragen der Außenpolitik", Moskau 1949, Seite 394/95.)

Nach der Sowjetunion hat Polen mit 6 Millionen Toten die schwersten Verluste an Menschenleben und zugleich auch die schwersten Verwüstungen seiner Städte und Dörfer zu beklagen. Allein die Stadt Warschau hatte mit 780 000 Toten höhere Menschenverluste als das gesamte britische Empire.

Frankreich verlor nach einer offiziellen Zusammenstellung 576 000 Menschen. 198 000 von ihnen fielen auf den Schlachtfeldern oder starben in deutschen Kriegsgefange-

nenlagern, 37 000 fielen als Untergrundkämpfer, fast 10 000 wurden als Widerstandskämpfer von den deutschen Okkupanten erschossen, über 59 000 Menschen waren Opfer von Fliegerangriffen (größtenteils der amerikanischen Angriffe auf französische Städte). Die übrigen wurden in deutschen Konzentrationslagern und an anderen Orten der Deportation ermordet. Holland verlor etwa 200 000 Menschen, das britische Imperium etwa 700 000. Die Verluste der USA auf allen Kriegsschauplätzen belaufen sich auf zusammen 314 000 Tote. Sie waren damit geringer als die Verluste, die in den USA jährlich durch Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang entstehen.

Die Gesamtzahl der Todesopfer des zweiten Weltkrieges, die das Schuldkonto des deutschen Imperialismus belasten, kann mit etwa 27 Millionen angegeben werden. Eine vom Vatikan herausgegebene Schätzung gibt als zweifellos zu niedrig bemessene Gesamtzahl 22 060 000 Todesopfer an. (World Almanac, New York 1947, Scrips-Howard-Press, S. 521.)

Über 8 Millionen Menschen — Männer, Frauen, Kinder, Greise — wurden allein in den deutschen Konzentrationslagern ermordet. Weitere Millionen friedlicher Bürger aller europäischen Länder wurden durch die vom deutschen Imperialismus in Polen, der Sowjetunion und in allen okkupierten Ländern betriebene Ausrottungspolitik, die Judenverfolgungen und Strafexpeditionen getötet. „Deutschland wurde eine riesige Folterkammer. Die Schreie der Opfer wurden in der ganzen Welt gehört." (Aus der Anklagerede des amerikanischen Hauptanklägers Robert H. Jackson vor dem Nürnberger Gerichtshof.)

Die Gesamtkosten und materiellen Gesamtverluste aller Länder (außer China) während des zweiten Weltkrieges werden von amerikanischer Seite auf 1350 Milliarden Dollar geschätzt. (World Almanac, New York 1950, Scrips-Howard-Press, S. 746.)

Das ist nur ein Auszug aus dem furchtbaren Schuldkonto der deutschen Imperialisten. Sie von neuem auszurüsten und auf die Menschheit zu hetzen ist ein Verbrechen, dessen sich die Imperialisten der USA und die deren Kriegspolitik fördernden Regierungen und herrschenden Kreise der europäischen Länder schuldig machen.

Die deutsche Jugend wurde dezimiert

Außerordentlich schwer sind die Verluste, die das deutsche Volk erlitt. Es hat schwer dafür gezahlt, daß es sich vom deutschen Imperialismus zu einem Raub- und Ausrottungskrieg ohne Beispiel in der Geschichte gegen die friedliebenden Völker mißbrauchen ließ.

Die Zahl der Todesopfer, die das deutsche Volk zu beklagen hatte, beläuft sich — nach bisher vorliegenden Angaben — auf etwa 5,5 Millionen. Davon sind etwa 3,3 Millionen Gefallene, 500 000 identifizierte Todesopfer der Bombenangriffe, etwa 200 000 von den Nazis ermordete deutsche Juden und etwa 1,5 Millionen während des Krieges, während der Bombenangriffe, während der Rückzüge und Evakuierungen Verschollene, die überwiegend als tot anzusehen sind. Für Freunde des wiedererstehenden deutschen Militarismus ist es vielleicht nicht unwichtig zu er-

wähnen, daß 75 bis 85 Prozent aller Verluste der deutschen Armee im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion auf dem östlichen Kriegsschauplatz entstanden.[1])

Welche gewaltigen Lücken der verbrecherische Raubkrieg des deutschen Imperialismus in zahlreiche Jahrgänge der jungen deutschen Generation gerissen hat, ergibt sich aus einer bezeichnenden Meldung, die das „Schwäbische Tagblatt", Tübingen, in seiner Ausgabe vom 3. Februar 1951 veröffentlichte. Danach sind von 100 Deutschen des Jahrgangs 1924 nach einer Statistik des deutschen Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten 25 gefallen oder vermißt, 31 sind schwerkriegsbeschädigt, 5 leicht verwundet, 2 arbeitsunfähig. Nur 37 von den 100 jungen Deutschen sind gesund.

Das ist die Bilanz eines Jahrgangs. In anderen Jahrgängen der jungen deutschen Generation sieht es ähnlich aus.

Wer einen Krieg beginnt, muß dafür zahlen

In seiner Anklagerede vor dem Nürnberger Gerichtshof gab der Hauptanklagevertreter der USA, Robert H. Jackson, zu, daß die USA durch den zweiten Weltkrieg den geringsten Schaden erlitten haben:

> „Auf unsere amerikanischen Städte sind nicht Tag und Nacht von Menschen oder aus Flugzeugen, die von ferner Hand gelenkt wurden, Bomben abgeworfen worden. Unsere Tempel sind nicht in Trümmer gelegt, unseren Landsleuten nicht die Häuser über den Köpfen zerstört worden." Jackson gab die feierliche Versicherung ab, daß die USA dennoch niemandem in der Entschlossenheit nachstünden, eine Wiederholung der deutschen Aggression unmöglich zu machen und fuhr fort: „Zweimal in meinem Leben haben die Vereinigten Staaten ihre junge Mannschaft über den Atlantischen Ozean geschickt, ihre Hilfsquellen fast erschöpft und sich mit Schulden belastet, um Deutschland niederringen zu helfen... Die Vereinigten Staaten können nicht Generation auf Generation ihrer Jugend auf die Schlachtfelder Europas werfen... Die Erfahrung hat gelehrt, daß Kriege sich nicht mehr begrenzen lassen; alle modernen Kriege werden am Ende zu Weltkriegen. Und keine der großen Nationen zumindest kann sich heraushalten. Wenn wir uns aber aus dem Krieg nicht heraushalten können, bleibt uns nur die Hoffnung, ihn zu verhüten..." Es kommt darauf an, „eine rechtliche Sicherung zu schaffen, daß, wer einen Krieg beginnt, auch persönlich dafür bezahlt".

Die Politik der USA seit Beendigung des zweiten Weltkrieges und seit den Tagen des Nürnberger Prozesses steht im Gegensatz zu diesen Ausführungen Jacksons. Die USA schicken zum drittenmal ihre „junge Mannschaft über den Atlantischen Ozean", aber diesmal nicht, um die Aggression des deutschen Imperialismus abzuschlagen oder um zu der Befreiung von einem Aggressor geknechteter oder be-

---

[1]) Die Zusammenstellung stützt sich in der Hauptsache auf eine in „Wirtschaft und Statistik", November 1949, Heft 8, veröffentlichte Arbeit, ferner auf Angaben über die Verluste des zweiten Weltkrieges, die in dem Werk von Blackett „Militärische und politische Folgen der Atomenergie" zusammengestellt sind. (Berlin 1949, Anhang II, S. 263 ff.)

drohter Völker beizutragen, sondern um selbst friedliebende Völker zu überfallen, um den deutschen Imperialismus wieder zu bewaffnen und gemeinsam mit ihm die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen.

Wenn die amerikanischen Kriegstreiber und ihre Bundesgenossen und Handlanger in Westdeutschland fähig wären, eine Lehre aus der jüngsten Geschichte zu ziehen, müßten sie allein aus dem Studium der Materialien der Nürnberger Prozesse folgern: Wenn sie ihren Krieg beginnen, kommt unweigerlich der Tag, an dem sie ebenso wie die Kriegsverbrecher von Nürnberg auf der Anklagebank sitzen werden. Sie können sich dann nicht darauf berufen, daß sie sich der Konsequenzen ihrer Handlungen nicht bewußt gewesen seien.

2. Das Abkommen, das den Frieden sichern soll

Die Hauptziele von Potsdam

In der von Churchill, Roosevelt und Stalin unterzeichneten Erklärung von Jalta, auch Krim-Deklaration genannt, die die Ergebnisse der Krim-Konferenz (3. bis 11. Februar 1945) zusammenfaßte, ist als Grundsatz der Nachkriegspolitik die Verpflichtung der Großmächte zur Zusammenarbeit und Verständigung festgelegt:

> „Unsere Zusammenkunft hier auf der Krim hat unseren gemeinsamen Beschluß von neuem bestätigt, die Einheitlichkeit der Zielsetzung und des Vorgehens, welche den Vereinten Nationen den Sieg in diesem Krieg ermöglicht und gesichert hat, im kommenden Frieden aufrechtzuerhalten. *Wir glauben, daß dies eine heilige Pflicht ist, deren Erfüllung unsere Regierungen ihren eigenen Völkern sowie den Völkern der Welt schulden.*"

Und um den Frieden für einen langen Zeitraum zu sichern und jede Aggression des deutschen Imperialismus in Zukunft unmöglich zu machen, beschlossen die „Großen Drei" in Jalta weiter: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören... Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen."

Diese Vereinbarungen von Jalta bilden die Grundlage des Potsdamer Abkommens. Hier heißt es dementsprechend in dem Deutschland betreffenden Abschnitt III:

> „Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nationalsozialismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.
>
> Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit

geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem aufzubauen."

Von den im Potsdamer Abkommen festgelegten wichtigsten Maßnahmen zur Sicherung des Friedens sind in diesem Zusammenhang von besonderer Wichtigkeit: die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Bestrafung und Unschädlichmachung der für den Krieg und die Naziverbrechen Verantwortlichen, die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage, die Dezentralisierung des deutschen Wirtschaftslebens „mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen". Von entscheidender Bedeutung für das deutsche Volk sind ferner der im Potsdamer Abkommen enthaltene Grundsatz der Behandlung Deutschlands als Einheit, der durch die Verpflichtung unterstrichen wurde, bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung einige wichtige zentrale gesamtdeutsche Verwaltungsorgane zu bestellen.

„Die Reaktionäre allerorts unzufrieden"

Das Potsdamer Abkommen, das die Unterschriften von Stalin, Truman und Attlee trägt, wurde auch in den USA als Schlag gegen die amerikanische Kriegspartei, gegen die amerikanischen und englischen Monopole angesehen, die „vor dem Kriege zum Faschismus neigten und auch nach dem Kriege die Wiedererstehung der deutschen Großmonopole erhofften". Die New Yorker Zeitung „Post Meridien" (PM) schrieb am 5. August 1945, drei Tage nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens:

> „Die Beschlüsse über Deutschland bedeuten die völlige Niederlage jener Finanz- und Industriekreise der USA und Englands, die vor dem Kriege zum Faschismus neigten und nach dem Kriege die Wiedererstehung der deutschen Großmonopole erhofften, die Hitler unterstützt haben.. Die Beseitigung der Kontrolle der deutschen Monopolisten über ... die deutsche Industrie ist eine gewaltige Errungenschaft dieser historischen Konferenz ...
> Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz sind auf ein Ziel gerichtet: die Sicherstellung des Friedens! Die Reaktionäre werden allerorts damit unzufrieden sein."

Die einstigen Förderer Hitlers und jetzigen Förderer des deutschen Imperialismus geben sich jedoch — wie wir heute sehen — nicht so schnell geschlagen. Sie verfolgen beharrlich die Politik der Spaltung Deutschlands, um wenigstens in dem von ihnen besetzten Westdeutschland die Durchführung des Potsdamer Abkommens zu hintertreiben.

Grundsatz der Einheit Deutschlands

Die Westmächte versuchten schon auf der Konferenz in Teheran (1. Dezember 1943) und später bei Verhandlungen in Moskau die Zerstückelung Deutschlands durchzusetzen.

In Teheran wurde von den USA der Vorschlag eingebracht, Deutschland in fünf Teile aufzuspalten. Etwa ein Jahr später, im Oktober 1944, kam in Moskau der Plan

der britischen Regierung, der eine Spaltung Deutschlands in drei Teile vorsah, zur Erörterung. Diese Enthüllungen über die Versuche der Westmächte, Deutschland zu zerstückeln, sind in einer am 11. April 1947 von W. M. Molotow auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats abgegebenen Erklärung enthalten:

Molotow erinnerte in diesem Zusammenhang an die bekannte Erklärung J. W. Stalins vom 9. Mai 1945, in der es unter anderem heißt:

> „Vor drei Jahren verkündete Hitler vor aller Welt, daß die Zerstückelung der Sowjetunion, die Losreißung des Kaukasus, der Ukraine, Bjelorußlands, der baltischen Länder und anderer Sowjetgebiete zu seiner Aufgabe gehört ... Deutschland ist aufs Haupt geschlagen. Die deutschen Truppen kapitulieren. Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten."

Das war eine klare Absage der Sowjetunion an alle Versuche der Westmächte, Deutschland in drei oder sogar fünf Teile zu spalten. Der Standpunkt der Sowjetunion, Deutschlands wirtschaftliche und politische Einheit zu wahren, wurde im Potsdamer Abkommen durchgesetzt.

Die Durchführung des Potsdamer Abkommens liegt nicht nur im Interesse der Völker, die den deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg besiegten, sondern vor allem auch im Interesse des deutschen Volkes selbst. Das zur Bildung und Entwicklung eines friedliebenden demokratischen Deutschland verpflichtende Potsdamer Abkommen ist der einzige von allen Siegermächten anerkannte internationale Vertrag, der dem deutschen Volk einen Rechtsanspruch auf seine Einheit, Verhinderung und Beseitigung jeder Spaltung und Zerstückelung gibt. Dieser Rechtsanspruch ist und bleibt eine der wichtigsten Waffen des deutschen Volkes im Kampf um seine Einheit und die Erhaltung des Friedens.

Die imperialistischen Westmächte, die das Potsdamer Abkommen gebrochen haben und täglich aufs neue verletzen, zerstörten damit gleichzeitig die Rechtsgrundlagen der Besetzung Westdeutschlands, ihres eigenen Auftretens in Westdeutschland. Mit der Zerstörung der rechtlichen Grundlagen ihres Aufenthaltes in Westdeutschland sind die Truppen der imperialistischen Westmächte von Besatzungstruppen zu völkerrechtswidrigen Interventionstruppen geworden.

3. Deutschland so oder so

Der Weg der Demokratie und des Friedens

Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Durchführung der Deutschland betreffenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von den amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden planmäßig sabotiert worden ist, sind in der Deutschen Demokratischen Republik die in Potsdam vereinbarten Maßnahmen dem Geiste und dem Buchstaben des Vertrages entsprechend verwirklicht worden.

Die Sowjetunion ist die einzige der Vertragsmächte, die gleich 1945 — ohne zu zögern — an die ehrliche und vorbehaltlose Erfüllung des Vertrages heranging. Sie

führte in ihrem Besatzungsgebiet die völlige Entmilitarisierung und Abrüstung durch, sie sorgte für die Bestrafung und Unschädlichmachung der für den Krieg und die Naziverbrechen Verantwortlichen, sie unterstützte und förderte alle deutschen demokratischen Kräfte, die Bildung demokratischer Parteien und alle Bemühungen, das politische Leben auf demokratischer Grundlage umzugestalten; sie förderte vor allem die Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft.

Die deutschen demokratischen Kräfte in der damaligen sowjetischen Besatzungszone setzten sich von Anfang an das Ziel, dem aggressiven räuberischen deutschen Imperialismus und Militarismus im Interesse des deutschen Volkes wie im Interesse aller friedliebenden Völker die Grundlagen zu entziehen. In dem Anfang Juni 1945 beschlossenen Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands (veröffentlicht in „Deutsche Volkszeitung", Zentralorgan der KPD, Nr. 1, vom 13. Juni 1945) wurde u. a. gefordert:

„6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes...

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden."

Dieser klaren, verantwortungsbewußten Zielsetzung und den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens entsprechend wurden in dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik im Herbst 1945 durch die Bodenreform die Grundlagen des reaktionären Junkertums, dieser Stütze des aggressiven deutschen Imperialismus, beseitigt:

„Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudalen junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war. Durch die Bodenreform soll der jahrhundertealte Traum der landlosen und landarmen Bauern und Landarbeiter von der Übergabe des Großgrundbesitzes in ihre Hände erfüllt werden. Somit ist die Bodenreform die wichtigste Voraussetzung der demokratischen Umgestaltung und des wirtschaftlichen Aufstieges unseres Landes.

Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind..." (Aus der „Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg" vom 6. September 1945.)

Entsprechende Verordnungen wurden in allen Ländern der damaligen sowjetischen Besatzungszone erlassen.

Ferner wurden den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens entsprechend die Kartelle, Syndikate, Truste und anderen Monopolvereinigungen zerschlagen. Die Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher und Kriegsgewinnler wurden — im Jahre 1946 — auf Grund eines Volksentscheides enteignet und in die Hände des Volkes übergeben:

„Das ganze Vermögen der Nazipartei und ihrer Gliederungen und die Betriebe und Unternehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Nazipartei und des Nazistaates, wie auch die Betriebe und Unternehmen, die aktiv den Kriegsverbrechern gedient haben und die der Landesverwaltung Sachsen übergeben wurden, werden als enteignet erklärt und in das Eigentum des Volkes überführt." (Aus dem „Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes", erlassen von der Landesverwaltung Sachsen auf Grund des Volksentscheides vom 30. Juni 1946.)

Entsprechende Gesetze wurden in allen Ländern der damaligen sowjetischen Besatzungszone beschlossen und durchgeführt. Diese Maßnahmen wurden ergänzt durch eine im Potsdamer Abkommen und der Direktive des Kontrollrats Nr. 24 vorgesehene Säuberung der Verwaltungen von nazistischen und militaristischen Elementen.

Durch alle diese Maßnahmen zusammengenommen wurden die Voraussetzungen für eine demokratische und friedliche Entwicklung Deutschlands geschaffen.

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, stellte in seiner Regierungserklärung anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik fest, daß die Regierung ihre Arbeit in völliger Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz durchführen werde. Ministerpräsident Otto Grotewohl erklärte u. a.:

> Zwei Weltkriege in einer Generation hat der deutsche Imperialismus dem deutschen Volke gebracht. Das darf sich nicht mehr wiederholen. Alle fortschrittlichen Kräfte müssen vereint dafür sorgen, daß nie wieder der deutsche Imperialismus in seinem Drang nach Eroberungen die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zerstören kann.
>
> In diesem Sinne nimmt die Regierung den Auftrag der Volkskammer an. Sie wird ihn durchführen in völliger Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz und den sonstigen gemeinsamen Deklarationen der Alliierten ...
>
> Der neue Weg ist der Weg der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern. Bei der Verfolgung dieses Weges kann und wird sich die Regierung auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz stützen."

Westdeutschland — Naturschutzpark für Aggressoren

In Westdeutschland ist aus der niemals vollständig durchgeführten Entmilitarisierung inzwischen die offene Remilitarisierung, aus der niemals ernstlich durchgeführten Abrüstung und Entwaffnung des deutschen Imperialismus die offene Aufrüstung und Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus geworden. Eine Bestrafung

und Unschädlichmachung der für den Krieg und die Naziverbrechen Verantwortlichen erfolgte nur in der ersten Zeit, nur zu einem ganz geringen Teil und das auch nur unter dem Druck der Völker, die Sühne für die vom deutschen Imperialismus begangenen Verbrechen forderten. Zahlreiche Hauptschuldige und Drahtzieher wurden nur vorübergehend interniert und dann unter Wiedereinsetzung in ihre früheren Vermögensrechte und Machtstellungen freigelassen, andere wurden überhaupt nicht behelligt. Die Inhaftierung einiger Kriegsverbrecher und Drahtzieher des Naziregimes, wie Krupp und Konsorten, war — wie sich herausstellte — als Inhaftierung zum Schutz vor der berechtigten Empörung der Völker, darunter auch des deutschen Volkes, nicht aber als Strafe für begangene Verbrechen gedacht.

Die „Entnazifizierung" in Westdeutschland war ein glatter Hohn auf das Potsdamer Abkommen. Während in der damaligen sowjetischen Besatzungszone diejenigen Funktionäre und Mitglieder der Nazipartei und ihrer Nebenorganisationen, denen Verbrechen nachgewiesen wurden, vor Gericht gestellt und bestraft worden sind, wurden in den westlichen Besatzungszonen sämtliche einfachen Mitglieder der Nazipartei und ihrer Nebenorganisationen vor die Spruchkammern geschleppt. Die Spruchkammern waren natürlich nicht in der Lage, mehrere Millionen Verfahren auch nur einigermaßen gründlich durchzuführen. Die Entnazifizierung wurde so bewußt zu einer lächerlichen Formsache gemacht. Die wildesten Nazi- und Kriegsverbrecher bescheinigten sich gegenseitig mit sogenannten „Persilbriefen"[1]) ihre Harmlosigkeit und nur nominelle Zugehörigkeit zur Nazipartei, zur SS oder zur SA. Genau so war das mit dieser Art von Verfahren auch beabsichtigt. Zahllose Verbrecher konnten sich in der Millionenmasse der kleinen, nur nominellen Mitglieder der Nazipartei verstecken. Die Korruption blühte.

Das westdeutsche Monopolkapital unter USA-Obhut

Ähnlich wie die Entnazifizierung wurde in Westdeutschland auch die im Potsdamer Abkommen vereinbarte Zerschlagung der Kartelle, Syndikate, Truste und anderer Monopolvereinigungen durchgeführt oder, besser gesagt, nicht durchgeführt. Die Güter der Junker wurden nicht angetastet. Die Kräfte des deutschen Imperialismus, die den ersten Weltkrieg um die Neuaufteilung der Welt geführt, die Hitler an die Macht gebracht und die den zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hatten, die Krupp, die Thyssen und andere sitzen heute in Westdeutschland wieder im Sattel. Sie sind die Drahtzieher der Adenauer-Regierung, sie profitieren bei der Remilitarisierung Westdeutschlands, und sie rechnen damit, in einem künftigen Krieg Riesengewinne einzustreichen.

In den Fällen, wo die deutsche Bevölkerung, wie in Hessen und Nordrhein-Westfalen, trotz aller Betrugsmanöver der westlichen Besatzungsmächte und ihrer gehorsamen deutschen Diener die wirtschaftliche Entmachtung der reaktionären Schwerindustriellen, Bankiers usw. unüberhörbar forderte und sich von ihrer Forderung nicht abbringen ließ, griffen die westlichen Besatzungsmächte unmittelbar zum Schutz

---

[1]) Persil ist ein bekanntes in Deutschland hergestelltes Waschmittel. Mit den sogenannten „Persilbriefen" wuschen sich die deutschen Kriegsverbrecher in Westdeutschland gegenseitig von aller Schuld rein.

ihrer deutschen Freunde, der deutschen Imperialisten, der Monopolherren, Bankiers und Junker ein. Westdeutschland wurde von den USA sozusagen zum Naturschutzpark für deutsche Kriegsverbrecher und Imperialisten erklärt.

Die Ruhrmagnaten sind gar nicht so?

Die Westmächte gebrauchen gewöhnlich zwei Argumente, um den Bruch des Potsdamer Abkommens und die Konservierung und Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus in Westdeutschland zu rechtfertigen.

Zunächst einmal behaupten sie, daß die deutschen Industriemagnaten gar nicht so schlimm seien und im Grunde genommen mit der Nazipartei und den Verbrechen des Naziregimes nichts oder nur sehr wenig gemein gehabt hätten. Außerdem aber benötige man die deutschen Imperialisten mit ihrem ganzen Anhang für den „Kampf gegen den Bolschewismus".

Zu der ersten Behauptung hat ein vom USA-Senat 1945 eingesetzter, unter Leitung des Senators Kilgore arbeitender Untersuchungsausschuß folgende Feststellungen getroffen:

> „1. Es ist nicht wahr, daß die deutschen Großindustriellen sich erst im letzten Augenblick und halb gezwungen dem Nationalsozialismus angeschlossen haben. Sie waren von Anfang an seine begeisterten Förderer.
> 2. Die Unterstützung seitens der deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz ermöglichte den Nationalsozialisten die Machtergreifung.
> 3. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft und die fieberhafte Rüstung zum Angriffskrieg erfolgte unter der unmittelbaren Leitung der deutschen Industriellen."

In einer ergänzenden Erklärung von Senator Kilgore heißt es:

> „Die Tatsachen machen diese Industriellen einwandfrei mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen." (Zitiert nach „Allgemeine Zeitung", Berlin, 12. Oktober 1945. Organ der USA-Besatzungsmacht.)

„Die größte aller Lügen — Antibolschewismus"

Eine eindringliche Antwort auf die zweite Behauptung erteilte der amerikanische Senator Thomas, Vorsitzender der Militärkommission des amerikanischen Senats, der im September 1945 in der Zeitschrift „Readers Scope" unter der Überschrift „Antibolschewismus — die größte aller Lügen" einen Artikel veröffentlichte, in dem es heißt:

> „Die Amerikaner müssen die schreckliche Losung in Erinnerung halten, unter der Dachau gedieh, auf der die größte aller Lügen geschrieben stand, nämlich, daß all das getan werde, um die Welt vor dem Bolschewismus zu retten. Die Amerikaner, die von den Konzentrationslagern erschüttert waren, müssen sich merken, daß die deutschen Industrie- und Finanzherren Geld hergaben zur Schaffung dieses, auf der antibolschewistischen Lüge fußenden Terror-

regimes ... Der einfache gesunde Menschenverstand wirft die Frage auf, warum denn zur Rettung der Welt vor dem Bolschewismus solche Mittel erforderlich waren wie Mord, Vernichtung, Folter und Hunger, Kindermord, Ausrottung unschuldiger Juden, deutscher, tschechischer und polnischer Gelehrter und Professoren. Die Antwort ist recht einfach: die Hitlerfaschisten mußten die hitlerfeindliche Opposition niederhalten, um zu verhindern, daß anständige Leute die Wahrheit erfahren, da diese sich sonst zusammengetan hätten, um den Hitlerismus und die von ihm erfundene antibolschewistische Lüge zu ersticken. Die verblendeten Nazis, die sich als Weltbeherrscher wähnten, glaubten, die Toten würden schweigen, aber sie haben sich geirrt.

Die antirussischen Elemente in der ganzen Welt sind noch immer stark ... Die antirussischen Elemente scheuen vor nichts zurück, um ihre Pläne zur Verhinderung des Einvernehmens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu verwirklichen.

Der Krieg in Europa endete erst vor drei Monaten ... Aber manche amerikanische Presseorgane diskutieren bereits mit viel Lärm über die Frage eines ‚Krieges mit Rußland'. Sie werden ihre Tätigkeit fortsetzen, wenn wir sie und die sie inspirierenden Kräfte nicht mit ebensolcher Entschiedenheit beseitigen, wie wir die Verbrechen der nazistischen Mörder abgestellt haben. Um die Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden zu verwirklichen und den Opfern der nazistischen Greuel Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, bedarf es der unerschütterlichen Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion."

Die amerikanischen Imperialisten wollen heute der Welt weismachen, sie müßten das Potsdamer Abkommen brechen, sie müßten den aggressiven deutschen Imperialismus wieder bewaffnen, weil ihr „Kampf gegen die bolschewistische Gefahr" dies erfordere. Ebenso wollen die amerikanischen Imperialisten der Welt weismachen, sie müßten in Korea Städte und Dörfer, Tempel und Fabriken verbrennen und dem Erdboden gleichmachen, sie müßten morden, sengen und plündern, Kinder, Frauen und Greise umbringen, weil ihr „Kampf gegen die bolschewistische Gefahr" dies erfordere. Und wenn ihnen die friedliebenden Menschen aller Völker nicht in den Arm fallen, dann würden sie morgen dieselben Untaten auch in Deutschland, Frankreich oder Italien begehen — immer mit der verlogenen Begründung, die schon Hitler für alle seine Untaten zur Hand hatte, daß nämlich ihr „Kampf gegen den Bolschewismus" dies erfordere. Die Imperialisten irren sich jedoch. Die Völker werden keinerlei „Begründung" für die Wiederbelebung und Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus annehmen.

4. Eine unrühmliche Tradition

„Auf dem östlichen Schauplatz aufräumen"

Die Politik der Förderung und Benutzung der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte Deutschlands gegen die Sowjetunion ebenso wie gegen die deutschen Demokraten ist nicht erst in den Jahren nach 1945 geboren worden. Sie hat eine bereits

jahrzehntelange unrühmliche Tradition. Ihre Anfänge reichen bis in den ersten Weltkrieg hinein. Sie war es nicht zuletzt, die alle Bemühungen, den zweiten Weltkrieg zu verhüten, vereitelte. Diese Politik der Westmächte und der deutschen Imperialisten ist heute wieder eine ernste Bedrohung des Friedens und der Existenz der deutschen Nation.

In seinen Erinnerungen an den ersten Weltkrieg fordert Winston S. Churchill — zu einem Zeitpunkt, als deutsche Truppen noch große Teile der Ukraine, Weißrußlands und der baltischen Länder besetzt hielten —, daß sich die Westmächte in ihrem Interventionskrieg gegen die junge Sowjetmacht der deutschen Militärmacht bedienen sollten, derselben deutschen Militärmacht, mit der sie gerade erst einen vierjährigen erbitterten Kampf ausgefochten und in dem 869 000 Bürger Großbritanniens und mehr als 1,3 Millionen Franzosen das Leben verloren hatten. Churchill schreibt in seinen Erinnerungen in dem Kapitel „Der große Krieg":

> „Die Hand auf Rußland legen ist eine zu große Aufgabe für die Siegermächte allein. Wenn wir das verwirklichen wollen, kann das nur mit Hilfe der Deutschen geschehen. Gegenwärtig hält es (Deutschland) die reichsten und am dichtesten bevölkerten Gebiete Rußlands besetzt. Sollte es nicht ebenso wie wir anderen sich daran beteiligen, auf dem großen östlichen Schauplatz aufzuräumen?"

Churchill stand mit seiner Meinung nicht allein. Die Vorstellung, daß die deutschen Militaristen auf die junge Sowjetmacht gehetzt werden müßten, wurde auch von verantwortlichen amerikanischen Militärs offen ausgesprochen. So schrieb der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsarmee in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg, General Henry T. Allen, in sein Tagebuch, daß man Deutschland die „Erlaubnis" geben müsse, sich nach Osten auszudehnen. Er begründete diese Politik folgendermaßen:

> „Eine Ausdehnung Deutschlands auf russisches Gebiet würde die Deutschen für lange Zeit in Anspruch genommen und dadurch die Spannung gegenüber Westeuropa vermindert haben." (Henry T. Allen, „Mein Rheinland-Tagebuch", Berlin 1932, S. 51.)

Antibolschewismus bringt Dollarkredite

In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen war eine der Hauptsorgen der Westmächte, das Entstehen einer guten und dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu verhindern und den „Drang nach Osten" der deutschen Imperialisten mit allen Kräften zu fördern.

Die deutschen Reaktionäre verstanden es sehr bald, diese Situation für sich auszunutzen, den Westmächten ihre Bundesgenossenschaft gegen die Sowjetunion anzupreisen und bei dieser Gelegenheit beträchtliche Vorteile für sich herauszuschlagen.
Ein anderes und fast unfehlbares Mittel, die reaktionären Regierungen der Westmächte, die infolge ihres verbohrten Antibolschewismus Vernunftgründen keinen Raum gaben, zu beträchtlichen Konzessionen an den deutschen Imperialismus zu veranlassen, war der häufig wiederholte Hinweis auf die „bolschewistische Gefahr"

im Innern Deutschlands und die angebliche Notwendigkeit, militärische Machtmittel zu ihrer Unterdrückung bereitzustellen. Dieses Mittel wird auch nach 1945 in Westdeutschland von den deutschen Imperialisten mit sicherem Erfolg angewandt.

Von Locarno bis München

Mit der Politik von Locarno beabsichtigten die Westmächte, Deutschland ihrem „Cordon Sanitaire" gegen die Sowjetunion als festen Bestandteil einzugliedern und darüber hinaus die Stoßrichtung des aggressiven deutschen Imperialismus nach Osten, gegen die Sowjetunion, zu richten. Die Westmächte waren bereit, in dem Abkommen von Locarno die verschiedensten Grenzen in Westeuropa zu garantieren, widersetzten sich aber hartnäckig jeder Sicherung der Grenzen in Osteuropa und gaben den deutschen Imperialisten zu verstehen, daß dort ein freies Feld für ihre Expansion sei.

Die schändliche Politik der Westmächte, den deutschen Imperialismus zu einer Aggression gegen den Osten zu ermuntern, erreichte einen Höhepunkt 1938 in dem verräterischen Münchener Abkommen, mit dem Großbritannien und Frankreich ihren Bundesgenossen, die Tschechoslowakei, an Hitler, den Exponenten der Politik des deutschen Imperialismus, verkauften. Gleichzeitig sollte die Sowjetunion in eine hoffnungslose Isolierung gebracht werden. Diese Politik des Vertragsbruchs führte auf direktem Wege zum zweiten Weltkrieg. Mit ihrer Politik der Begünstigung der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Imperialismus hatte die französische Regierung den Grundstein für die französische Niederlage im Jahre 1940 gelegt.

„Freie Hand im Osten"

Auch als Hitler mit seinem Einmarsch in Prag bewiesen hatte, daß er nicht daran dachte, die von ihm soeben erst abgeschlossenen Verträge mit Frankreich und Großbritannien zu erfüllen, setzten deren Regierungen mit Unterstützung der USA ihre alte Politik fort und bemühten sich weiter, den deutschen Imperialismus zum Angriff auf die Sowjetunion zu ermutigen. Während die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs unter dem Druck der öffentlichen Meinung ihrer Länder vorgaben, mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Bündnisvertrages gegen die Bedrohung durch den deutschen Imperialismus ernsthaft zu verhandeln, sabotierten sie in Wirklichkeit diese Verhandlungen und sorgten dafür, daß sie ergebnislos verliefen. Dagegen führte die britische Regierung noch wenige Wochen vor Beginn des Krieges Geheimverhandlungen mit Hitler mit dem Ziel, zu einer Vereinbarung über die Neuaufteilung der Welt in Interessengebiete zu gelangen. Hitler wurde erneut „freie Hand im Osten" zugesichert. Die Geschichte und die Hintergründe dieses Doppelspiels der Westmächte sind in der bekannten Dokumentarveröffentlichung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, „Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges" und in der vom Informationsbüro der Sowjetunion in diesem Zusammenhang herausgegebenen Erklärung: „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung", enthalten. Die Dokumente über die noch im Juli und August 1939 von der britischen Regierung mit

Hitler geführten Geheimverhandlungen beweisen eindeutig das Bestreben der britischen Regierung, die deutsche Aggression nach dem Osten gegen Polen und gegen die Sowjetunion zu lenken.

In ihrer Verblendung stellten die britischen, französischen und auch amerikanischen Förderer Hitlers nicht in Rechnung, daß der deutsche Imperialismus nach dem Überfall auf Polen den Hauptstoß zunächst gegen Frankreich und England zu richten gedachte. Er führte diesen Plan bekanntlich durch trotz oder sogar wegen der freundlichen Unterstützung und Förderung, die ihm seitens der britischen und französischen Regierungen und seitens der herrschenden Kreise der USA gewährt worden war. Die Völker mußten für diese Politik ihrer Regierungen mit Blut und Tränen bezahlen.

Der Traum des Professors Driault

Besonders teuer kam dem französischen Volk die Politik seiner Regierung zu stehen, die der „Temps", das offiziöse Blatt des französischen Außenministeriums, am 23. Dezember 1938 kennzeichnete, als er schrieb: „Zum Glück denkt Herr Hitler an die Ukraine!" Noch klarer kam die Einstellung der herrschenden Kreise Frankreichs zum Ausdruck in Ausführungen des französischen Geschichtsforschers Professor Edouard Driault, eines Freundes von Daladier, der in einem am 1. Juni 1940 in der Zeitschrift „Revue des études napoléoniennes" veröffentlichten Artikel feststellte:

> „Dies ist mein politischer Traum für das Jahr 1940 nach Christi Geburt: Daladier und Chamberlain geben Hitler Rußland bis Wladiwostock, und alle sind zufrieden." (Zitiert nach: „Geschichte der Diplomatie", Bd. 3, Moskau 1947, S. 826.)

Eineinhalb Wochen nach Erscheinen dieses Artikels marschierten die Truppen des imperialistischen Deutschland in Paris ein.

Die aus den Ausführungen des Professors Driault sprechende abenteuerliche Einstellung zur Frage des Krieges gegen Hitlerdeutschland, dem man gern die ganze Sowjetunion in den Rachen geworfen hätte, wenn man über sie nur hätte verfügen können, zeigte sich deutlich auch in dem Verhalten der französischen und britischen Regierung in der Periode des Krieges, die als „drôle de guerre", als „komischer Krieg", bezeichnet wird. In diesem komischen Krieg (Situation an der deutsch-französischen Grenze vom Überfall Hitlers auf Polen bis zu seiner Invasion Frankreichs) warteten die Westmächte monatelang untätig ab, was Hitler weiter zu tun gedenke, nachdem das überfallene Polen vergeblich auf die versprochene aktive Hilfe Großbritanniens und Frankreichs gehofft hatte.

„Wie das Messer in die Butter"

Wie Hitlers Blitzfeldzug in Frankreich beweist, wurde kaum etwas Ernsthaftes zur Reorganisierung, Ausbildung, Bewaffnung der Armee und für Heranschaffung von Reserven für die bevorstehenden Kämpfe getan. Dagegen befaßten sich die britische und die französische Regierung zu eben dieser Zeit durchaus ernsthaft mit dem Plan, ein Expeditionsheer zum Angriff auf die Sowjetunion nach Finnland und der

Türkei zu schicken. Sie wollten an Stelle des Krieges gegen den deutschen Imperialismus einen Krieg gegen die Sowjetunion auslösen und stellten für diesen Zweck große Mengen von Kriegsmaterial zur Verfügung, die kurz darauf bei den Kämpfen in Frankreich gegen Hitler empfindlich fehlten.

In einem vom schwedischen Außenministerium im Jahre 1947 herausgegebenen Weißbuch wird dieser Tatbestand in einem von dem Außenminister Schwedens, Günther, stammenden Dokument bestätigt:

> „... die Entsendung dieses Truppenkontingents gehörte zum Gesamtplan des Überfalls auf die Sowjetunion, und dieser Plan ‚wird am 15. März gegen Baku und noch früher gegen Finnland in Aktion treten'."[1])

Dieser Plan der Westmächte, der eine direkte Unterstützung des deutschen Imperialismus in seinem Krieg gegen sie selbst bedeutete, wurde in Frankreich von de Gaulle und General Weygand ausgearbeitet, der damals die französischen Truppen in Syrien kommandierte. Weygand hatte prahlerisch erklärt, er werde „mit einigen Verstärkungen und 200 Flugzeugen den Kaukasus besetzen und in Rußland eindringen wie ‚das Messer in die Butter'". (Zitiert nach: „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung".)

Nur kurze Zeit später waren es die Angriffsdivisionen Hitlerdeutschlands, die dank der selbstmörderischen Politik seiner imperialistischen Gegner in Frankreich eindrangen „wie das Messer in die Butter". Die Politik der Unterstützung des deutschen Imperialismus mündete logischerweise in eine Katastrophe für Frankreich, und auch Großbritannien geriet an den Rand der Katastrophe.

Die fehlgeschlagene Spekulation

Auch nachdem Hitler und der mit ihr verbündete japanische Imperialismus den Westmächten keine andere Wahl gelassen hatte, als den Kampf auf Leben oder Tod aufzunehmen, auch nachdem die Sowjetunion und die Westmächte Verbündete in dem Befreiungskampf der Völker gegen den deutschen Faschismus geworden waren, blieb auf Seiten der Westmächte die Tendenz zu einer doppelgleisigen Politik bestehen. Vertreter der herrschenden Kreise der Westmächte spekulierten auf eine beträchtliche Schwächung und auf Ausschaltung der Sowjetunion.

Am offensten und brutalsten brachte diese Ansicht der damalige Senator und jetzige Präsident der USA, Truman, zum Ausdruck, der als Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Juni 1941 erklärte: „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, so sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, so sollten wir Deutschland helfen, sollen sie auf diese Weise gegenseitig so viel als möglich töten." („The New York Times", 23. Juni 1941.) Trumans größte Sorge war also, die Schlächterei könnte zu schnell ein Ende finden.

In der vom Informationsbüro der Sowjetunion 1948 herausgegebenen Erklärung „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung" wird die Doppelgleisigkeit

---

[1]) Weißbuch des schwedischen Außenministeriums. Stockholm 1947. Zitiert nach: „Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung", Informationsbüro der Sowjetunion 1948, Abschnitt IV.

der englisch-amerikanischen Politik während des gemeinsamen Befreiungskrieges gegen den räuberischen deutschen Imperialismus wie folgt charakterisiert:

„Jedermann weiß, daß die Engländer und die Amerikaner in dem englisch-sowjetischen Kommuniqué bzw. in dem sowjetisch-amerikanischen Kommuniqué vom Juni 1942 die Verpflichtung übernahmen, die zweite Front in Europa noch im Jahre 1942 zu eröffnen. Dies war ein feierliches Versprechen, wenn man will ein Schwur, der pünktlich eingehalten werden mußte, um den Truppen der Sowjetunion, die in der ersten Periode des Krieges die ganze Last der Abwehr des deutschen Faschismus zu tragen hatten, Erleichterung zu verschaffen. Bekannt ist aber auch, daß dieses Versprechen weder 1942 noch auch 1943 eingelöst wurde, obgleich die Sowjetregierung wiederholt erklärte, die Sowjetunion könne sich mit einem Aufschub der zweiten Front nicht abfinden.

Die Politik des Aufschubs der zweiten Front war keinesfalls zufälliger Natur. Sie wurde genährt durch die Bestrebungen der reaktionären Kreise Englands und der USA, die im Krieg mit Deutschland ihre eigenen, mit den Befreiungsaufgaben des Kampfes gegen den deutschen Faschismus nicht zu vereinbarenden Ziele verfolgten. *Die völlige Zerschlagung des deutschen Faschismus gehörte nicht zu ihren Plänen. Sie waren daran interessiert, Deutschlands Macht zu untergraben, vor allem Deutschland als einen gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten, wobei sie von ihren engstirnigen, eigennützigen Zielen ausgingen. Es gehörte dagegen durchaus nicht zu ihrer Absicht, Deutschland und andere Länder von der Herrschaft der reaktionären Kräfte zu befreien, die ständige Träger der imperialistischen Aggression und des Faschismus sind, ebenso wie durchgreifende demokratische Umgestaltungen nicht zu ihren Absichten gehörten.*" (Sperrungen von uns.)

„Gleichzeitig spekulierten sie auf eine Schwächung der UdSSR, sie hofften darauf, daß die UdSSR sich weißbluten, durch den zermürbenden Krieg für lange Zeit ihre Bedeutung als große und starke Macht einbüßen und nach dem Kriege von den USA und Großbritannien abhängig werden würde. Man begreift, daß die Sowjetunion eine derartige Haltung zu einem Verbündeten nicht als normal ansehen kann."

Die Spekulation der Westmächte auf eine Schwächung der Sowjetunion ist fehlgeschlagen. Die Sowjetunion ist stärker denn je zuvor aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Die Enttäuschung und die Wut derjenigen, die die Rolle des lachenden Dritten zu spielen hofften, war verständlicherweise groß. Die imperialistischen Kräfte der USA und ihre Satelliten begannen schon unmittelbar nach der Niederlage Hitlerdeutschlands mit den Vorbereitungen einer Aggression gegen die Sowjetunion, bei der sie sich auf die Kräfte des deutschen Militarismus und Imperialismus zu stützen gedachten.

5. Ziel der USA-Politik: Spaltung Deutschlands und Krieg

Die im September 1950 in New York durchgeführte Tagung der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs und des sogenannten Nordatlantikpakt-Rates ist eine der Hauptetappen in der Politik der imperialistischen Westmächte, die auf Spaltung Deutschlands, Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland und Vorbereitung eines Aggressionskrieges gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik gerichtet ist.

Auf dieser New Yorker Tagung wurden u. a. folgende Deutschland betreffende Beschlüsse gefaßt, die schwerwiegende Verletzungen des Potsdamer Abkommens darstellen:

1. Westdeutschland und Westberlin werden in den aggressiven Atlantik-Kriegspakt einbezogen.
2. Die Remilitarisierung Westdeutschlands wird beschleunigt weitergetrieben. Es wird — teilweise als motorisierte Polizeitruppe getarnt — eine westdeutsche Söldnerarmee aufgestellt.
3. Ein Friedensvertrag wird verweigert. Dagegen soll der „Kriegszustand" bei völliger Aufrechterhaltung und Verewigung des Besatzungsregimes formal beendet werden.
4. Die Besatzungs- und Interventionstruppen der Westmächte in Westdeutschland werden beträchtlich verstärkt. Die Besatzungskosten werden entsprechend erhöht.
5. Die Bonner Regierung hat die deutschen Vorkriegsschulden und die aus den Marshallplanlieferungen entstandenen Verpflichtungen anzuerkennen[1]).

Diese Beschlüsse bedeuten eine weitere beträchtliche Vertiefung der Spaltung Deutschlands, einen weiteren großen Schritt auf dem Wege der Wiederbelebung des deutschen Imperialismus und Militarismus, eine weitere Verschärfung der Kriegsgefahr.

In seiner am 8. Oktober 1950 gehaltenen Rundfunkansprache über diese New Yorker Konferenz und ihre Beschlüsse erklärte der amerikanische Hochkommissar John McCloy unter anderem:

> „Diese Beschlüsse bedeuten den neuesten Schritt in Richtung auf ein Ziel, für das wir seit 1945 ständig gearbeitet haben." (Europa-Archiv. Frankfurt/M. Nr. 21/1950, S. 3477.)

McCloy hat damit eingestanden, daß die Besatzungspolitik der USA seit 1945 auf das Ziel der Spaltung Deutschlands, des Bruchs der Potsdamer Beschlüsse, der Konservierung und Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus, der Vorbereitung eines neuen Krieges gerichtet ist. Dieses bemerkenswerte Eingeständnis des USA-Hochkommissars wird durch die Ereignisse seit 1945 in vollem Umfang als richtig bestätigt.

---

1) Europa-Archiv. Frankfurt/M. Nr. 19 u. 21, S. 3405ff., S. 3475/76; Dokumentation der Zeit, Berlin. 10/1950, S. 390.

Westdeutschland als USA-Basis und Teil eines „Westblocks"

Das Potsdamer Abkommen war kaum unterzeichnet, da wurde schon von den aggressiven imperialistischen Kräften in den USA, Großbritannien und Frankreich eine lebhafte Kampagne entfaltet mit dem Ziel, das Einvernehmen und die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Großmächten zu sprengen und — unter Benutzung Westdeutschlands als Basis des USA-Imperialimus und Bundesgenossen in einem „Westblock" — einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten.

Die französischen Reaktionäre warfen — ebenfalls schon 1945 — den weitergehenden Gedanken eines Militärbündnisses „gegen den Osten" mit einem „reorganisierten" Westdeutschland in die Debatte. So schrieb die halbamtliche französische Presseagentur „Agence France Presse" in ihrem Informationsbulletin vom Dezember 1945, daß das zu lösende Problem in der Vorbereitung eines Krieges „gegen einen Feind aus dem Osten" bestehe. „Es wird daher gut sein, eine westalliierte Militärkommission zu schaffen, die aus den Stabschefs der Verbündeten besteht. Später, nach der Reorganisierung Westdeutschlands, kann auch dieses in das System einbezogen werden."

Die Bemühungen, Deutschland zu spalten und aus Westdeutschland eine Basis des aggressiven Westblocks, des Vorgängers des heutigen Atlantik-Kriegspaktes zu machen, schlugen 1945 so hohe Wellen, daß es damals selbst dem reaktionären Organ des amerikanischen Monopolkapitals „Wall Street Journal" (vom 30. Oktober 1945) reichlich verfrüht erschien und zuviel wurde:

> „Wir tendieren zu einer Kombination, die den westeuropäischen Block unterstützt. Man braucht nicht die diplomatischen Wege der Sowjetunion zu billigen, um die Basis des russischen Mißtrauens in diesem Punkt zu begreifen . . Hitlers Armeen haben wir bezwungen, aber Hitlers Gewaltphilosophie ist nahe daran uns zu bezwingen."

In einer Erklärung vor dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats bestätigte Russell A. Nixon, der als Bevollmächtigter der USA-Regierung mit der Aufgabe der Entflechtung der deutschen Truste und Konzerne betraut war, Ende 1945:

> „Die intensiven und unverantwortlichen Bemühungen, Uneinigkeit zwischen den vier Mächten zu stiften, lassen den Verdacht aufkommen, daß gewisse Elemente im State Department, im Foreign Office und im französischen Außenministerium darauf ausgehen, einen gegen die Sowjetunion gerichteten Westblock zu schaffen." (Zitiert nach: W. G. Burchett: „Der kalte Krieg in Deutschland.")

Diese „gewissen Elemente" haben sich als die herrschenden Kreise in den imperialistischen Ländern herausgestellt.

Gegensatz zwischen Worten und Taten

Die imperialistischen Westmächte konnten in der ersten Zeit nach 1945 ihre Deutschlandpolitik noch nicht überall offen durchführen. Die Völker, die unter der Aggression des deutschen Imperialismus so schwer gelitten hatten, forderten die Vernich-

fung der Wurzeln dieser Aggression, die ehrliche Durchführung der auf dieses Ziel gerichteten Bestimmungen der Abkommen von Jalta und Potsdam und die Herstellung und Sicherung eines dauerhaften Friedens.

Hinzu kam, daß in den Organen der westlichen Besatzungsmächte in Westdeutschland und Berlin noch eine Anzahl ehrlicher Demokraten tätig war, die für die Prinzipien der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Großmächten und der Vertragstreue eintraten.

So sahen sich die Westmächte genötigt, in der ersten Zeit nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands wenigstens in Worten eine Politik der Vertragstreue und der Zusammenarbeit zu vertreten. In der Praxis der Arbeit der reaktionären Regierungen und vor allem der westlichen Besatzungsbehörden in Westdeutschland und Westberlin wurden die frommen Worte Lügen gestraft.

Hier wurden — von einigen Ausnahmen in der allerersten Zeit abgesehen — alle Maßnahmen hintertrieben, die auf die Bestrafung und Entmachtung der Kriegsverbrecher, auf die Beseitigung der Grundlagen des aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus gerichtet waren. Die Kräfte des aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus wurden vor der völligen Vernichtung gerettet, zunächst konserviert.

Der bereits erwähnte Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats hatte 1945 der USA-Regierung nach umfangreichen Erhebungen und zahllosen Vernehmungen nicht nur die Ausschaltung der Naziführer und Militaristen, sondern auch der deutschen Industriemagnaten empfohlen, um „den deutschen Imperialismus für immer zu vernichten und so die Erstehung eines friedlichen und demokratischen Deutschlands zu ermöglichen". (Zitiert nach James S. Allen: „Weltmonopol und Frieden", Berlin 1951, S. 74.)

Diese Empfehlung entsprach durchaus dem Potsdamer Abkommen und den Interessen aller friedliebenden Menschen.

Die Empfehlung wurde jedoch nicht durchgeführt und verschwand in der Versenkung. Nicht durchgeführt wurde ebenso eine Anleitung des damaligen Chefs des USA-Generalstabs, General Marshall, „zur Denazifizierung wichtiger Geschäftsunternehmen in Deutschland", in der die Verhaftung von 1800 führenden Industriemagnaten und Bankiers vorgesehen war, denen Beteiligung an Kriegs- und Naziverbrechen nachgewiesen wurde.

Wenn wirklich einmal untergeordnete Stellen mit gutem Willen Maßnahmen der Entnazifizierung und Entmilitarisierung durchführten, wurden diese bald von den Saboteuren in den höchsten Positionen wieder rückgängig gemacht.

Der britische Journalist W. G. Burchett, der über drei Jahre als Korrespondent der konservativen britischen Zeitung „Daily Express" in Deutschland tätig war, stellt in seinem Buch „Der kalte Krieg in Deutschland" fest:

„Der Militarismus in Deutschland sollte vernichtet werden und nie wieder den Weltfrieden bedrohen können. Die Westmächte kümmerten sich schon nach den ersten Monaten der Besetzung sehr wenig um diese Grundsätze, die im Widerspruch zu den persönlichen Ansichten der meisten höheren Kontrollratsbeamten standen." Und an

anderer Stelle: „Es bestand ein bewußtes Komplott, die Herrschaft der Junker und Ruhrindustriellen wieder aufzurichten, alle in Deutschland längst fälligen Sozialreformen zu verhindern und Westdeutschland in eine Aufmarschbasis für einen künftigen Überfall auf die Sowjetunion zu verwandeln. (W. G. Burchett: „Der kalte Krieg in Deutschland", Berlin 1950, S. 12, 13 u. 15.)

Vor einer 1949 eingesetzten amtlichen amerikanischen Untersuchungskommission sagte Mr. Lawrence Wilkinson — zuerst Leiter der Industrieabteilung der amerikanischen Militärregierung und später persönlicher Wirtschaftsberater von General Clay — unter anderem aus:

> „Zum Teufel mit der Entmilitarisierung Deutschlands. Wir wollen die Truste wieder aufrichten, die Industriebetriebe an ihre nazistischen Besitzer und Direktoren zurückgeben."

Das haben die Westmächte inzwischen in Westdeutschland bekanntlich restlos getan.

Geschäftsfreunde und Bundesgenossen

In den maßgeblichen Schlüsselstellungen der Militärregierungen der Westmächte saßen die Vertreter und Sachwalter der imperialistischen Kräfte, der amerikanischen Monopole, des britischen und französischen Großkapitals. Sie breiteten ihre schützende Hand über ihre alten deutschen Geschäftsfreunde und nunmehrigen Juniorpartner und Bundesgenossen. Das war schon 1945 ein offenes Geheimnis. So erklärte der amerikanische Senator George Menders im Senatskomitee für die nationale Verteidigung, daß General Draper, der als Berater General Clays für deutsche Wirtschaftsfragen tätig war, früher in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Großbank Dillon, Read u. Co. persönlich für die Anleihen zeichnete, die das Bankhaus zwischen den beiden Weltkriegen in Deutschland investiert hatte. Und der demokratische Abgeordnete Jerry Voorhis stellte im Repräsentantenhaus fest:

> „Viele in Schlüsselstellungen befindliche amerikanische Beamte der alliierten Kontrollkommission gehören Firmen an, die bisher mit deutschen Industrieunternehmen verbunden waren. Eine solche Politik ist ein Fehler, der zu ernsten Konsequenzen für den kommenden Weltfrieden führen kann."

Die Vertreter der amerikanischen, britischen und französischen Monopole in den entsprechenden Militärregierungen scheuten sich natürlich nicht, ihre deutschen Konkurrenten nach Kräften auszuplündern, sich ihre Fabrikgeheimnisse, ihre Patente, ihre Verfahren anzueignen. Aber sonst sorgten sie dafür, daß die aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus erhalten blieben.

Die demokratischen Elemente in den Militärverwaltungen der Westmächte, insbesondere in der amerikanischen Militärverwaltung wurden von übermächtigen Monopolvertretern an die Wand gedrückt und — soweit sie Widerstand gegen die Politik der Wiederbelebung des deutschen Imperialismus leisteten — rücksichtslos ausgebootet.

Der ehemalige Chefkorrespondent der amerikanischen Zeitung „New York Times", Delbert Clark, der nach 1945 fast zwei Jahre in Deutschland zubrachte, schreibt zu dieser Entwicklung:

„Die Befürworter dieses Kurses... waren sich im ersten Stadium darüber im klaren, daß die amerikanische Öffentlichkeit so schnell nach dem Kriege eine vollständige Umkehr nicht dulden würde. So wurde es nötig, langsam in Etappen vorzugehen, die vereinbarte Politik durch eine Anzahl von ausgefallenen Kunstgriffen hinfällig zu machen... Je weiter die Zeit fortschritt, um so mehr ehrliche und fähige Beamte wurden hinausgeworfen, weil sie nicht davon überzeugt waren, daß ein vollständiger Bruch mit Rußland notwendig oder erwünscht sei." (Delbert Clark: "Again the goose step" — „Wieder im Stechschritt" —, New York 1949, S. 56.)

Der Erfolg dieser Politik?

„Clay konnte der Zivilverwaltung mit dem Hochkommissar McCloy an der Spitze sein Amt mit dem befriedigenden Gefühl übergeben, daß er seine Aufgabe erfüllt hatte. Die deutsche Schwerindustrie und ihre Nazidirektoren waren gerettet... den deutschen Trusten konnte nichts mehr geschehen." (W. G. Burchett: „Der kalte Krieg in Deutschland", Berlin 1950, S. 251.)

Sabotage mit verteilten Rollen

Die Erhaltung und Wiederbelebung der Kräfte des aggressiven deutschen Imperialismus wäre unmöglich gewesen, wenn die für alle Fragen von gesamtdeutscher Bedeutung zuständige Viermächteverwaltung so funktioniert hätte, wie es im Potsdamer Abkommen vorgesehen war. Um eben dieses Funktionieren zu verhindern, verbanden die Westmächte ihre Separatpolitik in ihren Besatzungszonen mit einer planmäßigen Sabotage der Zusammenarbeit der Großmächte, mit dem Versuch, die Vertreter der Sowjetunion zu isolieren, mit der Vereitelung aller Bemühungen, die im Potsdamer Abkommen vorgesehenen zentralen Verwaltungsorgane für ganz Deutschland ins Leben zu rufen, mit der systematischen Vorbereitung und Durchführung der Spaltung Deutschlands und des Ausbaues Westdeutschlands zur Hauptaggressionsbasis der USA in Europa.

Für die Separatpolitik der Westmächte

„war es jedoch erforderlich, Deutschland in zwei Hälften zu spalten, die Vertreter der Sowjetunion vom Konferenztisch fernzuhalten und die Potsdamer Beschlüsse ein für allemal über Bord zu werfen. Die ersten Vorbereitungen dazu wurden getroffen, bevor noch das Blut der alliierten Soldaten auf den Feldern Deutschlands getrocknet war; die Resultate zeigten sich bereits in den ersten Monaten der Kontrollratstätigkeit." (W. G. Burchett: „Der kalte Krieg in Deutschland", S. 217.)

Bei den Westmächten bildete sich bald ein System der Sabotage mit verteilten Rollen heraus, um Viermächtebeschlüsse von einiger Bedeutung mit Sicherheit verhindern zu können. Besonders häufig übernahmen die französischen Vertreter die Rolle derjenigen, die im Auftrage oder mindestens mit stillschweigender Billigung der beiden anderen am Komplott beteiligten Partner Viermächtevereinbarungen durch ihr Veto im Kontrollrat unmöglich machten. Andere Male wiederum waren

es die britischen oder die amerikanischen Vertreter, die gegen jeden Beschluß, der die Deutschlandfrage einer friedlichen Lösung hätte näher bringen können, ihr Veto einlegten.

Dirigiert wurde dieses mißtönende Konzert von der amerikanischen Militärregierung, die sich dabei die Möglichkeit offenhielt, zwecks Irreführung der Bevölkerung der USA und der öffentlichen Meinung in anderen Ländern sich über die unverständlich halsstarrigen Franzosen oder Engländer zu beklagen. So schiebt zum Beispiel General Clay, einer der Hauptkriegshetzer und Hauptverantwortlichen für die Spaltung Deutschlands, in seinem Buch „Decision in Germany" (Entscheidung in Deutschland, Seite 164) die Schuld an der Bildung der „Bizone", die bekanntlich einer der ersten offenen Schritte zur Spaltung Deutschlands war, dem Vertreter Frankreichs, General Koeltz, in die Schuhe, der die Bildung einer zentralen Transportverwaltung für ganz Deutschland 1945 und 1946 beharrlich abgelehnt habe. Koeltz sei der Ansicht gewesen, eine deutsche Eisenbahnverwaltung sei ebenso gefährlich wie der deutsche Generalstab.

Es soll nicht der Versuch gemacht werden, die Vertreter der reaktionären französischen Militärregierung von ihrer Verantwortung für die Spaltung Deutschlands zu befreien, aber General Clay ist sich natürlich völlig darüber im klaren, daß er es war, der in erster Linie die Spaltung Deutschlands und die Schaffung einer Kriegsatmosphäre betrieb, der anläßlich des sogenannten Berlin-Konfliktes einen dritten Weltkrieg auszulösen beabsichtigte.

In einem amtlichen, für Präsident Truman bestimmten Bericht über die Arbeit des Kontrollrats heißt es:

> „Wiederholte Versuche zur Herstellung einer gemeinsamen Politik, um die deutschen Eisenbahnen, das Postwesen und andere wichtige Dienste als gesamtnationales System zu behandeln, sind fehlgeschlagen, größtenteils auf Grund der starren Opposition der Franzosen. Als Resultat der französischen Haltung wird Deutschland nicht als eine wirtschaftliche Einheit behandelt. Statt dessen will Frankreich, um offen zu sprechen, die ökonomische Zerstückelung Deutschlands. Dies ist ... wie ich glaube, ein gewisser Schritt in Richtung einer zukünftigen internationalen Reibung." (Documents on American Foreign Relations — Dokumente über die amerikanischen auswärtigen Beziehungen, S. 256 ff.)

Auch James P. Warburg macht sich in seinem Buch: „Deutschland, Brücke oder Schlachtfeld" (Seite 33) diese Vorwürfe gegen die französische Militärregierung zu eigen:

> „... sabotierten die Franzosen alle Beschlüsse des interalliierten Kontrollrats, in denen Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit behandelt wurde ... Die Franzosen widersetzten sich aus diesem Grunde einem freien Interzonenhandel und der wirtschaftlichen Zusammenfassung der vier Besatzungszonen. Sie widersetzten sich der Zulassung politischer Parteien auf nationaler Basis. Sie widersetzten sich dem Vorschlag, deutsche Gewerkschaften für das ganze deutsche Gebiet zu genehmigen. Sie setzten allem ihr Veto ent-

> gegen, sogar der Einführung einer einheitlichen Briefmarke für die vier deutschen Zonen."

Bemerkenswert bei diesen offenen Beschuldigungen an die Adresse der französischen Regierung, die Spaltung Deutschlands verursacht und die Behandlung Deutschlands als Einheit vereitelt zu haben, ist nicht zuletzt auch die Tatsache, daß nur kurze Zeit später dieselben Vorwürfe von der USA-Regierung gegen die Vertreter der Sowjetunion erhoben wurden, also gegen die einzige Macht, die seit 1945 im Kontrollrat, auf allen Außenministerkonferenzen und anderen internationalen Konferenzen stets die Forderung auf Behandlung Deutschlands als Einheit erhoben und mehrere konkrete Vorschläge zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands vorgelegt und vertreten hat. Alle diese Vorschläge wurden von den Westmächten zurückgewiesen oder sabotiert.

Daß die französische Militärregierung ihre Obstruktionspolitik im Kontrollrat nur betreiben durfte, weil diese Politik im Interesse der herrschenden Kreise der USA lag und infolgedessen von diesen toleriert wurde, daß es sich also um ein Falschspiel mit verteilten Rollen handelte, ergibt sich einwandfrei aus der Haltung der französischen Regierung gegenüber der Bildung des westdeutschen Separatstaates, der Wiederbelebung der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des deutschen Imperialismus, der Wiederbewaffnung der deutschen Militaristen. Während sie vorher die Bildung gesamtdeutscher fortschrittlicher Gewerkschaften, die Ausgabe gesamtdeutscher Briefmarken als unvereinbar mit der Sicherheit Frankreichs bezeichnet und verhindert hatte, schluckt sie jetzt westdeutsche Panzerarmeen und einen mehr oder weniger schlecht getarnten westdeutschen Generalstab mit bemerkenswerter Leichtigkeit. Die „Opposition" der französischen Regierung gegen die forcierte Förderung und Bewaffnung des deutschen Militarismus in Westdeutschland erweist sich immer mehr als „Opposition" nur für den inneren Gebrauch, als „Opposition", dazu bestimmt, das französische Volk irrezuführen. Das französische Volk wird sich jedoch nicht noch ein zweites Mal betrügen lassen. Es hat am eigenen Leibe erfahren, wohin dieser Weg führt.

W. G. Burchett schätzt in seinem Buch: „Der kalte Krieg in Deutschland" die Rolle der französischen Militärregierung bei der Sabotage der Durchführung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens folgendermaßen ein:

> „Die Amerikaner duldeten unabhängige Gedankengänge nur solange, wie sie ihnen in den Kram paßten — und nicht länger. *Die Franzosen durften gegen die Errichtung einer Zentralen Regierung in Deutschland Einspruch erheben, solange dies den Amerikanern die Unannehmlichkeit ersparte, die in Potsdam getroffenen Vereinbarungen zu erfüllen. Sie begrüßten den französischen Widerstand gegen die sowjetischen Vorschläge zur Einigung Deutschlands, solange dadurch der Gegensatz zwischen Ost und West vertieft wurde. Nachdem jedoch die Spaltung vollzogen war, mußten die Franzosen ihre Einwände zurückziehen*... Dasselbe gilt für die britischen Pläne... Auch sie wurden ge-

duldet, solange sie nicht mit den Interessen der Amerikaner in Konflikt gerieten. Doch dann wurden sie schleunigst ad acta gelegt ..."

Es ist selbstverständlich, daß in der Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands, der Wiederaufrichtung des aggressiven deutschen Imperialismus beträchtliche Interessengegensätze zwischen den imperialistischen Westmächten bestehen und täglich neu entstehen. Die reaktionären Regierungen Großbritanniens und Frankreichs haben sich aber so stark in die Abhängigkeit von den USA begeben, daß sie auch in der Deutschlandpolitik keinerlei selbständige Linie ernsthaft zu vertreten wagen, wenngleich sie — unter dem Druck ihrer Völker — gelegentlich das Tempo ihres Marsches mit den USA-Imperialisten in den Abgrund etwas abzubremsen bemüht sind.

Spaltung Deutschlands — Etappe auf dem Wege der USA-Aggression

Nachdem die Westmächte die Arbeit des Kontrollrats für Deutschland praktisch lahmgelegt hatten, indem sie das Zustandekommen gemeinsamer Beschlüsse systematisch vereitelten, zeigte die am 2. Dezember 1946 abgeschlossene Vereinbarung zwischen der britischen und amerikanischen Militärregierung über die Bildung der Bizone deutlich die Größe und Aktualität der Gefahr einer dauernden Spaltung Deutschlands. Es wurde immer klarer: Die Westmächte steuerten auf die Bildung eines von ihnen beherrschten westdeutschen Separatstaates zu unter Verewigung des Besatzungsregimes und unter Ablehnung eines Friedensvertrages mit Deutschland. Beides hängt eng miteinander zusammen, denn ein Friedensvertrag entzieht logischerweise einem weiteren Verbleiben der Besatzungstruppen auf deutschem Gebiet die Grundlage und stellt damit die Rolle Westdeutschlands als Basis des geplanten amerikanischen Angriffskrieges in Frage. Es wurde von amerikanischer Seite ganz offen erklärt, daß die USA ihre Truppen in Westdeutschland für unbegrenzte Zeit zu halten gedenken. Amerikanische Diplomaten und Militärs sprachen von einer Besatzungsdauer von zehn bis fünfundzwanzig, ja sogar von fünfzig bis sechzig Jahren. Der USA-Außenminister Acheson deutete hierbei an, daß bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch fünfzig Jahre vergehen könnten. Die USA-Imperialisten fürchten den Friedensvertrag wie die Pest. (Die obigen Zahlen wurden im Verlaufe der Pariser Konferenz der vier Außenminister im Jahre 1949 genannt.)

Im Frühjahr 1947 hatte der ehemalige Präsident der USA, Hoover, nach einer Reise nach Deutschland die Bildung einer westdeutschen Separatregierung offen vorgeschlagen. Damit wurde ersichtlich, daß die Vollendung der Spaltung Deutschlands in ein aktuelles Stadium rückte. Die öffentliche Meinung der USA und der Welt sollte an die nunmehr folgenden entscheidenden Spaltungsmaßnahmen gewöhnt werden.

In dieser Situation unternahm die Sowjetregierung einen neuen dringenden Versuch, die Durchführung der abgeschlossenen Verträge zu sichern, die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche und politische Einheit und den Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung ohne weitere Verschleppung durch die Westmächte zu erreichen. Diesem Ziel dienten die von W. M. Molotow auf der vom 10. März bis 24. April 1947 in Moskau durchgeführten Außenministerkonferenz unterbreiteten konkreten Vorschläge. Jedoch alle diese Vorschläge: Die so-

fortige Bildung zentraler gesamtdeutscher Verwaltungsstellen für Industrie, Landwirtschaft, Finanzen, Verkehrswesen und Außenhandel als Voraussetzung für die Sicherung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der Vorbereitung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit einer zentralen deutschen Regierung wurden von den Westmächten abgelehnt oder hintertrieben.

Die Westmächte unter Führung der amerikanischen Imperialisten begannen nunmehr mit der Serie der für Deutschland und den Frieden unheilvollen Separatkonferenzen und Separatbeschlüsse, durch die die Spaltung Deutschlands Schritt für Schritt vertieft wurde. Noch während der Außenministerkonferenz in Moskau war in New York ein Separatabkommen über den Export deutscher Kohle abgeschlossen worden — unter bewußter Ausschaltung der Sowjetunion von der Entscheidung über diese wichtige Frage von gesamtdeutscher Bedeutung. Es folgten: die Marshallplan-Konferenz in Paris, auf der die Einbeziehung Westdeutschlands in den aggressiven Marshallplan beschlossen wurde, eine separate Dreimächtekonferenz in London, die einseitige Beschlüsse über das im Potsdamer Abkommen vertraglich festgelegte Niveau der Industrieproduktion faßte, und zahlreiche weitere Separatkonferenzen, die sich bis heute fortsetzen. Auf ihnen wird nunmehr schon ganz konkret die Zahl der dem westdeutschen Militarismus zur Verfügung zu stellenden Angriffswaffen, Panzer und Bombenflugzeuge festgelegt.

Die Spaltung Deutschlands nahm immer drohendere Formen an. Die Hoffnungen der deutschen Patrioten konzentrierten sich schließlich auf die im November 1947 beginnende Londoner Konferenz der vier Mächte, die die Viermächteverwaltung wiederherstellen und über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland beraten sollte.

Schon lange vor Beginn dieser Londoner Außenministerkonferenz hatte die amerikanische Regierung ihre Absicht festgelegt, sie zu sprengen und es zu keiner Einigung kommen zu lassen. Der britische Journalist W. G. Burchett schildert in seinem mehrfach erwähnten Buch (Seite 255ff.) eine Unterhaltung, die in kleinem Kreise in Berlin mit Mister Richard Scammon, dem Leiter der politischen Abteilung der „Civil Affairs Administration" der amerikanischen Militärregierung stattfand. Anwesend war unter anderem einer der übelsten deutschen Kriegshetzer, der jetzige Westberliner Oberbürgermeister Reuter. Das folgende Gespräch spielte sich — das ist besonders beachtlich — nur einige Wochen vor der am 25. November 1947 beginnenden Viermächtekonferenz ab: „Es ist einfach schrecklich", klagte Mister Scammon, „daß das State Department immer sechs Monate hinter uns herhinkt. Erst jetzt haben sie unsere Forderung nach einem westdeutschen Separatstaat gutgeheißen — und dabei ist schon seit sechs Monaten alles Notwendige vorbereitet... Wenn erst das Friedensstatut (gemeint ist das Besatzungsstatut) unterzeichnet ist, können wir Westdeutschland zu unserem Verbündeten machen. Wir werden es mitsamt seiner Schwerindustrie als siebzehnte Nation in den Marshallplan einbeziehen und damit vierundvierzig Millionen Menschen mehr auf unserer Seite haben. In einigen Monaten werden wir gestiefelt und gespornt sein, um loszumarschieren." „Wir müssen natürlich die Deutschen einsetzen", ergänzte er bei anderer Gelegenheit diese seine Ausführungen. Scammon erwies sich, wie die weitere Entwicklung zeigte, als durchaus gut informiert.

Es heißt bei Burchett weiter:

> „Selbstverständlich werden wir dann bereit sein, loszuschlagen." Scammon, ein Riese mit einem runden rosigen Kindergesicht, lächelte mich an, als ob er einen unwissenden kleinen Jungen vor sich hätte. „Aber sicher werden wir bereit sein! Gerade in der letzten Zeit habe ich mich damit beschäftigt, ein Memorandum über unsere Besatzungspolitik in der Sowjetunion zu entwerfen." Und Scammon, der sich schon als künftiger Gauleiter sah, erörterte nun in ernstem Ton die Frage, wie man mit den Kolchosen und Industriebetrieben verfahren würde. Die Kolchosen, meinte er, könnte man eigentlich so lassen, wie sie sind; letzten Endes sei die kollektive Bewirtschaftung auch nach Ansicht der amerikanischen Sachverständigen das rentabelste Verfahren. Aber die Industrie? Die würde man — und hier gebrauchte er tatsächlich den Ausdruck — ‚entflechten' müssen."

Diese Erklärungen des hohen Beamten der amerikanischen Militärregierung, Mister Scammon, könnte man als Geschwätz eines Geisteskranken abtun, wenn nicht bekannt wäre, daß Monate vor dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion unter deutschen „Experten" genau dieselben „Fachgespräche" geführt wurden. Lange vor dem Überfall auf die Sowjetunion waren die Stäbe zusammengestellt, die nach Durchführung des beabsichtigten Blitzkrieges die politische und wirtschaftliche Verwaltung in Moskau, Leningrad, Astrachan und am Ural übernehmen sollten. Die künftigen Gauleiter saßen reisefertig auf ihren Koffern, als der Krieg begann, und rechneten mit Sicherheit damit, innerhalb weniger Tage oder Wochen in ihr neues Herrschaftsgebiet abberufen zu werden. Die Erklärungen Scammons sind daher nicht ohne weiteres als unsinniges Geschwätz abzutun. Sie zeigen, wie weit die Politik der Kriegsvorbereitung der USA geht und in welchem Umfang auf diesem Gebiet auch die Hilfe der alten Naziexperten in Anspruch genommen werden soll.

Am 18. Oktober 1947 konnte der Berliner Korrespondent der „New York Post" seinem Blatt melden:

> „Eine Reihe Beamte der amerikanischen Militärregierung sagten mir einmütig voraus, daß die Londoner Konferenz in einer Sackgasse enden und daß die westdeutsche Rumpfrepublik daraufhin gegründet werden würde."

Die New-Yorker Wochenschrift „Newsweek" hatte schon am 24. Juli 1947 zu berichten gewußt: „Offizielle Persönlichkeiten in Washington glauben, daß die Fortsetzung des gegenwärtigen Viermächteregimes den Kommunismus in ganz Deutschland zur Folge haben werde. Es sei vorzuziehen, einen Teil Deutschlands für die Westmächte zu retten. Darum werden Studien gemacht hinsichtlich der Errichtung einer separaten Regierung für Westdeutschland."

Diese Beispiele beweisen, daß die amerikanischen Imperialisten schon Monate vor der für Deutschland so entscheidenden Londoner Viermächtekonferenz die Vollendung der Spaltung Deutschlands und die Bildung eines separaten Weststaates fest in ihr Programm aufgenommen hatten. Ihr Ziel war schon damals, das westdeutsche Industrie- und Menschenpotential für die amerikanischen Kriegspläne auszunutzen. Dieser Tatbestand wird auch von General Clay in seinem Buch „Entscheidung in Deutschland" bestätigt.

Die amerikanische Delegation für die Londoner Konferenz ging also mit der festen Absicht in die Verhandlungen hinein, jede Einigung, die die Lostrennung Westdeutschlands, die Bildung eines westdeutschen Separatstaates hätte vereiteln können, zu torpedieren.

Die Sowjetunion unternahm auch auf dieser Londoner Konferenz mehrfach den Versuch, die Einheit Deutschlands zu retten. Molotow schlug die sofortige Errichtung einer demokratischen deutschen Zentralregierung und die Durchführung einer Friedenskonferenz vor, die den Friedensvertrag mit Deutschland unverzüglich ausarbeiten sollte. Der damalige USA-Außenminister Marshall, die amerikanische Delegation mit ihren britischen und französischen Satelliten sprengten die Konferenz.

Zum Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz schrieb die „New York Herald Tribune" am 20 Dezember 1947 befriedigt:

> „Wir sind am Ende der Straße angelangt, das Zeitalter Jaltas ist vorbei... Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen."

Nachdem die amerikanischen Kriegstreiber das ernste Hindernis der Londoner Viermächtekonferenz überwunden hatten, wurde der Prozeß der Spaltung Deutschlands im Eiltempo fortgesetzt. Das Potsdamer Abkommen wurde immer offener verletzt. Vertragsverletzungen der Westmächte wurden zu einer alltäglichen Erscheinung, zur Gewohnheitssache. Eine Separatkonferenz jagte die andere. Mit der französischen Regierung wurde der Beitritt der französischen Zone zur Bizone ausgehandelt, es wurden die Bedingungen erörtert, unter denen die französische Regierung die Gründung des westdeutschen Separatstaates schlucken würde. Die Lostrennung des Ruhrgebiets durch das Ruhrstatut wurde in Angriff genommen usw. usw.

Als die Vorbereitungen für die Gründung des westdeutschen Separatstaates im wesentlichen abgeschlossen waren, wurde der längst beschlossene Plan der Spaltung Deutschlands am 8. Juni 1948 in den sogenannten „Londoner Empfehlungen" veröffentlicht.

Am 18. Juni 1948 folgte einer der schwersten Schläge gegen die Einheit Deutschlands, die separate Währungsreform in den drei Westzonen, nachdem die USA und ihre Satelliten das Zustandekommen einer Währungsreform für ganz Deutschland torpediert hatten. Diese separate Währungsreform in Westdeutschland teilte Deutschland in zwei Währungsgebiete auf mit allen Folgen, die sich daraus für den innerdeutschen Handel und vor allem auch für Berlin ergaben. Den Hauptvorwand für den sogenannten „Berlinkonflikt", in dem sich die Kriegspolitik der USA-Regierung mit besonderer Deutlichkeit entlarvte, lieferte die separate Währungsreform in Westdeutschland.

Der bereits mehrfach zitierte britische Journalist Burchett schildert eine Unterhaltung mit einem der Finanzberater des Generals Clay:

> „Es sieht ganz so aus", sagte er, „als ob sich die Einführung einer gemeinsamen Währung nicht mehr vermeiden ließe."

Mit Erbitterung fügte er hinzu:

> „Clay war wohl von allen guten Geistern verlassen, als er damals erklärte, man wolle noch einmal versuchen, eine einheitliche Währungsreform herbeizuführen. Nun sitzen wir in der Patsche. Die Russen haben zu allem ja gesagt und es wird verdammt schwer für uns sein, uns jetzt wieder herauszudrehen."

Es ist den amerikanischen Imperialisten bekanntlich gelungen, sich „wieder herauszudrehen", die Schaffung einer einheitlichen Währung zu verhindern und die Spaltung Deutschlands auch auf dem Währungsgebiet zu vollziehen.

Schon nachdem der alliierte Kontrollrat infolge der Separatpolitik der Westmächte und der Abspaltung der Westzonen seine Tätigkeit eingestellt hatte, kam es im Mai 1949 noch einmal zu einer gemeinsamen Tagung der vier Außenminister in Paris. Auch auf dieser Außenministertagung versuchte die sowjetische Delegation, das Unheil der Spaltung Deutschlands noch in letzter Minute abzuwenden. Sie schlug vor, daß innerhalb von drei Monaten der Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vorgelegt werden müsse. Dieser Friedensvertrag müsse vorsehen, daß ein Jahr nach seiner Unterzeichnung Deutschland von allen Besatzungstruppen zu räumen sei. Die sowjetische Delegation schlug ferner vor, aus Vertretern der in der Ostzone und in den Westzonen bestehenden Wirtschaftsorgane einen gesamtdeutschen Staatsrat zu schaffen, der ein Wirtschafts- und Verwaltungszentrum mit Regierungsfunktionen für ganz Deutschland darstelle und die weitere Entwicklung im Sinne der deutschen Einheit sichern sollte.

Auch dieser Versuch der Sowjetunion wurde von den Westmächten zunichte gemacht. Einige konkrete Beschlüsse über die Erweiterung des Interzonenhandels, über die Wiederaufnahme von Viermächteberatungen in Berlin usw. wurden von den westlichen Besatzungsmächten im wesentlichen nicht durchgeführt.

General Clay war über die „Gefahr", es könnte in Paris doch noch zu einer Einigung der Außenminister über ein einheitliches Deutschland kommen, außerordentlich besorgt. Er schreibt in seinem Buch: „Entscheidung in Deutschland":

> „Ich war besorgt, die sowjetischen Vertreter könnten sich auf unsere Bedingungen für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung einlassen ... Ich war froh, als es nicht dazu kam."

In diesem Zusammenhang bestätigt General Clay noch einmal, daß der „Aufbau der westdeutschen Regierung beendet war, bevor sich die vier Außenminister am 23. Mai 1949 in Paris trafen".

Die amerikanische Zeitung „Washington Post" hatte eine Woche vor dem Zusammentritt der Außenminister, am 16. Mai 1949, zu berichten gewußt: „Eine Regierung wird auf jeden Fall für die drei Westzonen Deutschlands gebildet werden. Die meisten Verwaltungsfunktionen werden wahrscheinlich von Business-Vertretern übernommen werden. Die CSU/CDU wird die Regierungsfassade hergeben, hinter der die Industriellen die wahren Herrscher Deutschlands sein werden."

Mit der Gründung des westdeutschen Separatstaates war die Spaltung Deutschlands besiegelt. Die amerikanischen Kriegstreiber hatten dieses ihr Ziel erreicht. Die Wiederherstellung des deutschen Imperialismus und Militarismus, der Ausbau Westdeutschlands zur Hauptbasis der amerikanischen Aggression in Europa wurde von jetzt an mit zunehmender Offenheit in beschleunigtem Tempo betrieben.

Adenauers „Gewissen" und Schumachers „Enttäuschung"

Die Westmächte, die unter Führung des aggressiven amerikanischen Imperialismus die Spaltung Deutschlands durchführten, hätten dieses ihr Ziel ohne die aktive Unterstützung der deutschen Monopolherren und ihrer politischen Exponenten sowie der rechten SPD- und Gewerkschaftsführungen nicht erreichen können. Zwischen den amerikanischen Imperialisten und mit ihren bezahlten Agenten reichlich durchsetzten reaktionären Parteileitungen, vor allem der CDU und der SPD, war und ist bei allen Anschlägen gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes eine enge Zusammenarbeit festzustellen. Diese Zusammenarbeit hat das Ziel, Westdeutschland für den Krieg vorzubereiten und zu diesem Zweck die westdeutsche Bevölkerung zu betrügen, sie von den wesentlichen Dingen abzulenken, ihren Widerstand gegen die Spaltung Deutschlands, gegen die Verletzung der Lebensinteressen der deutschen Nation abzuschwächen und möglichst unwirksam zu machen.

Schon vor den berüchtigten „Londoner Empfehlungen" der Westmächte, die die Spaltung Deutschlands, die separate Währungsreform in Westdeutschland, die Gründung des separaten westdeutschen Staates, Besatzungsstatut und Ruhrstatut unmittelbar vorbereiteten, hatten die Adenauer und Schumacher die Aufgabe übernommen, jeden Versuch einer Verständigung und Einigung der Deutschen aus Ost und West zu hintertreiben, die Bevölkerung Westdeutschlands irrezuführen und an den Gedanken der beabsichtigten Spaltung zu gewöhnen. Als aber dann nach Bekanntwerden der „Londoner Empfehlungen" eine Welle der Empörung durch das deutsche Volk ging, wagten die Adenauer und Schumacher nicht, sich zu ihrer Spaltertätigkeit zu bekennen. Sie „bekämpften" sogar in Worten diese „Londoner Empfehlungen", um die Bevölkerung Westdeutschlands von Aktionen zur Verhinderung der Durchführung der Londoner Spaltungspläne zurückzuhalten, um der Bevölkerung einzureden, die Vertretung ihrer Interessen liege bei ihnen in guten Händen.

Adenauer — ebenso wie Schumacher — waren in Wirklichkeit über die Absichten der imperialistischen Westmächte genauestens informiert und hatten sogar bei der Vorberatung der „Londoner Empfehlungen" mitgewirkt. Aber jetzt gab Adenauer, der — ebenso wie Schumacher — bei allen gegen das deutsche Volk gerichteten Maßnahmen mit den amerikanischen Imperialisten durch dick und dünn geht, eine Erklärung ab, die seine Verlogenheit entlarvt:

„Was jetzt (bei den „Londoner Empfehlungen") herausgekommen ist, übersteigt doch die schlimmsten Befürchtungen...

Allmählich haben sich die Dinge so entwickelt, daß für alle Deutschen, gleichgültig welcher Partei sie angehören, die ernste Frage entsteht, ob sie es vor ihrem Ge-

wissen und vor ihrem Volk verantworten können, weiter mitzuarbeiten an einer immer stärker sich auswirkenden dauernden Einengung der Freiheit." („Die Welt", Hamburg, 10. Juni 1948.)

Schumacher und seine SPD-Parteileitung gebärdeten sich diesmal etwas weniger „radikal" als Adenauer. Schumacher war wenige Monate zuvor von einer fünfwöchigen Reise durch die USA zurückgekehrt, auf der er nochmals auf die Politik der amerikanischen Imperialisten geeicht worden war. Sein Parteiblatt „Sozialdemokrat" versuchte in seiner Ausgabe vom 9. Juni 1948 verzweifelt sich um eine klare Stellungnahme herumzudrücken, ließ aber doch die Katze aus dem Sack:

„Trotz einiger richtiger Ausgangspunkte und der Erkenntnis, daß es darauf ankommt, die für die Einreihung Deutschlands in den europäischen Wiederaufbau (sprich Kriegsvorbereitungen, d. Verf.) erforderlichen politischen Voraussetzungen zu schaffen, können die ‚Londoner Empfehlungen' in Deutschland nur Enttäuschung hervorrufen."

Die wichtigste „politische Voraussetzung" der amerikanischen Kriegspolitik, die die vorbehaltlose Unterstützung der rechten SPD-Führung fand und findet, war eben die Spaltung Deutschlands und die Bildung des westdeutschen Separatstaates, die sowohl Adenauer als auch Schumacher mit fliegenden Fahnen mitmachten. Adenauer „überwand" sein „Gewissen", Schumacher seine „Enttäuschung". Adenauer und Schumacher waren es, die die „Londoner Empfehlungen" gegen den Willen der westdeutschen Bevölkerung durchsetzten und die Spaltung Deutschlands betrieben. Adenauer und Schumacher waren es, die im Bonner Parlament für Besatzungsstatut und Ruhrstatut, für alle der Spaltung Deutschlands dienenden Maßnahmen eintraten und deren Annahme veranlaßten.

„Außenpolitik Richtung Ost"

Um den Krieg vorzubereiten, wurde Deutschland von den amerikanischen Imperialisten, ihren britischen und französischen Satelliten und westdeutschen Revanchepolitikern gespalten. Die Feststellung des amerikanischen Hochkommissars McCloy, er und seine Freunde hätten seit 1945 unablässig auf dieses Ziel hingearbeitet, ist unbestritten richtig.

Aber diese politische Linie des Bruchs rechtskräftiger Verträge, des Betruges der Völker einschließlich des eigenen Volkes, der Wiederaufrichtung des räuberischen aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus, der Vorbereitung eines Krieges gegen das fortschrittlichste Land der Welt, die Sowjetunion, und andere friedliebende Länder — diese politische Linie ist die alte politische Linie, die in den Interventionskriegen gegen die junge Sowjetmacht schmählich Fiasko erlitt. Es ist die alte politische Linie, die nach dem ersten Weltkrieg den deutschen Imperialismus wieder auf die Beine und Hitler zur Macht brachte. Es ist die alte bankrotte politische Linie, die in die Hölle des zweiten Weltkrieges, der Konzentrations- und Vernichtungslager führte. Es ist die alte bankrotte politische Linie, die im zweiten Weltkrieg 27 Millionen Menschen das Leben gekostet und zur Zerstörung Zehntausender Städte und Dörfer geführt hat. Diese politische Linie unter den veränderten

Bedingungen der Zeit nach 1945 unablässig weiter verfolgt zu haben, rühmen sich heute der amerikanische Hochkommissar McCloy, seine britischen und französischen Kollegen und zusammen mit ihnen die westdeutschen Revanchepolitiker.

Sie haben schon einiges erreicht. Deutschland ist in zwei Teile gespalten. In Westdeutschland herrschen die Monopolherren und Junker als Juniorpartner der USA-Monopole über die westdeutsche Wirtschaft und bestimmen maßgeblich die Geschicke des Landes. In Westdeutschland ist eine erzreaktionäre Regierung an der Macht, die jeden Befehl der USA-Imperialisten gehorsam ausführt und ein Polizeiregime errichtet hat, das jede fortschrittliche Regung, jede Diskussion über Krieg oder Frieden, Gespräche zwischen Freunden und Verwandten über die Zonengrenzen hinweg als Staatsverbrechen abstempelt und verfolgt.

Diese reaktionäre westdeutsche Regierung schickt sich an, im Auftrage der amerikanischen Monopole die deutsche Jugend zunächst in die Kasernen und dann in die Massengräber eines dritten Weltkrieges zu jagen. Die bankrotten Generale Hitlers, die Millionen Menschen auf dem Gewissen haben, sind in Westdeutschland wieder obenauf und zusammen mit ihnen die ehemaligen Wehrwirtschaftsführer, Militärgouverneure und SS-Obergruppenführer, die Nazi-Gauleiter und Gestapo-Schergen.
So weit ist es in Westdeutschland schon wieder:

> „Neue Außenpolitik Richtung Ost ... Deutschland hat aber eine weitergreifende Funktion auszuüben. Wir meinen die Notwendigkeit, unsere östlichen Nachbarn für die abendländische Welt, der ja auch sie von Natur angehören, zurückzugewinnen. Es gilt, den Bann.. zu brechen ... Wir, die wir im Vorbild des Abendlandes leben, sind — positiv und negativ — am stärksten qualifiziert, durch den Eisernen Vorhang hindurch ... erkennbar zu machen, wie es in der westlichen Welt um Freiheit und Menschenwürde bestellt ist."

Alles das sind wörtliche Zitate aus einem in der westdeutschen Tageszeitung „Frankfurter Allgemeine", Nr. 149 vom 20. Juni 1951, erschienenen Artikel eines Herrn Otto Klepper. Seine Qualifikation, „unsere östlichen Nachbarn für die abendländische Welt" zu retten, leitet er wahrscheinlich aus der Tatsache ab, daß schon Hitler einen solchen „Rettungsversuch" unternahm. Die „Rettung für die abendländische Welt" führte in die Gaskammern der Vernichtungslager. McCloy kann diesem Banditen der Feder gratulieren, Rosenberg und Goebbels haben es auch nicht besser gemacht.

Daß 1951 in Westdeutschland eine große Tageszeitung offen zur Eroberung Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens, Ungarns, Bulgariens aufrufen kann, ist auch ein Ergebnis der von McCloy und seinen Kollegen seit 1945 geleisteten unermüdlichen Arbeit. Dem französischen, britischen und amerikanischen Volk werden diese Töne der imperialistischen deutschen Kriegspropaganda noch gut in Erinnerung sein.

II.

Der kriegslüsterne deutsche Imperialismus – Hauptverbündeter des amerikanischen Imperialismus

Seit längerer Zeit bereits, mindestens seit dem Beginn der Marshallplan-Politik, tritt die Tendenz seitens des amerikanischen Imperialismus in Erscheinung, den deutschen Imperialismus zu seinem Hauptverbündeten zu machen. Die gesamte Wirtschaftspolitik der amerikanischen Besatzungsbehörden, die die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands restlos dirigierten, ist darauf gerichtet. Während alle im Verlauf des Krieges und nach seinem Ende getroffenen alliierten Vereinbarungen dem Ziel dienten, der deutschen Wirtschaft eine friedliche Entwicklung zu ermöglichen, wurden diese Vereinbarungen in Westdeutschland bewußt und systematisch mit Füßen getreten. Als der Leiter des Amtes für Entkartellisierung bei der amerikanischen Militärregierung, James Martin, im Juli 1947 von seinem Posten zurücktrat, erklärte er bei seiner Ankunft in New York u. a.:

> „Ich bin aus Protest gegen die Machenschaften der großen amerikanischen Gesellschaften in Deutschland, vor allem der General Electric Company, der General Motors und der Standard Oil Company zurückgetreten. Das amerikanische Volk wird von monopolistischen Gruppen geleitet, die ihre eigenen Auffassungen darüber haben, wie Deutschland zu behandeln ist. Meine Bemühungen sind durch die interessierten amerikanischen Gruppen, die im Herzen Europas ein monopolistisch kontrolliertes Deutschland errichten wollen, zunichte gemacht worden."

Mr. Martin war nicht der erste Beamte der Militärregierung, der zurücktrat, weil er die Unmöglichkeit einsah, gegen den Widerstand der amerikanischen Monopolisten die wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, die eine friedliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft garantiert hätten. Er war auch nicht der letzte. Vor ihm waren Oberst Bernstein und Russel A. Nixon aus den gleichen Gründen aus ihren Ämtern ausgeschieden. Im Mai 1948 protestierten 19 Beamte des Stabes der Entkartellisierungsabteilung der amerikanischen Militärregierung gegen die amerikanische Besatzungspolitik.

Die Absicht, die deutschen Monopolisten zu den Hauptverbündeten des amerikanischen Imperialismus zu machen, geht auch schon eindeutig aus dem Bericht des sogenannten Harriman-Ausschusses hervor, der zur Prüfung der Frage der „Auslandsunterstützung", zur Vorbereitung des Marshallplans eingesetzt wurde, in dem es bereits am 8. November 1947 hieß:

> „Kein Teil der wirtschaftlichen Unterstützung, die die im Ausschuß für wirtschaftliche europäische Zusammenarbeit vertretenen Staaten erbeten haben, ist von größerer fundamentaler Notwendigkeit als derjenige, der zur Wiedergesundung der Industrie, der Landwirtschaft und des Transportwesens Deutschlands dienen soll."

Die besondere Unterstützung, die der amerikanische Imperialismus den deutschen Monopolisten angedeihen ließ, geht eindeutig daraus hervor, daß die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands seit dem Beginn des Marshallplans bedeutend schneller voranschreitet, als die der übrigen westeuropäischen Länder.

Die Gründe dieser besonderen Fürsorge des amerikanischen Imperialismus für die deutschen Monopolisten sind vielfältiger Natur und müssen im einzelnen betrachtet werden.

1. Das westdeutsche Rüstungspotential

Einer der wichtigsten Gründe für die Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus und für seine Behandlung als Hauptverbündeter des amerikanischen Imperialismus ist die Stärke des westdeutschen Kriegspotentials und das Vorhandensein kriegserfahrener Offiziere.

In der Erklärung der Konferenz von Teheran, die am 1. Dezember 1943 von Generalissimus Stalin, Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill unterzeichnet wurde, hieß es:

> „Keine Macht der Welt kann uns daran hindern, die deutschen Heere zu Lande, ihre U-Boote zur See und ihre Rüstungsanlagen aus der Luft zu zerstören."

Die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials war demnach ein erklärtes Kriegsziel der Alliierten. Wie sah jedoch die Praxis der anglo-amerikanischen Kriegführung aus? Von der Verzögerung der Eröffnung einer zweiten Front in Europa ist an anderer Stelle die Rede. Wie sah es mit der Zerstörung der Rüstungsanlagen aus der Luft aus?

Die anglo-amerikanischen Luftangriffe richteten sich nur in Ausnahmefällen gegen industrielle Ziele, während ihre wichtigsten Objekte die Wohngebiete der deutschen Zivilbevölkerung waren. Weder die deutsche Kohlenförderung noch die Eisen- und Stahlerzeugung wurden durch die Luftangriffe ernsthaft verringert. Obwohl die Kohlenzechen des Ruhrgebiets sowie seine Stahlwerke in unmittelbarer Reichweite der englisch-amerikanischen Bombengeschwader lagen, und obgleich sie ausgezeichnete Ziele abgeben, wurden nach offiziellen amerikanischen Untersuchungen nur etwa 2 v. H. der Kohlenförderung und etwa 5 v. H. der Eisen- und Stahlerzeugung durch Luftangriffe lahmgelegt. Dagegen wurden die Wohngebiete der Ruhrarbeiter durch erbarmungslose Luftangriffe dem Erdboden gleichgemacht.

In einer geheimen Untersuchung über die Wirkungen der amerikanischen Luftbombardements in Deutschland heißt es:

> „Die Alliierten versuchten nicht, die deutsche Wirtschaft als Ganzes, *oder auch nur die Kriegswirtschaft als Ganzes* zu vernichten."

Nach den Angaben dieser Untersuchung, die vom „United States Strategic Bombing Survey" durchgeführt wurde, erreichte die deutsche Rüstungsproduktion trotz der gewaltigen Bombardierungen im Durchschnitt des Jahres 1944 rund 280 v. H. der Erzeugung des Jahres 1942. Selbst im März 1945, als bereits ein großer Teil des deutschen Territoriums besetzt war, betrug die Rüstungsproduktion noch 45 v. H. mehr als im Durchschnitt des Jahres 1942. Die Erzeugung von Panzern erreichte ihren Höchststand im 4. Quartal 1944. Selbst im 1. Vierteljahr 1945 war sie noch dreieinhalbmal so hoch wie im 1. Vierteljahr 1942. Die deutsche Flugzeugproduktion wuchs 1942 auf mehr als 15000 an, überschritt 1943 die Zahl von 25000 und erreichte 1944 fast 40000 Stück! Alle diese Zahlen, die dem Geheimbericht des United States Strategic Bombing Survey entnommen sind, beweisen, daß die Kriegführung der Westmächte keineswegs der Vernichtung der faschistischen Rüstungsindustrie diente.

Bereits am 12. Dezember 1945 sagte Oberst Bernstein vor dem Unterausschuß des Ausschusses für Militärfragen beim Senat der USA über die Beseitigung der deutschen Rüstungsindustrie folgendes aus:

> „Ich glaube, bei früheren Vernehmungen vor Ihrem Ausschuß wurde auf Grund von Untersuchungen bezeugt oder festgestellt, daß 75 v. H. der deutschen Industrie intakt oder unschwer wiederherzustellen seien. Meine eigenen Untersuchungen und Studien besagen, daß dies in Wirklichkeit ein Minimum ist. Es ist ein Minimum bei IG Farben, wo wir festgestellt haben, daß wahrscheinlich 87 v. H. in Gang gesetzt werden könnten, und wenn die Deutschen 3 bis 6 Monate Zeit für Reparaturen haben, dann wäre ein viel größerer Teil in der Lage, sofort zu arbeiten."

("Elimination of German Resources for War", Hearings before a Subcommittee of the Committee on Military Affairs, United States Senate, 74241, Washington 1946, S. 1113.)

Das riesige, weithin sichtbare Verwaltungsgebäude des IG Farbentrusts in Frankfurt a. M. wurde durch Luftangriffe überhaupt nicht, die gewaltigen Fabrikanlagen der IG Farben nur in geringem Maße (von 55 Betrieben in der amerikanischen Zone wurden nur 2 beschädigt) in Mitleidenschaft gezogen. Die schöne Frankfurter Altstadt mit dem Geburtshaus Goethes und vielen anderen Kostbarkeiten dagegen wurde von den amerikanischen Piloten mühelos gefunden und dem Erdboden gleichgemacht. In einer Geheimsitzung des Produktionsbüros der IG Farben am 27. Februar 1945 wurde mitgeteilt, daß auf dem Gebiet der Energielieferung nur etwa 16,5 v. H. der Gesamtlieferung zeitweise durch Bombenschäden ausgefallen seien.

Die Zahl der Hochöfen in Rheinland und Westfalen betrug im Jahre 1936 insgesamt 82, in der britischen Zone im Jahre 1947 dagegen 118, die Zahl der Thomas- und Bessemerbirnen 54 und 67, die Zahl der Siemens-Martin-Öfen 184 und 213. Diese Zahlen und Tatsachen zeigen eindeutig, daß die Kriegführung der amerikanischen Imperialisten bewußt darauf angelegt war, das deutsche Kriegspotential zu schonen, und daß sie zum Ergebnis gehabt hat — was den Westen Deutschlands anbelangt —, daß die Rüstungsanlagen im wesentlichen erhalten blieben und am Ende des Krieges immer noch leistungsfähiger waren als bei seinem Beginn. Im Osten Deutschlands dagegen, wo der Krieg von den Faschisten mit aller Wildheit geführt wurde, sanken Hunderte von Betrieben allein durch die erbitterten Landkämpfe in Schutt und Asche.

Wie es eines der vereinbarten Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition war, die deutschen Rüstungsanlagen zu zerstören, blieb es auch ihr Friedensziel, die Kriegsindustrie zu beseitigen und eine friedliche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu garantieren. In den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz wurde daher unmißverständlich festgelegt:

> „Zur Vernichtung des deutschen Kriegspotentials muß die Erzeugung von Waffen, militärischer Ausrüstung und Kriegsgerät sowie die Erzeugung aller Typen von Flugzeugen und Hochseeschiffen verboten und unterbunden werden."

Entsprechend diesen Beschlüssen wurde ein Plan zur Beseitigung der Rüstungsindustrie in ganz Deutschland ausgearbeitet. In den Westzonen sorgte jedoch die

Politik des amerikanischen Imperialismus dafür, daß die Beschlüsse von Potsdam mißachtet und die Rüstungsbetriebe erhalten blieben. Dagegen wurde die Möglichkeit zur Demontage von Betrieben benutzt, um Friedensindustrien zu schädigen und die unliebsame deutsche Konkurrenz zu beseitigen. So wurde z. B. unter wohlwollender Billigung der amerikanischen Behörden von der französischen Besatzungsmacht mehr als die Hälfte der Kapazität der Schwarzwälder Uhrenindustrie demontiert.

Schon im Februar und März 1946 wurde diese Politik der amerikanischen Besatzungsmacht von Russel A. Nixon vor einem Senatsausschuß enthüllt. Nixon gab dort u. a. das Beispiel des IG-Werkes Anorgana in Gendorf. Das Werk hatte im Kriege ausschließlich Giftgas hergestellt, und der Direktor der Finanzabteilung der US-Militärregierung, Mr. Dodge, verfügte daher am 18. Oktober 1945 seine sofortige Schließung. Der Direktor der Wirtschaftsabteilung jedoch, General Draper, im Hauptberuf Vizepräsident des Wallstreet-Bankhauses Dillon, Read & Co., bestand darauf, daß die Erzeugung weitergeführt werde, weil die Erzeugnisse dringend gebraucht würden.

Mr. Nixon wies weiter nach, daß kein Betrieb der IG Farben zur Reparation oder zur Demontage vorgesehen sei, obwohl sie durchweg Kriegsbetriebe seien. Die drei zur Demontage zur Verfügung gestellten Betriebe waren in Wirklichkeit Besitz des Reiches und wurden nur von IG Farben verwaltet. Als diese Betriebe tatsächlich demontiert wurden, wurden die Einrichtungen an die verschiedenen IG-Unternehmungen versandt, anstatt für Reparationen abverfügt zu werden.

Wie ein Witz liest sich „Die Entwicklung der Demontagefrage", ein geheimes Memorandum der Leitung der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. Danach waren Ende 1947 im ganzen 59 kriegswichtige Anlagen zur Demontage vorgesehen. „Als Ergebnis der ersten Verhandlungen ergab sich eine Reduktion dieser Liste auf ... 47 Teilbetriebe." Bei weiteren Verhandlungen wurden wiederum 23 Positionen von der Liste abgesetzt, so daß 24 Teile übrigblieben. Bis Ende 1949 gelang es, noch einmal 11 Positionen aus der Liste zu streichen, so daß von den ursprünglich vorgesehenen 59 nur 13 verblieben. Aber auch diese 13 Betriebsteile wurden nicht etwa demontiert, sondern lediglich eine kleine Anzahl von Apparaten und Labor- und Reserveeinrichtungen, die ganz leicht ersetzbar sind.

Entgegen den Potsdamer Beschlüssen wurde die Rüstungsindustrie Westdeutschlands fast gar nicht angetastet. Selbst der verstorbene britische Außenminister Bevin sah sich gezwungen, den völligen Bankrott der Politik der wirtschaftlichen Entmilitarisierung in einer Rede im Unterhaus am 22. Juli 1949 zuzugeben:

> „Ich habe in Moskau ein Versprechen abgegeben, das ich nicht in der Lage war zu halten — und das nehmen mir die Russen übel. Ich habe damals gesagt, daß im Juli 1948 die Demontage sämtlicher Rüstungsbetriebe der sogenannten Kategorie I beendet sein würde. Ich habe getan, was ich konnte, um dieses Versprechen einzulösen, aber unsere Alliierten legten mir die größten Hindernisse in den Weg."

Auf die Frage, von wem diese Schwierigkeiten gemacht worden seien, erwiderte Bevin:

> „Die Amerikaner änderten fortwährend ihren Standpunkt und brachten dann völlig neue Vorschläge."

In Wirklichkeit wurde jedoch das westdeutsche Rüstungspotential seit 1945 kaum verringert, auf einzelnen Gebieten sogar laufend vergrößert. Nachdem die amerikanischen Imperialisten sichergestellt hatten, daß die westdeutsche Industrie fest in der Hand der deutschen Monopolisten bleiben würde, taten sie alles, um sie zu stärken. Allein seit der separaten Währungsreform in den Jahren 1948 bis 1950 sind 42,8 Milliarden Mark in der westdeutschen Industrie neu investiert worden. Das macht pro Jahr durchschnittlich 17 Milliarden Mark. Diese Summen wurden vorwiegend in den von den westdeutschen Monopolisten beherrschten kriegswichtigen Industrien zur Erweiterung des Rüstungspotentials angelegt. Im Vordergrund stehen dabei die Kriegsverbrecherkonzerne der Montanindustrie und der Chemieindustrie.

Die Kapazität der Stahlproduktion und die Erzeugung einer ganzen großen Reihe von kriegswichtigen Chemikalien ist in Westdeutschland bereits größer als vor dem zweiten Weltkriege in ganz Deutschland. Selbst der amerikanische „Hohe Kommissar" McCloy kann nicht umhin, in seinem Bericht für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1950 festzustellen:

> „Westdeutschland ist für Europa noch immer der Hauptlieferant gewisser rüstungswichtiger Chemikalien."

(5. Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland, S. 35.)

Dieser Bericht deckt in dankenswerter Weise die Ursachen für die Bevorzugung der westdeutschen Monopolisten durch den amerikanischen Imperialismus auf, die in erster Linie das nach wie vor starke westdeutsche Kriegspotential sind. In dem Teil des Berichts, der die Überschrift trägt „Die wirtschaftlichen Seiten des Verteidigungsproblems", wird gesagt, daß ein Drittel der gesamten europäischen Industrieproduktion des Jahres 1938 aus Deutschland kam. Darüber hinaus stellt der Bericht fest:

> „Der Großteil der deutschen Vorkriegskapazität in der Schwerindustrie, der für einen Verteidigungsbeitrag in Frage kommt, liegt im Gebiet der Bundesrepublik. Diese industrielle Kapazität, die einst gegen Europa mobilisiert wurde, kann heute einen gewaltigen Beitrag zu den Erfordernissen der Verteidigung sowohl Deutschlands als auch der Atlantikmächte liefern."

(Ebenda, S. 34.)

Die westdeutsche Industrie, die mit ihren großen Möglichkeiten friedlichen Zwecken dienen könnte, die Bedeutendes dazu beitragen könnte, den Lebensstandard des deutschen Volkes zu erhöhen, wird somit unter dem fadenscheinigen Vorwand der „Verteidigung", der schon von Hitler mißbraucht wurde, in der Hand der Monopolisten und unter der Anleitung durch den amerikanischen Imperialismus zu einem Kriegsinstrument, zu einem Mittel der Vernichtung von unermeßlichen Werten und zur Vernichtung des Wertvollsten überhaupt, der Menschen selbst.

Das ist der wichtigste Grund, weshalb die amerikanischen Imperialisten den deutschen Imperialismus wiedererrichten und weshalb sie diesen deutschen Imperialismus zu ihrem Hauptverbündeten ausersehen haben.

2. Westdeutschland — gefährlichster Aggressi sherd in Europa

Die amerikanischen Imperialisten bereiten den Krieg vor. Ihre beabsichtigte Aggression gilt der Sowjetunion und den Volksdemokratien. Für diesen Krieg brauchen sie Verbündete, die bereit sind, sich in die amerikanischen Pläne einzuordnen, sie zu ihren eigenen zu machen. Die Verbündeten des amerikanischen Imperialismus dürfen diesem an Aggressivität und Blutdurst in nichts nachstehen.

Das deutsche Monopolkapital ist ein solcher Verbündeter, der sich durch eine maßlose Aggressionslust auszeichnet. Deshalb wurde es von den amerikanischen Imperialisten zu ihrem Hauptverbündeten erwählt.

Schon im ersten Weltkrieg hatten die deutschen Monopolisten ihre Aggressionslust und ihren maßlosen Expansionismus in der berüchtigten Denkschrift des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen und anderer „Wirtschaftsverbände" unter Beweis gestellt. In dieser Denkschrift, die von Stinnes mitunterzeichnet war, wurde nicht nur der „Anschluß" Belgiens, sondern „der Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebiets bis etwa zur Somme und damit der Ausweg zum Atlantischen Ozean" gefordert. Dazu sollten die französischen Kanalhäfen, das Erzgebiet von Briey, die Festungen Verdun und Belfort, „der Besitz der Kohlengebiete des Departement du Nord und des Pas de Calais" sowie die Überführung der „in diesem Gebiete vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel, einschließlich des mittleren und größeren Besitzes", in deutsche Hand kommen. Im Osten wurde ein entsprechendes „Landwirtschaftsgebiet", nämlich die baltischen Provinzen Rußlands, die heutigen Sowjetrepubliken Litauen, Estland und Lettland sowie die „südlich davon liegenden Gebiete" gefordert.

Jeder weiß, wie dieses erste große Abenteuer des deutschen Imperialismus endete. Die Niederlage im ersten Weltkrieg dämpfte die Aggressivität des deutschen Imperialismus in keiner Weise. Sein Annexionsprogramm im zweiten Weltkrieg war wenn möglich noch maßloser. Es reichte von den Pyrenäen bis zum Kaukasus, vom Atlantischen Ozean bis zum Mittelmeer und darüber hinaus. Der zweite Weltkrieg endete bekanntlich mit einer noch kläglicheren Niederlage des deutschen Imperialismus.

Der Ausgang des zweiten Weltkrieges war ein schwerer Schlag für die deutschen Monopolisten. Auf rund einem Drittel der Fläche Deutschlands wurde ihre Herrschaft gebrochen, 30 v. H. der deutschen Bevölkerung wurden ihrer Ausbeutung entzogen, und ein entsprechender Teil der Industrie des Landes wurde ihrem Kommando entrissen. Einige der Kriegsverbrechertruste wurden durch die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse im östlichen Drittel Deutschlands besonders stark angeschlagen, so z. B. der Flick-Konzern, die IG Farben, die Deutsche Continentale Gas-Gesellschaft, die Deutsche Solvay-Werke AG und andere.

Das deutsche Monopolkapital konzentrierte sich in Westdeutschland und versuchte, dort die Positionen neu zu schaffen, die es an anderen Stellen Deutschlands für immer verloren hat. Vor allem ist es bemüht, Westdeutschland in Übereinstimmung mit den amerikanischen Imperialisten als Ausgangsstellung zu einem neuen blutigen Eroberungskrieg auszubauen. Die einseitig auf die Rüstung gerichtete Struktur

der Wirtschaft, wie sie vom faschistischen Regime geschaffen wurde, ist in Westdeutschland erhalten und teilweise noch verstärkt worden. Die Chemieindustrie hat die Produktion von 1936 um 47 v. H. überschritten, der Maschinenbau um 54 v. H., der Fahrzeugbau um 95 v. H. und die Elektroindustrie sogar um 220 v. H. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie dagegen hat trotz größerer Bevölkerung den Vorkriegsstand gerade erst erreicht, die Schuhindustrie liegt um 10 v. H. und die Ledererzeugung um fast 30 v. H. unter dem Stand von 1936. Diese einseitig auf die Einschränkung der Konsumgüterindustrien und die Ausdehnung der Wirtschaftszweige, die in erster Linie für die Rüstung arbeiten können, gerichtete Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft zeigt deutlich die Absichten der Monopolisten auf, sie so schnell wie möglich in den Dienst des Krieges zu stellen.

Die aggressiven Ziele der deutschen Monopolisten haben sich gegenüber der Zeit während des zweiten Weltkrieges nicht geändert. Immer noch schwebt ihnen der „Zusammenschluß" der Montan- und der Chemieindustrie ganz Europas als Voraussetzung für den Angriff auf die Sowjetunion und die Volksdemokratien und für den schließlichen Kampf um die Weltherrschaft vor.

Den wichtigsten Schritt auf diesem Wege stellt der sogenannte Schumanplan, die westeuropäische Montan-Union, dar. Schon wenige Wochen nach der Verkündung des „Plans" enthüllten die deutschen Monopolisten, was der Schumanplan in Wirklichkeit für sie bedeutete und daß sie hofften, durch ihn die alten Annexionspläne des Faschismus verwirklichen zu können. Auf der Präsidialkonferenz der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern von Nordrhein-Westfalen wurde erklärt:

> „Seit Jahrzehnten steht die politische Einigung Europas als unerledigter Punkt auf der Tagesordnung der Konferenzen und auf dem Wunschzettel des kleinen Mannes. Wir erinnern uns an die Träume Napoleons I., an das Mitteleuropa von Friedrich Naumann ... an das Großraumeuropa von Hitler ...
> Nun wird mit dem Schumanplan der Versuch gemacht, durch eine einheitliche Produktionsbasis von Kohle und Stahl auf wirtschaftlich begrenztem Raum die politische Einigung Westeuropas ein Stück vorwärtszubringen."
>
> (Industriekurier, Düsseldorf, Nr. 90 vom 15 6. 1950.)

Hier wurde mit zynischer Offenheit ausgesprochen, daß der Schumanplan dem Zweck dienen soll, die bereits zweimal mißglückten aggressiven Pläne des deutschen Imperialismus mit neuen Methoden zu verwirklichen, nämlich die gesamte westeuropäische Montanindustrie mit amerikanischer Hilfe unter dem Kommando der Rüstungsherren der Ruhr zusammenzufassen, diesmal in dem „Großraumeuropa" Adenauers.

Den Kriegsverbrecherkonzernen des deutschen Rüstungskapitals, den Krupp und Thyssen, den Mannesmann und Hoesch, den Klöckner und Haniel, soll in amerikanischem Auftrag die Schwerindustrie und damit die gesamte Wirtschaft der westeuropäischen Länder ausgeliefert werden. In der reichbebilderten Reklameschrift über den Schumanplan, die die Bonner „Regierung" schamhafterweise anonym herausgegeben hat, wird das deutlich genug gesagt:

> „Mit der Ratifizierung des Schumanplans wird für die nächsten 50 Jahre eine Entscheidung über den wichtigsten Teil der westeuropäischen Wirt-

schaft fallen. Jeder Deutsche sollte sich über diesen Vorgang Klarheit verschaffen, denn die Ruhrproduktion, Deutschlands industrielles Herz, wird der Kern der neuen Wirtschaftsgemeinschaft sein."

Sowohl in der Stahlerzeugung wie in der Kohlenförderung steht Westdeutschland unter den kontinentalen westeuropäischen Ländern selbst mit seiner heute noch geringen Produktion an erster Stelle. Im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1951 förderte es 52 v.H. der Steinkohle der am Schumanplan beteiligten Länder und erzeugte rund 35 v. H. des Stahls. Bei einer vollen Ausnutzung der vorhandenen Kapazität dürften sich die Anteile jeweils auf 60 bzw. 57 v. H. steigern. Die Herrschaft der deutschen Monopolisten — im Rahmen der ihnen vom amerikanischen Imperialismus gewährten Bewegungsfreiheit ist somit materiell gesichert.

Den Ausschlag gibt natürlich der amerikanische Imperialismus, der mit dem Schumanplan seinen deutschen Verbündeten zu seinem Gendarmen und Landvogt in Europa einzusetzen gedenkt. Selbst der westdeutsche „Volkswirt" plauderte einige Tage nach der Verkündung des Schumanplans aus,

„... daß der Grundgedanke des französischen Vorschlags bereits in der amerikanischen Denkschrift über die europäische Stahlindustrie ... formuliert ist."

(Der Volkswirt, 12. 5. 1950.)

Während die Bonner Regierung den Schumanplan in ihrer bereits zitierten Veröffentlichung heuchlerisch einen „Weg zum Frieden" nennt, besteht bei den Eingeweihten kein Zweifel darüber, daß die amerikanischen Autoren ihn als den direkten Weg zu dem von ihnen geplanten Krieg betrachten. Ein führendes westdeutsches Blatt sagte dazu:

„Der amerikanische Beifall zu dem Schumanplan ist Ausdruck einer neuen Phase der außenwirtschaftlichen Politik der Vereinigten Staaten. Nicht mehr, um es schlagwortartig zu formulieren, ‚Butter' zu innerer Festigung Europas ist jetzt das erste Ziel ... Jetzt sind es ‚Kanonen'."

(Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 23. 5. 1951.)

Die Schwerindustrie ganz Westeuropas soll durch den Schumanplan nach amerikanischem Willen zu einem einzigen großen Rüstungstrust gemacht werden, zu dem europäischen Arsenal für den Krieg des amerikanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie. Die Eingliederung Westdeutschlands in das aggressive Atlantikpakt-System soll durch den Schumanplan auch auf dem Gebiet der Wirtschaft restlos vollzogen werden.

In der Bonner Veröffentlichung über den Schumanplan wird gesagt:

„Der Schumanplan bringt mehr Arbeitsplätze und damit soziale Sicherheit."

Diese Behauptung ist ein plumper Betrug. Eines der erklärten Ziele des Schumanplans ist es ja gerade, solche Werke der Montanindustrie stillzulegen, die den Monopolisten nicht mehr genügend hohe Profite abwerfen. Allerdings bemühen sich die Herren der westdeutschen Montanindustrie, die Lasten einer solchen Politik von sich selbst auf die übrigen Völker Europas abzuwälzen. Einer, der es wissen muß, der Generaldirektor der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, Bergassessor

Dr. Kost, sagte auf der Tagung des Verbandes der oberen Bergbeamten nach einem Bericht der „Rheinischen Zeitung" vom 12. Juni 1950:

> „... daß im Zuge der Verbilligung der westeuropäischen Industrieproduktionen, die mit zu hohen Kosten arbeitenden Zechenanlagen stillgelegt werden müßten. Es bestehe jedoch kein Zweifel darüber, daß der Ruhrbergbau billiger produziere als Zechenanlagen in Belgien und Südfrankreich."

Es soll jedoch nicht nur den belgischen und französischen Berg- und Hüttenarbeitern durch den Schumanplan der Arbeitsplatz genommen werden, er soll ihnen auch, ebenso wie ihren deutschen Kollegen, das Recht nehmen, sich den Arbeitsplatz selbst zu wählen. Er gibt ihnen dafür die „Freizügigkeit", d. h. er räumt den Trusts der Schwerindustrie das Recht ein, die Arbeiter wie Sklaven, wie die Zwangsarbeiter des Faschismus oder die verschleppten belgischen Arbeiter während des ersten Weltkrieges jeweils „nach Bedarf" von einem Land in das andere zu werfen. Die Behandlung der westeuropäischen Berg- und Hüttenarbeiter als moderne Leibeigene der Rüstungstrusts soll dazu dienen, ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu zerschlagen. Die Errichtung der unumschränkten Herrschaft der deutschen und amerikanischen Monopolisten über die Montanindustrie ganz Westeuropas soll gekrönt werden durch die Einführung der amerikanischen Antistreik-Gesetzgebung und die Verfolgung aller fortschrittlichen Bestrebungen und besonders aller aktiven Kämpfer für den Frieden.

Die Herausreißung der wichtigsten Industrien Westdeutschlands aus der Souveränität des deutschen Volkes und ihre Unterordnung unter ein kosmopolitisches „Zwangskartell denkbar monopolistischer Art" (Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 17. März 1951) ist nicht nur vollendeter nationaler Verrat der Adenauer-Regierung. Sie muß auch für die Lebensbedingungen der westdeutschen Arbeiter die schwersten Folgen haben. Weder die Arbeiterparteien noch die Gewerkschaften sollen in Zukunft irgendeinen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kohlen- und Stahlindustrie haben, sondern ausschließlich die sogenannte „Hohe Behörde", die sich aus den führenden Vertretern der internationalen Kanonenkönige zusammensetzen wird, und an deren Spitze die berüchtigten Scharfmacher der deutschen Rüstungsmonopole stehen werden. Über dem Ganzen aber thront der amerikanische Imperialismus, der sich durch sein Finanzmonopol die letzten Entscheidungen vorbehält. Adenauer selbst gab das auf der Pressekonferenz über den Schumanplan in verhüllter Form zu, als er laut Bericht der „Neuen Zeitung", München, vom 21./22. April 1951 sagte:

> „Nach dem Zusammenschluß der Vertragsländer werde der zur Wiederherstellung und zum Ausbau absolut notwendige amerikanische Kredit sehr viel leichter zu erhalten sein, als wenn der Zusammenschluß nicht erfolgt wäre."

Die Schaffung der Montan-Union ist das wichtigste Mittel des amerikanischen Imperialismus, seine indirekte Herrschaft über den westeuropäischen Kontinent mittels der Wiedererrichtung und Stärkung des aggressiven deutschen Imperialismus zu befestigen. Die Schaffung der Montan-Union ist der wichtigste Schritt auf dem Wege der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges.

3. Das Umsiedlerelend wird mißbraucht

Für den Angriff gegen die Sowjetunion und die europäischen Volksdemokratien ist der Angriff gegen die Deutsche Demokratische Republik die erste Voraussetzung. Der Bruderkampf Deutscher gegen Deutsche soll der Auftakt für die Verwirklichung der räuberischen Ziele der deutschen Monopolisten sein. Gleichzeitig soll ihnen der Angriff auf die Deutsche Demokratische Republik „im ersten Anlauf" ihre im Gefolge des zweiten Weltkrieges verlorenen Positionen zurückgewinnen.

Für die Verwirklichung ihrer verbrecherischen Ziele versuchen die deutschen Monopolisten, sich eine Massengrundlage zu schaffen. Dazu wollen sie in erster Linie die Umsiedler benutzen.

Es gibt nach den Angaben des Bonner statistischen Amtes rund 7,8 Millionen Umsiedler in Westdeutschland. Die Eingliederung der Umsiedler in das normale Leben ist jedoch von den Bonner Behörden bewußt verhindert worden. Man nennt sie nicht Umsiedler, sondern „Heimatvertriebene", um damit bei den Umsiedlern selbst sowie bei der gesamten übrigen Bevölkerung aggressiven Revancheideen besonders gegen das volksdemokratische Polen und die Tschechoslowakische Volksrepublik Vorschub zu leisten. Durch eine Bodenreform, wie sie in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durchgeführt worden ist, hätten in den drei Westzonen allein mehr als 190000 neue Wirtschaften geschaffen und ebenso vielen Umsiedlerfamilien eine neue Heimat gegeben werden können. Die Verhinderung der Bodenreform ist jedoch nicht die einzige Maßnahme, die sich gegen die Umsiedler wendet und ihre Eingliederung in das Leben des Volkes unmöglich macht. Auch die Einreihung der Umsiedler in das normale Berufsleben wird systematisch erschwert oder nur in den Berufen ermöglicht, die wegen der Härte der Arbeit unbeliebt sind oder die besonders schlecht bezahlt werden.

Der Anteil der Umsiedler an der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands — immer nach den offiziellen Zahlen, über die noch zu sprechen sein wird — beträgt 16,4 v.H. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug jedoch im März 1951 fast genau doppelt so viel, nämlich 33,4 v. H.; während also in der westdeutschen Gesamtbevölkerung nur jeder sechste ein Umsiedler ist, ist auf den westdeutschen Stempelstellen jeder dritte Arbeitslose ein Umsiedler. Die Arbeitslosigkeit wird damit in erster Linie auf die Umsiedler abgewälzt.

Unter den arbeitslosen Textilarbeitern betrug der Anteil der Umsiedler am 31. März 1951 genau 40 v. H., unter den arbeitslosen Ackerbauern, Tierzüchtern und Gartenbauern 53,2 v. H. und unter den Glasmachern sogar 55 v. H.

Was nun die beschäftigten Umsiedler angeht, so stellte die deutschsprachige Zeitung der amerikanischen Interventionstruppen, „Die Neue Zeitung", am 30. März 1950 fest, daß ihr Anteil an „unbeliebten Berufen" 50 v. H. betrage, und in einer Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft wird gesagt:

> „Ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz der Hilfsarbeiter und der Arbeiter in weniger beliebten Berufen wird von den Zugewanderten gestellt... Die

Mehrzahl der Flüchtlinge kann heute noch nicht ihrer Fähigkeit entsprechend eingesetzt werden und verdienen."

(Das deutsche Flüchtlingsproblem, von Dr. F. Edding, Dr. F. E. Hornschu und Dipl.-Volksw. Hilde Wander, Kiel, Februar 1949.)

Über die Lebensverhältnisse der Umsiedler ermittelte das Evangelische Hilfswerk folgende Zahlen:

„Die Vertriebenen wohnen um 50 v. H. dichter und enger als die Einheimischen. 22 v. H. aller erfaßten Vertriebenen haben kein Bett."

(„Die Stimme der Vertriebenen", Hamburg, 17. 9. 50.)

Die deutschen Monopolisten und ihre Bonner Regierung wollen nicht nur das westdeutsche Umsiedlerelend nicht beseitigen, sondern sie tun alles zu seiner Verewigung. Die Zahl, die von der Bonner Statistik für die Umsiedler angegeben wird, nämlich 7,8 Millionen, ist um 600 000 höher als die Zahl derer, die tatsächlich ihren Wohnsitz in den früheren Ostgebieten hatten. Nur 7,2 Millionen der gegenwärtigen Bevölkerung Westdeutschlands hatten ihren Wohnsitz außerhalb der jetzigen deutschen Grenzen, die durch internationale Beschlüsse festgelegt worden sind. In der westdeutschen Statistik wird jedoch „ein eheliches Kind als heimatvertrieben gezählt, wenn der Vater Heimatvertriebener war, ein uneheliches Kind, wenn die Mutter Heimatvertriebene war". (Wirtschaft und Statistik, Juni 1950, Heft 3, S. 78.) Mit anderen Worten heißt das, daß die Umsiedler in Westdeutschland niemals verschwinden sollen, sondern daß sie von den deutschen Monopolisten als eine erbliche Kaste von Ausgestoßenen und Parias erhalten werden sollen.

Zu welchem Zweck das geschieht, ist von dem „Bund der Heimatlosen und Entrechteten" offen zugegeben worden, von jener Organisation, die von den Monopolisten geschaffen worden ist, um das von ihnen selbst hervorgerufene und erhaltene Elend der Umsiedler restlos ausbeuten zu können. In der Erklärung des BHE heißt es wörtlich:

„Das außenpolitische Ziel des BHE ist die Wiedergewinnung der uns widerrechtlich genommenen Ostgebiete. Wir glauben aber nicht, daß es genügt, die Forderung auf die Rückgabe dieser Gebiete zu erheben. Wir halten es für unsere Pflicht, uns für die Rücksiedelung in diese Gebiete bereitzuhalten. Mit menschlichen Wracks, die untätig in Notquartieren hausen müssen, wird man das nicht tun können ... Wir glauben, daß es jedem Deutschen, der es ernst meint mit der Wiedergewinnung der Ostgebiete, Verpflichtung sein muß, sich die Voraussetzung für die Wiedergewinnung dieser Gebiete zu schaffen. Den Menschen, die diese Aufgabe durchzuführen haben würden, muß Gelegenheit gegeben werden, sich dafür bereitzuhalten."

(„Ein Programm für sozialen Ausgleich. Die Ziele des BHE: Lastenausgleich und Wiedergewinnung des deutschen Ostens", „Die Welt" Nr. 160 vom 12. 7. 1950.)

Die Umsiedler sollen also durch das künstlich aufrechterhaltene und gesteigerte Elend und mittels „ihrer" Organisation, des BHE, zum Stoßkeil des neuen Überfalls auf die Sowjetunion und die Volksdemokratien, zum willigsten Kanonenfutter des neuen deutschen Imperialismus gemacht werden.

Die Existenz der Umsiedler bildet so einen wichtigen Vorwand für die expansionistischen Absichten des deutschen Imperialismus. Wenn er die Umsiedler nicht hätte, müßte er sie geradezu erfinden. Ihr Vorhandensein macht ihn für den amerikanischen Imperialismus zu einem besonders geschätzten und wertvollen Bundesgenossen.

4. Die Rolle Westdeutschlands gegenüber den europäischen Völkern

Die verschärft aggressive Politik des USA-Imperialismus hat zu einer Zuspitzung aller Gegensätze des imperialistischen Lagers geführt. Mit immer wachsendem Widerstreben folgen der englische und französische Imperialismus dem amerikanischen in seine abenteuerliche Politik. Das zeigt sich an der unterschiedlichen Haltung gegenüber der Chinesischen Volksrepublik und an der mangelnden Begeisterung für die amerikanische Koreaintervention in der englischen und französischen Bourgeoisie. Der englisch-amerikanische Gegensatz im Kampf um das Erdöl besonders im Mittleren Osten ist in den letzten Jahren nicht etwa geringer geworden, sondern hat sich ganz beträchtlich verschärft. Dasselbe trifft für den französisch-amerikanischen Gegensatz zu, der sich in den Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in Nordafrika sowie in einer Reihe von europäischen Fragen äußert.

Die größte Sorge bereitet dem amerikanischen Imperialismus jedoch die Haltung der westeuropäischen Völker, die einen wachsenden Druck auf ihre Regierungen ausüben. Unter der festen und konsequenten Führung der Arbeiterklasse erstarkt die Friedensbewegung in diesen Ländern und erfaßt ständig neue Massen. Alle Versuche der amerikanischen Imperialisten, besonders die französische und italienische Arbeiterklasse zu schwächen, haben nur dazu geführt, daß in beiden Ländern die Kommunistische Partei als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen ist.

Die wachsenden imperialistischen Gegensätze, besonders jedoch die wachsende Erkenntnis der Volksmassen, daß es notwendig ist, den Frieden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen, machen die meisten westeuropäischen Länder zu höchst unsicheren Stützpunkten für den amerikanischen Imperialismus. Westdeutschland dagegen scheint ihm eine festere und sichere Grundlage zu bieten.

Hier findet er ein Monopolkapital, das ihm an Angriffs- und Eroberungssucht nicht nachsteht und das seine expansionistischen Ziele nicht als aufgezwungen empfindet, sondern dessen Ziele mit den seinen faktisch identisch sind. Die deutsche Monopolbourgeoisie verfügt über reiche Erfahrungen in der Unterdrückung anderer Völker, besonders in der terroristischen Versklavung der Arbeiterklasse und der grausamen Ausrottung der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland hat noch nicht, wie in den anderen westeuropäischen Ländern, den Weg der Aktionseinheit gegen die Kriegsgefahr entschlossen betreten, sondern ist durch die Politik der Schumacher-Clique und der rechten DGB-Führung tiefer gespalten als in irgendeinem anderen Lande.

In Westdeutschland glaubt daher der amerikanische Imperialismus seine günstigste Basis in Europa errichten zu können, die deutschen Monopolisten glaubt er am besten als ein Druckmittel gegen den englischen und französischen Imperialismus

und vor allen Dingen als den Gendarmen gegen die europäischen Völker benutzen zu können.

Die Vertreter des englischen und französischen Imperialismus wurden von den Amerikanern aus allen Positionen verdrängt, in denen sie bestimmenden Einfluß auf die deutsche Industrie ausübten. Bezeichnend hierfür ist die bisherige Behörde der Besatzungsmächte zur Kontrolle der westdeutschen Stahlproduktion, die Combined Steel Control Group, in der sich die amerikanischen Vertreter 5 von den 12 Sitzen gesichert haben, während die Engländer nur 4 Sitze erhalten haben. Die Stahlindustrie ist jedoch zu etwa 90 v. H. in der britischen Zone konzentriert, während sich in der amerikanischen Zone nur etwa 5 v. H. der Produktionskapazität der westdeutschen Stahlindustrie befinden.

Bereits mit dem Beginn des Marshallplans setzte eine Begünstigung der westdeutschen Wirtschaft gegenüber derjenigen Englands und Frankreichs ein, die einem ausgesprochenen Druck auf diese beiden Länder gleichkam. Die Entwicklung ging selbst in den Grundstoffindustrien Westdeutschlands, bei Kohle und Stahl sowie in der Ausfuhr bedeutend schneller vor sich als in England und Frankreich, von den übrigen Industriezweigen ganz abgesehen, die sich in noch viel schnellerem Tempo entwickelten.

Durch das ungleichmäßige Entwicklungstempo der Wirtschaft in den verschiedenen imperialistischen Ländern waren die deutschen Monopolisten in der Lage, ihre Vorkriegspositionen nahezu zurückzugewinnen oder sogar zu überschreiten, obwohl sie im Jahre 1948 noch am äußersten Ende der Tabelle standen. So übt die westdeutsche Wirtschaft gegenwärtig bereits einen ebensolchen Druck auf die Wirtschaft Englands und Frankreichs aus, wie die geplante westdeutsche Armee es militärisch und politisch tun soll.

III.

Wirtschaftspotential und Kriegswirtschaft Westdeutschlands

Am 19. September 1950 beschloß die bereits erwähnte New-Yorker Geheimkonferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, die alliierten Festlegungen über die verbotenen und beschränkten Zweige der deutschen Industrie in bezug auf Westdeutschland aufzuheben. Wörtlich hieß es darüber in dem Kommuniqué der Konferenz:

> „Die Außenminister sind ferner übereingekommen, das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien in Anbetracht der sich entwickelnden Beziehungen zur Bundesrepublik zu überprüfen."

Das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien vom 31. März 1946 beruhte auf den Potsdamer Beschlüssen und seine Hauptrichtlinien waren:

> „Vernichtung des deutschen Kriegspotentials und industrielle Abrüstung Deutschlands.
> Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie."

Das Abkommen setzte dementsprechend keine Grenzen für die Friedensindustrien. Der Beschluß von New York dagegen sieht keine Sicherungsmaßnahmen gegen die Wiederherstellung der deutschen Kriegsindustrie vor. Das war auch gar nicht sein Zweck, sondern er wollte gerade die Rüstungsindustrien Westdeutschlands in vollem Umfang wiederherstellen. Gleichzeitig beschloß die New-Yorker Konferenz die Wiederaufstellung einer westdeutschen Armee. Die Remilitarisierung Westdeutschlands, insgeheim von langer Hand vorbereitet, war damit offen in ein neues Stadium getreten.

Die amerikanischen Imperialisten sind an der Wiederherstellung des westdeutschen Kriegspotentials nicht nur deshalb so stark interessiert, weil sie für ihre Kriegspläne den deutschen Imperialismus als Verbündeten brauchen, sondern auch deshalb, weil sie mit dem deutschen Monopolkapital sehr eng verbunden sind und an der deutschen Aufrüstung genau so verdienen möchten wie an der amerikanischen.

1. Die Verfilzung des deutschen mit dem amerikanischen Monopolkapital

Die Verbindung des deutschen mit dem amerikanischen Monopolkapital ist nicht neu. Sie geht auf das Ende des vorigen Jahrhunderts zurück, als zum Beispiel die Deutsche Edison-Gesellschaft, die spätere AEG, die amerikanischen Edison-Patente erwarb und ihre spätere enge Verbindung mit der General Electric Co. begründete. Die General Electric mit ihrem märchenhaft hohen Aktienkapital von 1177 Millionen Dollar, die zum Reich der Morgans gehört, war es auch, die nach dem ersten Weltkrieg bereits durch ihre Vertreter die alten Bande in neuer Form knüpfen ließ. Der sogenannte „Young-Plan" war nach dem Präsidenten der General Electric, Owen D. Young benannt, der schon an der Entstehung des Dawes-Plans führend beteiligt war und der der erste Reparationsagent des USA-Finanzkapitals im Deutschland der Weimarer Republik war.

Die Verschuldung Westdeutschlands durch GARIOA und Marshallplan

Um die nach dem ersten Weltkrieg entstandenen Verbindungen bedeutend weiter auszubauen und zu festigen, um Westdeutschland fest in die amerikanischen Pläne

einzugliedern, investierte der amerikanische Imperialismus auch nach dem zweiten Weltkrieg große Summen in Westdeutschland.

Ein großer Teil dieser Mittel wurde direkt aus dem amerikanischen Militäretat entnommen und trägt die Bezeichnung GARIOA (Government Appropriations for Relief in Occupied Areas = Regierungsbewilligungen für Hilfsleistungen in besetzten Gebieten). Durch den Namen soll der Eindruck erweckt werden, als handele es sich um große, unentgeltliche Unterstützungen. In Wirklichkeit müssen die GARIOA-Kredite auf Heller und Pfennig zurückgezahlt werden.

Ein anderer Teil der in Deutschland investierten amerikanischen Kapitalien kommt aus dem sogenannten Marshallplan, dem ERP (European Recovery Program = Europäisches Wiederaufbauprogramm), dessen Name ebenfalls den Eindruck einer großzügigen amerikanischen Hilfe hervorrufen soll. In keiner der zahllosen amerikanischen Propagandaveröffentlichungen über den Marshallplan in Westdeutschland ist ein Wort darüber zu lesen, daß es sich bei ihm nicht um eine großzügige amerikanische „Schenkung" handelt, sondern um Kredite, die restlos zurückgezahlt werden müssen. Das besonders raffinierte an diesen Krediten ist, daß der amerikanische Gläubiger den westdeutschen Schuldner im unklaren darüber läßt, wann die Rückzahlung zu erfolgen hat, beziehungsweise unter welchen Bedingungen.

Die Verschuldung Westdeutschlands an das amerikanische Finanzkapital ist nach dem zweiten Weltkrieg durch GARIOA und Marshallplan ins Uferlose gestiegen. Sie beträgt bereits mehr als fünfzehn Milliarden Mark. Diese Verschuldung in sechs Jahren ist größer als die gesamte langfristige Verschuldung ganz Deutschlands im Jahre 1931 nach dem Hereinströmen der großen amerikanischen Anleihen. Im Juli 1931 erreichten die langfristigen Kredite ganz Deutschlands die Höhe von 10,7 Milliarden Mark und wurden damals als gefährlich hoch betrachtet.

Diese vor dem zweiten Weltkrieg eingegangenen Schulden müssen natürlich zu der Neuverschuldung hinzugerechnet werden, wenn man ein reales Bild von dem Einfluß des amerikanischen Finanzkapitals in Westdeutschland, von seiner Verfilzung mit dem deutschen Finanzkapital haben will, denn diese Altschulden sind in Bausch und Bogen von der Adenauer-Regierung anerkannt worden.

Die Gesamtverschuldung Bonns

Die gesamte Verschuldung Deutschlands an das Ausland betrug im Jahre 1940 nach dem damaligen Dollarkurs von 2,5 RM rund 9,4 Milliarden Mark, nach dem heutigen Kurs also etwa 15,8 Milliarden Mark, jedoch ohne die inzwischen aufgelaufenen Zinsen und Zinseszinsen. Selbst bei bescheidenster Schätzung dürfte der Betrag nicht weit unter 20 Milliarden Mark liegen. Davon dürften 12 bis 15 Milliarden auf die Vereinigten Staaten entfallen. Bei einer Gesamtverschuldung an das Ausland von etwa 35 Milliarden Mark ist Bonn also mit 27 bis 30 Milliarden Mark allein an die Finanzkapitalisten der Vereinigten Staaten verschuldet. Davon sind 10 Milliarden Mark Schulden von Banken, Industrie und Verkehrsunternehmungen, während der Rest von 17 bis 20 Milliarden auf den Bonner Separatstaat, die Länder und Gemeinden entfällt.

Die Anleihen, aus denen die Altverschuldung Bonns resultiert, wurden nach dem ersten Weltkrieg, und zwar nach der Dawes-Konferenz über die deutschen Reparationszahlungen, an Deutschland gegeben. Es gab damals kaum ein größeres Unternehmen in Deutschland, das keine amerikanische Anleihe aufgenommen hätte. Mittels dieser Anleihen wurde die Reorganisation der deutschen Monopole und die Regeneration des im ersten Weltkrieg schwer angeschlagenen deutschen Imperialismus vorgenommen. Die Kredite für die deutsche Schwerindustrie und besonders für den deutschen Stahltrust, die Vereinigten Stahlwerke AG, wurden fast ausschließlich von dem Wallstreet-Bankhaus Dillon, Read & Co. gegeben, das in der kurzen Zeit von Oktober 1924 bis Dezember 1928 mehr als 200 Millionen Dollar in deutschen Anleihen anlegte.

Der Einfluß, den dieses Bankhaus auf die Besatzungspolitik in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg ausübte, geht daraus hervor, daß sein Präsident James V. Forrestal der Verteidigungsminister Trumans war, der bekanntlich seiner eigenen Kriegshysterie zum Opfer fiel. Der Vizepräsident von Dillon, Read ist „General" William H. Draper jr., der frühere Direktor der Wirtschaftsabteilung der US-Militärregierung in Westdeutschland, der danach sogar stellvertretender Kriegsminister wurde. Jetzt ist er auf seinen Vizepräsidentenposten in die Wallstreet zurückgekehrt. Ein anderer Vizepräsident von Dillon, Read & Co., Paul Henry Nitze, war während des Krieges in wichtiger Stellung im Außenministerium tätig, übernahm dort im Jahre 1946 die Abteilung Internationale Handelspolitik, war führend an der Aufstellung des Marshallplans beteiligt und ist auch gegenwärtig noch im Außenministerium.

Das amerikanische Finanzkapital hat durch die Milliardenverschuldung Deutschlands nicht nur eine enge Verbindung mit den deutschen Monopolisten hergestellt, sondern es hat auch dafür gesorgt, daß es seine Interessen durch eine entsprechende Vertretung in den Schlüsselpositionen des Staatsapparates und des Besatzungsregimes in Westdeutschland unmittelbar wahrnehmen kann.

Amerikanische Beteiligungen in Westdeutschland

Die Verflechtung des deutschen mit dem amerikanischen Finanzkapital beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Form des Verhältnisses zwischen Gläubiger und Schuldner. Es gibt eine noch viel engere Form, nämlich die der Partnerschaft, des Verhältnisses von geschäftlichen Teilhabern. An einer großen Anzahl deutscher Unternehmungen sind die amerikanischen Monopolisten direkt beteiligt. Die Gesamtsumme dieser Beteiligungen — soweit sie sich überhaupt nachweisen lassen — übersteigt eine Milliarde Mark um ein beträchtliches. Nach einer Veröffentlichung des Deutschen Wirtschaftsinstituts in Berlin, das zum erstenmal eine zahlenmäßige Untersuchung der amerikanischen Beteiligungen in der deutschen Wirtschaft vorgenommen hat, erreichen diese Beteiligungen die Höhe von etwa 1,4 Milliarden Mark. Das ist eine sehr vorsichtige Schätzung und der tatsächliche Einfluß des amerikanischen Kapitals dürfte etwa doppelt so hoch sein und sich auf rund drei Milliarden Mark des westdeutschen Gesellschaftskapitals erstrecken.

Es handelt sich dabei natürlich nicht um deutsche Unternehmungen, die von untergeordneter Bedeutung sind, und die amerikanischen Partner sind nicht etwa kleine

oder mittlere Unternehmer. Im Gegenteil, es sind die wichtigsten Unternehmen der bedeutendsten Industriezweige in Deutschland, in die die führenden finanzkapitalistischen Gruppen der USA ihr Geld hineingesteckt haben.

An der Spitze steht die Erdölindustrie Westdeutschlands, in der das amerikanische Finanzkapital einen Anteil von rund 172 Millionen Mark beherrscht, und hier ist es wieder der größte amerikanische Erdöltrust, die Standard Oil Company of New Jersey, die weitaus am stärksten beteiligt ist. Sie ist das wichtigste Glied im Herrschaftsbereich der Rockefellers, jener Milliardärsfamilie, die auch die Chase National Bank beherrscht, die ein Aktienkapital von 4,6 Milliarden Dollar hat. Die Chase National Bank hat bereits rund 600 Millionen Dollar Kredite im Rahmen des Marshallplans gewährt, an denen auch der Teil der westdeutschen Erdölindustrie teilgehabt hat, der unter amerikanischem Kommando steht. Da Mr. John J. McCloy, der amerikanische „Hohe Kommissar" für Westdeutschland, früher einer der Anwälte der Chase National Bank war, dürfte er selbst an der Lenkung der Kredite für den Neubau von kriegswichtigen Ölraffinerien und für den Aufschluß von neuen Erdölfeldern in Westdeutschland beteiligt gewesen sein.

An zweiter Stelle in bezug auf die amerikanischen Beteiligungen steht die westdeutsche elektrotechnische Industrie. Hier sind es vor allem die AEG sowie die C. Lorenz AG mit ihren Dutzenden von Tochter- und Enkelgesellschaften, auf die sich die amerikanischen Finanzkapitalisten konzentriert haben. Ihr Einfluß beträgt in diesem Industriezweig rund 142 Millionen Mark, wobei sich die größte Gruppe des amerikanischen Finanzkapitals, das Haus J. P. Morgan, den Löwenanteil gesichert hat, und zwar durch die General Electric und die International Telephone & Telegraph Co. Auch das Haus Morgan ist an den Marshallplan-Anleihen beteiligt, und auch hier ist McCloy nicht ohne Beziehungen. Sein Schwager, John Sharman Zinsser, ist Direktor des Bankhauses J. P. Morgan & Co., wie er übrigens auch ein Schwager des Bonner „Bundeskanzlers" Adenauer ist.

An dritter Stelle steht die Automobilindustrie mit amerikanischen Beteiligungen in Höhe von etwa 128 Millionen Mark. Hier teilen sich zwei große amerikanische Trusts den Einfluß. Die Adam Opel AG befindet sich im ausschließlichen Besitz der drei Milliarden Dollar schweren General Motors Comp., die der berüchtigten Familie Du Pont gehört. Die Du Ponts sind an vielen Kriegen reich geworden und verdienen jetzt wieder in erster Linie an der Herstellung der Atom- und Wasserstoffbombe. Die Ford-Werke AG in Köln sind eine Tochtergesellschaft der Ford Motor Co., die mit einem Aktienkapital von 1.15 Milliarden Dollar der zweitgrößte Automobilerzeuger der kapitalistischen Welt nach der General Motors ist. Opel und Ford erzeugen zusammen nahezu die Hälfte aller westdeutschen Automobile.

Das sind nur einige Beispiele, die beweisen, wie eng die Verflechtung des deutschen und des amerikanischen Finanzkapitals in der Form der direkten Geschäftspartnerschaft ist. Diese Beispiele ließen sich mühelos vervielfachen. Sie würden nur immer von neuem zeigen, daß es die führenden Kriegstreiber und ihre Trusts sind, die auf beiden Seiten des Ozeans an der Spitze stehen. Standard Oil, General Electric, Ford, Harriman, General Motors sind die wichtigsten amerikanischen Kriegstreibertrusts. Der höchstbezahlte Direktor der USA, Charles E. Wilson, Direktor der General Elec-

tric ist für die wehrwirtschaftliche Mobilisierung seines Landes verantwortlich. Sein „Gegenstück" in Westdeutschland, der Rohstoffkommissar Bonns ist Otto A. Friedrich, einer der höchstbezahlten Direktoren Westdeutschlands, Generaldirektor der Harburger Gummiwaren-Fabrik Phoenix AG, die mit der amerikanischen Firestone Tire and Rubber Comp. eng liiert ist, bei der Friedrich auch lange Jahre hindurch in den USA tätig war.

Neben verwandtschaftlichen Beziehungen, wie bei Adenauer und McCloy, und finanziellen Beziehungen, wie sie in Anleihen und Beteiligungen zum Ausdruck kommen, spielen Abmachungen der verschiedensten Art bei der Verflechtung des deutschen und amerikanischen Finanzkapitals eine bedeutende Rolle. Hierher gehören internationale Kartellabmachungen, Patentvereinbarungen usw. Solche Abmachungen bestanden und bestehen zwischen den verschiedenen deutschen und amerikanischen Trusts. Am bekanntesten wurden die Vereinbarungen zwischen der IG Farben AG und dem großen Erdöltrust Standard Oil of New Jersey. Diese Verbindungen rissen auch während des Krieges nicht ab und wurden nach seinem Ende dadurch „belohnt", daß die Vertreter des amerikanischen Finanzkapitals die durch Kontrollratsgesetz festgelegte Auflösung des IG-Farben-Trusts erfolgreich zu verhindern wußten. All das zeigt, wie eng und wie fest die Verflechtung zwischen deutschem und amerikanischem Finanzkapital ist.

2. Der deutsche Imperialismus ersteht erneut

In einer offiziellen amerikanischen Veröffentlichung, einer Untersuchung des Ausschusses für Kleinunternehmen des amerikanischen Repräsentantenhauses, lesen wir folgende Sätze:

> „Konzentration ist die direkte Antithese des Systems des freien Unternehmertums...
> Wirtschaftliche Konzentration führt unumgänglich zu der Beseitigung kleiner Unternehmungen, zum Verschwinden der Konkurrenz, zur Festsetzung von Preisen, zur Beschränkung der Produktion und zur Schaffung von Erwerbslosigkeit... Sie versucht technische Experimente zu kontrollieren und zu beschränken und Arbeitern und Verbrauchern die Wohltaten wachsender Erzeugung vorzuenthalten. Schließlich geht die Konzentration wirtschaftlicher Macht in die Konzentration politischer Macht über, mit dem Ergebnis, daß kleine, machtvolle Interessentengruppen den Staat und das nationale politische Leben kontrollieren."
>
> (United States versus economic concentration and monopoly, 742294, Washington, 1947, S. 92.)

Diese vollkommen richtige Erkenntnis auf Deutschland angewandt, hatte zwei Jahre vorher auf der Potsdamer Konferenz zu dem Absatz 12 der Bestimmungen über Deutschland geführt, der folgendermaßen lautete:

> „In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen."

Diese Festlegung beruhte auf der Einsicht, daß die gewaltige Konzentration wirtschaftlicher Macht in Deutschland, besonders in der Schwerindustrie, in der Chemieindustrie, in der elektrotechnischen Industrie und im Bankwesen, die Grundlage des aggressiven deutschen Imperialismus war, daß sie den Faschismus geschaffen hatte und der Urheber der Weltherrschaftsgelüste des deutschen Monopolkapitals war.

In der vormaligen sowjetischen Besatzungszone, der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, wurde diese Festlegung der Potsdamer Konferenz dem Buchstaben und dem Geist getreu durchgeführt. Sie wurde nicht nur verwirklicht als eine alliierte Forderung, sondern auch als ein notwendiger Bestandteil jedes deutschen Programms zur Demokratisierung des Lebens des deutschen Volkes und zu seiner Umwandlung in ein wirklich friedliches Volk, als die Verwirklichung einer wahrhaft nationalen Aufgabe. Die industriellen Kriegsverbrecher wurden enteignet und, soweit sie nicht zu ihren westlichen Beschützern geflohen waren, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt.

Bestrafung der Kriegsverbrecher verhindert

Anders dagegen in Westdeutschland. Den gefährlichsten Kriegsverbrechern geschah so gut wie nichts. Es gab auch hier einige fortschrittliche Amerikaner, die die Potsdamer Beschlüsse ernst nahmen. Aber welchen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegneten sie. Mr. Nixon sagte darüber vor dem Senatsausschuß:

> „Wir hatten Schwierigkeiten, diese Leute zu verhaften. Wir konnten CIC nicht bewegen, uns die Leute zu geben, um die Verhaftungen durchzuführen, und in Stellvertretung mußten wir unsere eigenen Leute hinausschicken und die Verhaftungen durchführen lassen. Dann hatten wir Ärger. Ich erwähne das, weil es die allgemeine Auffassung widerspiegelt, in der wir arbeiten mußten. Wir konnten keinen Gefängnisraum für diese Leute bekommen... Einige Tage lang mußten wir diese Leute unter Hausarrest halten, während wir große Schwierigkeiten hatten, Gefängnisraum für sie zu bekommen."

(Kilgore-Committee, 74241, S. 1590.)

Einen Kriegsverbrecher zu verhaften, erwies sich also in der amerikanischen Besatzungszone im Jahre 1945 als fast unmöglich. Waren sie jedoch einmal eingelocht, so regten sich ihre hochgestellten Freunde sehr schnell, um ihnen zu Hilfe zu kommen. Vor demselben Senatsausschuß erklärte Oberst Bernstein:

> „Eines Tages kamen Vertreter des Kontrolloffiziers von IG Farben zu uns, die uns fragten, ob wir einige der führenden Leute von IG Farben aus dem Gefängnis entlassen oder ihre Entlassung aus dem Gefängnis vorbereiten könnten... damit diese IG-Farben-Leute zu sehr hohen Gehältern bei der Fortsetzung der Tätigkeit der IG-Farben-Betriebe beschäftigt werden könnten.
> Wir wurden ebenfalls gefragt, ob wir eine Methode erfinden könnten, nach der die Gehälter, die diesen IG-Farben-Beamten gezahlt werden sollten, nicht in Übereinstimmung mit General Eisenhowers Anordnung blockiert werden würden, die das Vermögen bestimmter Kategorien von Leuten blockierte, in die diese Gruppe gehörte."

(Kilgore-Committee, S. 1108.)

Einige dieser industriellen Kriegsverbrecher mußten schließlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung, besonders in den Ländern, die unter der faschistischen Okkupation gelitten hatten, doch verhaftet werden. Gegen drei der Kriegsverbrecherkonzerne wurden auch Prozesse in Nürnberg durchgeführt, gegen Krupp, Flick und IG Farben. Wie die Atmosphäre zwischen diesen Angeklagten und ihren „Anklägern" aussah, die in den sogenannten Kriegsverbrechergefängnissen herrschte, darüber gibt eine eidesstattliche Erklärung eines der Hauptangeklagten im IG-Farben-Prozeß Auskunft, des Georg von Schnitzler, die er am 11. September 1945 abgab:

> „Das persönliche Verhältnis zwischen den Untersuchungsbeauftragten und mir, in Frankfurt, während des Jahres 1945, war ein sehr ungezwungenes und offenes, es war sehr herzlich."
>
> (Office of Chief of Counsel for War Crimes, Document No. NI—5191, S. 1.)

Entsprechend diesem „herzlichen Verhältnis" sah die „Bestrafung" der führenden wirtschaftlichen Kriegsverbrecher aus. Sie befinden sich heute alle längst in Freiheit. Als letzter wurde im Februar 1951 Alfried Krupp entlassen und in seine sämtlichen Eigentumsrechte als Kanonenkönig von Essen wieder eingesetzt. Mit der Entlassung von Krupp und seinen Direktoren fand eine Episode der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik in Westdeutschland ihren Abschluß, die darin bestand, ihren eigenen Völkern und dem deutschen Volk Sand in die Augen zu streuen und den Anschein von Bemühungen zu erwecken, als ob man tatsächlich dem aggressiven deutschen Imperialismus zu Leibe rücken wollte.

Die Rettung des deutschen Monopolkapitals

Für die neue Etappe der amerikanischen Politik in Westdeutschland, für die offene Aufrüstung braucht man die Krupps und Flicks und Schnitzlers, so wie man ihre Trusts braucht. Die Worte, die der amerikanische Hauptankläger in den Nürnberger Prozessen im Jahre 1947 gesprochen hat, erweisen sich im Jahre 1951 als geradezu prophetisch. Derselbe Gedanke ist auch von Tausenden und aber Tausenden deutscher und internationaler Friedensfreunde und Demokraten ausgesprochen worden:

> „Sollte die Schuld dieser Angeklagten nicht ans Tageslicht gezogen und sie nicht entsprechend bestraft werden, so werden sie für den künftigen Frieden der Welt eine größere Gefahr darstellen als seinerzeit Hitler."

Heute ist diese Gefahr bereits zu einer unumstößlichen Tatsache geworden.
Die Rettungsaktion für die westdeutschen Konzerne und Trusts selbst setzte bereits am 22. Dezember 1945 mit dem Erlaß des Gesetzes 52 in den Westzonen ein. Dieses Gesetz stellte 67 Stein- und Braunkohlengesellschaften „unter Kontrolle", ohne jedoch die Eigentumsrechte der Zechenherren anzutasten. Auf Grund dieses Gesetzes wurde am 20. Juli 1946 die Allgemeine Verfügung Nr. 7 erlassen, die die Kontrolle für die Eisen- und Stahlindustrie anordnete. Im Oktober 1946 wurde die „Treuhandverwaltung" als „deutsches Organ" der North German Iron and Steel Control zur „Entflechtung der Stahlkonzerne" ins Leben gerufen und einige Zeit später die

Deutsche Kohlenbergbauleitung. Beinahe konnte man den englischen Erklärungen Glauben schenken, daß die Westmächte dabei waren, mit den Potsdamer Beschlüssen ernst zu machen. Noch am 1. August 1947 schrieb die Londoner „Times":

> „Es gibt an der Ruhr keine Wahl zwischen privatem und öffentlichem Besitz; die privaten Eigentümer an der Ruhr sind Thyssen, Stinnes sowie die übrigen Großindustriellen, die ihren Reichtum und ihren Einfluß zur Unterstützung Hitlers einsetzten. Kein denkbarer Anreiz könnte die Arbeiter der Ruhr bewegen, mehr zu leisten, wenn sie glauben müßten, daß ihre alten Herren wieder zurückkämen."

Wenn man allerdings näher hinsah, so entpuppte sich die „Entflechtung" von Anfang an als ein leerer Bluff. An die Spitze der Treuhandverwaltung der Eisen- und Stahlindustrie wurde Herr Heinrich Dinkelbach berufen, der langjährige Finanzdirektor des entscheidenden Trusts der deutschen Schwerindustrie, der Vereinigten Stahlwerke AG. Er war der natürliche „Treuhänder" der Trustherren der Ruhr, aber niemals des deutschen Volkes. An der Spitze der „Deutschen Kohlenbergbauleitung" stand — und steht noch heute — Generaldirektor und Bergassessor a. D. Heinrich Kost, der Vorsitzende des Vereins der Bergwerke, das Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats und Vorstand und Aufsichtsrat eines halben Dutzend anderer führender Unternehmungen. Wahrlich ebenfalls ein würdiger Vertreter des deutschen Finanzkapitals. Und während der englische Militärgouverneur Sir Brian Robertson — übrigens selbst Großindustrieller und Direktor der Dunlop-Werke — noch am 7. April 1948 vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen erklärte:

> „Ich kann Ihnen die in der Vergangenheit gegebene Versicherung wiederholen, daß die britische Regierung es nicht zulassen wird, daß die deutsche Industrie an ihre früheren Besitzer zurückgeht"

und sich damit scheinheilig an die Werktätigen Westdeutschlands wandte, die die Enteignung der Kriegsverbrecher-Trusts erwarteten, konnte Herr Heinrich Dinkelbach, der sich zur selben Zeit an die deutschen Konzernherren wandte, viel offener und deutlicher sprechen, als er im Nordwestdeutschen Rundfunk sagte:

> „Wenn ich in der glücklichen Lage wäre, Besitzer eines Aktienpaketes, sagen wir der Klöckner-Werke oder der Vereinigten Stahlwerke, zu sein, dann brauchte ich mich nicht in meinem Recht gekränkt fühlen, sondern könnte in dieser oder jener Form eine ausreichende Entschädigung oder eine entsprechende Anteilnahme an dem ferneren Verlauf der Dinge erwarten."

Der britische Großindustrielle in Generalsuniform hat sein Wort gebrochen, der deutsche Konzernherr aber hat seines prompt eingehalten.

In den Fällen, in denen die deutsche Bevölkerung die Versprechungen der westlichen Besatzungsmächte über die wirtschaftliche Entmachtung der reaktionären Schwerindustriellen, Bankiers usw. ernst nahm und versuchte, sie zu verwirklichen, griffen die westlichen Besatzungsmächte unmittelbar zum Schutz ihrer deutschen Freunde, der deutschen Imperialisten, der Monopolherren, Bankiers und Junker ein.

Der „Fall Hessen"

Im Lande Hessen wurde 1946 vom Landtag ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der den Wählern zur Entscheidung vorgelegt werden sollte. Dieser Verfassungsentwurf enthielt einen Artikel 41, in dem es heißt:

„Sobald diese Verfassung in Kraft tritt, werden:

1. die Kohlen-, Kali- und Erzbergwerke, die Eisen- und Stahlwerke, Kraftwerke, sowie die Eisenbahn- und Trolleybuslinien in öffentlichen Besitz übergehen.
2. Die großen Banken und Versicherungsgesellschaften sowie die im vorangehenden Paragraphen 1 bezeichneten Unternehmen, deren Sitz sich außerhalb des Landes Hessen befindet, werden der staatlichen Verwaltung oder Aufsicht unterstellt."

Die amerikanische Besatzungsmacht, die den Schutz der deutschen Monopolherren und Bankiers zu ihrer Aufgabe gemacht hat, legte gegen diesen Artikel 41 der Hessischen Verfassung Protest ein und verbot seine Aufnahme in die Verfassung. Als die hessische Regierung unter dem Druck der Volksmassen fest blieb und sich auf die zahllosen Erklärungen der Amerikaner über das Recht der Deutschen auf „Demokratie und Selbstbestimmung" berief, bestand General Clay darauf, daß der Artikel 41 dann wenigstens Gegenstand eines besonderen Volksentscheids sein müsse. Dieser Volksentscheid wurde durchgeführt. Er hatte ein Ergebnis, das General Clay nicht erwartet hatte: siebzig Prozent der Wähler des Landes Hessen sprachen sich für den Artikel 41 der Verfassung aus. Deutlicher konnte der demokratische Wille der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung nicht zum Ausdruck gebracht werden.

Die amerikanische Besatzungsmacht verhinderte jedoch auch weiterhin unter Bruch aller demokratischen Grundsätze das Inkrafttreten dieser Verfassungsbestimmung solange, bis nach einigen Jahren die reaktionären Parteien im Hessischen Landtag die Oberhand gewonnen hatten.

Der „Fall Nordrhein-Westfalen"

Auch in Nordrhein-Westfalen, in dem industriellen Herz Deutschlands, sorgten die Westmächte dafür, daß jeder Versuch einer Durchführung der Potsdamer Beschlüsse über die Demokratisierung der Wirtschaft im Keime erstickt wurde.
Noch am 22. Oktober 1946 hatte Bevin vor dem britischen Unterhaus erklärt, daß die Verstaatlichung der Schwerindustrie des Ruhrgebiets beschlossen worden sei. Zuerst würde man die Kohlen- und Stahlindustrie „sozialisieren", später die chemische und Maschinenbauindustrie.

Als jedoch auch die Wähler von Nordrhein-Westfalen für die Verstaatlichung der Schwerindustrie und die Enteignung der reaktionären Großindustriellen stimmten und der Landtag am 6. August 1948 ein entsprechendes Gesetz annahm, legte die britische Militärregierung auf Veranlassung der amerikanischen Regierung ihr Veto gegen das Gesetz ein.

So sorgten die westlichen Besatzungsmächte dafür, daß die Entmachtung der Nazi- und Kriegsverbrecher, der reaktionärsten Kräfte Deutschlands, der Ruhrmagnaten und Junker mit ihrem Anhang von Nazibonzen und ehemaligen Generalen der Hitlerarmee in Westdeutschland verhindert wurde.

Reorganisation der westdeutschen Trusts

Die Organisationsformen der wichtigsten deutschen Großunternehmungen hatten sich nach Ansicht der Monopolisten als dringend reformbedürftig erwiesen. Sie hatten im Verlauf von zwölf Jahren Krieg und Faschismus unerhört viel geschluckt ohne zu verdauen und waren „top-heavy" geworden. Das traf vor allen Dingen für den Stahltrust und den Chemietrust zu. Schon während des faschistischen Raubkrieges waren in beiden Monopolen Pläne für eine gewisse Dezentralisation erwogen worden, weil sich die riesigen Gebilde von einer zentralen Stelle aus überhaupt nicht mehr überblicken und leiten ließen. Unter dem Deckmantel der „Entflechtung der Konzerne auf dem Boden der Potsdamer Beschlüsse" wurde diese notwendig gewordene Reorganisation jetzt nach dem Kriege durchgeführt.
Mr. Nixon erklärte dazu vor dem Kilgore-Ausschuß:

> „... Die IG-Farben-Kontrolle ist der Linie gefolgt, die vor dem Ende des Krieges von den IG-Farben-Beamten selbst als Anpassung an die Tatsachen der Niederlage und der Besetzung empfohlen worden ist. Diese Schlußfolgerung basierte teilweise auf einem Brief von Max Ilgner, einem der leitenden Leute bei IG Farben, den er im Mai 1945 aus der Haft an zwei seiner Mitarbeiter in der zentralen Finanzabteilung von IG Farben schrieb. Er instruierte sie, in so enger Verbindung wie möglich miteinander und mit anderen Führern der IG Farben zu bleiben. Er sagte voraus, daß die amerikanischen Behörden schließlich die Wiederaufnahme der IG-Farben-Arbeit erlauben würden und betonte die Notwendigkeit, die Organisation in der Erwartung dieser Entwicklung am Leben zu erhalten."
>
> (Kilgore Committee, S. 1563.)

Im Stein- und Braunkohlenbergbau wurden die Syndikate, und vor allem das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat aufgelöst. Mit demselben Personal wurden jedoch die Deutsche Kohlenbergbauleitung und ihre Untergliederungen (Deutscher Kohlenverkauf, Beschaffungszentrale für Bergbaubedarf usw.) geschaffen, deren Kompetenzen noch erheblich weiter gingen als die der Syndikate. In der Stahl- und Eisenindustrie wurden die Hüttenwerke aus den Konzernen „herausgelöst", obwohl die Konzerne nach wie vor die Eigentümer der Produktionsmittel blieben, und auf einer horizontalen Ebene monopolistisch zusammengefaßt. Der IG-Farben-Trust wurde provisorisch in einzelne „treuhänderisch" verwaltete Betriebsgesellschaften zerlegt, ohne daß die Eigentumsverhältnisse angetastet wurden. Alles entwickelte sich nach dem Plan der deutschen und amerikanischen Monopolisten. Die übrigen Trusts und Konzerne wurden von der „Entflechtung" überhaupt nicht berührt.
Mit dem Übergang zur offenen Aufrüstung wurde auch in den „entflochtenen" Trusts und Konzernen der nächste Schritt vollzogen. In der Schwerindustrie wurde zum vertikalen Trustaufbau zurückgekehrt. Die Vereinigten Stahlwerke, die früher über

vierzehn Betriebsgesellschaften verfügten, werden jetzt in nur zwölf „Einheitsgesellschaften" zusammengefaßt, nur daß diese zwölf Gesellschaften dem Namen nach „unabhängig" sind, ähnlich wie die einzelnen Betriebsgesellschaften des amerikanischen Stahltrusts oder die Betriebsgesellschaften der Standard Oil, die ebenfalls „entflochten" sind. Die übrigen Trusts der Schwerindustrie wie die Klöckner-Werke, die Mannesmann-Werke, Hoesch, Gutehoffnungshütte usw. sind fast unverändert beibehalten worden. Acht dieser neuen „Einheitsgesellschaften" sind vorerst Kohlenzechen und Kokereien als direkter Besitz zugebilligt worden. Fünf davon sind Gesellschaften des Stahltrusts, dessen Position in der westdeutschen Wirtschaft durch die Neuregelung noch weiter gestärkt worden ist.

In der Chemieindustrie werden die Werke des IG-Farben-Trusts entsprechend ihrem Produktionszweig oder ihrer Lage in fünf großen Gruppen zusammengeschlossen, wobei das auf einer Reihe von Gebieten der chemischen Erzeugung bestehende Monopol des Trusts nicht im geringsten angetastet wird, wie bei Buna, Kunststoffen, Weichmachern und vielen anderen Produkten.

Im Gegensatz zu den Potsdamer Beschlüssen wurden somit die entscheidenden wirtschaftlichen Machtgebilde Westdeutschlands nicht beseitigt. Sie konnten sich unter der Obhut der westlichen Besatzungsmächte nach ihren eigenen Plänen reorganisieren und ihre Macht beträchtlich festigen.

Die Macht der Banken ist ungebrochen

Was für die Industrie zutrifft, ist auch für die Banken richtig. Die „Großen Drei", die entscheidenden Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank), waren durch ihre aktive Finanzierung der faschistischen Aufrüstung und des Krieges der Kriegsverbrechen schuldig geworden. Sie hatten ebenso wie die Industrie an Rüstung und Krieg maßlos verdient. Ihre Auflösung und die Überführung ihres Eigentums in die Hand des Volkes war eine Selbstverständlichkeit geworden. Genau das geschah mit ihnen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Nicht so in Westdeutschland. Die Funktion der Großbanken ruhte offiziell und wurde in Wirklichkeit von „Regionalbanken" übernommen, die nichts anderes waren als die früheren Provinzfilialen dieser Großbanken. Man brachte dies noch offen dadurch zum Ausdruck, daß alle diese Banken im Untertitel in Klammern den Namen ihrer alten Stammbank führen. Auch bei den Banken wurde im Grunde genommen nichts anderes durchgeführt wie bei der Industrie, nämlich eine Reorganisation der durch zu schnelles Wachstum schwerfällig gewordenen Organisationsformen, die den unmittelbar zu lösenden Aufgaben nicht angemessen waren. Für die jetzt den westdeutschen Banken gestellte Aufgabe der neuerlichen Rüstungsfinanzierung ist auch bereits wieder eine erneute Rezentralisierung in wenige Gruppen mit aufgeteilten und fest umrissenen Aufgabengebieten vorgesehen.

Neben den alten monopolistischen Großbanken, die wie wir sahen, in etwas modifizierter Form weiterbestehen, ist jedoch eine neue wichtige Bank errichtet worden, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die über ein Monopol besonderer Art verfügt. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau ist die Verteilungsstelle für alle amerikanischen

Kredite, die durch sie hindurchlaufen müssen. Mit dieser Funktion ist der „Wiederaufbaubank" nicht nur ein Monopol schlechthin gegeben worden, sondern durch die Lenkung der Kredite ist sie in der Lage, das gesamte westdeutsche Wirtschaftsleben wirksam zu kontrollieren. Es ist die deutsche Bank, die unmittelbar die Aufträge des amerikanischen Finanzkapitals durchzuführen hat. Niemals vorher hat das amerikanische Finanzkapital über eine so feste Position im deutschen Bankwesen verfügt, wie mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau. An ihre Spitze wurde deshalb auch der zuverlässigste Mann gesetzt, der in Westdeutschland zu finden war, Hermann J. Abs, der auch der faschistischen Aufrüstung schon die treuesten Dienste geleistet hatte. Er wurde mit sechsunddreißig Jahren im Jahre 1937 nicht nur Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Bank, des größten Banktrusts Deutschlands, sondern er war gleichzeitig in Dutzenden von Unternehmen als der führende Vertreter des deutschen Finanzkapitals Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied. Seine gleichzeitig führende Rolle im Bank- wie im Industriekapital kennzeichnet Abs als den typischen Finanzkapitalisten, der an allen Schwerpunkten der deutschen Wirtschaft zu finden ist, im Aufsichtsrat der IG Farben, im Glanzstoffkonzern, bei den Deutschen Solvay Werken usw. Er ist auch heute wieder der mächtigste Mann des deutschen Finanzkapitals, als der er auch die Interessen der deutschen Monopolisten auf der Londoner Konferenz zur Regelung der westdeutschen Schulden vertritt.

Die Finanzoligarchie herrscht unumschränkt

Auch auf anderem Gebiet ist das westdeutsche Monopolkapital bemüht, seine alten Positionen wiederherzustellen, um möglichst günstige Ausgangspositionen für den geplanten Krieg zu gewinnen. Die Zahl der Unternehmen geht durch Fusionen, sowie durch Konkurse und Schließungen von kleinen und mittleren Betrieben ständig zurück. Das bedeutet natürlich, daß sich die Großunternehmen entsprechend stärken. Das Kartellwesen, das durch den Zusammenbruch der Wirtschaft zunächst vollständig zum Erliegen gekommen war, ist wieder auferstanden. Selbst der Sozialdemokrat Professor Nölting, der zu den Rettern des Kapitalismus gehört, mußte schon im vorigen Jahr erklären, die deutsche Wirtschaft werde „mit einem Spinnwebennetz unstatthafter Preisabreden überzogen, und illegale Kartelle wuchern wie in einem Treibhaus". Die Frankfurter Rundschau klagte am 8. März 1950:

> „Besonders schwerwiegend sind die Boykottabreden gegen Firmen, die solche illegalen Preisverpflichtungen nicht mitmachen oder sich nicht dem Zwang eines Fachverbandes beugen wollen."

Auch die Unternehmerorganisationen sind restlos wieder aufgebaut worden, an ihrer Spitze der „Bundesverband der Industrie", der dem früheren „Reichsverband" entspricht und bereits über einen noch stärkeren Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung verfügt als der Reichsverband.

Alle „traditionellen" Positionen des deutschen Finanzkapitals sind, allerdings auf einer um ein Drittel verengerten Basis, wiederhergestellt. Und auch die „traditionellen" Führer des Monopolkapitals sind wieder auf ihren Posten. Sie alle oder fast alle standen einmal auf einer Kriegsverbrecherliste, als nämlich anständige und fortschrittliche Amerikaner noch der Meinung waren, daß unter der Führung des

Präsidenten Roosevelt auch die Vereinigten Staaten an der Beseitigung des deutschen Imperialismus ehrlich mitarbeiten würden, und als sie noch nicht ahnten, daß sein Nachfolger Truman das Vermächtnis Roosevelts schmählich verraten würde. Fast alle jene, die auf der von dem Senatsausschuß des Senators Kilgore aufgestellten Liste von deutschen industriellen Kriegsverbrechern standen, sind heute wieder in Amt und Würden zurückgekehrt. Heute kann man wirklich sagen: Kein Trust oder Konzern in Westdeutschland ohne seine Kriegsverbrecher und Wehrwirtschaftsführer.

Einer, der mit Abs gemeinsam auf dieser Kriegsverbrecherliste stand, und der auch heute eng mit ihm zusammenarbeitet, ist Dr. Robert Pferdmenges, Inhaber des gleichnamigen Kölner Bankhauses, das allerdings erst im Jahre 1938 diesen Namen annahm. Vorher hieß es Sal. Oppenheim & Cie., und es war Herr Pferdmenges, der es als ein kleines Nebenprodukt der Kristallnacht, „arisierte". Pferdmenges war einer der Direktoren der Disconto Bank und gilt heute als der „reichste Mann Westdeutschlands". Fest steht, daß er in zahllosen Direktorien und Aufsichtsräten sitzt, daß er der Finanzberater des Zentrums-Reichskanzlers Brüning war, heute derjenige des „Bundeskanzlers" Adenauer ist und beim Vatikan persona grata ist. Ebenso wie mit Adenauer verbindet ihn eine enge Freundschaft mit dem Sozialdemokraten und Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes Victor Agartz, der früher Leiter des Zweizonen-Wirtschaftsamtes war und jetzt Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften ist. Nebenbei sei bemerkt, daß Agartz auch mit Abs auf mehr als bloß „gutem Fuß" steht. Das Monopolkapital hat von jeher verstanden, sich auch seine Positionen auf dem rechten Flügel der Arbeiterbewegung auszubauen.

Abs und Pferdmenges mögen hier als die beiden hervorragendsten Vertreter des Finanzkapitals allein genannt werden. Man könnte noch etwa zwanzig solcher Typen nennen und hätte dann eine ziemlich vollständige Liste der deutschen Finanzoligarchie, die Westdeutschland heute vollkommen beherrscht.

Wie eng diese Finanzoligarchie mit dem Staatsapparat verflochten ist, sei ebenfalls an nur zwei Beispielen nachgewiesen. Das erste ist der „Bundeskanzler" selbst. Auch Adenauer ist ein typischer Vertreter des deutschen Finanzkapitals. Seine verwandtschaftlichen Beziehungen zum amerikanischen Finanzkapital, zu einem der führenden Morgan-Direktoren, wurden bereits weiter oben erwähnt. Er selbst war lange Jahre Direktor der Deutschen Bank, von der auch Herr Abs kommt. Unglückliche Spekulationen in Aktien der Vereinigten Glanzstoffwerke, die er mit Geldern seiner Bank durchführte, brachten ihn beinahe einmal in Bekanntschaft mit dem Staatsanwalt. Doch das ist lange her, länger als 20 Jahre. Die Glanzstoffleute, denen er als Präsident des Preußischen Staatsrats mit der Bewilligung von Kunstseidenzöllen half, revanchierten sich und griffen ihm mit Aktien ihres Konzerns im Werte von einer Million unter die Arme. Als er seinen siebzigsten Geburtstag feierte, überreichte ihm Herr Pferdmenges im Auftrage der Industrie wieder einmal eine runde Million „für soziale und publizistische Zwecke". Das Geld kam von denselben Leuten, die vor zehn Jahren dem damaligen „Reichsführer SS", dem blutigen Himmler, als „Freundeskreis" jährlich eine Million überreichten. Seine Bande mit dem Finanz-

kapital hat er jetzt durch die Ehe seiner Tochter mit dem Sohn des Konzernherrn Werhahn befestigt.

Das zweite Beispiel gibt der gegenwärtige Innenminister Bonns, Dr. Robert Lehr. Als besondere Vertrauensperson der westdeutschen Montanindustrie wurde Lehr lange vor 1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf. Als Hitler im Jahre 1932 seine berüchtigte Rede im Düsseldorfer Industrieklub hielt, war auch Lehr zugegen und machte die persönliche Bekanntschaft Hitlers. Er hat darüber selbst im Jahre 1947 folgende Erklärung abgegeben:

> „Als damaliger Oberbürgermeister bin ich Mitglied im Industrieklub gewesen und bin auch der Einladung zu jenem Abend gefolgt, an welchem Hitler seinen Vortrag gehalten hat. Nach Schluß des Vortrages hat der spätere Gauleiter Florian die persönliche Bekanntschaft zwischen Hitler und mir vermittelt."

Bis zur Übernahme seines Amtes war Lehr in einer ganzen Anzahl von Aufsichtsräten tätig, vor allem bei den Vereinigten Stahlwerken AG, die er nun direkt in der Regierung vertritt.

Die beiden Beispiele zeigen, wie es das Finanzkapital versteht, sich des Staatsapparates in Westdeutschland zu bemächtigen. Sie bestätigen die am Anfang dieses Abschnitts wiedergegebene amerikanische Ansicht, daß die Konzentration wirtschaftlicher Macht in die Konzentration politischer Macht übergeht. In Westdeutschland beherrscht heute wirklich eine „kleine machtvolle Interessentengruppe den Staat und das nationale politische Leben" und versucht, es immer stärker auf die Bahn der Remilitarisierung und des Krieges zu lenken.

Teilnahme an der „Erschließung" Afrikas

Die deutschen Monopolisten sind unentwegt bemüht, auch die „Weltgeltung" des deutschen Imperialismus wiederherzustellen, d. h. so wie früher an der Ausbeutung fremder Völker teilzuhaben. Im Mittelpunkt ihrer Bemühungen steht die Beteiligung an dem sogenannten „Punkt 4-Programm" des amerikanischen Präsidenten, dem Programm zur „Erschließung unentwickelter Gebiete".

Die amerikanischen Imperialisten sind gegenwärtig sehr stark damit beschäftigt, den afrikanischen Kontinent „zu erschließen", ihn in ihre weitere große Rüstungs- und Aufmarschbasis zu verwandeln, sich seine Rohstoffquellen anzueignen und die Bevölkerung von 160 Millionen sich unterzuordnen. An diesem imperialistischen Programm der verstärkten Versklavung der afrikanischen Kolonialbevölkerung will auch der deutsche Imperialismus teilnehmen. Am 22. Februar 1951 brachte das Düsseldorfer „Handelsblatt" eine Afrika-Sondernummer heraus, die diesen Anspruch der deutschen Monopolisten offen anmeldete. Der Vorsitzende des Afrika-Vereins Hamburg-Bremen schrieb in dieser Nummer:

> „Es muß unser Bestreben sein, in jeder Hinsicht an diesen afrikanischen Aufgaben beteiligt zu werden, sowohl wissenschaftlich als auch wirtschaftlich."

Der Marshallplan-Minister Bonns, Franz Blücher, sagte in derselben Zeitung, daß man den Deutschen in Afrika die Chance gebe, „zum wirtschaftlichen Vorteil Afri-

kas und Europas" Kapital zu investieren. Daß dies bereits in erheblichem Umfang geschehen ist, geht aus den Meldungen hervor, die bis jetzt über solche Investitionen bekannt geworden sind.

Die DKW-Werke haben in der Südafrikanischen Union ein Zweigwerk errichtet, das die Produktion und Montage von DKW-Fahrzeugen aufgenommen hat.

Die Henschel & Sohn, Kassel, hat eine afrikanische Zweiggesellschaft mit dem Namen Henschel and Ash Locomotive Comp. Ltd. in Johannesburg gegründet, die in der Umgebung von Johannesburg einen großen Betrieb zum Bau von Fahrzeugen und Kesselanlagen errichtet hat.

Die Heinckel-Flugzeugwerke haben gemeinsam mit der Mercantile Acceptance Corporation of South Africa die Vorbereitungen für den Bau eines Werkes zur Erzeugung von Automobilen, Treckern, Motorrädern und Flugzeugen bereits abgeschlossen.

Die Ruhrchemie AG, die Lurgis AG und die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen sind mit der Errichtung einer großen Fischer-Tropsch-Anlage für Steinkohlehydrierung in Südafrika beschäftigt.

Die Volkswagenwerke, Wolfsburg, haben in Port Elizabeth ein Montagewerk errichtet, das die Produktion bereits aufgenommen hat und laufend erweitert werden soll.

Auch viele andere Großunternehmungen Westdeutschlands planen die Errichtung von Werken in Afrika. Die Gewinne der westdeutschen Trusts und Konzerne, die sie aus ihren Arbeitern herauspressen, sind bereits wieder so groß, daß sie in zunehmendem Maße dazu übergehen können, diese Gewinne für zusätzliche Rüstungsprojekte im Ausland anzulegen und — wie im Falle Afrikas — an der Ausplünderung der Kolonialvölker für ihre Kriegsvorbereitungen teilzunehmen.

All das zeigt eindeutig, daß der aggressive deutsche Imperialismus wiedererrichtet wird. Unmeßbare Blutopfer brachten die Völker der Welt, um den gefährlichsten Brandherd des Krieges auszutreten und den deutschen Imperialismus zu vernichten. Unmeßbare Blutopfer forderten die deutschen Monopolisten auch vom deutschen Volk, um ihre zügellosen Machtgelüste zu befriedigen. Die Potsdamer Beschlüsse gaben der Welt und auch dem deutschen Volk die Hoffnung, daß die aggressiven Kräfte in Deutschland ausgerottet und der Frieden gesichert werden würde. Um diese Hoffnungen wurde die Welt vom amerikanischen Imperialismus betrogen, der die Potsdamer Beschlüsse mit Füßen getreten und den deutschen Imperialismus zu neuem Leben erweckt hat.

3. Die gefährlichsten westdeutschen Kriegshetzertrusts

Der vorstehende Abschnitt hat das Wiedererstehen des aggressiven deutschen Imperialismus skizziert und ihn als eine Folge der Konzentration ökonomischer Macht charakterisiert. Diese Konzentration ökonomischer Macht stellt sich uns dar in großen Monopolorganisationen, in Kartellen, Syndikaten und Trusts, die das wirt-

schaftliche Leben des Landes beherrschen. Aber diese Monopolorganisationen sind anonym. Die Vereinigten Stahlwerke AG, die IG Farbenindustrie AG, sie alle sind unpersönliche Kapitalmächte, die jedoch nur dazu dienen, die persönliche Macht einer ganz kleinen Gruppe von Finanzkapitalisten zu maskieren, deren persönlicher Bereicherung sie dienen.

Die Aktiengesellschaft wird uns als ein demokratisches Instrument angepriesen. Jede Aktie habe eine Stimme, und wie in jeder Demokratie entscheide auch hier die Mehrheit. Und schließlich behauptet jede größere Aktiengesellschaft von sich, daß der größte Teil ihrer Aktien sich im „Kleinbesitz von Rentnern und Sparern" befinde, wodurch die Herrschaft einzelner von vornherein ausgeschlossen sei.
Es ist durchaus zutreffend, daß bei manchen großen Aktiengesellschaften sich ein großer Teil der Aktien in der Hand vieler einzelner Kleinbesitzer befindet, und das entspricht vollkommen den Wünschen der entscheidenden Großaktionäre. Je zersplitterter der Aktienbesitz ist, desto „billiger" ist die Beherrschung einer Gesellschaft. Müßte man bei konzentriertem Aktienbesitz mindestens 51% des Aktienkapitals in seiner Hand vereinigen, wenn man der betreffenden Gesellschaft seinen Willen aufzwingen will, so genügen bei zersplittertem Besitz 40, 30, ja manchmal sogar schon 20% der Aktien, um ein Unternehmen zu beherrschen. Denn es wird immer schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein, die große Zahl der Kleinbesitzer überhaupt zu einer Generalversammlung zusammenzurufen, geschweige denn, sie auf eine gemeinsame Handlungsweise zu einigen. Mit der „Demokratie" in der Aktiengesellschaft ist es so bestellt, daß nicht die „Mehrheit" recht hat, sondern derjenige, der das meiste Geld hat.

Diese Tatsache machen sich die Finanzkapitalisten zunutze, indem sie sich hinter der „demokratischen" Fassade der Aktiengesellschaften verstecken und so den Augen des Volkes verborgen bleiben. Blickt man jedoch einmal hinter die Fassade, untersucht man einmal die in den Aktiengesellschaften tonangebenden Männer, so entdeckt man, daß eine relativ kleine Gruppe von Menschen in den wichtigsten Unternehmungen immer wieder anzutreffen ist. Diese kleine Gruppe — man kann sie für Westdeutschland auf 40 bis 50 Personen schätzen — stellt die Finanzoligarchie dar, jene reichsten Familien, die das wirtschaftliche und politische Leben Westdeutschlands lückenlos beherrschen.

Krupp und Thyssen

Die traditionelle Zusammenballung dieser finanzkapitalistischen Familien haben wir im Ruhrgebiet, in der Schwerindustrie, den Banken, der Chemieindustrie. Hier haben sie seit Jahrzehnten ihre Macht ausgebaut und gefestigt und ihre Trusts und Konzerne zu wahren Fürstentümern gemacht.

Da ist zunächst einmal die Familie Krupp, die der Prototyp der finanzkapitalistischen Familie ist. Vorzeitig aus der milden Kriegsverbrecherhaft entlassen, ist Alfried Krupp von Bohlen und Halbach in alle seine Eigentumsrechte wieder eingesetzt worden und steht heute wieder an der Spitze der Familienunternehmungen. Der Name Krupp ist zwar jetzt offiziell verschwunden, aber der Besitz der Krupps an der Ruhr ist erneut konsolidiert worden. In einer einzigen Gesellschaft mit der

Bezeichnung „Hüttenwerk Rheinhausen AG" zusammengefaßt, sind die schwerindustriellen Interessen Krupps mit den Kohlenzechen der Kruppschen Gewerkschaft Rossenray verbunden. Mit ihrer gegenwärtigen Jahreskapazität von 1,8 Millionen t Rohstahl stellen die Krupps wieder einen ganz beachtlichen Faktor in der deutschen Schwerindustrie dar. Sie, die bei der Vorbereitung und Führung von zwei Kriegen des deutschen Imperialismus eine gewichtige Rolle gespielt haben, dürfen auf Wunsch der amerikanischen Monopolisten auch bei der Vorbereitung des dritten Weltkrieges nicht fehlen.

Eine besonders wichtige Rolle in Westdeutschland spielen die Thyssens, obwohl sie es gut verstehen, sich in ein geheimnisvolles Dunkel zu hüllen. Der verstorbene Fritz Thyssen, der zweite der Dynastie, der im ersten Weltkrieg und in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen eine verhängnisvolle Rolle in Deutschland gespielt hatte, schrieb ein Buch „Ich zahlte Hitler" (I paid Hitler). Seiner finanziellen Unterstützung verdankte der deutsche Faschismus seit 1923 in erster Linie sein Erstarken. Fritz Thyssen war der Schöpfer des deutschen Stahltrusts, an dem er mit 26 v. H. beteiligt war. Seine Tochter und Erbin, die Gräfin Anita Zichy-Thyssen, lebt in Buenos Aires und hat ihre ungarische Staatsangehörigkeit inzwischen wieder mit der argentinischen vertauscht. Die Thyssens waren überhaupt großzügig in bezug auf ihre Staatsbürgerschaft. Der Bruder des Fritz, Baron Heinrich Thyssen-Bornemisza, ebenfalls ein „Ungar", der ausgedehnte Bergwerksinteressen im Ruhrgebiet hat (u. a. Gewerkschaften Walsum und Langenbrahm), lebte meistens in den Haag. Sein unmittelbarer Statthalter in Westdeutschland ist Dr. Wilhelm Roelen, der bei allen Verhandlungen über die Schwerindustrie ein bedeutendes Wort mitspricht. Als er allerdings vor einigen Jahren nach dem Posten des Leiters der Deutschen Kohlenbergbauleitung griff, da machten die westdeutschen Werktätigen diesem typischen Wehrwirtschaftsführer einen dicken Strich durch die Rechnung. Generaldirektor Kost, der an seiner Stelle ernannt wurde, ist allerdings um keinen Deut besser als er.

Der Thyssen-Besitz, der jetzt in 12 Betriebsgesellschaften neu organisiert wird, stellt nach wie vor die wichtigste Gruppe der westdeutschen Schwerindustrie dar. Auf sie entfällt wahrscheinlich nicht viel weniger als 50 v. H. der westdeutschen Rohstahlkapazität. Die Verbindung von 5 dieser 12 „Stahl-Kerngesellschaften" der Thyssen-Gruppe mit Kohlenzechen und Kokereien verleiht ihnen in der westdeutschen Wirtschaft ein ganz besonderes Gewicht.

Klöckner, Mannesmann, Haniel und Hoesch

Eine machtvolle Gruppe der Schwerindustrie stellen auch die Klöckner-Werke dar, deren Interessen jetzt im wesentlichen von dem Schwiegersohn des Hauses Klöckner, Dr. Günter Henle, wahrgenommen werden, der die Familie auch im „Bundestag" als CDU-Abgeordneter vertritt.

Der alte Florian Klöckner hatte bereits im ersten Weltkrieg unmäßig verdient. Er war es gewesen, der damals den Abtransport zahlreicher Maschinenanlagen aus Frankreich und Belgien organisiert hatte, um sich zu bereichern. So hatte er unter

anderem die Maschinenanlagen des Hüttenwerks Auboué im Bezirk Briey nach seiner Kneuttinger Hütte abtransportieren lassen. Auch vor betrügerischen Handlungen schreckte dieser skrupellose monopolistische Pirat nicht zurück, wenn es um seinen Profit ging. Während des ersten Weltkrieges kaufte er zum Beispiel aus den Staatlichen Werken in Spandau Flußeisen für 250 Mark je Tonne, das er nach einigen Zwischenstationen für 490 Mark je Tonne an eine andere Abteilung desselben Werkes weiterverkaufte.

Der Klöckner-Besitz, der aus Riesenschiebungen und ungeheuren Gewinnen zweier Weltkriege herrührt, wird ebenfalls in einer einzigen „Kerngesellschaft" zusammengefaßt, deren Bedeutung nicht weit hinter dem Krupp-Besitz zurückbleibt. Ihre Verbindung mit den Zechen Ickern und Victor sowie den drei dazugehörigen Kokereien sichert der neuen Klöckner-Gesellschaft eine bedeutende Vorzugsstellung. Als Günter Henle sich zum „Stahltreuhänder" ernennen ließ, wußte er wohl, was er tat. Jetzt hat sich diese Ernennung für die Familie bezahlt gemacht. Mit der Familie in enger Geschäftsfreundschaft verbunden ist übrigens Herr Pferdmenges, während die Klöckners ihrerseits von jeher enge Verbindungen zur Deutschen Bank und zu Herrn Abs unterhalten haben.

Auch die Mannesmann sind eine alte Kriegsverbrecherfamilie. Bereits lange vor dem ersten Weltkrieg waren es ihre ausgedehnten Erzinteressen in Marokko, die Deutschland an den Rand des Krieges brachten, und die jene berüchtigte Provokation des deutschen Imperialismus, den „Panthersprung nach Agadir", die Entsendung des Kanonenbootes Panther nach Marokko heraufbeschworen hatten.

Sie waren von jeher führend in der Finanzierung der extrem chauvinistischen Elemente Deutschlands, des Alldeutschen Verbandes, und es war daher auch nicht überraschend, daß gerade der Generaldirektor von Mannesmann, Wilhelm Zangen, von Hitler zum Vorsitzenden des Reichsrüstungsrates und zum „Führer" der Reichsgruppe Industrie ernannt wurde. Der Vorsitzende des Reichsrüstungsrates sorgte dafür, daß seinem Trust die fettesten Rüstungsaufträge zugeschanzt wurden.

Auch der Besitz der Mannesmannwerke bleibt durch die sogenannte Entflechtung völlig unberührt. Ein weiterer Trust kann somit neue Kriegsverbrechen planen und vorbereiten.

Die Familie Haniel ist nicht nur führend in einem der wichtigsten westdeutschen schwerindustriellen Konzerne, der Gutehoffnungshütte. Ihre Verbindungen gehen auch zu den großen Elektro-Trusts, zu den Siemens-Werken und der AEG. Der wichtigste Vertreter der Haniel-Interessen ist Hermann Reusch, einer der führenden Repräsentanten der westdeutschen Rüstungsindustriellen. Einer der Kriegsverbrecher aus dem Flick-Konzern, Gerhard Bruns, ist nach dem zweiten Weltkrieg aus Mitteldeutschland zur Gutehoffnungshütte übergewechselt, die er zu einem der entscheidenden Rüstungsbetriebe Westdeutschlands ausgebaut hat. Auch die Gutehoffnungshütte wird in der „Entflechtung" eine einzige „Stahlkerngesellschaft" bleiben. Sie ist einer der schwerindustriellen Betriebe, die ihre Vorkriegsproduktion bereits über-

schritten haben, was ihre Bedeutung in der gegenwärtig in Vorbereitung befindlichen Aufrüstung Westdeutschlands eindeutig zeigt.

Zu den unter den Begriff der übermäßigen Konzentration wirtschaftlicher Macht fallenden Unternehmen, die nach den Beschlüssen von Potsdam der Beseitigung unterliegen sollten, gehört auch der Hoesch-Konzern. Drei finanzkapitalistische Familien, die auch mit zahllosen anderen Unternehmungen eng verknüpft sind, spielen in ihm die beherrschende Rolle, die Familie Hoesch, die Familie Werhahn und die Familie von Waldthausen. Von hier gehen die Verbindungen zu Krupp, zu den Rheinischen Stahlwerken, zu der Deutschen Erdöl AG, zur Wintershall AG, zur IG Farben AG und zu vielen anderen Unternehmungen. Der Hoesch-Konzern ist in keinem geringeren Maße ein Kriegsverbrecher-Konzern, wie all die anderen Trusts der Schwerindustrie. Aber auch er ist in seinem Bestand und seiner Macht durch die „Entflechtung" in keiner Weise berührt worden.

Das Haus Stinnes

Wer die führenden Familien des Ruhrgebiets aufzählte, ohne die Familie Stinnes zu nennen, würde einen unverzeihlichen Fehler begehen. Hugo Stinnes der Ältere erklärte schon im Jahre 1911:

> „Lassen Sie noch drei bis vier Jahre ruhiger Entwicklung, und Deutschland ist der unbestrittene wirtschaftliche Herr in Europa. Drei oder vier Jahre Frieden, und ich sichere die deutsche Herrschaft in Europa."

Bereits vor dem ersten Weltkrieg stellten die Stinnes-Besitzungen ein kleines Weltreich dar. Im ersten Weltkrieg verdiente die Familie an dem Unglück der europäischen Völker ungeahnte Summen. Das „Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund" vom Jahre 1923 enthält folgende Auskunft über Stinnes:

> „Schon 1914 wurde das Vermögen von Hugo Stinnes auf hundert Millionen Goldmark geschätzt, die er wie alle Großindustriellen(!) während des Krieges hat vervielfachen können. Sein heutiger Besitz ist kaum zu beziffern ... ohne Zweifel ein Vermögen, das in Milliarden von Goldmark geht und dessen Bezifferung in heutiger deutscher Valuta eine Zahl ergeben würde, wie wir sie nur aus der Astronomie kennen ... Die Nachwelt wird also vielleicht einmal die ausführliche Wahrheit erfahren über Entstehung und Ausdehnung der Macht, die alles Vergleichbare — Morgan, Rothschild, Cecil Rhodes, Harriman, Carnegie, Rockefeller, Vanderbilt — bisher übertroffen hat und die wegen ihrer Fabelhaftigkeit bereits der Anlaß zu einer Art Stinnes-Mythenbildung geworden ist."

Der Verfasser dieses Hymnus ist zwar zweifellos selbst ein Opfer des Stinnes-Mythos geworden und hat im Schlußteil seines Artikels beträchtlich übertrieben. Richtig bleibt jedoch, daß Stinnes mit seinen Gewinnen aus dem ersten Weltkrieg das größte deutsche Trustgebilde zustande brachte, das es jemals gegeben hat. Dieser Trust zerplatzte zwar nach seinem Tode wie eine Seifenblase, es blieb jedoch noch genug übrig, um die Stinnes eine der reichsten Familien Deutschlands bleiben

zu lassen. Der westdeutsche Bergwerksbesitz der Familie Stinnes ist erheblich, und die Beteiligungen an anderen Unternehmungen spielen keine geringe Rolle. Die Familie nutzte die großen Kapitalanlagen, die der alte Stinnes im Ausland vorgenommen hatte, aus und amerikanisierte sich, um sich in den Vereinigten Staaten und in Deutschland gleich heimisch zu machen. Am zweiten Weltkrieg verdiente sie dadurch sowohl in den USA als auch in Deutschland. Darüber hinaus hatte sie den Vorteil, daß ihr gesamter Besitz in Westdeutschland nach dem Ende des Krieges als amerikanisches Eigentum behandelt und von allen Beschränkungen verschont wurde. Die Familie Stinnes hat reiche Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Besatzungsmächten. Am 5. Oktober 1923 fand eine Besprechung zwischen dem unter Bruch aller Verträge mit seiner Armee in das Ruhrgebiet einmarschierten französischen General Degoutte und den Großindustriellen Stinnes, Klöckner, Velsen und Vögler statt, bei der diese folgendes erklärten:

> „Die Industrie sei der Überzeugung, daß es ein schwerer Fehler gewesen sei, den sozialistischen Einflüssen nachzugeben und nach einem verlorenen Kriege auch noch eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen. Viele Schwierigkeiten hätten vermieden werden können, wenn mehr Kohle gefördert worden wäre, und es müßte unsere Aufgabe sein, wieder genügend Kohle zu fördern, um außer Deutschland auch Frankreich, Belgien, Holland und die Schweiz voll versorgen zu können. Der rheinisch-westfälische Bergbau habe sich daher entschlossen, am kommenden Montag die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen, d. h. achteinhalb Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt für Untertagearbeiter und zehn Stunden für Übertagearbeiter. Die Industrie sei aber nicht in der Lage, ihre Absichten durchzuführen ohne die Unterstützung der Okkupationsmächte."

Das Haus Stinnes verfügt also tatsächlich nicht nur über umfangreiche Erfahrungen im Kriegsgeschäft auf beiden Seiten, in der verschärften Ausplünderung der Werktätigen — der Stinnes-Betriebsrat wurde im Juni 1920 gezwungen, eine Vereinbarung zu unterschreiben, daß die Regelung von Lohn- und Gehaltsfragen unter Ausschaltung des Tarifes und ohne Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern durchgeführt werden sollen — das Haus Stinnes versteht sich auf die freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Okkupationsmächten gegen das eigene Volk, gegen die Arbeiter, natürlich im Interesse seiner Profite und der schnelleren Vorbereitung eines neuen Krieges.

Die hier kurz gekennzeichneten imperialistischen Familien stehen gleichzeitig als Beispiel für die zwei bis drei Dutzend anderen Familien, für die Mallinckrodt und von Stein, die Siemens und Oppenheim, die Schröder und Werhahn und wie sie sonst noch heißen. Sie und ihre Bonner Beauftragten verraten tagtäglich die wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes, sie beherrschen und vergiften das gesamte wirtschaftliche und politische Leben Westdeutschlands, sie haben sich mit dem amerikanischen Finanzkapital in einer Verschwörung zusammengeschlossen, die das deutsche Volk in einen noch schlimmeren dritten Weltkrieg stürzen will, der sein Ende bedeuten würde.

4. Westdeutsche Wirtschaft - Teil der USA-Kriegswirtschaft

Die faschistische Aufrüstung hatte die deutsche Wirtschaft seit 1933 vollkommen auf das Geleise der Kriegswirtschaft gelenkt. Nur die Zweige der Wirtschaft wurden gefördert und durften sich beschleunigt entwickeln, die dem Kriege dienten, während alle Zweige der Friedensindustrie durch Investitionsverbote, Rohstoffentzug, Verweigerung von Arbeitskräften und Krediten sowie durch direkte Stillegungen an ihrer Entwicklung und Ausdehnung, ja sogar an der Ausnutzung ihrer Kapazitäten gehindert wurden. Die Verbrauchsgüterindustrien waren weit hinter den kriegswichtigen Industrien zurückgeblieben. Nach dem Ende des Krieges wäre es somit notwendig gewesen, eine grundlegende Strukturwandlung in der deutschen Wirtschaft, eine entschiedene Wendung auf die Friedensindustrien vorzunehmen. Eine solche Wendung war um so dringender, als die Bevölkerung Westdeutschlands gegenüber der Zeit vor dem Kriege um etwa 20 v. H. zugenommen hatte.

Erhaltung der Kriegswirtschaft

Was geschah in Wirklichkeit? Lassen wir noch einmal einige Passagen aus den Untersuchungen des Kilgore-Ausschusses in Washington folgen:

> „Mr. Nixon: Er (Mr. Dodge, der Direktor der Finanzabteilung der amerikanischen Militärregierung) hatte gewisse Schwierigkeiten mit General Draper, dem Direktor der Wirtschaftsabteilung, im Hinblick auf gewisse IG-Farben-Betriebe ... besonders die Giftgasfabrik unten in Gendorf, wo er (Dodge) darauf gedrängt hatte, daß diese Fabrik sofort für Reparationen und Zerstörung frei gemacht und die Erzeugung abgebrochen werden sollte. General Draper andererseits bestand darauf, daß es notwendig sei, die Produktion in der Gendorfer Fabrik mindestens noch für eine gewisse Zeit fortzusetzen.
>
> Der Vorsitzende: Was für eine Produktion wurde dort durchgeführt?
>
> Mr. Nixon: Sie produzierte ein Frostschutzmittel. Sie hatte während des Krieges ein Frostschutzmittel als Nebenprodukt von Senfgas hergestellt, das dort produziert wurde, und es war der Wunsch von General Draper, die Arbeit dieser Fabrik mit der Erzeugung des Frostschutzmittels fortzusetzen.
>
> Der Vorsitzende: War es notwendig, daß sie auch Senfgas herstellten?
>
> Mr. Nixon: Nein, obgleich die Kapazität, das zu tun, vorhanden war.
>
> Der Vorsitzende: Sie konnte über Nacht auf Senfgas umgestellt werden?
>
> Mr. Nixon: Jawohl, die grundlegenden Einrichtungen blieben unverändert."
>
> (Kilgore Committee, S. 1560—1561)

Im Jahre 1945 brauchte das deutsche Volk bekanntlich nichts notwendiger als ein Frostschutzmittel! Diese Aussage zeigt ganz deutlich, daß es den amerikanischen Kriegstreibern vom Schlage eines Draper darum ging, die kriegswichtigen Zweige der deutschen Industrie möglichst unverändert zu erhalten, um sie in einem Kriege gegen die Sowjetunion benutzen zu können. Daran hat sich seitdem nichts geändert. Die Fabrik Anorgana in Gendorf ist auch heute noch unverändert in der Lage, Gift-

gas herzustellen. Eine Strukturveränderung in der westdeutschen Wirtschaft ist nicht durchgeführt worden, im Gegenteil, der von den Nazis herbeigeführte kriegswirtschaftliche Charakter ist noch weiter verstärkt und ausgebaut worden.

Wachstum der Rüstungsindustrie — Drosselung der Friedensindustrie

Die gesamte Industrieproduktion Westdeutschlands hat den Stand von 1936 im Jahre 1950 um 9,5 v. H. überschritten. Angesichts der gestiegenen Bevölkerungszahl lag die Erzeugung pro Kopf der Bevölkerung allerdings noch unter dem Vorkriegsstand, der erst im Durchschnitt der ersten fünf Monate des Jahres 1951 erreicht wurde. Die Entwicklung war jedoch auf den einzelnen Gebieten der Industrie vollkommen unterschiedlich. Einige Industriezweige haben den Vorkriegsstand schon in einem ganz erheblichen Ausmaß überschritten, während andere zum Teil noch weit unter diesem Stande liegen.

Die Erdölgewinnung z. B. lag 1950 um 152 v. H. über dem Stand von 1936 und stieg in den ersten fünf Monaten 1951 noch weiter auf eine Höhe von 183 v. H. über 1936. Der Fahrzeugbau überschritt den Stand von 1936 im Durchschnitt des Jahres 1950 um 54 v. H. und in den ersten fünf Monaten 1951 sogar um 92 v. H. Der Maschinenbau lag im Durchschnitt 1950 bei 121 v. H. von 1936 und stieg in den ersten fünf Monaten 1951 auf 150 v. H., die elektrotechnische Industrie hatte 1950 schon 236 v. H. von 1936 erreicht und in den ersten fünf Monaten 1951 sogar 315 v. H.

Ganz anders ist die Lage auf dem Gebiet der Konsumgüter. Die Ledererzeugung lag im Durchschnitt von 1950 noch um 27 v. H., im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1951 noch um 24 v. H. unter dem Vorkriegsstand. Die Schuherzeugung blieb 1950 um 22 v. H., 1951 um 9 v. H. unter dem Vorkriegsstand. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie zeigt in den ersten fünf Monaten 1951 sogar einen Rückgang von 2 v. H. gegenüber dem Durchschnitt 1950. Die Bauindustrie liegt ebenfalls noch unter dem Vorkriegsstand.

Wir sehen also eine stark ausgeprägte Differenzierung in der Entwicklung von Industrien, die teilweise den Vorkriegsstand weit überschritten haben, und denen, die noch unter dem Vorkriegsstand liegen. Auch in den einzelnen Industriezweigen selbst läßt sich diese Differenzierung weiterverfolgen in dem Vorschnellen und Zurückbleiben verschiedener Erzeugnisse. Im Maschinenbau betrug die Erzeugung von Metallbearbeitungsmaschinen, die für die Kriegsindustrie wichtig sind, im monatlichen Durchschnitt 1936 in Westdeutschland rund 9000 t, im Mai 1951 war sie auf fast 10 000 t gestiegen. Die Erzeugung von Landmaschinen und Zubehör dagegen, die der Friedenswirtschaft dienen, ging von 19 000 t 1936 auf 16 300 t im Mai 1951 zurück. Im Fahrzeugbau stieg die Erzeugung von Personenkraftwagen im Mai 1951 gegenüber dem Durchschnitt von 1936 um 50 v. H., die Erzeugung von Lastkraftwagen dagegen stieg um 120 v. H. In der chemischen Industrie stieg die Erzeugung von solchen kriegswichtigen Erzeugnissen wie Chlor um 160 v. H. gegenüber 1936, von Ätznatron fast um 200 v. H., während z. B. die Erzeugung von Seife und Waschpulver von 42 600 t auf 18 900 t zurückging.

Diese Zahlen zeigen, daß die Struktur der westdeutschen Wirtschaft nicht etwa normalisiert, sondern noch weiter in der Richtung der Kriegswirtschaft verändert wird.

Wiederum werden die für die Aufrüstung wichtigen Zweige der Wirtschaft schneller entwickelt, während die Friedensindustrien gedrosselt werden.

Industrien mit amerikanischem Kapital an der Spitze

Noch eine andere Tatsache verdient Beachtung. Es sind ganz bestimmte Industriezweige der Kriegswirtschaft, die gegenwärtig in Westdeutschland bevorzugt gefördert werden, wie der Maschinenbau, die Erdölindustrie, der Fahrzeugbau und die Elektroindustrie. Dafür sind zwei Gründe maßgebend.

Erstens handelt es sich um Industrien, die der Vorbereitung der Umstellung der gesamten Industrie auf die Kriegswirtschaft dienen, z. B. die Ausrüstung mit Werkzeugmaschinen und Transportmitteln, die Anlage von Rohstoffreserven, wie Erdöl und Erdölprodukte, und die gleichzeitig die Aufstellung der westdeutschen Söldnerarmee vorbereiten durch die Bereitstellung allgemeiner Ausrüstungsgegenstände (Uniformen, Fahrzeuge, Nachrichtengeräte usw.) und den Bau von Kasernen und Befestigungen (rapide steigende Zementproduktion). Der erste Grund ist also der, daß die westdeutsche Wirtschaft sich gegenwärtig noch im Prozeß der Umstellung, der Vorbereitung der Rüstungsproduktion auf der ganzen Linie befindet.

Der zweite Grund ist, daß es sich bei den betreffenden Industrien in erster Linie um die Wirtschaftszweige handelt, an denen das amerikanische Finanzkapital am stärksten beteiligt und interessiert ist. Fünf westdeutsche Industriezweige haben im Durchschnitt des Jahres 1950 den Stand von 1936 um mehr als 50 v. H. überschritten. Es sind dies: (1936 = 100)

Kunstfaserindustrie	266
Elektroindustrie	236
Erdölgewinnung	252
Energiewirtschaft (Strom)	173
Fahrzeugbau	154

Die Kunstfaserindustrie befindet sich zu einem ganz beträchtlichen Teil in der Hand ausländischer Monopolisten. An der IG Farben ist das amerikanische Finanzkapital hervorragend interessiert, die Vereinigten Glanzstoffwerke sind in der Hand des holländischen AKU-Konzerns. Hier werden ebenso Fallschirmseide wie Textilien für Uniformen und Ausrüstungsgegenstände hergestellt. Die Elektroindustrie steht unter den amerikanisch beherrschten westdeutschen Industrien an zweiter Stelle, die Erdölindustrie an erster Stelle, auch an der Energiewirtschaft ist amerikanisches Kapital, besonders in der Form von Anleihen, stark beteiligt. Der Fahrzeugbau schließlich steht unter den amerikanisch beherrschten Industrien Westdeutschlands an dritter Stelle. Das amerikanische Finanzkapital, das aus der Aufrüstung in den USA maßlose Profite zieht, will naturgemäß auch an der westdeutschen Aufrüstung vordringlich verdienen, es will einen Vorschuß auf die Seligkeit der vollen Rüstungsprofite gesichert haben. Das ist der zweite Grund dafür, daß es ganz bestimmte In-

dustriezweige sind, die vorerst am stärksten in die Aufrüstungsmaßnahmen des neuerstandenen deutschen Imperialismus einbezogen worden sind.

Schließlich bleibt zu berücksichtigen, daß die deutschen und amerikanischen Imperialisten gezwungen sind, bei ihrer westdeutschen Aufrüstungspolitik vorsichtig zu Werke zu gehen. Sie stoßen auf den Widerstand aller der Völker, die die imperialistische deutsche Aggression am eigenen Leibe verspürt haben, sie stoßen auf den immer stärker werdenden Widerstand der Weltfriedensbewegung und sie stoßen auf den sich steigernden Widerstand der deutschen Werktätigen, die immer weniger bereit sind, noch einmal die Waffen für den verbrecherischen deutschen Imperialismus zu schmieden und sich zu seinem gefügigen Werkzeug machen zu lassen. Deshalb bemühen sich die Bonner Rüstungspolitiker, ihre Aufrüstungsmaßnahmen zu tarnen und zu verschleiern und alles bereitzumachen, um die Umstellung auf die Rüstungsproduktion von einem Tag auf den anderen in vollem Umfang durchführen zu können.

Die Auferstehung der „Wehrwirtschaft"

So wie die faschistische Aufrüstung eine wehrwirtschaftliche „Theorie" und wehrwirtschaftliche Zwangsmaßnahmen brauchte, so auch die Aufrüstung des neuerstandenen deutschen Imperialismus. Mit der Rückkehr der Wehrwirtschaftsführer in die Lenkung der westdeutschen Wirtschaft sind auch ihre gelehrten Soldschreiber wieder zu Amt und Würden gekommen, verzapfen erneut wehrwirtschaftliche „Theorien" und entwerfen die für die Aufrüstung notwendigen Zwangsmaßnahmen. Sie brauchen dabei nur in die Mottenkiste ihrer faschistischen Veröffentlichungen zu greifen und ihre alten Schmarren etwas umzuformulieren. Der Generalleutnant von Metzsch, unseligen Angedenkens, sagte:

> „Erst wenn der Besitz behauptet werden kann, das heißt, wenn die Wirtschaft in den Dienst der Wehrpolitik gestellt, wenn sie also zur Wehrwirtschaft wird, kann der Reichtum als für das Volkstum gesichert gelten."
>
> (von Metzsch, Wehrpolitik, Berlin 1939)

Sein Schüler und „junger Mann" von gestern, der von Hitler zum Professor ernannte Major Dr. Kurt Hesse, der den Ehrgeiz hat, der „General Thomas"[1]) des Herrn Adenauer zu werden, sagt in seinem Geheimmemorandum „Die deutsche Wirtschaftspolitik 1950/51", daß

> „eine Nutzbarmachung der deutschen Wirtschaft für rüstungswirtschaftliche Zwecke"

von der Remilitarisierung nicht zu trennen sei, und daß die Bejahung oder Ablehnung der Aufrüstung in Europa

> „auch die Anerkennung oder Verneinung der Rüstungswirtschaft"

bedeute.

---

[1]) General Thomas war der Chef des hitlerschen Wehrwirtschaftsstabes.

Da die Bonner Remilitarisierungsregierung und ihre imperialistischen Auftraggeber die Aufrüstung sogar sehr bejahen, haben sie sich klar für die „Rüstungswirtschaft" entschieden. Hesse fährt jedoch in seinem Gedanken folgendermaßen fort:

> „Hierbei kommt der Einstellung der Arbeiterschaft besonderes Gewicht zu."

Dieser Gedanke veranlaßt Bonn, zwar „Rüstungswirtschaft" zu betreiben, diese Tatsache aber unter allen Umständen in Abrede zu stellen. Hesse jedoch ist insgeheim zum Sachbearbeiter für Standortfragen der westdeutschen Wirtschaft bei der Bonner Regierung avanciert und kann von dort aus die gesamte Umstellung der westdeutschen Wirtschaft auf die Rüstung „theoretisch" lenken.

Die Kriegs-Zwangswirtschaft wird aufgebaut

Den entscheidenden Schritt auf der Linie der Errichtung der neuen Kriegs-Zwangswirtschaft Bonns stellt das sogenannte „Gesetz für Sicherungsmaßnahmen auf einzelnen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft" vom 9. März 1951 dar (veröffentlicht im Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 21, 12. Mai 1951, S. 298—301). Dieses Gesetz gibt der Bonner Regierung die gesetzliche Handhabe, Vorschriften über die Erzeugung, Verarbeitung, Lagerung, Lieferung und Bezug von festen Brennstoffen, Mineralöl, Edelmetallen und Nichteisenmetallen und der daraus hergestellten Erzeugnisse zu erlassen. Darüber hinaus darf die Regierung in Bonn Verordnungen „über die Herstellung, die Verwendung und die Vorratshaltung von Waren der gewerblichen Wirtschaft, die Lieferung dieser Waren an Betriebe und ihren Bezug durch Betriebe" erlassen. Damit hat die Bonner Regierung eine fast unbeschränkte Eingriffsmöglichkeit in den Ablauf der westdeutschen Wirtschaft.

Auf Grund dieses Gesetzes hat das Bonner Aufrüstungskabinett bereits elf Verordnungen über wichtige Rohstoffe erlassen. Damit hat es weitere konsequente Schritte der Umstellung der westdeutschen Wirtschaft auf den Krieg und die Remilitarisierung unternommen. „Die Neue Zeitung", das Blatt der amerikanischen Interventen in Westdeutschland, kommentiert diese Verordnungen folgendermaßen:

> „Mit diesen Anordnungen erfüllt die Bundesregierung ihre im Zusammenhang mit der Revision des Besatzungsstatuts gegebene Zusicherung, an der Verteilung der für die gemeinsame Verteidigung des Westens wichtigen Rohstoffe mitzuwirken." (München, Nr. 60 vom 12. 3. 1951)

Immer wieder wird für die Remilitarisierung, für die Aufrüstung, die Phrase von der „Verteidigung" benutzt. Das zeigt, wie sehr sich die Aufrüstungsregierung in Bonn bemühen muß, ihre wahren Absichten zu verschleiern, das zeigt, wie stark der Widerstand gegen Aufrüstung und Remilitarisierung in allen Schichten des deutschen Volkes heute ist.

Der wahre Sinn des Wirtschaftssicherungsgesetzes als ein Schritt der kriegswirtschaftlichen Rohstofflenkung wird hier also offen zugegeben. Eine Reihe von weiteren Gesetzen und Verordnungen ergänzt das Bild einer neuen Kriegswirtschaft, z. B. das „Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten" sowie das „Gesetz über den Verkehr mit Zucker", die die Grundlage für die geplante

Milch-, Butter- und Zuckerrationierung legen. „Rohstofflenkung" bedeutet letzten Endes nichts anderes, als daß der Rüstungswirtschaft alle jene Rohstoffe gesichert werden sollen, die sie braucht, und daß die Verwendung solcher Rohstoffe in den Friedensindustrien verhindert werden soll. Gleichzeitig bedeutet sie die maximale Einschränkung des „zivilen Verbrauchs" und daher letztlich die Rationierung der Hauptlebensmittel.

Bonns „Rohstoffkommissare"

Der nächste Schritt Bonns auf dem Wege der Rüstungswirtschaft war das „Gesetz über die Errichtung einer Bundesstelle für den Warenverkehr" vom 29. März 1951. Die Warenverkehrsstelle führt ein Prioritätensystem für Warenbezug, Ein- und Ausfuhr, Devisengenehmigungen usw. ein und läuft im wesentlichen parallel mit den vom amerikanischen Imperialismus geschaffenen Organen für die Rohstofflenkung. Schließlich wurden für die verschiedenen wichtigen Rohstoffgebiete sogenannte „Rohstoffkommissare" eingesetzt, und zwar für Kohlen, für Stahl und Eisen, für chemische Rohstoffe, für Nichteisenmetalle und für Textilien. Diese Ernennungen folgten unmittelbar auf ein vertrauliches Memorandum, das der Bundesverband der Industrie der Regierung in Bonn am 15. März 1951 übergeben hatte und in dem es hieß:

> „Es empfiehlt sich, eine in der wirtschaftlichen Praxis ebenso wie in der wirtschaftlichen Organisation erfahrene, vom Vertrauen der Industrie getragene Persönlichkeit als Bundesbeauftragten zu berufen, der für eine noch zu bestimmende Frist aus der wirtschaftlichen Tätigkeit ausscheidet und sich ganz der Aufgabe widmet, die Ordnungsprobleme zentral anzupacken, und zwar in Zusammenarbeit mit einigen noch in der Wirtschaft tätigen, dafür geeigneten Persönlichkeiten besonders betroffener Branchen sowie mit den verschiedenen Wirtschaftsverbänden."

Die Wünsche der führenden Monopolistenvereinigung Westdeutschlands waren für die Bonner Regierung von jeher oberstes Gesetz, und so wurden der „Rohstoffkommissar" und seine Mitarbeiter ernannt. Dabei sicherten sich die verschiedenen Monopole natürlich den entsprechenden Einfluß, indem sie dafür sorgten, daß „ihr" Mann der Beauftragte für das gewünschte Rohstoffgebiet wurde. Oberster Rohstoffkommissar wurde der Generaldirektor der Harburger Gummiwarenfabrik Phoenix, Otto A. Friedrich, der über besonders gute und alte Beziehungen in den USA verfügt. Für Kohle wurde Dr. Martin Sogemeier ernannt, der frühere Geschäftsführer der Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Ruhr der faschistischen Wirtschaftsgruppe Bergbau, der aus dieser Tätigkeit naturgemäß über reiche Erfahrungen auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft verfügt. Für die Chemie-Industrie wurde der Präsident der Vereinigung der chemischen Industrie und Generaldirektor der Internationalen Galalith-Gesellschaft, Menne, ernannt, für Stahl und Eisen M. C. Müller, der langjährige Geschäftsführer der Fachgruppe Stahl und Eisen, für Textilien der Generaldirektor der Bremer Wollkämmerei, N. H. Schilling, für Nichteisenmetalle der Generaldirektor des Aluminiumwerkes Lünen, Afflerbach, durchweg also die Vertrauensleute der entscheidenden Monopolunternehmungen.

Mit den geschilderten Maßnahmen sind die wesentlichen Schritte zur Überführung der westdeutschen Wirtschaft auf das Geleise der Kriegswirtschaft umrissen. Die nächsten Schritte werden mit zwingender Logik die weitere Einschränkung der Konsumgüterindustrien, die Einführung der Rationierung und der Übergang zur offenen Erzeugung von Rüstungsmaterial in großem Umfang sein. So wird von den westdeutschen Monopolisten systematisch die Remilitarisierung des wirtschaftlichen Lebens nach den alten Rezepten der faschistischen Wehrwirtschaft betrieben.

Außenhandel im Dienst der Aufrüstung

Was für die Erzeugung und den Verbrauch zutrifft, ist natürlich auch für den Außenhandel richtig. Auch er wird von den Rüstungspolitikern vollkommen in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt. Er muß dazu dienen, die für die Aufrüstung notwendigen Rohstoffe zu beschaffen, die im eigenen Lande nicht vorhanden sind, sowie dazu, die Kriegswirtschaft der Verbündeten zu unterstützen. Alle Einfuhren, die vom Standpunkt der Aufrüstung nicht als unbedingt lebensnotwendig betrachtet werden, müssen eingestellt werden.

Im April und Mai 1951 war der westdeutsche Außenhandel zum erstenmal nach dem Kriege ausgeglichen, d. h. es wurde ebensoviel aus- wie eingeführt, während im Jahre 1950 noch ein Außenhandelsdefizit von über drei Milliarden Mark entstand. Der Ausgleich der Handelsbilanz wurde jedoch nicht in erster Linie durch eine entsprechende Erhöhung der Ausfuhr erreicht, sondern vor allem durch eine relative Drosselung der Einfuhr. Während nämlich die Einfuhr von industriellen Rohstoffen im Mai 1951 gegenüber dem Durchschnitt 1950 noch um 40 v. H. erhöht wurde, stieg die Einfuhr von Nahrungsmitteln nur um ganze 8 v. H. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf den Wert. Da die Korea-Aggression des amerikanischen Imperialismus zu einer rapiden Steigerung aller Preise geführt hat, wurde in Wirklichkeit zu den höheren Werten bedeutend weniger eingeführt als im Durchschnitt 1950. Mengenmäßig lag die Einfuhr von Lebensmitteln im Mai 1951 um etwa 10 v. H. niedriger als im Durchschnitt 1950.

Das bedeutet, daß der Rüstungswirtschaft, koste es, was es wolle, die notwendigen Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, und sei es auf Kosten der Ernährung des Volkes.

Die Untersuchung, welche Waren der Ernährungswirtschaft in erhöhtem und welche in verringertem Umfang eingeführt werden, enthüllt eindeutig die Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen. Wenn wir den Durchschnitt des Jahres 1950 mit dem Durchschnitt der ersten vier Monate des Jahres 1951 vergleichen, ergibt sich eine eindeutige Verschiebung der Ernährung von hochwertigen auf die weniger hochwertigen Nahrungsmittel. Im Monatsdurchschnitt ist z. B. die Einfuhr von Butter in dieser Zeit von 38 000 Doppelzentner auf 19 000 Doppelzentner, also genau auf die Hälfte, zurückgegangen. Die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren ist von 109 000 Doppelzentner auf 90 000 Doppelzentner gefallen. Die Einfuhr von Weizen ist dagegen von 1 437 000 Doppelzentner auf 1 978 000 Doppelzentner gestiegen.

Bei der Ausfuhr sind es vor allem die kriegswichtigen Erzeugnisse, die für die Aufrüstung benötigt werden, deren Ausfuhr sich bedeutend erhöht hat. Im Vordergrund stehen hier chemische Vorerzeugnisse, die wichtige Ausgangsstoffe für die Rüstungsproduktion darstellen, Walzwerkserzeugnisse, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse sowie feinmechanische und optische Geräte vom Feldstecher bis zum Bombenzielgerät.

Die immer stärkere Ausschließlichkeit, mit der der westdeutsche Außenhandel auf die Notwendigkeiten der imperialistischen Aufrüstung hingelenkt wird, zwingt mit logischer Konsequenz zu seiner Abschließung von den aufstrebenden Friedenswirtschaften der Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder und der Deutschen Demokratischen Republik. Der Bonner Rohstoffkommissar O. A. Friedrich hat in einem Artikel in der westdeutschen Wirtschaftsbeilage des New-Yorker „Journal of Commerce" die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion als eine „Lähmung des Widerstandswillens" bezeichnet, die „wirtschaftlich wie politisch unermeßlichen Schaden anrichten" würde (zitiert nach „Die Neue Zeitung", München, Nr. 97 vom 25. April 1951). In einer nicht veröffentlichten Rede in Harburg hat er unverblümt erklärt, daß er die vollständige Verhinderung des Ost-West- und innerdeutschen Handels als seine Aufgabe ansieht. Friedrich hat sich damit eindeutig als das entlarvt, was er in Wirklichkeit ist: ein Agent des amerikanischen Monopolkapitals.

Die völlige Einstellung des Ost-West-Handels und des innerdeutschen Handels soll den deutschen Imperialismus noch fester an die amerikanischen Monopolisten ketten. Als Ausgleich wird den deutschen Imperialisten versprochen, ihnen nach dem geplanten Krieg den gesamten Markt des Ostens auszuliefern. Dieser Wechsel auf die sichere Katastrophe ist ein schlechter Trost für die westdeutsche Wirtschaft.

Einfuhr von Waffen

Auch der Außenhandel ist also für die deutschen und amerikanischen Imperialisten nichts anderes als ein Hilfsinstrument der Vorbereitung des dritten Weltkrieges. Der bereits mehrfach zitierte „Professor" Hesse sagt in seinem geheimen Memorandum:

> „Künftig abzuschließende oder zu erneuernde Handelsverträge werden daraufhin zu überprüfen sein, ob sie den rüstungswirtschaftlichen Forderungen genügen. Der Außenhandel wird auch unter dem Gesichtspunkt einer allmählich durchzuführenden Vorratsbildung zu entwickeln sein."

Nach diesem Rezept wird in Bonn verfahren. Nur mit der „Vorratsbildung" sieht es noch ziemlich düster aus. Die Lage des westdeutschen Außenhandels ist immer noch so prekär, daß es noch nicht einmal möglich gewesen ist, die normalen Reserven anzulegen, die jede friedliche Wirtschaft braucht, um vor Überraschungen sicher zu sein. Für Bonn sind jedoch strategische Rohstoffe wichtiger als Getreide, Fette und andere Grundnahrungsmittel, die für die Bevölkerung notwendig sind.

Dafür ist jedoch Mitte 1950 die JEIA-Anweisung Nr. 29 geändert worden, die die Devisenzuteilung für die Einfuhr bestimmter Waren regelt. Die Anträge für die Einfuhr dieser Waren müssen seitdem an das Bonner Wirtschaftsministerium ge-

richtet werden. Um welche Waren handelt es sich denn aber dabei? In der einen Gruppe befinden sich Rohstoffe, Einrichtungen und Ausrüstungen „auf dem Gebiet der Atomenergie", vom Uran über Cyclotrone bis zu Strahlungsmessern, d. h. es handelt sich um die Voraussetzungen für die Herstellung von Atomwaffen! In der anderen Gruppe befinden sich sämtliche Waffen und „militärischen Vernichtungsmittel", von Geschützen und Granaten über Giftgaswaffen, Panzer und Kriegsschiffe bis zu Bombenflugzeugen. Die betreffende Bekanntmachung findet sich im „Bundesanzeiger" Nr. 132 vom 13. Juli 1950, Seite 2 und 3.

Warum war plötzlich die Einfuhr von Waffen und Atomforschungsgeräten so wichtig geworden, daß eine besondere Bekanntmachung darüber erfolgen mußte? Die Washingtoner und Bonner Remilitaristen hatten offensichtlich große Eile, die Bewaffnung der westdeutschen Söldnerformationen voranzutreiben, und wollten alle bürokratischen Hemmungen für die Einfuhr der dafür notwendigen Kampfmittel rechtzeitig beseitigen. Man kann mit Recht annehmen, daß das nicht geschah, ohne daß inzwischen große Mengen von Vernichtungsmitteln der beschriebenen Art eingeführt wurden.

Die Regelung der Einfuhr der schwersten militärischen Angriffswaffen fünf Jahre nach dem Ende des blutigsten Krieges war einer der ungeheuerlichsten Schritte der Bonner Regierung auf dem Wege der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die westdeutsche Wirtschaft den Punkt erreicht hat, an dem sie für die offene und vollständige Aufrüstung bereit ist. Der Bonner Hoftheoretiker der Wehrwirtschaft, Hesse, hat in seinem Memorandum für die Aufrüstungsregierung ein kurzes Programm vorbereitender Maßnahmen aufgestellt, das auszugsweise wiedergegeben sei:

„a) Überprüfung der Statistik.

d) Ermittlung der freien Spitzen in der Kapazität der für Rüstungszwecke verwendbaren Industrien.

k) Planung der behördlichen Organisationen.

m) Planung zur Bildung rüstungstechnischer Kommissionen verschiedener Art.

r) Einleitung einer Aufklärung der Arbeiterschaft über die Notwendigkeit rüstungswirtschaftlicher Maßnahmen."

Dieses Programm ist im wesentlichen erfüllt. Die wichtigste Voraussetzung dafür war das Wirtschaftssicherungsgesetz, das dem Remilitarisierungskabinett und seinem Wirtschaftsminister diktatorische Vollmachten gibt. Für den letzten Punkt, den Hesse nennt, zeichnen inoffiziell die rechten Führer der Gewerkschaften und der Schumacher-SPD verantwortlich. Sie bemühen sich tagtäglich, die „Notwendigkeit rüstungswirtschaftlicher Maßnahmen" zu erklären, ohne allerdings bei der Arbeiterschaft irgendeinen Erfolg zu haben, die aus zwei Kriegen und dem mit ihnen verbundenen Elend klug geworden ist und die weiß, daß „rüstungswirtschaftliche Maßnahmen" Krieg bedeuten. Sie aber will den Frieden.

Die Lasten der Aufrüstung tragen die Werktätigen

Die westdeutschen Arbeiter setzen sich um so entschiedener für den Frieden ein, als sie heute schon am eigenen Leibe spüren, was die Aufrüstung für die Werktätigen bedeutet. Noch ist die Not, die der zweite Weltkrieg mit sich gebracht hat, nicht im entferntesten überwunden, und schon beginnt die Not, die durch die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges verursacht wird.

Die gewaltigen Kosten, die heute schon durch die Aufrüstungsmaßnahmen verursacht werden, müssen ausschließlich von der werktätigen Bevölkerung Westdeutschlands getragen werden. Die Abwälzung dieser Lasten auf die Massen geht vor sich durch die stetige Senkung des Reallohns und die zunehmende Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter. Hinzu kommen mit wachsender Umstellung auf den Krieg akute Mangelerscheinungen und bedeutende Qualitätsverschlechterungen von Waren des täglichen Gebrauchs.

Das hysterische Rüstungsfieber in den USA und den westeuropäischen Ländern seit dem amerikanischen Überfall auf das koreanische Volk hat alle Weltmarktpreise sprunghaft in die Höhe schnellen lassen. Der Index der Preise für Grundnahrungsmittel ist nach der offiziellen Bonner Statistik folgendermaßen gestiegen:

Steigerung einiger Preise für Grundnahrungsmittel
Mai 1951 gegenüber Mai 1950 in v. H.

Roggen	48,9 v. H.	Rinder	23,5 v. H.
Weizen	52,3 v. H.	Schweine	15,2 v. H.

Nicht anders sieht es mit den Preisen industrieller Erzeugnisse aus. So sind die Preise in der Leder- und Schuhherstellung vom Mai 1950 bis Mai 1951 um 27 v. H. und die Preise für Textilien und Bekleidung um 44 v. H. gestiegen. Der Brotpreis lag Mitte Mai um 34 v. H. über dem Preis vom 15. Juni 1950, der Preis von Weizenmehl um 57 v. H. und von Schweinefleisch um mehr als 20 v. H. Die durchschnittlichen Wochenarbeitsverdienste der westdeutschen Arbeiter sind dagegen vom März 1950 bis zum März 1951 selbst nach der schöngefärbten Bonner Statistik nur um 13 v. H. gestiegen. Sogar der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln und Mitglied des Bundesvorstandes des DGB, Victor Agartz, sah sich veranlaßt zu sagen:

> „Gleichbleibende nominelle Löhne und rapide steigende Preise brachten ein katastrophales Absinken des Reallohns." (Löhne, Preise, soziale Hilfe. Von Victor Agartz. Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln, 2. Jahrgang, Heft 2, Februar 1951.)

Die Erhöhung der Preise bei fast gleichbleibenden Löhnen ist aber nur ein Weg der Senkung des Realeinkommens der Werktätigen. Ein anderer Weg ist die noch stärkere Abwälzung der Steuerlasten auf die arbeitende Bevölkerung, die von Bonn mit den raffiniertesten Mitteln immer weitergetrieben wird. Der Anteil der einzelnen Bevölkerungsgruppen am Steueraufkommen läßt sich an Hand der Statistik

einigermaßen genau feststellen, wenn man die einzelnen Steuergruppen herauslöst, die in erster Linie von den Werktätigen getragen werden. Dabei ergibt sich nach der amtlichen westdeutschen Statistik folgendes Bild:

Anteil am Steueraufkommen (in v. H.)

Jahr		Werktätige	Unternehmer
1946/47		51,3	48,7
1947/48		53,3	46,7
1948/49		58,3	41,7
1949/50		68,1	31,9
1950/51	1. Vierteljahr	67,2	32,8
	2. Vierteljahr	71,9	28,5
	3. Vierteljahr	72,5	27,5
	Jan./Febr	82,6	17,4

Je weiter die Aufrüstung fortschreitet, desto stärker werden also die Steuerlasten auf die Werktätigen, die Arbeiter und Angestellten, abgewälzt.

Die Verschärfung der Ausbeutung der Werktätigen kommt in der steigenden Wochenarbeitszeit in der Industrie zum Ausdruck, die heute in Westdeutschland bereits höher ist als in der Periode der faschistischen Aufrüstung. Gegen 45,6 Stunden im Jahre 1936 und 46,5 Stunden 1938 betrug sie im März 1951 bereits 47,9 Stunden pro Woche.

Eine andere Form der Steigerung der Ausbeutung ist die ständige Intensivierung der Arbeit, die sich in den steigenden Produktivitätszahlen ausdrückt. Vom April 1950 bis April 1951 ist die Intensität der Arbeit in der gesamten Industrie um 17 v.H. erhöht worden. In einzelnen Industriezweigen ist sie jedoch viel stärker gestiegen. Dabei handelt es sich in erster Linie um die gegenwärtig für die Aufrüstung wichtigsten und die am stärksten vom amerikanischen Finanzkapital beeinflußten Industrien. So ist die Intensität der Arbeit in der Elektroindustrie um 28 v. H., in der Kohlenwertstoffindustrie um 34 v. H., in der Erdölförderung um 22 v. H. gestiegen, während die Arbeitsintensität in den Gebrauchsgüterindustrien noch um 20 bis 30 v. H. unter dem Vorkriegsniveau liegt.

Die Lage der Werktätigen wird durch die Rüstungsmaßnahmen des deutschen Imperialismus stetig verschlechtert. Für die großen Trusts und Konzerne ist jedoch wieder die Zeit riesiger Gewinne angebrochen. Die Geschäftsberichte der großen Aktiengesellschaften selbst können diese Tatsache heute nicht mehr verschleiern. Während der Anteil der Werktätigen, der Arbeiter und Angestellten am Volkseinkommen immer weiter zurückgeht, steigt der Anteil der deutschen Imperialisten, die gerade aus diesem Grunde ihre Kriegs- und Remilitarisierungspolitik immer weiter vorantreiben. Das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften hat die Veränderung des Anteils der Arbeiter und Angestellten einerseits und der Unternehmer andererseits am westdeutschen Volkseinkommen berechnet und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

Lohn- und Gewinnanteil am Nettoprodu onswert (in v. H.)

Jahr	Löhne u. Gehälter	Gewinne
1948, Juni	83	17
September	43	57
Dezember	43	57
1949, März	37	63
Juni	40	60
September	37	63
Dezember	39	61
1950, März	39	61
Juni	37	63
September	35	65
Dezember	35	65

(Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln 1951, Heft 4)

Obgleich die Berechnung des Gewerkschaftsinstituts anfechtbar ist, weil sie dazu neigt, den Gewinnanteil zu klein und den Lohn- und Gehaltsanteil zu groß erscheinen zu lassen, gibt die Tabelle doch ein anschauliches Bild von der Verschlechterung der Lage der Werktätigen und den maßlosen Gewinnen der Truste und Konzerne in Westdeutschland als eine Folge der hemmungslosen Bonner Aufrüstungspolitik.

Mit allen Mitteln wird im Bonner Rüstungskabinett das Elend in Westdeutschland gezüchtet und kultiviert. Es wird nichts getan, um das Umsiedlerelend zu beseitigen, das geradezu zum Himmel schreit. Das Arbeitslosenelend wächst ebenfalls von Tag zu Tag, um so mehr, als die Arbeitslosigkeit für eine ständig wachsende Anzahl von Menschen zur Dauererscheinung wird. Hunderttausende von Jugendlichen können weder Lehr- noch Arbeitsstellen finden und werden vor die Alternative gestellt; einer „deutschen" oder ausländischen Söldnerformation beizutreten oder „ihr Glück im Ausland zu versuchen". Dieses ganze Elend wird jetzt mit den verschärften Remilitarisierungsmaßnahmen sprunghaft weiter verstärkt. Dieses Elend soll das deutsche Volk reif machen, im Kriege einen Ausweg zu sehen, einen Ausweg aus der Lage, die von den deutschen Imperialisten bewußt herbeigeführt worden ist.

„Verteidigung der Freiheit" nennen die Bonner Remilitaristen ihre Kriegsvorbereitungen. Die Werktätigen sollen ihre „Freiheit" verteidigen, im Elend des deutschen Imperialismus zu leben, sie sollen die Freiheit der Krupp und Thyssen und Mannesmann verteidigen, immer größere Profite zu machen und sich neue Märkte und Absatzgebiete anzueignen. Was könnte es schon für eine andere „Freiheit" sein, die unter der Führung der deutschen Monopolisten, unter dem Kommando der nazistischen Kriegsverbrechergenerale Speidel und Heusinger verteidigt werden soll?

Die Freiheit der deutschen Werktätigen kann nur erobert und verteidigt werden im Kampf gegen den deutschen und ausländischen Imperialismus, im Kampf gegen alle Remilitarisierungsmaßnahmen, im Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens.

IV.

Der Bonner Westzonenstaat – Made in USA

1. Der Bonner Westzonenstaat wurde für die Zwecke des amerikanischen Krieges geschaffen

„Staatliche Gleichberechtigung" — ein abgekarteter Betrug

Der Bonner Westzonenstaat wurde geschaffen zum Zwecke der Nutzbarmachung der menschlichen Reserven, des ökonomischen Potentials und des Territoriums Westdeutschlands für den amerikanischen Krieg gegen die Sowjetunion, gegen die Deutsche Demokratische Republik und die europäischen volksdemokratischen Staaten. Vorbereitet durch die im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen stehende ökonomische Vereinigung der amerikanischen und britischen Besatzungszone im Jahre 1947 wurde 1949 die Gründung des Bonner Westzonenstaates vorgenommen. Damit wurde durch die Westmächte das Potsdamer Abkommen zerrissen, in dem die vier Vertragsmächte die Einheit Deutschlands garantiert haben.

Die staatliche „Eigenexistenz" Westdeutschlands soll ermöglichen, daß es als „gleichberechtigter" Vertragspartner dem amerikanischen Kriegsblock beitreten kann. Diese „staatliche Gleichberechtigung" ist ein zwischen den anglo-amerikanischen Kriegstreibern einerseits, den deutschen Monopolisten und den ihnen dienstbaren Generalen und Politikern andererseits, abgekarteter Betrug. Die staatliche „Eigenexistenz" ist der zwischen den genannten Partnern abgesprochene Modus, der es den westdeutschen Quislingen ermöglichen soll, als Vertragspartner aufzutreten, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands als „freie Entscheidung der Deutschen" zu tarnen, als „freiwilligen Verteidigungsbeitrag" der Deutschen zum Aggressionspakt des Atlantikblocks. Die Lüge von der staatlichen Gleichberechtigung wurde neuerdings verstärkt durch die Erklärung der Westmächte und einiger ihrer Satelliten, daß sie den Kriegszustand mit Deutschland als beendet betrachten. Damit wollen sie dem deutschen Volk den Friedensvertrag vorenthalten, dessen baldiger Abschluß ihm im Potsdamer Abkommen zugesichert war. Der durch das Manöver der Westmächte verstärkte Betrug von der „Gleichberechtigung" wird deutlich erkennbar aus Trumans Schreiben an den Kongreß in Washington anläßlich der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland", in dem es heißt:

„Die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland wird den Status der Besatzung nicht berühren. Die Rechte der Besatzungsmächte leiten sich aus der Eroberung Deutschlands her, durch die Beendigung des Kriegszustandes geben wir diese Rechte nicht auf."

Die dem Bonner Remilitarisierungskabinett zugestandenen eigenstaatlichen Rechte sind ein Hohn auf den Begriff staatlicher Souveränität. Es sind „Rechte" auf jederzeitigen Widerruf. Das wurde nachdrücklich unterstrichen, als der Bonner Regierung die Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten „erlaubt" wurde. Die „Souveränität" des westdeutschen Separatstaates ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die Besatzung auf 50 Jahre verlängert wurde und er mit rückwirkender Kraft auch die Schulden des ersten Weltkrieges anerkennen mußte. Damit ist der Bonner Westzonenstaat ökonomisch und politisch noch fester an den Dollarimperialismus gekettet.

Diese „staatliche Eigenexistenz" ist eine Art „gleitender Lohnskala", wobei die Erweiterung bzw. Einschränkung dieser „Souveränität" gänzlich ins Belieben der imperialistischen Westmächte gestellt ist und von ihnen, je nach Wohlverhalten der Bonner Regierung, reguliert wird. Durch diese „Gleichberechtigung" erhalten die Deutschen in Westdeutschland in Wirklichkeit das „Vorrecht", ihr Menschenreservoir, ihr Wirtschaftspotential und ihr Territorium in den Dienst des amerikanischen Krieges stellen zu dürfen.

Die „Gleichberechtigung" ist übrigens eine alte und erprobte Zauberformel des USA-Imperialismus. Auf den Philippinen, in Lateinamerika, während der amerikanischen Intervention in Sowjetrußland, in Griechenland und in Korea wurden von Wallstreet gekaufte Agenten als mit den USA „gleichberechtigte" Regierungen eingesetzt, „Bündnisse" mit ihnen abgeschlossen, und auf Anruf — Postkarte genügt — eilten die USA ihren stets „bedrängten" Verbündeten mit bewaffneter Macht zu Hilfe. Das ist auch der Sinn der „Gleichberechtigung" des Bonner Westzonenstaates — Made in USA.

Krieg — der Daseinszweck des westdeutschen Separatstaates bedingt seinen reaktionären Charakter

Wie alle Völker will auch das deutsche Volk keinen Krieg. Auch die übergroße Mehrheit der Deutschen in Westdeutschland will keinen Krieg. Das ist den amerikanisch-britischen Kriegsmachern ebensogut bekannt wie ihren politischen Stipendiaten in Bonn. Die materielle Ausrüstung für den Krieg liefern die USA. Die westdeutsche Bevölkerung kriegsreif zu machen, das haben die deutschen McCloy-disten von Adenauer bis Schumacher als vordringliche Aufgabe auf sich genommen. Der Widerwille gegen den Krieg bei der übergroßen Mehrheit der Deutschen in den Westzonen ist groß und die Eile ihrer amerikanisch-britischen Einpeitscher, zu dem von ihnen angestrebten Krieg zu kommen, ist noch größer. Dieser Widerspruch bestimmt den reaktionären Charakter des westdeutschen Separatstaates. Mit den Mitteln des Volksbetrugs und der politischen Unterdrückung strebt er die „Gleichschaltung" der Geister, die „innere Reife" der westdeutschen Bevölkerung für den amerikanischen Krieg an. Der Westzonenstaat greift zu diesem Zweck auf die Mittel und Methoden der nazistischen Regierungspolitik zurück und zum Teil auch auf die darin erfahrenen personellen Kräfte, die ihre nazistische Praxis freudig in den Dienst des Bonner Staates stellen. Charakteristisch für diesen Vorgang war das Ausscheiden des Bonner Innenministers Heinemann, der die Remilitarisierung Westdeutschlands ablehnte, und die Berufung des Dr. Lehr zum Innenminister der Bonner Regierung, der seine nazistische „Erfahrung" als „demokratischer" Polizeiminister mit neuem Schneid für die Wiederaufrüstung zur Verfügung stellt. Remilitarisierung und Refaschisierung bedingen sich gegenseitig; unter diesem Gesichtspunkt ist die Innenpolitik der Bonner Regierung zu sehen.

Refaschisierung und Remilitarisierung als Zwillingsgeschwister

Bei der Bewertung des Standes der Refaschisierung in Westdeutschland ist von der Tatsache auszugehen, daß der amerikanisch-britische Imperialismus in seinen eigenen Ländern sich der demokratischen Variante der kapitalistischen Klassenherrschaft be-

dient; aber er wendet die dem Faschismus eigenen Methoden des Volksbetruges und des Terrors in steigendem Maße an und vernebelt das mit einem Schwall von demokratischer Phraseologie. Das ist auch die dem Adenauer-Kabinett vermittelte Regierungspraxis. Der Faschismus nazistischer Prägung trat offen als Feind der bürgerlichen Demokratie auf. Der Neofaschismus bedient sich nach amerikanischem Vorbild auch der Phrasen „Demokratie" und „Freiheit" zur Maskierung seines Charakters. Die geeigneten Partner für diese amerikanische Variante der bürgerlichen Demokratie sind daher die Bonner Regierungsparteien und die zum Zwecke der „Opposition" abgestellte Sozialdemokratie Schumachers.
Das deutsche Monopolkapital als Juniorpartner des amerikanisch-britischen Imperialismus stellt ihm seine reiche Erfahrung auf dem Gebiet des faschistischen Volksbetruges und des faschistischen Terrors zur Verfügung. Er bedient sich außer den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie auch eines dicht verästelten Netzes von reaktionären und neofaschistischen Organisationen — mehr als 70 ihrer Art existieren in Westdeutschland —, um möglichst breite Schichten des Volkes unter den verschiedensten Vorwänden vor den Kriegskarren zu spannen. Alle genannten Parteien und Organisationen haben einen gemeinsamen politischen Nenner: Anti-Kommunismus und Feindschaft gegen die Sowjetunion.
Neu ist bei allen Gruppen, einschließlich der neofaschistischen, daß sie sich als Mittel der ideologischen Verschleierung der Zwecke des deutschen Imperialismus nicht nur des Nationalismus, sondern in verstärktem Maße auch des Kosmopolitismus bedienen, wenn auch beschränkt auf das „Europäertum". Diese Korrektur ist dem deutschen Monopolkapital und seinen politischen Schildknappen von seinen amerikanisch-britischen Seniorpartnern vorgeschrieben und von ihm wie von seinen „demokratischen" und neofaschistischen Ideologen akzeptiert, z. T. aus abenteuerlicher Spekulation, dank des wirtschaftlichen Potentials des deutschen Monopolkapitals und durch Bereitschaft zum Krieg gegen die Sowjetunion wieder zur führenden Macht in Europa zu werden. Im übrigen ist es von der nazistischen Idee des Vereinigten Europas — „Festung Europa" hieß es im nazistischen Kriegsjargon — zu dem heute in allen Variationen wiederholten Bekenntnis „demokratischer" und neofaschistischer Gruppen, zum „Europäertum", zur „europäischen Nation" usw., kein so weiter Weg. Und der Gedanke der „deutschen Führung" ist durchaus nicht fallen gelassen.

2. Das Bonner Remilitarisierungskabinett in Aktion gegen den Frieden

Der Daseinszweck des westdeutschen Separatstaates ist die Vorbereitung des Krieges. Die vielfältige und emsige Tätigkeit des Bonner Remilitarisierungskabinetts hat als einzigen bewegenden Gedanken: Vorbereitung des Krieges. Ihr Gesamttun läßt sich mit dem abgewandelten Ausspruch einer einstigen Koryphäe des Nazismus charakterisieren: Wenn ich das Wort Frieden höre, entsichere ich den Revolver.
Den Nachweis für unsere Feststellung, daß das Gesamttun der Bonner Regierung der Vorbereitung des Krieges dient, erbringt sie selbst. Aus ihren gesetzgeberischen Maßnahmen registrieren wir einige der markantesten.

Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands

Am 24. April 1951 faßte das Bonner Kabinett den Beschluß, die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 zu verbieten. Das Verbot wurde auf Grund des Artikels 9, Absatz 2, des Bonner Grundgesetzes mit der Begründung ausgesprochen, daß die Durchführung der Volksbefragung einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes darstellt.

Der Tatbestand, der zum Anlaß der Begründung des Verbots diente, war der von der Essener Tagung des Hauptausschusses für die Volksbefragung am 28. Januar 1951 vorgelegte Abstimmungstext für eine legale Volksbefragung: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?"

Der tatsächliche Grund für das Verbot war die breite Entfaltung der Volksbewegung in Westdeutschland gegen die Remilitarisierung. Diese Bewegung hat alle Schichten der Bevölkerung erfaßt. In dieser Tatsache erblickte das Bonner Remilitarisierungskabinett ein Hemmnis für sein volksfeindliches Treiben, das bezweckt, die Bevölkerung Westdeutschlands vor den Kriegskarren der deutschen und amerikanischen Imperialisten zu spannen.

Der zur Begründung des Verbots herangezogene Artikel 9, Absatz 2, des Bonner Grundgesetzes lautet: „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten."

Die Schlußfolgerungen: Gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands sein, ist ein Verstoß gegen die Bonner Strafgesetze. Wer gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für einen Friedensvertrag für Deutschland eintritt, richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Bonner Westzonenstaates. Soweit ist die Begründung des Verbots durchaus logisch und bestätigt unsere Feststellung über den Daseinszweck des westdeutschen Separatstaates. Aber, daß der Krieg ein Mittel der Völkerverständigung sei, der Kampf gegen Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag infolgedessen gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoße, das ist die „Logik" der vom Kriegswahn Besessenen, die im Krieg einen Ausweg aus ihrer Sackgasse suchen.

Debatte im Bonner Parlament über das Verbot

Nach dem Verbot der Volksbefragung trat das Bonner Parlament am 26. April in die Beratung einer „Interpellation der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP, BP betreffend verfassungswidriger Volksabstimmung" ein. Der CDU-Abgeordnete Brookmann sagte in der Begründung: „Meine Damen und Herren, der Zweck der Interpellation ist, von der Regierung einmal zu erfahren, was sie gegen diese Aktion zu unternehmen gedenkt. Ich darf zunächst einmal mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen sofort nach der Errichtung dieses Zentralausschusses insoweit reagiert hat, als es der Presse ein Kommuniqué übergab

und darin die deutsche Öffentlichkeit aufklärte. Ich bin der Meinung, daß das nicht genügt. Politische Erklärungen oder Demonstrationen oder auch Manifestationen

(Abg. Rische: Polizei wollen Sie!)

können heute nicht mehr genügen.

(Abg. Rische: Zuchthäuser wollen Sie!)

Wir wollen von der Regierung wissen, welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt, um diese verfassungswidrige Aktion zu unterbinden."

(Abg. Renner: Ja, ja, kann ich Ihnen nachfühlen!)

Der Polizeiminister Dr. Lehr führte in seiner Begründung des Verbots aus: „Ich beehre mich, Ihnen die Begründung der Bundesregierung zu einem Beschluß, den sie auf meinen Antrag am 24. April 1951 gefaßt hat und den der Kanzler und ich gezeichnet haben, jetzt vorzutragen.

Alle Kräfte der politischen Organisationen des Kommunismus sind für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages 1951 planmäßig eingesetzt.

(Bravo! bei der KPD)

Die Aktion zielt auf einen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung des Bundesgebietes ab.

(Abg. Renner: Jei, jei, jei!)

Grotewohl hat am 21. Juli 1950 zum nationalen Widerstand gegen die Bundesrepublik aufgerufen.

(Abg. Paul: Gegen die Kolonialpolitik der Bundesregierung!)

Ulbricht hat im August 1950 die Mißachtung der Gesetze und Verordnungen in der Bundesrepublik als nationales Recht des deutschen Volkes proklamiert. Die im Februar 1951 veröffentlichten Thesen zum Parteitag der KPD rufen zu einer aktiven Widerstandsbewegung gegen die Remilitarisierung auf.

(Zuruf von der KPD: Ganz recht!)

Die Europäische Arbeiterkonferenz, die im März des Jahres in Ost-Berlin tagte, gibt als Parole der Arbeiterschaft die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands aus.

(Sehr richtig! bei der KPD — Abg. Rische: Das wollen wir auch, das ist die Parole der Arbeiter!)

Im Januar 1951 ist in Essen die Bildung einer großen einheitlichen Organisation zur Vorbereitung der Volksbefragung beschlossen worden. Die Gefährlichkeit der Volksbefragungsaktion ist dann aus der Thälmann-Rede Ulbrichts klar zu erkennen, die Mitte dieses Monats gehalten wurde. Hier wird der aktive Widerstand gegen die Remilitarisierung in Deutschland verlangt

(Zuruf von der KPD: Mit Recht!)

und dabei auf mächtige Demonstrationen und Massenstreiks hingewiesen. In dieser Thälmann-Rede Ulbrichts heißt es wörtlich: ‚Wer sich nicht an der Volksbefragung

gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für einen Friedensvertrag im Jahre 1951 beteiligt, der macht sich mitschuldig an den Verbrechen, die von Eisenhower, Adenauer und Kompanie verbreitet werden.

(Sehr gut! Sehr richtig! bei der KPD)

Inzwischen sind im Bundesgebiet gebildet worden — meine Damen und Herren, achten Sie auf die Schritte, die bereits eingeleitet sind —: ein Hauptausschuß, Landesausschüsse, Orts- und Betriebsausschüsse.

(Abg. Rische: Schöne Sache!)

Örtliche Abstimmungen und Unterschriftensammlungen werden durchgeführt.

(Abg. Rische: Das ist die Stimme des Volkes!)

Die Ermittlung der Volksmeinung durch eine nichtamtliche Befragung ist an sich im demokratischen Staat nichts Außergewöhnliches

(Abg. Renner: Aha, aha!)

und als solche unter normalen Verhältnissen nicht zu beanstanden.
Dies mögen auch die zahlreichen Juristen feststellen, die im Auftrage die Rechtmäßigkeit dieser Aktion zu begründen versuchen.

(Abg. Renner: ‚Im Auftrage' ist gut!)

Hieraus hat die Bundesregierung die notwendigen Folgerungen gezogen. Sie hat deshalb auf meinen Antrag den einstimmigen Beschluß gefaßt, der, wie ich Ihnen schon gesagt habe, von dem Kanzler gezeichnet und von mir gegengezeichnet worden ist. Sollte ein Land nicht in der Lage sein, durch seine Polizeikräfte

(Abg. Renner: Aha, jetzt kommt's)

mit den Staatsfeinden fertig zu werden, ist die Bundesregierung entschlossen, einen Antrag auf Einschreiten nach Art. 91 des Grundgesetzes entgegenzunehmen und die erforderlichen Folgerungen daraus zu ziehen."

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Renner:
Da spricht der Stahltrust! Das war alles schon einmal da!)

Negierung der Demokratie — das Volk soll stumm gemacht werden

Frau Wessel (Zentrum) nahm zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Volksbefragung Stellung und führte u. a. aus: „Es war mir interessant, die Ausführungen des Herrn Kollegen Brookmann zu hören. Es wird für ihn interessant sein, zu erfahren, daß kein Geringerer als der frühere Bundesinnenminister Dr. Heinemann, der meines Wissens noch heute zur CDU gehört und in keiner Weise kommunistenverdächtig sein dürfte, sich sowohl in seinen Reden wie auch in seinen Artikeln für eine informative Befragung der westdeutschen Bevölkerung in dieser Angelegenheit ausgesprochen hat. Die von Herrn Dr. Heinemann geäußerte Stellungnahme ist folgende: Eine Volksbefragung mit rechtsverbindlicher Wirkung gebe es zwar nicht; einer Volksbefragung, die dem Parlament und der Regierung einen Anhalt biete für die wahre Meinung des Volkes, stehe jedoch kein gesetzliches Hindernis im Wege. Dem Parlament werde auf solche Weise die Entscheidung nicht abgenommen, aber die Volksbefragung stärke das Gefühl der Verantwortung.

Ich habe mir gestattet, meine Damen und Herren, diese Stellungnahme Dr. Heinemanns, der als früherer Innenminister das Grundgesetz doch kennen muß, deshalb, weil mir das zu wichtig und notwendig erscheint, doch einmal festzuhalten, um klarzustellen, von welcher Seite der Appell an das Volk in der Aufrüstungsfrage zuerst gekommen ist. Es sei mir aber weiterhin gestattet, auf Ausführungen eines mindestens ebenso unverdächtigen Kommunistengegners hinzuweisen, der mit noch größerer Schärfe einen Appell an das Volk in dieser Frage verlangt hat, nämlich des Herrn Kollegen Dr. Schumacher."

(Sehr gut! links)

„Mit dieser Methode, meine Damen und Herren, erregen Sie doch mit aller Gewalt im Volke den Eindruck, daß es stumm gemacht und nicht befragt werden soll. Mit dieser Methode, ohne diese Achtung der Verfassung gehen Sie doch den Weg zum autoritären, die Demokratie negierenden Staat!"

Wir haben aus dem Sitzungsprotokoll des Bonner Parlaments zitiert. Die ausführliche Behandlung der Frage rechtfertigt sich aus ihrer Bedeutung für die Existenz der Deutschen als Nation.

Das Vorspiel des Verbots der Volksbefragung

Das Verbot der Volksbefragung hat aber auch ein interessantes Vorspiel. Darüber berichtet die Berliner „National-Zeitung" vom 25. Januar 1951 folgende interessante Einzelheiten:

„Über die Zusammenkunft, die am Montag in Bad Homburg zwischen Eisenhower und Adenauer stattfand, und die anschließenden Besprechungen mit dem zweiten SPD-Vorsitzenden Ollenhauer sowie den führenden Generalen Speidel und Heusinger erfahren wir von gut informierter Seite die folgenden Tatsachen:

Eisenhower wies mit großer Unzufriedenheit seine Gesprächspartner auf das Ergebnis der Untersuchung militärischer Informationsstellen der USA hin, die darin übereinstimmen, daß 85 v. H. der westdeutschen Bevölkerung sich der Wiederaufrüstung widersetzen. Er forderte kategorisch, daß unter keinen Umständen eine Volksabstimmung über die Wiederaufrüstung in Westdeutschland zugelassen werde.

Adenauer versicherte, er werde keine solche Volksabstimmung erlauben, während Ollenhauer versprach, daß die sozialdemokratische Führung sich ebenfalls der Durchführung einer solchen Volksbefragung entschieden widersetzen werde. Adenauer unterstrich erneut seine dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy gegebenen Versicherungen und sagte: ‚Es wird aufgerüstet.'

Im weiteren Verlauf der Konferenz zwischen Eisenhower und Adenauer unterstrich der USA-General die Notwendigkeit, das ‚psychologische Klima' für die Durchführung seiner Politik zu schaffen. Er äußerte in diesem Zusammenhang Beunruhigung über die wachsende Kampagne von Gruppen und Zeitungen gegen die Wiederaufrüstung. Sehr betont erklärte Adenauer, daß Maßnahmen in Vorbereitung seien,

um diesen Dingen einen Riegel vorzuschieben. Jedoch erlaube er sich den Vorschlag, daß von seiten der Amerikaner ‚eine Geste' erfolge, die der Bundesregierung die Beeinflussung der öffentlichen Meinung erleichtere.

Eisenhower sagte, er glaube, daß die geplante Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zweifellos diesem Zwecke dienen werde, wobei allerdings die bestehenden Kontrollen über die deutsche Wirtschafts- und Außenpolitik aufrechterhalten werden müßten. Klarheit solle die Bundesregierung auch darüber schaffen, daß eine solche offizielle Erklärung nicht nur nicht den Abzug der Besatzungstruppen bedeute, sondern ihre Verstärkung im Gefolge habe.

Adenauer erklärte damit seine volle Übereinstimmung und wies darauf hin, daß er mit Dr. Schumacher in dem Wunsch nach Verstärkung der amerikanischen Truppen in Westdeutschland völlig einig gehe.

Nach diesen Besprechungen erklärte Eisenhower im Kreise hoher amerikanischer Beamter, er nehme die absolute Gewißheit mit sich, daß er sich auf Adenauer verlassen könne."

Der Ablauf der politischen Ereignisse in Westdeutschland seit Ende Januar 1951 hat die absolute Zuverlässigkeit der Informationen der „National-Zeitung" bestätigt.

Verbot der Freien Deutschen Jugend in Westdeutschland wegen ihres Friedenskampfes

Am 26. Juni 1951 wurde folgender „Beschluß der Bundesregierung betr. Freie Deutsche Jugend (FDJ)" veröffentlicht:

„Die Bundesregierung beschließt:

1. Die Tätigkeit der ‚Freien Deutschen Jugend' (‚FDJ') stellt einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar. Die ‚FDJ' ist daher durch Artikel 9 Absatz 2 GG kraft Gesetzes verboten.

2. Die Landesregierungen werden gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (Bundesgesetzblatt S. 682) ersucht, jede Betätigung im Sinne der FDJ zu unterbinden."

Das Verbot ist unterzeichnet von Bundeskanzler Adenauer und Bundesminister des Inneren Dr. Lehr. Bis zum 4. Juli war laut „Neue Zeitung", Berliner Ausgabe vom 4. Juli, das von der Bundesregierung erlassene Verbot der FDJ in neun Bundesländern verwirklicht. Nur in Württemberg-Baden und Bremen standen die Entscheidungen der Landesregierungen noch aus.

Dem Beschluß der Bundesregierung ist eine Begründung angefügt. Aus ihr geht eindeutig hervor, daß der aktive Kampf der FDJ gegen die Remilitarisierung, für den Frieden und die Einheit Deutschlands die Hauptgründe für das Verbot sind. Es wird ausgeführt:

1. Die Mitglieder des Zentralsekretariats der FDJ und andere FDJ-Mitglieder seien im „Zentralrat der Nationalen Front" tätig. Deren Zweck sei, „den nationalen Widerstand in Westdeutschland, das heißt den Widerstand gegen die verfassungsmäßige

Regierung der Bundesrepublik, durchzuführen". Damit ist amtlich festgestellt, daß das Bonner Remilitarisierungskabinett den nationalen Widerstand gegen die Remilitarisierung und die amerikanisch-britische Fremdherrschaft strafrechtlich verfolgt.

2. Es bestehe auch eine enge Verflechtung zwischen FDJ und Kommunistischer Partei. Die FDJ sei aufs engste mit der Durchführung der Aktionen für eine „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung" und den Vorbereitungen für die „sogenannten" Weltjugendfestspiele 1951 verbunden.

3. Am 24. September 1950 hätten auf dem ersten Verbandstag der Industriegewerkschaft Bergbau in Bochum Mitglieder der FDJ durch Verursachung von Unruhe den Bundespräsidenten Heuß am Sprechen gehindert, „so daß dieser seine Rede wiederholt und auf längere Zeit unterbrechen mußte".

4. „Die FDJ kündigte durch das von ihr gebildete ‚Komitee der jungen Friedenskämpfer' für den 1. Oktober 1950 als ‚Treffen der 100 000 jungen Friedenskämpfer' eine Großkundgebung in Dortmund an und führte im gesamten Bundesgebiete eine umfangreiche Werbung zur Teilnahme der Jugend durch."

5. Es werden Verbote für FDJ-Kundgebungen angeführt, die im September 1950 von den Länderregierungen Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen ausgesprochen wurden.

6. „Das Verbot der Bundesregierung vom 24. April 1951 ..., das sich auf die Vorbereitung und Durchführung der ‚Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951' bezieht, ist von der FDJ im Bundesgebiet dauernd übertreten worden."

7. In der Presse der FDJ sei „trotz des ausgesprochenen Verbots laufend für die ‚Volksbefragung' geworben worden". Die „Junge Welt" habe „zur Werbung für die ‚Volksbefragung' Karikaturen von Bundeskanzler Dr. Adenauer und vom Vorsitzenden der SPD, Dr. Schumacher, gebracht, die sich gegen das in der Bundesrepublik ausgesprochene Verbot wenden und scharfe persönliche Angriffe enthalten".

Das sind die angeführten „Gründe" des Verbots der FDJ. Werbung für den Frieden und gegen die Remilitarisierung, für die nationale Einheit Deutschlands und gegen die landesverräterische Spalterregierung Adenauer, das sind die ausgesprochenen Verbotsgründe. Sie ehren die FDJ und ihren aktiven Kampf.

Der unausgesprochene tatsächliche Verbotsgrund

Es muß noch auf den unausgesprochenen und wesentlichen Verbotsgrund hingewiesen werden: Das neue deutsche Massenheer für den amerikanischen Krieg braucht Rekruten. Die Aufstellung der Kader ist in vollem Gange, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht steht bevor. McCloy verlangt kategorisch Beschleunigung der Wiederaufrüstung. „Wie es heißt, legen die Amerikaner Wert auf gut ausgebildete, gesunde, junge Rekruten zwischen 18 und 24 Jahren sowie auf Spezialkräfte im Alter bis zu 35 Jahren." („Kasseler Zeitung", 25. Januar 1951.) Einer von Hitlers Panzerexperten, General Freiherr von Manteuffel, machte bereits im Mai 1950 sein Angebot. Er erklärte dem englischen Korrespondenten Clifford: „Letzten Endes haben Sie uns nötig. Wir können die Leute für 30 Panzerdivisionen

stellen; wahrscheinlich aber noch mehr. Die Jahrgänge, die jetzt in das militärtaugliche Alter kommen, sind besonders stark — die ersten Resultate von Hitlers Bemühungen um die kinderreichen Familien." („The Daily Mail", London, 19. Mai 1950.) General de Gaulle forderte der „Neuen Ruhr-Zeitung", Essen, vom 8. Juni 1951 zufolge von Westdeutschland die Aufstellung von 40 Divisionen.

Das geht also um die jungen Menschen, die in der FDJ organisiert sind, und um alle Jugendlichen, deren vom Krieg unbeschwerte Zukunft im Mittelpunkt des Kampfes der FDJ steht. Junge Kämpfer für den Frieden sind untauglich für den amerikanischen Krieg; dessen Knechte von Ministerrang verbieten deshalb die FDJ.

Kriegsdienstverweigerungsgesetz würde Einführung der Wehrpflicht erschweren

Anfang des Jahres 1951 wurde der Öffentlichkeit folgendes Dokument bekannt, das keines besonderen Kommentares bedarf:

„Innenminister Dr. Lehr an
Staatssekretär Hans Ritter von Lex
im Bonner Bundeskanzleramt.

Vertraulich! Eilt sehr!

Aktenzeichen 1101 A—1239/50 (Kabinettsache)

Ich habe die Anfrage der Zentrumsfraktion an die Bundesregierung betreffs Schaffung eines Kriegsdienstverweigerungsgesetzes — Drucksache Nr. 1548 — vorläufig dahin beantwortet, daß noch eine Reihe von Feststellungen zu treffen wären und daß daher eine endgültige Antwort erst in zwei bis drei Wochen erfolgen könne.

In meinem Ministerium ist inzwischen der Referentenentwurf eines Kriegsdienstverweigerungsgesetzes erarbeitet worden. Ich habe den Entwurf noch nicht dem Kabinett zugeleitet, weil meines Erachtens die Bundesregierung zunächst darüber beschließen muß, ob die Vorlage des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes vor oder nach dem Entwurf eines etwaigen Wehrgesetzes eingebracht werden soll."

Dr. Lehr beklagt sich dann über die Hemmungen im deutschen Volk gegen die Wiedereinführung einer Wehrpflicht, „wie sie auch immer gestaltet sein mag", und zieht daraus den Schluß: „Würde man ein Kriegsdienstverweigerungsgesetz vor dem Erlaß eines Wehrgesetzes erlassen, wäre es leicht möglich, daß eine Fülle von Menschen das vorgesehene Überprüfungsverfahren beantragt und daß die Einführung eines Wehrgesetzes dadurch erschwert wird. Dies könnte ferner besonders außenpolitisch zu sehr unerwünschten Folgen führen.

Hinzu kommt, daß rechtlich gesehen der Erlaß eines Kriegsdienstverweigerungsgesetzes nicht notwendig ist, weil die durch das Grundgesetz unter besonderen Umständen gewährte Befreiung vom Kriegsdienst erst dann von Bedeutung ist, wenn eine Wehrpflicht eingeführt ist."

Am 22. Januar 1951 traf sich Adenauer in Bad Homburg mit Eisenhower. Eisenhower forderte die Aufhebung des § 4 des Bonner Grundgesetzes, der besagt: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden."

Wie aus Bonn verlautet, soll Adenauer sogar selbst Eisenhower den Vorschlag gemacht haben, die Abschaffung des § 4 des Grundgesetzes zu fordern.

„Mit der Verwirklichung dieser Forderung sollen auch die letzten gesetzlichen Hemmnisse beseitigt werden, die noch der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland und damit dem Zwang zum Söldnerdienst in der amerikanischen Europa-Armee entgegenstehen." („National-Zeitung", Berlin, 24. Januar 1951.)

Lehrs Polizeiaktion gegen Kinder

Unter Einsatz aller verfügbaren Polizeitruppen hat der Bonner Polizeiminister Dr. Lehr am 8. Juli 1951 ein neues ungeheuerliches Verbrechen gegen das deutsche Volk und gegen die deutsche Einheit begangen, als er 6000 Kinder von Arbeitern aus Westdeutschland widerrechtlich an der Fahrt in die Erholungsstätten der Deutschen Demokratischen Republik gehindert hat. Alle Kinder und Begleitpersonen hatten ordnungsgemäß ausgestellte Aufenthaltsbescheinigungen, die notwendigen Ausweispapiere und Interzonenpässe. Die Reisebegleiter wurden zum größten Teil verhaftet. Gegen diese Kinder-Ferien-Transporte, bei denen es sich nachweisbar um minderjährige Kinder westdeutscher Erwerbsloser und Arbeiter aus den Industriestädten handelt, wurde, wie es im westdeutschen „Kriegsbericht" heißt, die „bisher größte Polizeiaktion nach dem Kriege" durchgeführt. Die Zonengrenze war tiefgestaffelt mit Lehrschen Polizeitruppen besetzt worden, die mit Spürhunden und Panzerwagen die ganze Demarkationslinie entlang patrouillierten, um die Transporte abzufangen. Allein in Niedersachsen waren 3000 Polizeibeamte, darunter vier neue Bereitschaftstruppen, zusammengezogen worden. In den Gegenden von Hannover, Braunschweig, Lübeck und Hamburg stürmten die Lehrschen Truppen dann die Reiseomnibusse und Dampfer der Kinder, warfen sie in bereitstehende Einsatzwagen, führten lange Verhöre mit ihnen durch, um sie nach mehrmaligem Umladen wieder in ihre Heimatorte zurückzutransportieren.

3. Blüten des Neofaschismus am Baum der Remilitarisierung

Wir unterbrechen die Darstellung der Verbotsaktionen und registrieren einen Fall von „Jugendförderung" durch die Adenauer-Regierung. Aber auch dieser Fall beweist unsere Feststellung: Der Daseinszweck der Bonner Regierung ist der Krieg.

Der „Bund deutscher Jugend"

In Frankfurt a. Main, Feldbergstraße 13, IV, befindet sich die Zentrale der neofaschistischen Organisation „Bund deutscher Jugend". In hochelegant eingerichteten Zimmern „amtieren" hier die ehemaligen Offiziere und HJ-Führer Peters, Waldow, Reinhardt und andere, die sich als „politische Flüchtlinge" aus Ostdeutschland ausgeben. Einer der Führer und Propagandist des BDJ ist Dr. med. Paul Lüth, Wehrmachtsoberarzt a. D., ehemaliger Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", deren Chefredakteur bekanntlich den Abwurf eines Atombombenvorhanges quer durch die Sowjetunion forderte. Lüth ist der Gründer des BDJ-Zentralorgans „Der deutsche Beobachter". Geld ist in dieser Organisation in reichem Maße vorhanden.

Die Industrie, an ihrer Spitze die Coca-Cola-G.m.b.H., eine Tochtergesellschaft des amerikanischen Coca-Cola-Trusts, spendete bis Anfang 1951 über eine Million DM. Der BDJ hat die vollen Sympathien der Amerikaner. Auf einer Konferenz des BDJ Mitte Dezember 1950 in Frankfurt pries Lüth die Amerikaner als die „Römer des Jahrhunderts". Sie seien „die Garanten unseres Sieges". Der BDJ-Führer Hamacher sagte: Der BDJ ist eine Jugendorganisation, die den „Kampf gegen den Bolschewismus" und besonders gegen die FDJ führt. Er hat einen starken Bundesgenossen bekommen, die vor wenigen Wochen von dem Münchener Oberstleutnant Lauer gegründete „Notgemeinschaft deutscher Fallschirmjäger". Die Notgemeinschaft wird zu einer militanten mobilen Gruppe organisiert. „Ein starker Mann wird kommen; der BDJ und die Notgemeinschaft werden Träger des dann beginnenden Kampfes sein."

„Der ‚Bund deutscher Jugend' hat in drei gleichlautenden Briefen an Präsident Truman, General Eisenhower und McCloy die Einbeziehung Deutschlands in den ‚Verteidigungsgürtel der Freien Welt' gefordert ... Er dürfe keinesfalls entlang der Pyrenäen und Alpen verlaufen." („Die Welt", Hamburg, 23. Januar 1951.)

Der „Bund deutscher Jugend", der enge Beziehungen zu der berüchtigten neofaschistischen Organisation „Erste Legion" unterhält, beteiligt sich nach faschistischem Vorbild an dem Terror gegen alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland.

Der BDJ arbeitet eng zusammen mit dem Ministerium für gesamtdeutsche Angelegenheiten Kaisers, der berüchtigten Spionage- und Diversantenorganisation, dem Sicherheitsamt und dem Verfassungsschutzamt der Bonner Regierung.

„Unter der Bezeichnung ‚Berliner Bund deutscher Jugend' zog der amerikanische Geheimdienst — CIC — eine neue Spionageorganisation auf, die Verbindungen mit Jugendlichen im demokratischen Sektor Berlins und in der Deutschen Demokratischen Republik aufnehmen soll.

Die Leiter dieses Jugendbundes sind ehemalige SS-Offiziere und hauptamtliche Mitarbeiter der Hitler-Jugend. Viele von ihnen wurden nach 1945 in amerikanischen Gefangenenlagern geschult und auf ihre Spionageaufgaben vorbereitet.

Der West-Berliner Verband bewohnt in Dahlem (USA-Sektor), Wildenowstraße 40, eine komfortable Villa.

Ihr Leiter ist ein gewisser Willi Erdbeer. Er erklärte verschiedentlich, sein Jugendbund habe keine jugendpflegerischen Aufgaben, sondern eine ‚streng politisch ausgerichtete Zielsetzung'. Finanziert wird die Organisation zu einem Teil durch die CIC, zum anderen direkt durch West-Berliner Großfirmen. Als sogenannte Erstausstattung wurden ihr 40 000 Mark zur Verfügung gestellt. Jedoch sollen noch im ersten Halbjahr dieses Jahres monatlich 25 000 Mark folgen." („National-Zeitung", Berlin, 14. Januar 1951.)

Spionage- und Diversions-Organisation des USA-Geheimdienstes entlarvt und liquidiert

Durch das Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik wurde Ende Juli 1951 eine Spionage- und Diversionsorganisation entlarvt und vollständig liquidiert. Alle ihre Angehörigen wurden verhaftet.

Diese Organisation, die sich „Freies Parlament" nannte, wurde von dem westlichen sogenannten Bund Deutscher Jugend (BDJ) im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes aus faschistischen und deklassierten Elementen geschaffen.

Der Stab der Organisation befand sich im amerikanischen Sektor von Berlin, Wildenowstraße 40. Die Tätigkeit der Organisation wurde von den Amerikanern und von den westdeutschen Industriellen finanziert und gelenkt. Den Angehörigen der Organisation wurden Aufgaben zur Störung des Ablaufes der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, der Schaffung von terroristischen Banden in der Deutschen Demokratischen Republik, der Sammlung von Spionageinformationen sowie der Verbreitung von Hetzliteratur und Flugblättern gestellt.

Von den Angehörigen der Organisation war geplant, während der Festspiele Unruhen im demokratischen Sektor von Berlin zu provozieren, die Transport- und Verbindungsmittel zu desorganisieren und Ampullen mit entzündbaren Stoffen auszuwerfen.

Die Anführer der Organisation werden sich vor dem Gericht der Deutschen Demokratischen Republik zu verantworten haben.

Das Ministerium für Staatssicherheit wird auch in Zukunft, auf die Wachsamkeit und das Streben des deutschen Volkes zur friedlichen Arbeit gestützt, rücksichtslos alle Feinde des Volkes, Söldner der westlichen imperialistischen Staaten, ausmerzen.

Der amerikanische Spionage- und Agentendienst

In diesem Zusammenhang muß noch auf einen anderen Zweig der amerikanischen Spionage- und Agententätigkeit und dessen Leiter, den Sozialdemokraten Professor Ernst Tillich, hingewiesen werden. Ernst Tillich war Theologe und gehörte früher einmal der Gruppe religiöser Sozialisten an. Er ist Mitglied der Schumacherschen Sozialdemokratie und war nach 1945 beim Berliner Magistrat in der Abteilung für Sozialwesen und beim „Christlichen Hilfswerk" tätig.

Seit Jahren ist dieser Tillich nun ein von den Amerikanern gekaufter Agent. Unter dem Deckmantel charitativer Tätigkeit leitet er die im Auftrage des anglo-amerikanischen Imperialismus gegen die Deutsche Demokratische Republik arbeitende Spionage- und Sabotage-Organisation, die sich „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" nennt.

Diese Sabotage-, Spionen- und Mörderzentrale wirbt allerlei Gesindel an, das in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zum Zwecke verbrecherischer Tätigkeit eingeschleust wird.

Diese Verbrecher-Organisation ist seit längerer Zeit auch in internationalem Maßstabe aufgezogen worden. Tillich ist daran beteiligt. Dieser dunkle Ehrenmann deut-

scher Herkunft ist, einer Meldung der Zeitung der britischen Besatzungsmacht „Die Welt" (27.1. 1951) zufolge, Generalbeauftragter für Berlin und das gesamte Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik des in Paris gegründeten „Internationalen Komitees für die europäische Widerstandsbewegung". Diese internationale Spionage- und Sabotage-Organisation unterhält Büros in Paris, Berlin, Den Haag, Luzern und Düsseldorf. Vor einer Pressekonferenz gab Tillich der „Welt" zufolge an, das Komitee habe sich die Aufgabe gesetzt, gegen den „Defaitismus im Westen", das heißt gegen die Friedenskräfte anzugehen und den „Widerstandskämpfern" im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, das heißt den eingeschleusten Agenten der amerikanischen Kriegstreiber, „moralische und materielle Hilfe zu leisten". Tillich will diese verbrecherische Tätigkeit „jenseits der Elbe" auf europäischer Basis betreiben und „die Offensive ergreifen". Er betonte, daß die beteiligten Kräfte ihre „Anonymität" dort behalten, wo es notwendig ist. Er könne daher keine weiteren Angaben über die Bewegung machen.

Die „Erste Legion"

Die in dem Bericht über den „Bund deutscher Jugend" genannte „Erste Legion" ist auf Anweisung Adenauers gebildet worden. Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Adenauer-Regierung ein „Herz für die Jugend" hat, und auch dafür, daß Remilitarisierung und Refaschisierung in Westdeutschland Hand in Hand gehen. Die amerikanische Nachrichtenagentur United Press berichtet Ende Januar 1951 aus Bonn: „Rund 100 000 junge Deutsche haben in der Bundesrepublik eine ‚Erste Legion' gebildet, die sich als ‚kämpferische Gemeinschaft der deutschen Männer' bezeichnet. Das oberste Ziel der Legion ist die Verwirklichung eines ‚einzigen Deutschlands auf altem angestammtem Boden'. Sie hat kein festes Programm, sondern setzt sich ‚für das jeweils Notwendige' ein.

Die Zentrale der Legion, der namhafte politische Persönlichkeiten angehören, befindet sich in Köln. Sie wird von einem dreiköpfigen Führungsstab geleitet, der von einem 15köpfigen Direktorium gewählt wurde. Die Legion gliedert sich in Landes- und Kreisverbände. Ihre kleinste Zelle ist die Gruppe von zehn Mann. Die Mitgliedschaft kann nicht erworben werden. Die Legionäre werden nach einer längeren Probezeit und nach Ausfertigung eines Fragebogens ‚berufen'." Legionäre dürfen dem Kommunismus nicht nahestehen. Der neuen Organisation sollen nach zuverlässigen Berichten die Bundestagsabgeordneten Kurt Kiesinger (CDU), Joachim von Meerkatz (DP) und Erich Mende (FDP) angehören.

Die Namen des Direktoriums, das von den Geldgebern — das heißt von den Industriekreisen Westdeutschlands, die seinerzeit Hitler finanzierten, an ihrer Spitze der Kölner Bankier Pferdmenges — bestimmt wird, werden geheimgehalten.

Ebenso werden die Legionäre auf geheimbündlerische Weise berufen. Der Legionär muß ein Treuegelöbnis ablegen und unbedingten Gehorsam geloben. Er muß zur Ausführung jeder Aufgabe bedenkenlos bereit sein, zu jedem Verbrechen und Mord, das die Feme des Geheimbundes bestimmt.

Es gibt zwei Gliederungen in der „Ersten Legion", die Aktivgruppe, die aus jungen Menschen besteht, die geistig und körperlich in der Lage sind, die von der geheimen

Führung befohlenen Aktionen und Fememorde auszuführen, sodann die Gruppe der sogenannten „Infiltrierer", die als Nachrichtenträger Dienste leisten. Zu der letzteren Gruppe gehören die Bundestagsabgeordneten Kiesinger (CDU), Mende (FDP), Hellwege (DP).

Unter dem Patronat Adenauers und seines Busenfreundes Pferdmenges ist also in Westdeutschland nach amerikanischem Vorbild eine Terrororganisation ähnlich dem berüchtigten Ku-Klux-Klan geschaffen worden, die gegen einzelne Demokraten und Friedensfreunde eingesetzt werden soll.

Ministerieller Appell an jugendliche Terroristen

Dem Geiste der hier geschilderten Aufgabenstellung entspricht folgende Aufforderung des Bonner Diversions- und Sabotageministers. „Bundesminister Jakob Kaiser appellierte am 4. Februar vor allem an die jungen Menschen im Bundesgebiet, sich einem ‚Selbstschutz gegen den Kommunismus' zur Verfügung zu stellen. ‚Wir müssen endlich allen kommunistischen Agitatoren und ihren Handlangern energisch entgegentreten. Es wird Zeit, daß sich in Städten und Dörfern und in den Betrieben ein wirksamer Selbstschutz gegen alle kommunistischen Umtriebe organisiert.'" („Hamburger Echo", 5. Februar 1951.)

Regierungsgelder für neofaschistische Organisationen

Die KPD-Fraktion im Bonner Parlament forderte im Oktober 1950 in einer Anfrage an das Präsidium Auskunft über die Subventionen, die das sogenannte Kaiser-Ministerium dem neofaschistischen „Deutschen Bund" gegeben hat. Es wird gefragt, ob der Adenauer-Regierung bekannt ist, daß der „Deutsche Bund" beim Westdeutschen Bankverein einen Kredit in Höhe von 50 000 DM aufgenommen hat, für den das Kaiser-Ministerium Bürgschaft leistete.

Legalisierte „Werwölfe"

„Die ‚Reichsjugend', die neugegründete Organisation der Deutschen Reichspartei, tagte erstmalig am 7. Oktober in Flensburg. Ihre Uniform besteht aus blaugrauem Hemd, das im Schnitt dem der ehemaligen Luftwaffe gleicht, und schwarzen Kniehosen. Die Führer tragen schwarze Breeches und Schaftstiefel. ‚Reichsführer' Münchow, der Vorsitzende des Bundes, erschien mit silbernem Eichenlaub auf goldenem Grund am linken Arm und sogenannten ‚Wolfsangeln' auf weißem Grund an der rechten Brustseite. Auf den schwarzweißroten Armbinden sind die Rangabzeichen eingestickt." („Frankfurter Rundschau", Frankfurt a. M., 10. Oktober 1950.)

Die „Bruderschaft" — Agenten der Besatzungsmächte in Westdeutschland

Um das Bild der neofaschistischen Organisationen in Westdeutschland zu bereichern, wenn auch bei weitem nicht zu vervollständigen, sei noch der „Bruderschaft" gedacht, auf die wir im Zusammenhang mit der Remilitarisierung nochmals zurückzukommen haben. Die „Frankfurter Allgemeine" vom 9. April 1951 meldet: Der Vor-

sitzende der „Deutschen Union", Baron von Stauffenberg, hat einige Erklärungen über die „Bruderschaft" abgegeben, die beweisen, daß diese eine Agentenzentrale der Westalliierten ist. Die „Bruderschaft" habe die Aufgabe, „die Bildung einer politischen Elite zu ermöglichen". Der Baron vertrete die Auffassung, daß die westdeutsche Situation geheime Untergrundorganisationen rechtfertige und auch gestatte. Vor allem die aktiven HJ-Führer und die „jüngere Offiziersgeneration hätten sich entschließen müssen, falsche Namen anzunehmen". Deren Gesamtzahl betrage allein bei den jüngeren Deutschen etwa 80 000. Sie seien jedoch „untereinander in Verbindung und stellten das Reservoir aktivistischer Temperamente dar, das eines Tages in Bewegung gebracht werden könne".

Die Mehrheit der „Untergetauchten" sei ein „brauchbares politisches Element". Sie verfügten über eine nennenswerte fachliche und organisatorische Fähigkeit, die sie schon dem nationalsozialistischen Staat zur Verfügung gestellt hätten, dessen „technische Exaktheit und Aktionsfähigkeit" hervorgehoben werden müsse. Der größte Teil der „Illegalen" habe sich bereits wieder erfolgreich in den „Arbeitsprozeß" eingegliedert. „Sie arbeiteten mit denen zusammen, die früher ideologisch ihre Gegner gewesen seien, den Besatzungsmächten."

Abschließend wies Stauffenberg darauf hin, daß „die Männer der ‚Bruderschaft' ... ihre Möglichkeiten maßvoll dazu benutzen, in ihren Kreisen die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses zu fördern und sich gegen die Sinnlosigkeit einer deutschen Bewaffnung auf nationaler Basis zu wenden", das heißt, ungestört für die Aufstellung eines westdeutschen Söldnerheeres in der westeuropäischen Armee zu arbeiten.

Bünde ehemaliger Soldaten

Außer den vielen Organisationen ehemaliger Offiziere und Generale sind in Westdeutschland große Organisationen ehemaliger Soldaten der Hitler-Wehrmacht geschaffen worden. Es handelt sich bei diesen Organisationen um den Versuch, möglichst große Menschenreservoirs für die vorgesehene Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zu haben. Diese Organisationen sind nach dem Muster der sogenannten Frontsoldatenbünde der Weimarer Republik zusammengefaßt und sind ein Ausdruck des in Westdeutschland wiedererstehenden Nazismus.

So ist Ende Februar 1951 in Frankfurt a. M. mit „wohlwollender Einwilligung" des westdeutschen Innenministers Dr. Lehr die halbmilitärische Organisation „Stahlhelm" neu konstituiert worden.

Seit Anfang April sind die Bestrebungen, die bestehenden Bünde ehemaliger Soldaten in Westdeutschland zu vereinigen, in ein aktives Stadium getreten. Der größte deutsche Soldatenbund, der BVD (Bund versorgungsberechtigter ehemaliger Wehrmachtsangehöriger, Vorsitzender Admiral a. D. Hansen, Kiel), hat über 80 000 Mitglieder. Diese Organisation wird mit dem „Schutzbund ehemaliger deutscher Soldaten" vereinigt, der im März 1951 gegründet wurde und bei der Gründung in Bayern 5000 Mitglieder umfaßte. Der Bundesvorsitzende ist Generalleutnant a. D. und Ritterkreuzträger Krakau, der Landesvorsitzende für Bayern Oberst a. D. Gümbel.

Panzerkorps „Großdeutschland"

Wie in den Tagen der Weimarer Republik treten die zahlreichen Offiziers- und Soldatenbünde in Westdeutschland durch regelmäßige „Treffen" in die Öffentlichkeit und tragen damit wesentlich zur psychologischen Vorbereitung für die Remilitarisierung in Westdeutschland bei. Anfang Juni 1951 fand in Kassel in sehr provokatorischer Aufmachung das Treffen des ehemaligen Panzerkorps „Großdeutschland" statt. Die „Rhein-Neckar-Zeitung", Heidelberg, vom 17. Juni 1951, schreibt darüber u. a.: „Was bei dem Treffen aufhorchen ließ, waren die Ablehnung des ‚Ohne mich', das ausdrückliche Bekenntnis zum heutigen Staat und das eindeutige Abrücken von der politischen Tätigkeit des ehemaligen Generalmajors und heutigen SRP-Redners Remer, der an sich auch zu den Angehörigen des ehemaligen Panzerkorps ‚Großdeutschland' zählt... Dennoch fällt zahlreichen ehemaligen Soldaten der Zugang zur parlamentarischen Demokratie immer noch schwer... Die Demokratie kann ihrerseits nicht für immer auf die aktive Mitarbeit ihrer vielen Bürger soldatischer Herkunft verzichten... Auch an den Soldaten selbst liegt es, sich als Diener und nicht als Sonderschicht im Staat um das freiheitliche und rechtsstaatliche System zu bemühen...

Es drängt sich zwangsläufig die Frage nach der Notwendigkeit solcher soldatischer Vereinigungen wie der des Panzerkorps ‚Großdeutschland' in unserem heutigen Staate auf. Noch ist nicht zu übersehen, wohin ihr Weg gehen wird, und ob sie nicht zu einer gefährlichen Spaltung des Volkes in reine Interessengruppen oder in erstarrte ideologische Blöcke führen. Vorläufig aber ist noch zu unterscheiden zwischen denjenigen Gruppen, die vorwiegend von rein materiellen Erwägungen oder Ressentiments bestimmt sind, und den soldatischen Traditionsverbänden. Kennzeichnenderweise kommt gerade aus dem Kreis der letztgenannten die Absage gegen den neuerwachten uferlosen Radikalismus und das Bekenntnis zum Dienst an der Republik. Die in Kassel vertretenen Ansichten zeigen, daß sich die ehemaligen Soldaten in ihren Vereinigungen nicht zwangsläufig isolieren und in einen Gegensatz zum Staat treten müssen... Unser Staat kennt keine Klassen, Ober- und Unterschichten, Interessengruppen oder abgesonderte Stände."

Bedeutsam auf dieser Tagung war die Erklärung des ehemaligen Führers dieses Hitlerschen Panzerkorps, Generalleutnant von Manteuffel: „Wir bekennen uns zum heutigen Staat." Manteuffels Verbindung zu der neofaschistischen „Bruderschaft" und seine Verbindung zu Adenauer als einer der maßgeblichen militärischen Berater des Bundeskanzlers sind ein eklatanter Beweis dafür, daß es in der Remilitarisierungspolitik der Bonner Regierung keine Gruppe gibt, die rechts von Adenauer steht. Die Soldatenbünde stellen sich hinter Adenauer, und Adenauer fördert die Soldatenbünde.

Die Fallschirmjäger

Besonders provozierend und alarmierend wirkte auch in den westeuropäischen Staaten das Treffen der ehemaligen Fallschirmjäger am 28. und 29. Juni 1951 in Braunschweig. Auf dieser Tagung traten die Kriegsverbrecher General Student und General Ramcke auf. Student ist als Exgeneral der Hitlerschen Fallschirm-

truppen durch sein terroristisches Wüten auf Kreta bekannt und ist durch die Westmächte als Kriegsverbrecher außer Verfolgung gesetzt worden.

Ramcke war als ehemaliger General der Hitlerschen Fallschirmtruppen u. a. Festungskommandant in Brest und hat als solcher sadistisch unter der Zivilbevölkerung gewütet. Nach seiner im Juni 1951 erfolgten Freilassung durch die französischen Behörden wurde er durch Vertreter der Bonner Regierung an der Grenze begrüßt. Er ist für einen Posten bei der Bonner Regierung vorgesehen, um „Aufgaben der inneren und äußeren Sicherheit" Westdeutschlands auszuführen.

Der „Wiesbadener Kurier" vom 30. Juni 1951 meldet: „Zuständige Bonner Regierungskreise hoffen, daß der Fallschirmjägergeneral Ramcke sich in Kürze bereit erklären wird, beim Aufbau der zukünftigen deutschen Verteidigung mitzuwirken. Nach zuverlässigen Informationen unseres Korrespondenten soll vor allem Adenauer größten Wert auf Einschaltung Ramckes legen. Der Kanzler, so heißt es, habe den General bereits anläßlich seines letzten Besuches in Bonn hierauf angesprochen. Von militärischen Sachverständigen der Dienststelle Blank soll Ramcke ersucht worden sein, ein Gutachten über die Möglichkeiten zum Aufbau einer deutschen Fallschirmtruppe auszuarbeiten."

4. Gesetzgebung nach nazistischem Vorbild

Das Bonner Zuchthausgesetz vom 9./10. Juli 1951

Am 9. Juli 1951 forderte die KPD-Fraktion im Bonner Parlament das Verbot aller in Westdeutschland bestehenden faschistischen und militaristischen Organisationen. Der Abgeordnete Hugo Paul (KPD) sagte in der Begründung des Antrages: „Die faschistisch-militaristischen Gruppen und Verbände, die sich heute unter Führung tonangebender Imperialisten für einen neuen Krieg gegen die Völker des Ostens erklären, sind zugleich die größten Feinde der Arbeiterklasse und aller wirklichen Demokraten. Das deutsche Volk ist nicht gewillt, sich erneut durch solche Elemente in einen neuen Krieg hetzen zu lassen."

Die Mehrheit des Bonner Parlaments ging über diesen Antrag zur Tagesordnung über.

Dagegen wurde im Bonner Parlament am gleichen Tage in großer Eile das von der Adenauer-Regierung vorgelegte „Blitzgesetz" mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD gegen die Stimmen der KPD-Fraktion angenommen. Durch dieses Gestapogesetz wird der Rest der wenigen in der Bonner Verfassung niedergelegten Grundrechte beseitigt und die juristische Untermauerung für Adenauers Kriegspolitik geschaffen. Der Sinn dieses neuen Terrorgesetzes ist die Ausschaltung all der Kräfte, die für die Erhaltung des Friedens in Westdeutschland eintreten.

Die Sozialdemokraten sind die Einpeitscher des am 10. Juli verabschiedeten „Blitzgesetzes". Die „Sozialdemokratische Aktion", eine Gruppe oppositioneller Sozialdemokraten, veröffentlichte im Mai 1951 in Frankfurt eine Erklärung gegen den Abgeordneten der SPD und Mitglied des Parteivorstandes, Wehner, der den Erlaß eines „Blitzgesetzes zur Unterbindung der Unterschriftensammlung für eine Volks-

befragung bezüglich der Remilitarisierung" gefordert hat. Und am 9. Juli trat im Bonner Parlament der Bonner SPD-Abgeordnete Dr. Arndt als Berichterstatter des Rechtsausschusses auf, um das Zuchthausgesetz juristisch zu begründen.

Was bezeichnet dieses Gesetz als Hoch- und Landesverrat? Kurz gesagt, jede Gesinnung — nicht etwa nur Handlung —, die für das deutsche Volk ein Recht auf Selbstbestimmung, auf Erhaltung seines Charakters als einheitliche Nation, auf einen unabhängigen deutschen Nationalstaat, auf ein friedliches Leben der Arbeit und des Aufbaues, auf die elementarsten demokratischen Rechte in Anspruch nimmt.

Der SPD-Abgeordnete Dr. Arndt erklärte als Berichterstatter, der Gesetzgeber habe sich hier an „klassische Vorbilder" gehalten, indem er die Strafbestände des Hochverrats über den Rechtszustand der Weimarer Republik hinaus auch auf bloße Vorbereitungshandlungen ausgedehnt habe. Dr. Arndt hat mit seinem Hinweis auf den „klassischen" Charakter der Vorbilder dieses Bonner Gestapogesetzes einen dankenswerten Beitrag zur Charakterisierung des Bonner Staates geleistet. Denn diese „klassischen Vorbilder" sind nichts anderes als die nazistische Notverordnung vom 4. Februar 1933, die berüchtigte Notverordnung zum „Schutze von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933, das nazistische Gesetz vom 24. April 1934, das die §§ 80 bis 93a Strafgesetzbuch neufaßte, und das sogenannte „Heimtückegesetz" vom 20. Dezember 1934, mit deren Hilfe der deutsche Faschismus alle Friedensfreunde auf das Schafott, in die KZ und Zuchthäuser brachte, die Gesetze, mit deren Hilfe der Hitlerfaschismus die wahre Stimme des deutschen Volkes im Blut erstickte.

In diesem Gesetz gibt es einen Tatbestand der „Staatsgefährdung", auf den 5 bis 15 Jahre Zuchthaus stehen. Danach betrachtet sich der sich sonst so stark vorkommende Bonner Staat als gefährdet, wenn „Schriften, Schallaufnahmen, Abbildungen oder Darstellungen staatsgefährdender Art" eingeführt werden; wenn „Nachrichten gesammelt werden für eine Partei oder eine andere Vereinigung außerhalb der Bundesrepublik" (also wohl vor allem in der DDR); wenn eine „Verunglimpfung" des Bundespräsidenten vorliegt; wenn Behörden, Regierungen, Parlamente und Gerichte des Bundes und der Länder oder einzelne ihrer Mitglieder „verunglimpft" werden.

Darüber hinaus wird als „Landesverräter" mit Zuchthaus bedroht, wer „Beziehungen aufnimmt oder unterhält zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieses Gesetzes oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist und dies in der Absicht tut, den Bestand ... der Bundesrepublik... zu beeinträchtigen oder einen ihrer Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben."

Das heißt kurz ausgedrückt, jeder, der mit der aggressiven USA-Politik, mit der Spaltung Deutschlands, mit der Remilitarisierung Westdeutschlands, mit dem chronischen nationalen Verrat Adenauers und Schumachers nicht einverstanden ist, ist zuchthausreif. Jeder, der über den Kampf um den Frieden mit Menschen in der DDR

korrespondiert, ist für die Bonner Machthaber ein „Landesverräter". Nach diesem „Gesetz" gibt es nicht den geringsten Rechtsschutz mehr für die Bürger des westdeutschen Separatstaates.

„Die Zeit", Hamburg, gegen das Bonner Zuchthausgesetz

Das konservative Hamburger Wochenblatt „Die Zeit" stellt am 19. Juli 1951 fest: „Schwere Strafen auf üble Nachrede können daher dazu führen, die Kritik, wegen des allzu großen Risikos, überhaupt zum Schweigen zu bringen. Da aber die Kritik ein Fundament der Demokratie ist, zeigt sich hier gleich, welche Gefahren mit der Erweiterung des politischen Strafrechts verbunden sind." Auch aus der Herkunft des Bonner Terrorgesetzes macht das Blatt kein Hehl: „Der Paragraph ist allerdings auch nicht vom Bundestag erfunden. Er stammt, dem Sinne nach, aus einer Notverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg vom 8. Dezember 1931 und wurde 1934 noch durch Hitlers Heimtückegesetz ergänzt."

Coburger „Neue Presse" zum Zuchthausgesetz

Die Coburger „Neue Presse" schreibt am 14. Juli 1951: „Überblickt man die Strafbestimmungen, die zum Teil ganz neu formuliert wurden, so springt einem sofort in die Augen, daß der Staatsschutz als solcher die erste Rolle spielt, während die eigentliche Verteidigung der Demokratie mit ihren Freiheitsrechten für alle Bürger demgegenüber weit in den Hintergrund tritt.

Wir können uns nicht helfen, aber die ganze Prozedur ähnelt verteufelt der nazistischen Gesetzesfabrikation, als ebenfalls unter dem Generalstichwort der ‚Staatsgefährdung' die Verordnungen zum Schutze von Volk und Staat (Februar 1933), das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien (Juli 1933), das Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens (Oktober 1933) und das Heimtückegesetz (Dezember 1934) zu dem ausgesprochenen Zweck verfügt wurden, den Diktaturstaat Hitlers vor jeder demokratischen Bewegung zu schützen.

Man hätte erwarten können, daß wenigstens die beiden im Bonner Grundgesetz verankerten verfassungsmäßigen Urrechte aller demokratischen Staatsbürger, nämlich das Recht der freien Meinungsäußerung und die Vereinigungsfreiheit für unantastbar erklärt worden wären. Das ist jedoch nicht der Fall.

Besonders einschneidend wird sich in der Zukunft der in den neuen Bestimmungen oft gebrauchte Ausdruck des ‚Staatsgeheimnisses' auswirken.

Wenn im übrigen der privilegierte Ehren- und Geheimnisschutz damit begründet wird, daß man der Bundesrepublik eben schärfere Strafbestimmungen gegen ihre Feinde zubilligen müsse als weiland der Weimarer Republik, und wenn damit gesagt werden soll, daß die Weimarer Republik nur mangels Strafbestimmungen zugrunde gegangen sei, dann müssen wir doch in Kenntnis der historischen Wahrheit protestieren. Denjenigen mindestens, die einst Hitler brav alle Notverordnungen und Ermächtigungsgesetze zur Abwürgung der Demokratie apportiert haben, steht es schlecht an, Krokodilstränen über die strafrechtliche Schwäche der Weimarer Republik zu vergießen.

Es ist nun noch auf ein strafrechtliches Kuriosum hinzuweisen, in dem die ganze deutsche Tragödie eingeschlossen liegt. Zum erstenmal gibt es im deutschen Strafrecht den Begriff des Landesverrats unter Deutschen selbst. Uns scheint, daß von nun an bei den äußerst dehnbaren Begriffsbestimmungen, die die entsprechenden Landesverratsparagraphen enthalten, auch jede friedliche deutsche Einheitsbestrebung, die ihren Niederschlag in legalen Gesprächen mit Ostdeutschen findet, gefährdet ist.

Hat man denn schon vergessen, was im Vorspruch des Bonner Grundgesetzes vom 23. Mai 1949, wo man von dem ,Willen' spricht, der die Gesetzgeber ,beseelt', die nationale und staatliche Einheit zu wahren, verankert und verheißen wurde? Da heißt es doch ausdrücklich: ,Das ganze deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.' Ist das nun endgültig zugunsten eines Strafparagraphen gestrichen?"

Zensurparagraph gefährdet politische Freiheit

Auch andere bürgerliche Zeitungen in Westdeutschland nehmen gegen das Bonner Zuchthausgesetz Stellung. Die „Stuttgarter Nachrichten" vom 12. Juli 1951 beschäftigen sich mit dem „Blitzgesetz" zur Unterdrückung der Demokratie in Westdeutschland. Das Blatt gibt zu: „Der Zensurparagraph des neuen Gesetzes gefährdet das, was an Freiheit im politischen Leben und in der Presse durch das Grundgesetz gewährleistet wurde."

Zur Vorgeschichte des Gestapogesetzes

Dem am 9./10. Juli 1951 vom Bonner Parlament verabschiedeten Gestapogesetz ist das Ausnahmegesetz vom 19. September 1950 vorausgegangen, das die Grundlage für die Ausstoßung der Angehörigen folgender Organisationen aus öffentlichen Diensten abgegeben hat:

„Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstvorschriften unvereinbar ist, gehören insbesondere:

1. Die Kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen,
2. die Sozialdemokratische Aktion,
3. die Freie Deutsche Jugend (FDJ),
4. die Vereinigung der Sowjetfreunde,
5. die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion,
6. der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands,
7. der Gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft,
8. das Komitee der Kämpfer für den Frieden,
9. das Komitee der jungen Friedenskämpfer,
10. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN),
11. die Sozialistische Reichspartei,
12. die sogenannte ,Schwarze Front' (Otto-Strasser-Bewegung),
13. die ,Nationale Front' (Dachorganisation).

Die Bundesregierung ersucht die Dienstvorgesetzten, gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter, die ihre Treuepflicht gegenüber der Bundesrepublik durch Teilnahme

an solchen Organisationen oder Bestrebungen verletzten, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Gegen Schuldige ist unnachsichtig die sofortige Entfernung aus dem Bundesdienst, und zwar bei Beamten auf Lebenszeit durch Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens unter gleichzeitiger vorläufiger Dienstaufhebung und Gehaltseinbehaltung, bei Beamten auf Widerruf durch Widerruf, bei Angestellten und Arbeitern durch fristlose Entlassung herbeizuführen.

Die Bundesregierung empfiehlt den Landesregierungen, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen." (Aus der Bekanntmachung des Bonner Innenministers.)

Unter Ziffer 11 und 12 sind zwei unbedeutende faschistische Gruppen genannt. Alles andere sind fortschrittliche Organisationen, die gegen den amerikanischen Krieg, für Frieden und die Einheit Deutschlands kämpfen.

Anfang Februar 1951 wurde bekannt, daß vom Bonner Justizministerium unter der Bezeichnung „Hochverratsgesetz" ein Ausnahmegesetz vorbereitet werde, mit dem die wachsende Bewegung gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands unterdrückt werden soll. Dies wurde am 3. Februar in Bonn von Mitgliedern des Parlamentsausschusses bekannt, die bei der Ausarbeitung des Gesetzes zu Rate gezogen wurden. Als Initiatoren dieses neuen Ausnahmegesetzes nach faschistischem Vorbild gelten die Minister Lehr und Seebohm.

Beide wurden mit Jakob Kaiser durch Vertreter der amerikanischen Hochkommission unmittelbar nach den Homburger Beratungen Eisenhowers zur Ausarbeitung eines solchen Gesetzes veranlaßt. Für die Verfolgung aller Delikte, die unter das neue Ausnahmegesetz fallen, soll ein Sondersenat beim Obersten Gericht Westdeutschlands gebildet werden.

Eine Ausdehnung erfuhr das Ausnahmegesetz vom 19. September 1950 durch folgende Maßnahme, die zugleich einen Schritt in der Richtung zum Gestapogesetz vom 9. Juli 1951 bedeutete:

„Die Bundesregierung hat in einer scharfen Erklärung alle Wirtschaftsunternehmen gewarnt, staatsfeindliche Organisationen in irgendeiner Form zu unterstützen. Firmen, die nach dieser Warnung verfassungsfeindlichen Organisationen wirtschaftliche Vorteile durch Beiträge, Aufgabe von Werbeanzeigen oder in sonstiger Weise verschaffen, werden auf Grund eines Kabinettsbeschlusses in Zukunft bei der Vergebung von Aufträgen durch Bundesbehörden nicht mehr berücksichtigt." („Die Welt", 28. März 1951.)

Auch dieser Ukas der Bonner Bundesregierung war von langer Hand her geplant. Das „Berliner Wirtschaftsblatt" vom 25. August 1950 veröffentlichte folgende Antwort Jakob Kaisers auf einen an dieses Blatt gerichteten Brief:

„Sehr geehrter Herr de Haas! In Ihrem am 18. August 1950 im Berliner Wirtschaftsblatt abgedruckten Offenen Brief legen Sie mir die Frage vor, was nach meiner Ansicht gegen die Firmen unternommen werden sollte, die fortlaufend in kommunistischen Zeitungen in Westdeutschland inserieren. Nun, Sie haben meine Antwort ja selbst in Ihrem Offenen Brief bereits abgedruckt: Sie sollen öffentlich angeprangert und der nationalen Verachtung preisgegeben werden ... Ob und wann die KPD ihre Zulassung als politische Partei verliert, werden die hierfür berufenen Instanzen entscheiden ...

Ebenfalls aus gesamtdeutscher Verantwortung heraus und nicht zuletzt im Interesse des Bundesgebietes beobachten wir den Ost-West-Handel...

...Ich bedaure sehr, daß es im Handel mit dem Osten eine Solidarität des Westens noch nicht zu geben scheint. Der Osten setzt den Handel als wirksame Waffe gegen den Westen ein und kennt nur ein Ziel, selbst stark zu werden, um den Westen wirtschaftlich zu schwächen, wo immer es möglich ist..."

Terrorwelle gegen die Kommunistische Partei — Verbot des Rates der VVN

Mitte Juli 1951 wurde durch die Presse bekannt, daß im Bonner Innenministerium eine neue Terrorwelle gegen alle demokratischen Organisationen in Westdeutschland vorbereitet wird. Auf Anweisung des Bonner Polizeiministers Lehr sind bereits Mitglieder des Innenministeriums damit beschäftigt, unter Verletzung des Bonner Grundgesetzes ein Verbot der KPD vorzubereiten. Auch die Tätigkeit der VVN und anderer demokratischer Organisationen in Westdeutschland solle nach der gleichen Mitteilung nicht länger geduldet werden.

Die Richtigkeit der letzteren Information wurde durch das am 29. Juli 1951 von der Adenauer-Regierung ausgesprochene Verbot des Rates der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) bestätigt. Die Organisation der Opfer des Faschismus ist in Westdeutschland eines der ersten Opfer des Neofaschismus. Die zahlreichen Verbote von Versammlungen und Kundgebungen, die Ausstoßung aus öffentlichem Dienst, die unendliche Kette von Schließungen der Druckereien und Verboten kommunistischer Zeitungen, das Zuchthausgesetz vom 9./10. Juli 1951 und das Verbot des Rates der VVN sind ausreichende Hinweise, daß die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht mit dem Verbot der KPD und anderer wahrhaft demokratischer Organisationen verbunden werden soll. Auch dabei betätigen sich sozialdemokratische Führer als schmutzige Denunzianten und Zutreiber der Reaktion und spielen die gleiche Rolle wie Severing in den Jahren der Weimarer Republik, der durch seine Verbotsmaßnahmen gegen linke Organisationen den Nazis den Weg bereiten half. Das sozialdemokratische „Hamburger Echo" vom 3. Dezember 1950 meldete: „Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Wehner (SPD), bedauert, daß noch keine Staatsanwaltschaft im Bundesgebiet die erwarteten Schritte gegen den KPD-Vorsitzenden Max Reimann eingeleitet habe." Wehner ist bekanntlich ein Renegat, der vor Jahren aus der KPD ausgestoßen wurde, weil er die eigenen Genossen der Gestapo ans Messer geliefert hat.

Ein umfassendes Bild der Innenpolitik des westdeutschen Separatstaates ist in diesem Kapitel nicht im entferntesten gegeben. Es war aber auch nicht mehr beabsichtigt, als den Nachweis zu erbringen, daß die von der Bonner Regierung betriebene Politik keine andere Zielsetzung hat als den Krieg. Zu diesem Zweck wurde sie vom amerikanischen und englischen Imperialismus ins Amt gesetzt, und durch die

Dienstbarkeit ihm gegenüber hoffen die deutschen Imperialisten und Militaristen wieder ihre Großmacht erstehen zu lassen. Was zum Beweise unserer eingangs aufgestellten These an Material angeführt wurde, ist nur ein Bruchteil dessen, was geboten werden könnte, aber hinreichend, um zu begreifen, daß die Grenzen der Deutschland-Politik des amerikanischen und englischen Imperialismus und der Politik der Adenauer-Regierung völlig ineinanderfließen, ferner, daß die Bonner Kriegsrepublik und die Politik ihrer Regierung unter der Maske der „Demokratie und Freiheit", wie Wallstreet sie versteht, Westdeutschland in Krieg und Verderben führt. Das wird vollends begreiflich, wenn wir den Stand der Remilitarisierung Westdeutschlands untersuchen.

V.

Westdeutschland als Rekrutierungsgebiet, Truppenübungsplatz und Aufmarschgelände des amerikanischen Krieges

1. Westdeutschlands Position in der strategischen Planung der USA

Was den Deutschen in Westdeutschland von den Kriegstreibern zugedacht ist

Im militärischen Plan der amerikanischen Atombombenstrategie ist Westdeutschland eine erstrangige Bedeutung zugedacht. Es ist Rekrutierungsgebiet, Truppenübungsplatz und Aufmarschgelände des amerikanischen Krieges. Außer dem bedeutenden kriegswirtschaftlichen Potential Westdeutschlands ist es vor allem sein Menschenreservoir, das die Wallstreet-Strategen in den Dienst ihrer militärischen Aggressionspläne gegen die Deutsche Demokratische Republik, die volksdemokratischen Staaten und die sozialistische Sowjetunion stellen wollen. Die zahlreich vorhandenen gelernten Arbeitskräfte sind gleichermaßen erforderlich für die Rüstungsindustrie und für ein mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik ausgerüstetes Massenheer, das in Westdeutschland vorbereitet wird. Die organisatorische Erfassung der Menschen Westdeutschlands in militärischen Formationen und ihre technische Ausrüstung sind für die amerikanischen Kriegstreiber und ihre deutschen Zuhälter verhältnismäßig leicht lösbare Vorhaben.

Die Hauptsorge bereitet den amerikanischen Atombombenstrategen die ideologische Einordnung vor allem der werktätigen Bevölkerung Westdeutschlands in das Kriegslager des Dollarimperialismus. Deshalb kommt der Kriegszielfrage in der Vorbereitung der imperialistischen Aggression eine entscheidende Bedeutung zu. Die Frage des einfachen Menschen: Für wen und für was soll ich kämpfen?, die Frage nach dem Sinn des Krieges muß beantwortet werden. Für die international verfilzten Monopolkapitalisten, einschließlich der deutschen, ist der gemeinsame Nenner des Kriegszieles, trotz aller weiterbestehenden Differenzen untereinander: Kreuzzug gegen den Osten! Vernichtung des Sozialismus! Die Blutopfer des zu diesem Zweck angestrebten dritten Weltkrieges haben die Volksmassen zu tragen. Für sie ist, wie die Erfahrung aller imperialistischen Invasionen in Sowjetland lehrt, der Kampf gegen die Sowjetunion kein verlockendes Kriegsziel, auch nicht für die Deutschen, die in der Zeitspanne eines Menschenlebens die Lasten und Opfer zweier verlorener imperialistischer Kriege zu tragen hatten und haben. Die den Deutschen zugedachte Rolle als „cutting edge", wie Eisenhower sagt, als Schneide der von ihm geführten Atlantikpakt-Kriegsmacht gegen den Osten, bedeutet den sicheren Untergang der Deutschen als Nation und die völlige Verwüstung ihres Territoriums. Das ist ein Kriegsziel für Mörder und Selbstmörder, nicht aber für eine große Nation. Die imperialistischen Kriegsbrandstifter können keine für die Völker „verlockenden" Kriegsziele finden. Sie bedienen sich deshalb der Lügenpropaganda und des Terrors im Stile von Goebbels und Hitler, um die Völker zu betrügen, irrezuleiten und für den imperialistischen Raubkrieg zu pressen. Aus diesem Grunde sind die Wallstreet-Strategen auch freigebig mit politischen und ökonomischen „Zugeständnissen" an die Machthaber des Bonner Separatstaates. Diese „Zugeständnisse" werden nach den Rückschlägen, die die Kriegstreiber durch die Wahlen in Italien und Frankreich erlitten haben, weitgehender sein als bisher, denn eben durch diese Rückschläge hat sich das spezifische Gewicht des westdeutschen Kriegspotentials für die amerikanischen Atombombenstrategen gewaltig erhöht.

Die Remilitarisierung Westdeutschlands bedeutet dem Tempo und dem Umfang nach die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus. Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus heißt außer der machtpolitischen auch die Verstärkung der ökonomischen Position des deutschen Imperialismus, deren Basis durch den Schuman-Plan neu fundiert wurde. Ökonomische und machtpolitische Wiederbelebung des deutschen Imperialismus steigern sich wechselseitig. Im Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus liegt die große Gefahr für die Sicherheit der friedliebenden Völker Europas und für die Existenz der Deutschen als Nation. Deshalb macht die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus auch das unerhörte Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und seiner europäischen Trabanten aus und den unerhörten nationalen Verrat der Marionettenregierung des westdeutschen Separatstaates, einschließlich der amerikahörigen nationalistisch-militaristischen Kräfte deutscher Herkunft und der dollargesteuerten „Opposition" Schumachers.

Westmächte remilitarisieren Westdeutschland entgegen internationalen Abkommen

Gegen Ende des zweiten Weltkrieges haben die Vertreter der drei alliierten Mächte — Churchill, Roosevelt und Stalin — auf der Konferenz von Jalta (Krim) vom 3. bis 11. Februar 1945 in bezug auf die Vernichtung des deutschen Militarismus und Nationalsozialismus feierlich erklärt: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benützt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen ..."

Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, unterzeichnet von Stalin, Truman und Attlee, stützt sich ausdrücklich auf die Erklärung der Krimkonferenz: „Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nationalsozialismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann."

Diesem feierlichen Übereinkommen der drei im Krieg gegen den Hitlerfaschismus alliiert gewesenen Mächte ist später auch Frankreich beigetreten.

Die Westmächte haben diese von ihren führenden Staatsmännern unterzeichneten internationalen Abkommen mißachtet. Seit Jahr und Tag betreiben sie die Remilitarisierung Westdeutschlands; sie bauen im Gebiet des westdeutschen Separatstaates den deutschen Militarismus wieder auf, und zwar mit Hilfe der Generale und

Offiziere, die am Aufbau der Wehrmacht und am verbrecherischen Krieg Hitlers maßgeblich beteiligt waren. Mit dem zynischen Bruch internationaler Abkommen und Verträge leitete Hitler bekanntlich seinen verbrecherischen Krieg ein. Die Westmächte erweisen sich auch in diesem Punkt als gelehrige Schüler Hitlers, dem internationale Verträge, die er unterzeichnet hatte, nicht mehr bedeuteten als wertlose Fetzen Papier.

Die Westmächte sind sich dessen bewußt, daß der durch sie vollzogene Bruch von Abkommen, die zur Sicherung des Friedens der Völker vor einem der gefährlichsten Aggressoren in der neuesten Geschichte getroffen wurden, ein gravierender Anklagepunkt gegen ihre eigene Aggressionspolitik ist. Denn sie berufen sich bei ihrem wortbrüchigen Verhalten heuchlerischerweise auf die Abkommen von Jalta und Potsdam, die sie durch ihr Handeln ins Gegenteil verkehren.

Der Angriffsplan des Atlantikkriegsblocks als Verteidigungsplan getarnt

Das Kriegsziel des im Interesse des amerikanischen Monopolkapitals gebildeten und von ihm dirigierten Atlantikkriegsblocks ist die Liquidierung der demokratischen Ordnung im östlichen Teil Deutschlands, der europäischen volksdemokratischen Staaten und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, „wenigstens" aber eine entscheidende Schwächung und Isolierung der sozialistischen Sowjetunion. Die Etablierung der Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus ist als Endziel des von ihm vorbereiteten dritten Weltkrieges gedacht.

Diese Zielstellung ist nicht originell. Unter günstigeren Voraussetzungen hat Hitler Europa unterwerfen und die Sowjetunion zerschlagen wollen; das war als erste Etappe auf dem Weg zur Beherrschung der Welt durch den deutschen Imperialismus gedacht. Der Ausgang dieses verbrecherischen Unternehmens und das Ende des Verbrechers sind bekannt.

Auch die Tarnung des Angriffsplanes des Atlantikkriegsblocks als Plan zur Verteidigung, zur „Rettung der Zivilisation vor dem Bolschewismus" ist nicht originell; sie ist ein abgebrauchtes Rezept aus der Propagandaküche des Lügenmeisters Goebbels. Dieser „Sammellosung" bedienen sich die imperialistischen Kriegshetzer seit mehr als drei Jahrzehnten. Sie hat allerdings eine ganz spezifische Bedeutung für die Remilitarisierung Westdeutschlands; deshalb haben wir sie auch in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Das Gift der großen Propagandalüge des Hitlerismus gegen die Sowjetunion sitzt noch in den Hirnen weiter Bevölkerungskreise Westdeutschlands. In keinem imperialistischen Staat war es bisher in dem Maß gelungen und in keinem wird es je wieder in dem Maß gelingen, ein Volk ideologisch so zu vergiften, wie es dem Hitler-Staat mit dem deutschen Volk gelungen war. Seit der totalen Niederlage des Hitler-Staates ist kaum eine Unterbrechung in dieser ideologischen Vergiftung der westdeutschen Bevölkerung eingetreten. Von Schumacher bis zu den freigelassenen Nazi-Kriegsverbrechern bedienen sich alle der antibolschewistischen Hetze. Sie ist der Nährboden für den „Revisionismus" und den Revanchegedanken und die für dessen Realisierung betriebene Remilitarisierung.

Der Tarnung der amerikanischen Aggression als Verteidigung bedient sich natürlich auch der Ku-Klux-Klan-Ritter Truman, der als Bannerträger des Kreuzzuges zur

„Rettung der Zivilisation vor dem Bolschewismus" auftritt. Er hielt z. B. am 14. April 1951 anläßlich des Jefferson-Jackson-Tages in Washington eine seiner kriegshetzerischen Reden. Darin sagte er u. a.:

„Wir entschlossen uns zur Verteidigung Koreas... Unsere Männer kämpfen in Korea, um uns davor zu bewahren, auf eigenem Boden kämpfen zu müssen. Sie kämpfen, um die Opfer und Leiden eines dritten Weltkrieges zu verhindern." („The New York Times", 15. April 1951.)

Ein dreisteres Umlügen der imperialistischen Aggression in Verteidigung ist seit Hitler nicht gehört worden. In der gleichen Rede rühmt Truman die enormen Rüstungen der Vereinigten Staaten von Amerika.

Truman bestätigt Stalins Beweisführung

Trumans Kriegsrede bestätigt Stalins Beweisführung gegenüber einem anderen prominenten Kriegshetzer, dem englischen Premierminister Attlee, Mitunterzeichner des Potsdamer Abkommens. Im Februar 1951 stellte ein Korrespondent der „Prawda" an Stalin u. a. die Frage: „Wie bewerten Sie die letzte Erklärung des britischen Premierministers Attlee im Unterhaus, daß die Sowjetunion nach Beendigung des Krieges nicht abgerüstet habe, das heißt ihre Truppen nicht demobilisiert habe, daß die Sowjetunion ihre Streitkräfte immer weiter vergrößert?"

Die Antwort Stalins auf diese Frage geben wir im vollen Wortlaut wieder; denn sie war geradezu die Vorwegnahme der Antwort auf Trumans Kriegsrede und auf alle seither gehaltenen und noch bevorstehenden, aus Goebbels Plattenschrank entnommenen Standardreden der imperialistischen Kriegshetzer. Stalin sagt:

„Ich bewerte diese Erklärung des Premierministers Attlee als eine Verleumdung der Sowjetunion. Der ganzen Welt ist bekannt, daß die Sowjetunion nach dem Kriege ihre Truppen demobilisiert hat. Wie bekannt, wurde die Demobilisierung in drei Etappen durchgeführt: die erste und die zweite Etappe fielen in das Jahr 1945, und die dritte Etappe erstreckte sich von Mai bis September 1946. Außerdem wurde in den Jahren 1946 und 1947 eine Demobilisierung der älteren Jahrgänge des Personalbestandes der Sowjetarmee durchgeführt. Anfang 1948 wurden alle restlichen älteren Jahrgänge demobilisiert. *Wenn Premierminister Attlee auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftswissenschaften wirklich bewandert wäre, so würde er ohne Mühe verstehen, daß kein einziger Staat, also auch die Sowjetunion nicht, in vollem Umfang die Friedensindustrie entwickeln kann, große Bauvorhaben wie die Wasserkraftwerke an der Wolga, am Dnjepr und am Amu-Darja, die Milliardensummen staatlicher Ausgaben erfordern, beginnen kann, die Politik der systematischen Preissenkung für Massenbedarfsartikel, die ebenfalls Dutzende von Milliarden erfordert, fortsetzen kann, Hunderte von Milliarden für den Wiederaufbau der durch die deutschen Okkupanten zerstörten Volkswirtschaft aufwenden und außerdem gleichzeitig seine Streitkräfte vergrößern und seine Kriegsindustrie ent-*

falten kann. (Sperrung von Redaktion.) Es ist nicht schwer zu verstehen, daß eine solche unvernünftige Politik zum Staatsbankrott führen würde. Premierminister Attlee müßte aus eigener Erfahrung wie auch aus der Erfahrung der USA wissen, daß die Vergrößerung der Streitkräfte des Landes um ein Vielfaches und das Wettrüsten zur Entfaltung der Kriegsindustrie zur Einschränkung der Friedensindustrie, zur Stillegung großer ziviler Bauvorhaben, zur Erhöhung der Steuern und zur Erhöhung der Preise für Massenbedarfsartikel führt. Es ist verständlich, daß, wenn die Sowjetunion die Friedensindustrie nicht einschränkt, sondern im Gegenteil erweitert, wenn sie den Bau neuer grandioser Wasserkraftwerke und Bewässerungssysteme nicht stillegt, sondern im Gegenteil entfaltet, wenn sie die Politik der Preissenkung nicht einstellt, sondern im Gegenteil fortsetzt, sie damit nicht gleichzeitig ihre Kriegsindustrie aufblähen und ihre Streitkräfte vergrößern kann, ohne dabei zu riskieren, daß der Bankrott eintritt.

Und wenn Premierminister Attlee trotz aller dieser Tatsachen und wissenschaftlichen Erwägungen es dennoch für möglich hält, die Sowjetunion und ihre friedliche Politik offen zu verleumden, so kann man das nur damit erklären, daß er denkt, durch Verleumdungen gegen die Sowjetunion das gegenwärtig von der Labourregierung betriebene Wettrüsten in England zu rechtfertigen.

Premierminister Attlee braucht die Lüge über die Sowjetunion, er muß die friedliche Politik der Sowjetunion als eine aggressive und die aggressive Politik der britischen Regierung als eine friedliche Politik darstellen, um das britische Volk irrezuführen, um ihm diese Lüge über die Sowjetunion aufzubinden und es auf diese Weise durch Betrug in einen neuen Weltkrieg zu zerren, der von den herrschenden Kreisen der USA organisiert wird.

Premierminister Attlee gibt sich als Friedensanhänger aus. Wenn er aber tatsächlich für den Frieden ist, warum hat er den Vorschlag der Sowjetunion in der Organisation der Vereinten Nationen über den sofortigen Abschluß eines Friedenspaktes zwischen der Sowjetunion, Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, China und Frankreich abgelehnt? Wenn er tatsächlich für den Frieden ist, warum hat er die Vorschläge der Sowjetunion auf unverzügliche Beschränkung der Rüstungen und auf ein sofortiges Verbot der Atomwaffe abgelehnt?

Wenn er tatsächlich für den Frieden ist, warum verfolgt er diejenigen, die für die Verteidigung des Friedens eintreten, warum hat er den Friedenskongreß in Großbritannien verboten? Könnte etwa die Kampagne für die Verteidigung des Friedens die Sicherheit Großbritanniens bedrohen?

Es ist klar, daß Premierminister Attlee nicht für die Erhaltung des Friedens ist, sondern für die Entfesselung eines neuen weltweiten Aggressionskrieges."

Der Zynismus Trumans

Zur Verlogenheit und Skrupellosigkeit der anglo-amerikanischen Kriegshetzer gesellt sich der Zynismus. Die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus in Westdeutschland macht ein entscheidendes Resultat des Sieges der Alliierten zunichte: eben die Zerschlagung des deutschen Militarismus, des notorischen Friedensbre-

chers und der Geißel des deutschen Volkes. Dieser Geißel will sich nunmehr das amerikanische Monopolkapital den friedliebenden Völkern gegenüber bedienen. Es ist die treibende Kraft im Block der Westmächte beim Wiederaufbau des deutschen Militarismus in Westdeutschland. Der Hauptfeind des Friedens ist daher der amerikanische Imperialismus. An der Spitze seiner politischen Exekutive steht Präsident Harry S. Truman, der Mitunterzeichner des Potsdamer Abkommens. Er ist, wie schon gezeigt, einer der zynischsten Wortführer der amerikanischen Kriegspartei. Für den Grad seines Zynismus in Fragen des Krieges zeugt sein bis heute unwiderrufener Ausspruch, den er am 23. Juni 1941, am Tage nach dem verbrecherischen Überfall Hitlers auf die Sowjetunion als Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten in Washington vor diesem Ausschuß getan hat: „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, so sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, so sollten wir Deutschland helfen, sollen sie auf diese Weise gegenseitig so viel als möglich töten." (Let them kill as many as possible.) („The New York Times", 23. Juni 1941.)

Diesen barbarischen Leitgedanken amerikanischer Profitgier und ihrer Kriegspolitik, daß sich andere Völker gegenseitig abschlachten und dezimieren sollen, damit das amerikanische Monopolkapital sie um so sicherer beherrschen kann, haben wir uns gut einzuprägen. Wir begegnen ihm immer wieder. Er sollte begreiflich machen, daß die Menschen deutscher Herkunft, die mit dem amerikanischen Imperialismus paktieren, sich mit den Mördern der deutschen Nation verbünden und zu ihren Spießgesellen werden.

Westeuropas Kriegspotential in Eisenhowers Konzeption

Der soeben bei Truman festgestellte Leitgedanke der USA-Politik, andere Völker in den Krieg zu treiben, mit den eigenen Kräften in Hinterhand zu bleiben, aus den Kriegslieferungen schmutzige Profite zu scheffeln und schließlich auf dem Rücken weißgebluteter Nationen die Weltherrschaft des amerikanischen Monopolkapitals zu begründen, diesen Leitgedanken hat General Eisenhower mit brutaler Offenheit und sehr detailliert entwickelt.

Am 1. Februar 1951 informierte Armeegeneral Eisenhower, der Oberkommandierende der Atlantikpakt-Streitkräfte, die Mitglieder des Senats und die Abgeordneten des Kongresses in Washington über einige Schlußfolgerungen, die er aus seiner Reise durch die Hauptstädte der Atlantikpaktstaaten gezogen hat. Einleitend richtete Eisenhower an seine Zuhörer, es handelte sich um die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften, folgende beachtliche Mahnung: „Von Zeit zu Zeit werden Sie gezwungen sein, *und zwar bald, Entscheidungen von größter Tragweite zu treffen*. Nach meiner Meinung können diese Entscheidungen den Lauf unserer Zivilisation entscheiden ..." Natürlich stellt auch Eisenhower den aggressiven Charakter der von den USA aufgebauten Kriegsmacht in Abrede: es handle sich um einen „Wall des Friedens und der Sicherheit", mit dem sich die Vereinigten Staaten umgeben. Alles andere seien bösartige Behauptungen fremder Propaganda. Eisenhower nimmt Stellung zu der Frage: *Was ist die Wichtigkeit von Westeuropa vom Standpunkt der Wohlfahrt der Vereinigten Staaten von Amerika?*

Die grundlegenden Voraussetzungen der Atlantikpakt-Organisation für die USA sieht Eisenhower in folgenden Faktoren:

„An erster Stelle: in Westeuropa existiert die größte Zusammenballung gelernter Arbeiter der Welt. Westeuropa hat eine große industrielle Kapazität, die nur von der Kapazität der Vereinigten Staaten übertroffen wird. In Westeuropa leben mehr als 200 000 000 Menschen, die uns verwandt sind."

„Wenn wir diesen gesamten Komplex mit seinem Potential für die militärische Ausbildung von amerikanischer Seite zu einer anderen Seite transferieren, ist, nach meiner Meinung, das militärische Gleichgewicht so offensichtlich dahin, daß unsere Sicherheit ernsthaft gefährdet wäre. Aber die Wichtigkeit dieser europäischen Gruppe von Nationen für uns ist noch weit größer."

„Sie haben mit vielen Gebieten der Welt enge Blut- und politische und ökonomische Beziehungen. Es ist kaum möglich, sich vorzustellen, daß Westeuropa dem Kommunismus verfällt, ohne daß gleichzeitig gewisse große Gebiete, und speziell solche, die politisch von europäischen Mächten abhängig sind, dem Kommunismus verfallen. Damit würden wir in kurzem abgeschnitten sein von Gebieten, von denen wir Materialien beziehen, die absolut notwendig sind für unsere Existenz und unsere Art zu leben (the American way of life). Ganz gleich ob wir stark genug sein werden, die Verbindungslinien zu diesen Gebieten offen zu halten, wir müssen sie offen halten, wir brauchen ihren Handel. Nehmen Sie Dinge wie Mangan, Kupfer, Uran. Ist es möglich, auch nur zu denken, daß wir ohne Zugang zu diesen Dingen existieren können?" („The New York Times", 2. Februar 1951.)

„Arbeitsteilung" à la Eisenhower

Nicht mehr und nicht weniger als den Reichtum der westeuropäischen Staaten und ihrer Kolonien an Rohstoffen, industrieller Kapazität. Arbeitskräften und Kanonenfutter reklamiert Eisenhower als unentbehrlich für die Wohlfahrt der USA und für die Aufrechterhaltung der „amerikanischen Lebensart". Diese Dinge vor allem verbinden nach den Worten Eisenhowers die USA mit dem westeuropäischen Staatenkomplex und sollen von ihm „mitverteidigt" werden. Die USA könnten das nicht allein tun, aber sie wollen helfen und entsprechend ihre Kräfte auf die Welt verteilen. Die „Arbeitsteilung" denkt sich Eisenhower nach dem Grundsatz: Die Opfer tragen die Verbündeten, den Profit nehmen die USA. Er rechnet mit dem Bevölkerungspotential von Westeuropa und dem nordamerikanischen Kontinent, das allein rund 350 000 000 Menschen ausmacht, die „höchste Kultur repräsentiere und ein großes unberührtes Führerreservoir besitze". Eisenhower appelliert hier an den „Herrenrassendünkel", den jeder imperialistische Staat pflegt. Aber der oberste Führungsanspruch in dem Pakt mit den westeuropäischen Staaten stehe natürlich den USA zu. Denn, so sagt Eisenhower:

„Welche Nation ist fähiger und mehr vorbereitet, die Führerschaft zu verdienen als die USA? Wir sind bewahrt gewesen von den Entmutigungen, dem Defaitismus, der Zerstörung, die Europa heimgesucht haben. Wir sind jünger, frischer und, hier ist noch ein wichtiger Punkt, wir sind weiter entfernt von der unmittelbaren Gefahr. Wir wohnen nicht in der grauen Zone."

„Diese Kraft ... muß im Hinterland aufwachsen und von da ausgestoßen werden. Ich meine das nicht in dem Sinne, daß in dem Tempo, in dem wir Einheiten aufstellen, sie über die Welt verstreut werden. Ich meine finanzielle, moralische, materielle, militärische Kraft, die produziert wird. Unsere Freunde müssen davon ... mehr produzieren, als sie in ihrem Gebiet benötigen, weil unser Blick von einer zentralen Position auf viele Sektoren gerichtet sein muß. Wir können unsere Kräfte nicht in einem Sektor konzentrieren, selbst wenn er so wichtig ist wie Westeuropa. Wir müssen zum großen Teil hier sitzen (in den USA! D. V.) mit einer großen mobilen Reserve, bereit, unsere Politik zu unterstützen, unsere Rechte, unsere Interessen, wo immer in der Welt sie auch gefährdet sein mögen."
Eindeutiger kann die von dem Wallstreet-Strategen für das amerikanische Monopolkapital reklamierte und den westeuropäischen Vasallen zugedachte Rolle nicht herausgestellt werden. Zur Ermunterung der amerikanischen Rüstungsfabrikanten fügte Eisenhower noch hinzu, daß Westeuropa großen Bedarf an Munition, Waffen und Ausrüstung habe, die von den USA zu liefern seien. Außerdem müsse auch die entsprechende Moral von den USA produziert und geliefert werden. Eisenhower sagte dazu:
„Ich betone, in diesem Moment ist der westeuropäische Komplex so wichtig für unsere Zukunft, daß wir es uns nicht leisten können, weniger als unser Bestes zu tun, um zu verhindern, daß es abwärts geht. Ich wiederhole, daß mit der Moral, die wir geben und produzieren müssen, schon ein Element verloren ist: Zeit." ... „Wir müssen sicherstellen, daß das Herz und die Seele von Europa reif ist. Das ist eine der Aufgaben, die auf mir und meinem Stab lastet" ... „Auf jeden Fall, glaube ich, benötigen die Vereinigten Staaten einen viel, viel stärkeren Informationsdienst. In unserem Fall will ich es nicht Propaganda nennen ..."
Wir sind sehr ausführlich auf die Rede Eisenhowers eingegangen. Authentischer als durch den Mund des Oberbefehlshabers der Atlantikpakt-Streitkräfte kann den Völkern Westeuropas und der westdeutschen Bevölkerung nicht gesagt werden, zu welcher Rolle sie von ihren landesverräterischen Staatsmännern und Politikern im Dienste des amerikanischen Monopolkapitals gepreßt werden sollen.

Strategische Pläne der Westmächte für den Europafeldzug

Im Anschluß an die Behandlung der Konzeption Eisenhowers über Verwendung des Kriegspotentials Westeuropas ist auch auf die strategischen Pläne der Atlantikblock-Kriegführung einzugehen.
Am 2. April 1951 hat General Eisenhower offiziell das Oberkommando über die Atlantikpaktstreitkräfte übernommen. In einem Tagesbefehl teilte er mit, daß sein vorläufiges Hauptquartier Paris aus einem Planungsstab in einen Operationsstab umgewandelt worden sei. Vorgeschobenes Hauptquartier ist Heidelberg. Die Vorbereitung der von der USA gesteuerten Aggression ist in ein aktives Stadium getreten.
Den konkreten strategischen Plänen des Atlantikkriegsblocks für den Europafeldzug liegen die Entwürfe deutscher Experten zugrunde, niederlageerfahrener Nazimar-

schälle und Generalstäbler, Männer mit „Rußlanderfahrung", wie es in den „Suchanzeigen" der Wallstreet heißt. Diese modernen Landsknechtsführer, die Li Sing Mans vom Rhein, die außer ihren „Erfahrungen in der Ostkriegführung" ihr Vaterland verkaufen, die nie ein Gewissen hatten und um hohen Dollarsold aus deutschen Menschen die Todeshaufen für den amerikanischen Krieg zusammenstellen, diese Männer wie Halder, Guderian, Speidel, Heusinger usw. stehen bei den amerikanischen Kriegstreibern hoch im Kurs.

Diese deutschen Niederlagestrategen reden sich teilweise darauf hinaus, daß ihnen Hitler ihre Pläne verpatzt habe; zumindest dadurch, daß er nicht Schluß gemacht habe, als die Niederlage unwiderruflich feststand und die Armee, wenn auch stark angeschlagen, für einen später wieder aufzunehmenden Revanchekrieg hätte gerettet werden können. Den entscheidenden Vorwurf aber richten sie gegen die Westmächte, die durch ihre Landung in Westeuropa Hitler in den Rücken gefallen seien und so verhindert hätten, daß Sowjetrußland niedergerungen wurde. Das ist der „Dolchstoßlegende-Ersatz" der deutschen Niederlagestrategen. Nach der Niederlage von 1918 hatten sie die Legende in die Welt gesetzt, der „innere Feind" habe den Dolchstoß gegen das „im Felde unbesiegte Frontheer" geführt, und nach der Niederlage im zweiten Weltkrieg wird zum Teil Hitlers Feldherren-Stümperei, zum Teil der Angriff der Alliierten in Westeuropa für die totale Niederlage der Macher des totalen Krieges verantwortlich gemacht. Der Zweck dieser Legendenschusterei ist, den ramponierten Schild der deutschen Kriegführung wieder so instand zu setzen, daß er für einen dritten Weltkrieg brauchbar ist. Jetzt drehen sie ihren amerikanisch-britischen Auftraggebern ihre „reformierten" Feldzugspläne gegen den Osten an. An Stelle des deutschen Monopolkapitals als oberstem Auftraggeber tritt das anglo-amerikanische mit dem deutschen als Juniorpartner. Das, so rechnen die deutschen Niederlagestrategen samt ihrem „Boß" Eisenhower, erlaubt ihnen, das starke industrielle Potential Westeuropas und des nordamerikanischen Kontinents „gegen den Osten" geltend zu machen, ein mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik reichlich ausgestattetes Heer aus dem Menschenreservoir von mehr als 350 000 000 Menschen aufzustellen. Was in den Plänen der Strategen des Atlantikblocks, insbesondere in den Plänen der einstigen Hitler-Strategen ein erstrangiger Trumpf zu sein scheint, ist der Umstand, daß sie sich der fatalen Situation des Zweifrontenkrieges enthoben glauben.

So scheint sich diesmal die Rechnung der ehemaligen Hitler-Strategen zu ihren Gunsten vereinfacht zu haben, und die von ihnen entworfenen Pläne sind dementsprechend mit allen Attributen der deutschen „Offensivstrategie" versehen.

Die amerikanische Zeitschrift „Newsweek", New York, veröffentlichte am 10. April 1950 einen von deutschen Generalen ausgearbeiteten Plan, der zwar dem damaligen Stand der technischen Vorbereitungen vorausgriff, der aber nach Aussage der Zeitschrift in seiner theoretischen Grundlage mit den Ansichten der westlichen Experten in Übereinstimmung stehe. Die deutschen Experten und ihre West- und „West Point"[1])-Kollegen gehen davon aus, daß jeder kommende Konflikt als ein

[1]) „West Point" ist eine der bedeutendsten Offiziersschulen der USA, aus der u. a. Eisenhower hervorgegangen ist.

Bewegungskrieg von viel schnelleren und gewaltigeren Ausmaßen als der letzte Krieg beginnen wird. Sie betrachten als das geeignete Gelände hierfür die große nordeuropäische Ebene, die sich von der westlichen Verteidigungslinie längs des Rheins bis zur traditionellen russischen Verteidigungslinie längs des Dnjepr und den nordwärts fließenden Flüssen erstreckt. Der Schlüssel zum Siege besteht darin, so wuchtig und weit vorzustoßen, um den Gegner aus dem Gleichgewicht zu werfen, seine Verbindungslinien zu zerstören und die Kontrolle über diesen riesigen, neuen „Kampfplatz von Europa" zu tragen. Um diesen Schlag durchzuführen, braucht man nach Ansicht der Experten eine Panzerarmee von 30 aufs beste ausgerüsteten und ausgebildeten Divisionen. Am Tage würde sie vorwärtsstürmen, unterstützt und versorgt durch die Luftflotte, mit dem Ziel, Berlin, Szczecin und Warschau in drei Tagen zu erreichen. Dieser Darstellung von „Newsweek" ist eine Karte beigefügt, die diesen wahrhaft „einfachen" Plan veranschaulichen soll.

Etwa um die gleiche Zeit, am 18. April 1950, hielt Mr. Cannon als Vorsitzender des Finanzausschusses im Repräsentantenhaus in Washington eine kriegshetzerische Rede, deren strategischer Teil auffallend mit den Plänen der deutschen „Blitzkriegstrategen" übereinstimmt. Mr. Cannon führt u. a. aus:

„Wir müssen Moskau und die anderen Städte Rußlands bereits in der ersten Woche, welche dem Anfang des Konflikts folgt, mit Flugzeugen schlagen, die ihre Basen auf dem Kontinent haben. Dank dem Atlantikpakt besitzen wir diese Basen. Alles, was wir jetzt benötigen, sind genügend Flugzeuge, um die Bomben zu transportieren und um die Soldaten der anderen Nationen aufzurüsten, die ihre Jungens in den Tod schicken sollen, damit wir nicht die unseren schicken müssen. Die Atombombe erlaubt den Vereinigten Staaten, so zu handeln ... Der nächste Krieg muß in den ersten drei Wochen gewonnen werden. Während dieser Zeit müssen wir alle militärischen Zentren Rußlands pulverisieren."

Leiser Zweifel eines deutschen Reisgängers

Erster Tag Berlin, zweiter Szczecin, dritter Warschau — und der Gegner ist aus dem Gleichgewicht geworfen. Da haben wir die Neuauflage der deutschen „Blitzkriegstrategie". Vorausgesetzt es ginge nach dem „Plan", dann ist immerhin das „Aus-dem-Gleichgewicht-Werfen des Gegners noch nicht dessen Niederlage. Darauf erlaubt sich ein deutscher Reisgänger der „Europaarmee" aufmerksam zu machen. Da saß in Würzburg der ehemalige Generalleutnant der einstigen Naziwehrmacht, Mahlmann; er war mit der Führung eines Organisationsstabes betraut, der deutsche Einheiten für die europäische Wehrmacht aufstellt. (So versicherte Mahlmann in einem Brief vom 27. September 1950 an Pastor Niemöller.) In einem Brief, von dem die Deutsche Presse-Agentur (DPA) am 5. Dezember 1950 Kenntnis gibt, warnt dieser Mahlmann den amerikanischen Hochkommissar McCloy vor der „Bagatellisierung der Bedrohung aus dem Osten". Er habe aus der Presse ersehen, daß der General a. D. Geyr von Schweppenburg in einem Schreiben McCloy den Rat gegeben habe, von einer Überschätzung der russischen Gefahr Abstand zu nehmen. Schweppenburg habe die Erfolge eines deutschen Korps der Armee Guderian im Jahre 1941 von Brest-Litowsk bis Moskau als Begründung angeführt.

Dieses Korps mit drei Panzerdivisionen habe damals eine große Anzahl russischer Divisionen vernichtet. Er könne sich dieser von Schweppenburg jetzt zum Ausdruck gebrachten Nichtachtung der russischen Gefahr nicht anschließen. Schweppenburg übersehe bei seiner Begründung, daß kurz danach, nämlich im Winter 1941/42, an Stelle von 50 zerschlagenen russischen Divisionen 150 neue erschienen. Heute könne die Sowjetunion „abgeschlagene Hydraköpfe" sofort nachwachsen lassen, da sie ihre Rüstungsbetriebe soweit ausgebaut habe, um fortlaufend Divisionen auszustatten. „Ich selbst", schreibt Mahlmann weiter, „bin als Regiments- und Divisionskommandeur lange an der russischen Front gewesen. Auf Grund der dabei gemachten Erfahrungen möchte ich raten, diesmal die Meinung des Herrn von Geyr als Fehlurteil zu betrachten."

Die Sprache des Briefes und seine Wiedergabe in der DPA entspricht der Umlügung der Aggression von seiten des Atlantikkriegsblocks in Verteidigung. (Im übrigen ist Mahlmann mit Wirkung vom 15. März 1951 in die Leitung der Abteilung für Arbeitskompanien beim Hauptquartier der amerikanischen Armee in Heidelberg berufen worden.)

Die Atombombenstrategie imperialistischer Räuber

Eines der Hauptelemente der „Blitzkriegstrategie" ist der von langer Hand vorbereitete und mit größtmöglicher technischer Ausstattung geführte „überraschende Überfall". Nur der Aggressor bedient sich der „Blitzkriegstrategie". Sie ist eine charakteristische Frucht und Methode der imperialistischen Aggressionspolitik, sie entspringt imperialistischer Gangstermoral; auf den Überfall bereitet sich stets nur der Räuber vor. Die „Blitzkriegstrategie" birgt den Zweifel in den Sieg in sich, weil sich ihre Initiatoren bewußt sind, daß ihre Sache ungerecht ist, gegen die Interessen der Völker verstößt und deren Unterstützung nie auf die Dauer haben wird. Deshalb hat die „Blitzkriegstrategie" auch nie zu mehr als temporären Erfolgen geführt; ihr endliches Resultat war immer die sichere Niederlage der Aggressoren.

Zu dieser auf geschichtlicher Erfahrung und nüchterner Abwägung des internationalen Kräfteverhältnisses gegründeten Erkenntnis langt es bei den Strategen des amerikanischen Krieges nicht. Obwohl sie sich gern als nüchterne Rechner aufspielen, sind sie im Grunde nichts mehr als verbrecherische Phantasten, die dort, wo ihre Rechnung nicht aufgeht, weil sie die gesellschaftlichen Kräfte nur mit dem Hirn des gierigen Krämers und brutalen Gangsters zu messen vermögen, in der Technik eine „Aushilfe" zu finden hoffen: in „Superwaffen", „Geheimwaffen" und in auf großindustrieller Basis angelegter Ausrottung von Völkern mittels der chemischen Waffen, Made in Standard Oil und IG Farben.

Die Gangsterstrategen des amerikanischen und britischen Imperialismus bereiten seit Jahren die Anwendung der Atomwaffe im weitesten Ausmaß vor. Rings um den asiatisch-europäischen Kontinent haben sie einen Ring von Kriegsflotten- und Luftwaffenstützpunkten angelegt — die Arktis ist dabei einbegriffen — die Angriffsbasen, nach denen Waffen, Munition und Kanonenfutter für den amerikanischen Krieg transportiert werden und von denen aus Atombomben und andere „Superwaffen" zur Zer-

störung der Lebenszentren der Völker Asiens und Europas gebracht werden sollen. In amerikanischen Magazinen und Zeitungen werden prahlerisch Karten aus dem Fernen Osten, aus dem Mittelmeergebiet, aus dem hohen Norden usw. veröffentlicht, die über die Verteilung der amerikanischen Stützpunkte, lies Angriffsbasen, Auskunft geben. Eisenhower rühmte sich in seiner oben erwähnten Rede vom 1. Februar 1951 der „großen Klugheit" der USA, die darin bestehe, daß sie sich die Vorherrschaft auf der See und in der Luft gesichert haben. Diese Prahlerei ist ein Teil der psychologischen Vorbereitung des eigenen Volkes auf die amerikanische Aggression im Weltmaßstab; man will dem amerikanischen Volk das Gefühl der Überlegenheit und des sicheren Erfolges suggerieren. Eine Karte der angloamerikanischen Stützpunkte veröffentlichte im Frühjahr 1951 auch die reaktionäre englische Zeitung „Daily Express". Die französische Zeitung „Ce Soir" vom 20. April 1951 veröffentlichte eine Karte, wonach die USA allein in Frankreich 29 Stützpunkte haben.

Kehren wir also zum amerikanischen Kriegsschauplatz Europa zurück. Zur Unterstützung des Blitzkriegplanes gegen den Osten haben sich die dem Vernichtungswahn verfallenen Atombombenstrategen den Plan ausgeheckt, etwa entlang der „traditionellen russischen Verteidigungslinie", vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee reichend, durch Abwurf von Atombomben einen „Todesgürtel" um den westlichen Teil der Sowjetunion zu legen. Pläne ähnlicher Art liegen für die Rheinlinie vor. In diesem Zusammenhang kommt einer Meldung, die in der Zeitung der britischen Besatzungsmacht „Die Welt" vom 29. März 1951 veröffentlicht wurde, besondere Bedeutung zu. Die Meldung lautet:

„Eisenhower für den Einsatz der Atombombe

Vor kurzem ist ein Teil des Protokolls der Geheimsitzung der Senatsausschüsse veröffentlicht worden, in deren Verlauf General Eisenhower über das Für und Wider der Verteidigung Europas und der westlichen Welt überhaupt vernommen wurde. Es ist ein aufschlußreiches Dokument. Typisch war die Erklärung des Generals, daß die Verwendung der Atombombe in einem künftigen Verteidigungskriege ausschließlich von der Abwägung der damit erzielten Verwüstung gegen den zu erwartenden strategischen Nutzen abhänge. ‚Finde ich aber, der Nettogewinn wäre auf meiner Seite, so setze ich die Atombombe unverzüglich ein', erklärte Eisenhower."

Die Standardlüge der Aggressoren, daß sie nur einen Verteidigungskrieg führen wollen, wird in ihrer Propaganda hartnäckig getrommelt. Das läßt aber auch erkennen, daß die Aggressoren kein besonderes Vertrauen in den Erfolg ihrer „Blitzkriegstrategie" setzen, und ihre Pläne verraten auch, daß sie harte Rückschläge erwarten.

2. Hauptkriegsschauplatz Deutschland

„Zermürbungszone" des amerikanischen Krieges

Deutschland ist als Hauptkriegsschauplatz des amerikanischen Krieges in Europa vorgesehen. Das dokumentieren die Verderber Deutschlands in ihren militärischen Plänen und durch ihre militärischen Vorbereitungen. Auf die Konsequenzen, die

diese Pläne für Deutschland haben, erklärte der führende Vertreter der amerikanischen Republikanischen Partei, Senator Robert Taft, ein hartgesottener Reaktionär, laut „Stuttgarter Zeitung" vom 23. Januar 1951 folgendes:

„Der Versuch der Westmächte, starke Landstreitkräfte in Europa aufzustellen, heiße die Zerstörung Europas heraufbeschwören. Die Deutschen wüßten, daß die Stationierung einer großen Armee in Deutschland ‚die Zerstörung ihres Landes bedeute', weil Deutschland das Schlachtfeld in einem neuen Krieg sein würde. Die Deutschen würden eine Wiederaufrüstung eben aus diesem Grunde nicht wollen."

Diese Feststellung des amerikanischen Senators Taft ist wohl begründet. Der Schweizer Ständerat Gottlieb Duttweiler, der Anfang des Jahres 1951 von einer Informationsreise aus den USA zurückkehrte, hat den durch Indiskretion Schweizer Kreise auch durch die italienische Presse bekanntgewordenen strategischen Plan der USA für die „Verteidigung Westeuropas" mitgeteilt:

„1. Zermürbungsschlachten der Angreifer zwischen Elbe und Rhein. 2. Wenn diese Zone durch die Russen erobert werden sollte, Fortführung der Zermürbungstaktik auf französischem Boden, wo die nichtfranzösischen Atlantikkräfte sich im sogenannten ‚belgischen Quadrat' zur Verteidigung stellen würden. 3. Falls auch dieser Widerstand nicht von Dauer sei, Verteidigung der beiden südlichen Halbinseln Italien und Spanien um jeden Preis. Die Verteidigungslinie würde durch die Alpen und Pyrenäen laufen, um genügend Küstenpunkte für Landungsoperationen bereitzustellen. 4. Italien, Schweiz und Westösterreich würden in diese Linie einbezogen." („Schwäbische Landeszeitung", Augsburg, 5. Februar 1951.)

General Omar Bradley, Chef des Generalstabes der USA-Armee, entwickelte im August 1949 vor dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses in Washington einige Grundideen seines strategischen Planes für den amerikanischen Krieg in Europa. Bradley erklärte nach dem Bericht des amerikanischen Magazins „Life" vom 29. August 1949:

„Angesichts der allgemein akzeptierten Theorie, daß 175 aktive russische Divisionen ohne aufgehalten zu werden bis zur Küste des Atlantiks vordringen könnten, sei ein westeuropäisches Verteidigungsprogramm nötig, bei dem die Flotten der Alliierten die Seewege für die Heranführung der Verstärkungen offenhalten. Hinter dem Denken des Militärs stand die Behauptung, daß das Westufer des Rheins mit 25 bis 30 wiederausgerüsteten und wiederaufgefrischten Divisionen europäischer Soldaten gehalten werden könnte. Um den Übergang zu erzwingen, müßte Rußland seine Armeen konzentrieren, so daß ihre Nachschublinien von 1000 Meilen lohnende

Ziele für taktische Luftangriffe abgeben würden und am Rhein konzentrierte Menschen und Material durch US-Atombomben zerstört würden." Eine Karte, die Bradleys strategische Konzeption veranschaulicht, ist dem Text des Magazins „Life" beigefügt. Ob General Bradley glaubt, daß er seinen strategischen Plan dem deutschen Volk leichter andrehen kann, wenn er lügenhafterweise die Sowjetunion zum Angreifer deklariert; glaubt er, daß seine entlang des rechten Rheinufers abgeworfenen Atombomben die deutschen Menschen und ihre Städte verschonen werden?

Es bedarf keiner militärischen Spezialkenntnisse — die übrigens bei vielen Deutschen in genügendem Maße vorhanden sind —, um zu verstehen, daß bei Entfesselung eines Krieges durch die Westmächte Deutschland der Hauptkriegsschauplatz sein wird. Auch die Konsequenzen, die ein solcher verbrecherischer Krieg speziell für unser deutsches Vaterland haben würde, sind leicht auszudenken, wenn wir uns die im zweiten Weltkrieg angerichteten Verwüstungen ins Gedächtnis rufen und die durch Atombomben und andere „Superwaffen" anzurichtenden hinzudenken: Dutzende von Hiroshimas zum Beispiel. Wem das zu phantastisch erscheint, der halte sich an das, was höchste militärische Autoritäten der USA sagen und an das heute in Westdeutschland bereits Wahrnehmbare: an die Vorbereitung der Anwendung der Strategie der verbrannten Erde durch die Atlantikkriegsblockstrategen.

Oberrheinische Tiefebene soll Staumeer und Sumpfgebiet werden

Die amerikanische Kriegführung hat die Anwendung der Strategie der verbrannten Erde auf Kosten ihrer westeuropäischen Verbündeten in großzügigster Weise vorgesehen. In keinem Gebiet jedoch sind die praktischen Vorbereitungen in so umfassender Weise bereits getroffen und werden sie so fortgesetzt, wie in dem Gebiet des westdeutschen Separatstaates. Das teuflischste bisher bekanntgewordene Projekt ist das Vorhaben der USA-Aggressoren, das Rhein-Main-Dreieck in eine Wasserwüste zu verwandeln. Am 18. Juni 1950 brachte die Berliner Tageszeitung „Neues Deutschland" aufsehenerregende Enthüllungen über auf Geheiß der Amerikaner getroffene Sprengvorbereitungen am Loreleifelsen und die im Fall der ausgeführten Sprengung für das Gebiet der oberrheinischen Tiefebene eintretenden Folgen.

Dieser Enthüllung folgten prompt die Dementis McCloys und seiner Skribenten. Die Tatsachen sind jedoch durch keine Dementis aus der Welt zu schaffen. Drei Monate nach diesen Enthüllungen wurden sie durch einen ausführlichen Bericht der „Süddeutschen Zeitung" in München erneut bestätigt. Das teuflische Vorhaben der amerikanischen Kriegführung darf nicht der Vergessenheit anheimfallen. Wir bringen nachstehend den Wortlaut des Berichtes der „Süddeutschen Zeitung" vom 26. September 1950:

„Die Weinlese steht vor der Tür, die festliche Zeit für Rhein und Mosel. Über alle Straßen spannen sich meterlange Transparente mit der freundlichen Einladung zum Winzerfest.

Kaum einem der unbeschwerten Besucher werden die schweren Gullideckel auffallen, die sich auf die Straßen des rechtsrheinischen Gebietes verteilen. Unter ihnen bohren sich, viereinhalb Meter tief, ausgemauerte Sprengschächte in den Felsboden. Es sind die gleichen Deckel, die vor zwei Monaten an der Lorelei einen hitzigen

Disput in der öffentlichen Meinung auslösten. Inzwischen glätteten sich die Wogen der Erregung, neue Ereignisse traten in den Vordergrund und verwischten die Tatsache, daß nicht nur in der romantischen Lorelei, sondern auch an den Flußtälern des rechten Rheinufers in aller Stille, aber mit Hochdruck, unentwegt weitere Sprengstollen angelegt werden. Da liegt das verträumte Altwied, gekrönt von den Resten einer mittelalterlichen Burg und eingebettet in das dichtbewaldete Tal des gleichnamigen Flusses. Unter großen Mühen hat die wenig mehr als ein halbes Tausend Köpfe zählende Gemeinde die in den letzten Kriegstagen gesprengte Brücke wieder aufgebaut. Kostenpunkt 22 000 DM, die neuen Sprengkammern gleich inbegriffen. Neben dem Ort legt sich ein Damm quer durch den Fluß und staut das Wasser zu einem ansehnlichen See. In der direkt neben dem See dahinführenden Straße liegen sieben weitere Sprengschächte in Abständen von wenigen Metern. Die Bevölkerung fürchtet, daß eine Explosion hier nicht nur die Straße zerreißen würde, sondern gleichzeitig die Turbinenzuflußrohre, die neben dem Friedhof unter der Straßendecke durchlaufen, zerstören und damit das Kraftwerk lahmlegen könnte.

Ungefähr fünf Kilometer oberhalb der Ortschaft wölbt sich die Stahlkonstruktion der Friedrichstalbrücke über die Wied. Deutlich heben sich die frischen Zementstreifen der zugemauerten Sprengkammern von dem dunklen Gestein ab. Der Bürgermeister zuckt resignierend die Schulter: ‚Wir können da gar nichts dagegen machen, offiziell handelt es sich um Kanalisationsanlagen!' Dabei kennt die ganze Bevölkerung bis herab zum kleinsten Dorfbuben den wirklichen Zweck.

Weiter geht die Fahrt, das nächste Flußtal hinauf. Immer enger klemmen sich die Berge zusammen, und rauschend zieht die Sayn die Landstraße entlang. Knapp zwei Kilometer von Isenburg quert eine Brücke den Fluß, bei der auf jeder Seite vier weitere Sprengschächte angelegt sind. Aber diese Brücke hat bereits den Stürmen von fünf Jahrhunderten getrotzt, ihre auf massivem Felsgestein ruhenden Fundamente müssen dem für die Sprengvorbereitung verantwortlichen Ingenieur einiges Kopfzerbrechen bereitet haben. Um sicher zu gehen, werden unter dem Brückenbogen auf beiden Seiten fünf Meter tiefe Schächte in den Untergrund gelegt. Entsetzt verbietet der verantwortliche Polier beim Anblick der Kamera jede Aufnahme. Das ist militärisches ‚Sperrgebiet, hier darf nicht . . .!' und dann folgt eine lange Erklärung. Von diesen fünf Meter tiefen Eingängen wird in das Fundament parallel zu dem Flußlauf ein weiterer Stollen vorgetrieben, um dann in Richtung zum Scheitelpunkt der Brücke auf jeder Seite drei weitere Sprengkammern auszubrechen. Das sind zusammen mit der Anlage oben 14 Sprengschächte, die wahrscheinlich auch dieser 500 Jahre alten Brücke den Rest geben würden.

Ungefähr 30 Meter daneben leben vier Familien mit zusammen 22 Personen in einem Anwesen, das den bezeichnenden Namen ‚Lachnit-Mühle' trägt. Zum Lachen ist diesen Menschen, die zum Teil während des Krieges ausgebombt wurden, wirklich nicht zumute, denn die 14 Sprenglöcher genügen im Ernstfall, um sie mitsamt ihren schon etwas wackligen Häusern in Atome zu zerblasen.

Weiter klettert der Volkswagen durch das Gebirge, die steile Paßstraße von dem Städtchen Sayn nach Stromberg hinan. Hinter einer Kehre sieben weitere Stollen, die nach Angaben der Bevölkerung acht Meter tief hinabreichen sollen. Ein prüfen-

der Blick — die Straße ist frei, und ächzend hebt sich der schwere Deckel unter dem Druck der Eisenstange. Senkrecht bohrt sich der Schacht metertief in den Berg. Der Wasserspiegel steht auf 4,50 Meter, und bei 5 Metern ist der Schnurvorrat am Ende. In der vergangenen Nacht haben Kommunisten Straße und Felswand mit meterbreiten Inschriften verziert. ‚Wenn auch die Amis nach Hause gehen, der Loreleifelsen bleibt bestehen.' Oder: ‚Weg mit den Sprenglöchern, kämpft für unser geeintes Vaterland!'"

Brücken und Tunnel werden zur Sprengung vorbereitet

Die Vorbereitungen zu Sprengungen von Brücken und Eisenbahntunnels werden im gesamten Gebiet des westdeutschen Separatstaates getroffen, denn es untersteht in militärischer Hinsicht dem einheitlichen Befehl des amerikanischen Hauptquartiers in Heidelberg. Aus der Fülle der Meldungen in der westdeutschen Presse über die Vorbereitungen zu Sprengungen greifen wir einige heraus:

Die „Schwäbische Landeszeitung", Augsburg, vom 16. Februar 1951 berichtet: „Verschiedene Mainbrücken werden auf Anordnung der amerikanischen Armee mit Sprengkammern versehen. Wie wir dazu erfahren, war ursprünglich der Einbau von Sprengkammern nur in fünf Mainbrücken vorgesehen. Inzwischen ist diese Maßnahme jedoch für 40 weitere bayerische Brücken geplant. Es handelt sich u. a. um Übergänge über die Donau, den Main, den Regen und Brücken im Bayerischen Wald und Fichtelgebirge. Die Oberste Baubehörde hat es abgelehnt, die Straßen- und Flußbauämter in diese Aktion einzuschalten. Darum haben die Post-Engineers, das ist der Titel der Pioniereinheiten der US-Armee, den Bau der Sprengkammern selbst in die Hand genommen. Beauftragt wurden drei bayerische Firmen, denen strengste Geheimhaltungspflicht auferlegt wurde... Bei der Obersten Baubehörde ist man besonders verzweifelt darüber, daß die Sprengkammern in den Mittelpfeilern der Brücken angebracht werden müssen ... Das Bundesverkehrsministerium hat sich eingeschaltet und die Staatsregierung angewiesen, die Baupläne der Brücken im Bereich der Bundesstraßen der US-Armee auszuhändigen ..."

Die Zeitung „Unser Tag", Mannheim, vom 20. März 1951, schreibt:

„Nach dem mutigen Auftreten der Stadträte von Bamberg, Fürth und zahlreichen anderen süddeutschen Städten beschlossen nunmehr auch sämtliche Fraktionen des Miltenberger Stadtrates einstimmig, sich mit allen Mitteln den amerikanischen Sprengvorbereitungen an den Brücken der Stadt zu widersetzen. Dem Stadtrat war berichtet worden, daß sich amerikanische Pioniere mit den Brückenplänen in die Gewölbe der Mainbrücke begeben hatten. Daraufhin beauftragte der Stadtrat sofort den Kreisbaumeister, die Einsteigetüren zu den Gewölben der erst im vergangenen Jahr in mühevoller Wiederaufbauarbeit hergestellten Brücke durch Spezialschlösser zu verschließen."

In der „Fuldaer Volkszeitung" vom 21. März 1951 lesen wir:

„In die neue Fuldabrücke in Bad Hersfeld wurde eine Sprengkammer eingebaut. Aus Kreisen der Amerikaner wurde betont, der Einbau von Sprengkammern sei nur ‚bedingt' eine militärische Maßnahme. In nahezu allen Brücken würden Sprengkammern eingebaut, ‚weil diese manchmal auch wegen Eisgang und ähnlicher Notstände gesprengt werden müssen'."

Laut „Main-Post", Würzburg, vom 22. März 1951, erhob der Stadtrat von Würzburg einstimmig Protest gegen die von der amerikanischen Besatzungsmacht beabsichtigte Anbringung von Sprengkammern an den Würzburger Brücken. „Der Oberbürgermeister hat bereits bei General Futch und dem Resident Officer Mr. Sega mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß für die Würzburger Bevölkerung der Gedanke unerträglich sei, daß die mit großen Opfern wiederhergestellten Brücken neuerdings gefährdet werden sollen ... Die Sprecher aller Fraktionen verwahrten sich gegen die Zumutung, Mitarbeit bei der Vorbereitung einer neuerlichen Zerstörung der Brücken zu leisten und beauftragten den Oberbürgermeister, die Besatzungsmacht in diesem Sinne zu unterrichten."

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 29. März 1951 berichtet: „In den verschiedensten hessischen Landesteilen sollen in nächster Zeit Brücken und andere wichtige Verkehrsbauten (Tunnels) mit Sprengkammern versehen werden. Die entsprechenden Pläne sind bereits fertiggestellt. Besonders umfangreich ist das ‚Sprengprogramm' für Oberhessen. Aus diesem Gebiet laufen zur Zeit Proteste bei der Regierung gegen die Anlegung von Sprengkammern ein. Jetzt hat auch der Kreis Alsfeld dagegen Protest erhoben, daß die große Eisenbahnbrücke zwischen Alsfeld und Eifa mit Sprengkammern versehen werden soll."

Im Mai 1951 hat das amerikanische Hauptquartier in Heidelberg befohlen, sämtliche Brücken und Tunnel auf den zur Deutschen Demokratischen Republik führenden Eisenbahnstrecken Bayerns mit Sprengkammern zu versehen. Das Bahnbetriebsamt Fürth wurde angewiesen, den 320 Meter langen Bergtunnel bei Erlangen an der Strecke Saalfeld—Bamberg—Nürnberg—München zur Sprengung vorzubereiten.

Die Zahl der Meldungen kann noch durch viele erhöht werden. Die Menschen in allen Gebieten Westdeutschlands, in denen sich Brücken und Eisenbahntunnels befinden, die auch nur einigermaßen militärische Bedeutung haben, werden die auf amerikanische Anweisung betriebenen Sprengvorbereitungen bestätigen. Übrigens eine einwandfreie Bestätigung ist eine generelle Anordnung Adenauers. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 20. April 1951 meldet aus Bonn: „Der Bundeskanzler hat auf eine parlamentarische Anfrage wegen der Vorbereitung von Brückensprengungen durch die amerikanische Besatzungsmacht mitgeteilt, daß solche vorbereitenden Maßnahmen zur Sprengung von Brücken der Bundesregierung bekannt seien. Der Bundeskanzler teilte weiter mit, daß die Oberkommissare erklärt hätten, aus militärischen Gründen auf die Anlegung von Sprengkammern nicht verzichten zu können. Das Bundesverkehrsministerium hat die Aushändigung der Brückenpläne an die amerikanische Armee veranlaßt."

Übrigens sind im amerikanischen „Sprengprogramm" auch der Elbetunnel in Hamburg und die Schachtanlagen des Ruhrgebiets „eingeplant".

Die Todeszone zwischen Rhein und Elbe

Dafür, daß die amerikanische Kriegführung das Gebiet zwischen Rhein und Elbe als Todeszone des von ihr vorbereiteten Krieges in Rechnung stellt, zeugen außer den

umfassenden Vorbereitungen zu Sprengungen von Verkehrs- und Industrieanlagen auch andere militärische Maßnahmen. Von dem Major und Wehrwirtschaftler der einstigen Nazi-Wehrmacht, Professor Dr. Kurt Hesse, wurde uns eine vertrauliche Denkschrift über „Die deutsche Wirtschaftspolitik 1950/51 und die Verteidigung Europas" bekannt. Im Zusammenhang mit unserem Thema interessiert aus dem Punkt 5r besonders der Hinweis auf die vorgesehene Dislokation der Rüstungsindustrie. Darüber sagt Hesse:

„r) Einleitung einer Aufklärung der Arbeiterschaft über die Notwendigkeit rüstungswirtschaftlicher Maßnahmen. Ernste Bedenken (im Hinblick auf bekanntgewordene strategische Erwägungen der Atlantikpakt-Führung über die Rolle des rechtsrheinischen Gebietes) gegen eine zu weitgehende Inanspruchnahme des rheinisch-westfälischen Industriepotentials für Rüstungszwecke."

„Es wird deshalb empfohlen, hier nur eine Rüstungsindustrie beschränkten Umfanges wiedererstehen zu lassen, weitere Anlagen jedoch in den linksrheinischen Raum und dabei auch in das belgisch-holländische Grenzgebiet zu verlegen. Darüber hinaus dürfte der Aufbau von Rüstungsindustrien in Westeuropa und Nordafrika unter Beteiligung deutschen Kapitals, deutscher Fachkräfte und unter Verwendung deutschen Materials in Betracht kommen ..."

Dieser Vorschlag Hesses zur Dislokation der Rüstungsindustrie ist auch eine Bestätigung dafür, daß das Gebiet rechts des Rheines als zur Todeszone des amerikanischen Krieges gehörig betrachtet wird. (Nebenbei, und das ist nicht unwichtig für die Sonderabsichten des wiedererstehenden deutschen Imperialismus, zeigt der Vorschlag von Hesse, daß auf dem von ihm vorgeschlagenen Wege die belgischen, holländischen, luxemburgischen und französischen Partner des Schumanplanes einer „Überschattung" durch die deutsche Rüstungsindustrie sich kaum entziehen können.)

Vermehrung der Flugplätze in Westdeutschland

Eine andere wichtige militärische Maßnahme, die darauf schließen läßt, daß das rechtsrheinische Gebiet des westdeutschen Separatstaates als „Zermürbungszone" betrachtet wird, ist die Anlage von neuen Basen für die Luftwaffe auf linksrheinischem Gebiet. In einer Geheimbesprechung in Bad Homburg zwischen Eisenhower und Adenauer wurde vereinbart, daß links des Rheins 29 Luftstützpunkte, einschließlich sämtlicher unter Hitler 1940 angelegten Einsatzhäfen, ausgebaut werden sollen.

Die Vermehrung der Flugplätze auf linksrheinischem Gebiet wurde bereits im Herbst 1950 in Angriff genommen. Auf einer Besprechung beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen am 10. Oktober 1950 wurde nach einer Meldung der „Deutschen Zeitung", Stuttgart, vom 22. November die Bereitstellung von Gelände für Flugplätze beschlossen. Bereits Ende Oktober wurde auf Grund dieses Beschlusses im Gebiet von Erkelenz gerodet, ohne daß die Bauern, um deren Boden es sich handelte, benachrichtigt waren. Insgesamt wurden etwa 400 Hektar gutes Ackerland der bäuerlichen Bewirtschaftung entzogen. „Die Welt", Hamburg, berichtete am 24. November 1950: „Ein neuer alliierter Militärflugplatz soll bei Gillrath im Kreise Geilenkirchen in Größe von rund 700 Hektar angelegt werden. Die Anlage

sei, wie General Bishop erklärte, notwendig geworden, da die alten deutschen Luftwaffen-Flugplätze nicht mehr die erforderliche Voraussetzung ... erfüllen." Im Mai 1951 haben die französischen Okkupationstruppen für die Errichtung eines neuen Flugplatzes bei Zweibrücken an der Grenze des Saarlandes etwa 500 Morgen Ackerland und Wald beschlagnahmt. Alle Proteste der Bauern blieben unbeantwortet. Eine Frankfurter Firma hat mit der Abholzung des Waldes begonnen.

Selbstverständlich beschränkt sich der Raub deutschen Bauernlandes für Flugplätze, Truppenübungsplätze und Manövergelände nicht auf das linksrheinische Gebiet. Die zahlreichen Flugplätze der Westmächte im Gebiet rechts des Rheines werden durch neue vermehrt. Bei Oldenburg waren im Juni 1951 2000 Arbeiter damit beschäftigt, den ehemaligen Flugplatz Upjever für Jagdflugzeuge zu einem großen britischen Militärflugplatz zu erweitern. Über 500 Hektar Wald sind bereits für Einflugschneisen gerodet worden und weitere umfangreiche Holzeinschläge erfolgen. Die Einwohner der Gemeinde Upjever, 180 Familien, mußten Haus und Hof verlassen und wurden in der Gemeinde Heidemühlen notdürftig untergebracht. Die Häuser der Exmittierten wurden geschleift. Die Kosten für den Flugplatz, nach vorsichtiger Schätzung etwa 100 Millionen DM, werden auf Konto Besatzungskosten gebucht und sind von den westdeutschen Steuerzahlern aufzubringen.

„Ein größerer Militärflugplatz soll am Petersberg bei Bad Hersfeld gebaut werden. Die Kosten für den Bau und den Ankauf des größtenteils landwirtschaftlich genutzten Geländes sind auf mehrere 100 000 DM veranschlagt worden." („Kasseler Zeitung", Kassel, 24. April 1951.)

Die „Hannoversche Presse" vom 9. März 1951 meldet, daß das 32 qkm große Steinhuder Meer und angrenzende Teile des Neustädter Moores als Raketenabschuß-Übungsgelände für die RAF benutzt werden soll. Auf dem Wunstorfer Flugplatz der RAF haben Besprechungen stattgefunden, bei denen der Beschluß gefaßt wurde. Die Kreisverwaltungen in Stadthagen und Neustadt sind von der Absicht der Besatzungsmacht unterrichtet worden.

Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz sagte auf einer CDU-Wahlkundgebung in Saarburg, „an die Landesregierung sei das Ansinnen gestellt worden, in Rheinland-Pfalz das Gelände für 10 Flugplätze bereitzustellen". („Die Rheinpfalz", Neustadt/W., 24. April 1951.)

Truppenübungs- und Schießplätze in Westdeutschland für den amerikanischen Krieg

Der Vorschlag, der zufolge der „New York Herald Tribune", Paris, vom 21. Januar 1950, das Resultat einer Unterredung zwischen McCloy und Averell Harriman war, Westdeutschland als Übungsgelände für die Truppen der Atlantikstaaten zu verwenden, ist seither in weitestem Umfang realisiert worden. Die Vermehrung der Truppenübungs- und Schießplätze für die Truppen der Westmächte in Westdeutschland und die Ausdehnung der Manöver über diese Übungsplätze hinaus, auf bestelltes Ackerland, ist die Teilrealisierung der Strategie der verbrannten Erde im Vorkriegsstadium. Die „Stimme des Friedens", Frankfurt a. M., vom Februar 1951

veröffentlichte folgende Übersicht über Verwendung von bäuerlichem Boden für Truppenübungsplätze:

„137 000 ha Land sind bisher für alliierte Truppenübungsplätze in Westdeutschland requiriert. Diese Zahl wird in einer Denkschrift genannt, die kürzlich von einem deutschen Verbindungsbeamten zu den Platzkommandanten der alliierten Truppenübungsplätze dem Bundesfinanzminister überreicht wurde.

137 000 ha Land, das ist mehr als die Hälfte der Fläche des Landes Luxemburg. Im einzelnen handelt es sich um die Ubungsplätze Bergen-Belsen mit rund 300 qkm, Munster-Nord mit 120 qkm, Munster-Süd mit 90 qkm, Rheinsehlen mit 320 qkm, Senne mit rund 200 qkm, Grafenwöhr mit 200 qkm und in Württemberg-Baden um den Ubungsplatz Heuberg mit 140 qkm."

Dieser Überschlag ist gewiß nicht vollständig. Es fehlt z. B. das Bombenabwurfgebiet der britischen Luftwaffe: Helgoland.

Zusätzlich fordern die Besatzungsmächte in Westdeutschland immer neues Übungsgelände. Die in Marburg stationierten französischen Einheiten haben nach Mitteilung des US-Distriktskommissars und des Landrates Bereitstellung von größeren Übungsgebieten gefordert. „Für Panzerübungen soll ein Gebiet in Nähe des Tannenberg-Kasernenkomplexes und für Infanterieübungen möglichst ein waldreiches Gelände beschlagnahmt werden. Die belgischen Besatzungsbehörden beschlagnahmten in der Nähe des ehemaligen Flugplatzes Butzweiler bei Köln kurzfristig 30 Morgen Ackerland. Die Landwirte wurden teilweise bei der Arbeit auf ihren Feldern von den Planierungskommissionen überrascht." („Wiesbadener Kurier", 18. April 1951.)

In dem Gebiet der Haardt wurden im Norden riesige Manövergelände bei Baumholder und das Munitionslager Kirchheim-Bolanden angelegt, im Osten bei Eselsfurth und Speyer Munitions- und Panzerdepots, zwischen Kaiserslautern und Pirmasens ein großes Depot und im Südosten im Gebiet von Landau ein gigantisches Pulvermagazin von 1 km Länge. Weiter nach Norden, auf der anderen Seite des Hunsrück, *sind in der Umgebung von Kochem Startbahnen für V 2 vorgesehen.*

Nach einer Meldung der in Würzburg erscheinenden „Mainpost" vom 1. Juni 1951 werden *6900 Einwohner der Ortschaften in der Mainschleife zwischen Schweinfurth, Würzburg und Lohr zwangsevakuiert, um Raum für die Anlage eines 20 km langen und 10 km breiten Panzerübungsplatzes für die amerikanischen Interventionstruppen zu schaffen.* Die Landkreise Bad Kissingen, Hammelburg, Gmünden, Karlstadt und Schweinfurth müssen wertvollste landwirtschaftliche Gebiete abtreten, wodurch die Existenz von 1800 landwirtschaftlichen Betrieben mit etwa 15 000 Beschäftigten vollkommen vernichtet wird. In dem von der USA-Armee beschlagnahmten Gebiet müssen 7 Ortschaften vollkommen evakuiert werden... Insgesamt werden 5289 Einwohner ihre Heimstätte verlassen müssen. Dazu kommen noch die 1609 Insassen des Umsiedlerlagers Hammelburg... Die gesamte Grundfläche des zu evakuierenden Gebietes beträgt an die 4000 ha.

„Schwere Flurschäden haben britische Panzer in den Kreisen Harburg und Lüneburg angerichtet. Durch Übungen eines britischen Panzerverbandes im Randgebiet der

Lüneburger Heide wurden innerhalb einer Stunde 40 ha Ackerland umgewühlt und damit rund 500 Zentner Saatgetreide vernichtet. 14 Gemeinden sind von den Schäden betroffen." („Heilbronner Stimme", Heilbronn, 24. März 1951.)

Weit über 600 000 qm Ackerland wurden bei Manövern britischer Panzertruppen in Niedersachsen, besonders in der Lüneburger Heide, vernichtet, stellten britische Offiziere auf einer geheimen Inspektionsreise durch das Manövergelände fest. Allein in der Feldmark des Dorfes Wetzen im Landkreis Harburg wurden durch Gleitketten britischer Panzer 330 000 qm bestellten Ackerbodens restlos umgewühlt.

„Der Lüneburger Regierungspräsident Dr. Koch hat die beschleunigte Freigabe des gesamten Manövergeländes bei Lüneburg und im Kreise Harburg gefordert. Die britische Besatzungsmacht hatte angekündigt, daß nach dem 15. Juli in den Kreisen Lüneburg und Harburg ausgedehnte Panzermanöver stattfinden sollen. In diesem Gelände sind seit Mitte März über 600 000 DM Panzerschäden entstanden. Dieser Schaden ist, wie es heißt, viermal größer als der durch Panzer im Kreise Soltau im ganzen vergangenen Jahr angerichtete. Die Besatzungsmacht hat die Straßenbauämter aufgefordert, für eine Verbesserung und Verstärkung der Straßen und die Anlage von Panzerdrehplatten in dem Manövergebiet zu sorgen. Diese Arbeiten würden rund eine Million Mark erfordern." („Wesermünder Rundschau", 18. Juni 1951.)

Sozialdemokrat Schumacher übernimmt die Selbstmörderstrategie von Goebbels

Die hier mitgeteilten Tatsachen über das Ausmaß der Vorbereitungen der Strategie der verbrannten Erde auf deutschem Boden, über die Vorbereitungen zur Sprengung von Verkehrs- und Industrieanlagen, über Vorbereitungen zur Ersäufung ganzer Landschaften, alten deutschen Kulturlandes, über die Vermehrung der Militärflugplätze, der Truppenübungs- und großen Schießplätze, über die Verwüstung von Ackerland durch Übungen der Panzerwaffenverbände, all diese Tatsachen sind nur ein Teilausschnitt aus dem Geschehen in Westdeutschland, ein leiser Vorgeschmack dafür, was dem gesamten Gebiet des westdeutschen Separatstaates im Falle der Aggression der Atlantikpaktblock-Kriegsmacht droht. Die Zerstörung des Bodens und der Lebensgrundlage des Teiles der deutschen Nation, die im Gebiet des westdeutschen Separatstaates lebt, die Zerschlagung der Deutschen als Nation wird unter den Augen der Deutschen vorbereitet, und zwar mit Hilfe von Menschen deutscher Herkunft.

In Westdeutschland helfen die Monopolherren, Junker und Militaristen alten Schlages die in ihrem Interesse amtierende Regierung Adenauer und deren allergehorsamste „Opposition", die Schumacher, Ollenhauer und Kumpanei, den amerikanischen Krieg und dadurch das Verderben unseres Vaterlandes und unserer Nation vorbereiten. Die Regierung Adenauer liefert den amerikanischen Kriegstreibern alles, was eine Vasallenregierung zu liefern vermag, einschließlich der Konstruktionspläne von Brücken und Tunnels, damit der Landesfeind deren Sprengung vorbereiten kann. Die Militaristen deutscher Herkunft arbeiten den Wallstreet-Strategen die Pläne aus, nach denen der Krieg auf deutschem Boden zu führen ist. Der Auftrag, den sie einer deutschen Armee stellen, lautet: „Einen eventuellen

Angreifer in dem Raum zwischen Elbe und Rhein zur Entscheidungsschlacht zu stellen. Bewegliche Verteidigung in weiten Räumen. Keine Verteidigung ‚von Linien'. Verhinderung des Rheinüberganges." („Mittelbayrische Zeitung", Regensburg, 14. August 1950.) In normales Deutsch übertragen, heißt das: Nach dem Scheitern des „Blitzkrieges" gegen Osten zu versuchen, daß Deutschland Hauptkriegsschauplatz bleibt. Zu diesem Zweck sollen die Deutschen mittels beweglicher Verteidigung ihr eigenes Land einebnen und sich in einem brudermörderischen Krieg gegenseitig abschlachten: Korea in vergrößerter Ausgabe.

Der Versuch, das deutsche Volk für einen solchen Wahnsinn zu gewinnen, ist der Versuch, es zu einer Nation von Selbstmördern zu machen. Eine schwere Aufgabe und eine verbrecherische, landesverräterische höchsten Ausmaßes zugleich. Dr. Schumacher hat sie auf sich genommen. Er erprobt aufs neue die Selbstmörderstrategie von Goebbels. Das Schumachersche Rezept ist mit den Herren von der Wallstreet und Eisenhower genau abgekartet. Schumacher will, wie seine Auftraggeber, den Krieg gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien, an dessen Beginn der deutsche Bruderkrieg stehen würde. Aber er steht in „Opposition" zu Adenauer, der das gleiche will. Was ist der Sinn dieser „Opposition"? Schumacher will sich von keiner deutschen Interessengruppe in dem Bestreben übertreffen lassen, möglichst viel amerikanische Soldaten auf westdeutschem Boden zu haben. Er erklärte am 23. August 1950 in Bonn: „Es ist gar nicht einzusehen, daß die amerikanischen Divisionen nicht in Grafenwöhr oder in der Lüneburger Heide ausgebildet werden, statt in Texas und Arizona." („Nordbayerische Volkszeitung", Nürnberg, 25. November 1950.)

Wir haben gesehen und werden noch sehen, daß Eisenhower für diese Sorge Schumachers volles Verständnis hat und dafür sorgt, daß die amerikanische Invasion und die anderen Atlantikpaktstreitkräfte in Westdeutschland fortgesetzt verstärkt werden. Das zweite Motiv der Schumacherschen Opposition: Er will eine möglichst starke deutsche Armee nach einer von ihm vorgeschlagenen Wehrverfassung, die die restlose Ausschöpfung des westdeutschen Menschenreservoirs für das neuzuschaffende Massenheer ermöglicht. Auch dafür hat Eisenhower volles Verständnis.

Man fragt sich nur, was haben diese Forderungen mit Opposition gegenüber Adenauer zu tun? Will der etwas anderes? Das nicht. Aber die amerikanischen Kriegshetzer brauchen einen Mann, der Einfluß auf breite Schichten insbesondere der Industriearbeiter hat und so lange in „Opposition" macht, bis seine Forderungen erfüllt sind: eine möglichst starke amerikanisch-britische Streitmacht in Westdeutschland, damit das deutsche Volk, gestützt auf diese Verbündeten wie der Gehenkte auf den Strick, schneller für die Remilitarisierung und den Angriffskrieg gegen Osten gewonnen werden kann. Nicht zufällig deckt sich das exakt mit den Wünschen der amerikanischen Kriegstreiber.

Nun wäre den Deutschen nur noch beizubringen, daß der Krieg für sie gar nicht so schlimm sei, denn er würde schon am zweiten Kriegstag östlich der deutschen Ostgrenze geführt, dank eben der Tatsache, daß ein starkes deutsches Massenheer sich auf starke Kampfverbände der Atlantikpaktstaaten stützen könne. Den Versuch,

Teile des deutschen Volkes durch diese tückische Dummheit vom „Blitzkrieg" für den amerikanischen Krieg zu gewinnen, unternehmen die Schumacher, Ollenhauer, Carlo Schmid und Reuter. Die Forderung Schumachers an die USA-Strategen: Der Krieg gegen Osten muß hinter der Weichsel beginnen, bezweckt eine bösartige Irreführung der Deutschen: das deutsche Volk soll eingeschläfert und in der Illusion gewiegt werden, daß Deutschland kein Kriegsschauplatz sein wird; als ob die Überrumpelung und Besetzung des Gebietes der DDR und Polens ein harmloser Pfingstausflug wäre und als ob Deutschland als „Hinterland" und Etappe des amerikanischen Anti-Sowjetfeldzuges vom Krieg verschont bliebe. Schumacher will aber auch durch seine stupide Lüge das deutsche Volk an den Gedanken gewöhnen, daß der Krieg gegen die Sowjetunion das selbstverständlichste Ding in der Welt für die Deutschen wäre. Beachtlich ist, daß Schumacher und seine Gefährten die Gruppe der amerikanischen Kriegspartei in Deutschland bilden, die am allerwenigsten versuchen, den Krieg gegen die Sowjetunion als „Verteidigungskrieg" zu deklarieren.

„Der regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, hat auf der Jahresversammlung der Vereinigung ‚Americans for democratic Action' erklärt, es sei höchste Zeit aufzuhören, nur an Verteidigung zu denken. Reuter bat um verstärkte amerikanische Hilfe für Berlin." („Die Welt", Hamburg, 28. Februar 1951.)

Dr. Schumacher fordert, den „Nürnberger Nachrichten" vom 25. Oktober 1950 zufolge, „seit Monaten die Aufstellung zahlreicher alliierter Divisionen in Deutschland, um im Falle eines Krieges die erste Schlacht an der Elbe und die zweite an der Weichsel schlagen zu können; die angekündigten Verstärkungen seien nicht ausreichend und würden keinen Schutz bieten".

„Der zweite Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Erich Ollenhauer, berichtete in Bonn nach einer fast dreiwöchigen Informationsreise durch die USA, daß die Amerikaner ‚absolut entschlossen sind, eine unerhörte Anstrengung im Interesse der Aufrüstung auf sich zu nehmen. Wesentlich ist, daß das deutsche Volk durch die Gesamtheit der amerikanischen Handlungen zu der Überzeugung kommt, daß die Amerikaner im Ernstfall Europa so weit östlich wie möglich verteidigen wollen'." („Hamburger Echo", 26. Februar 1951.)

„In einer Ansprache vor einer öffentlichen Versammlung in München betont Professor Carlo Schmid, der sozialdemokratische stellvertretende Bundestagspräsident, die Sozialdemokraten würden nur dann für eine deutsche Mitwirkung an der Verteidigung Europas eintreten, wenn sie sicher sein könnten, daß im Kriegsfalle die zweite Schlacht bereits östlich der Weichsel in Polen ausgefochten würde. Es wäre seiner Ansicht nach besser, in einem unzerstörten Hause bolschewisiert zu werden als die Bolschewisierung als Krüppel in einer Erdhöhle zu erleben." (Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland, McCloy, 1. Oktober bis 31. Dezember 1950.)

3. Ein deutsches Söldnerheer als „Himmelfahrtskommando" für den amerikanischen Krieg

Eine kurze Reminiszenz

Die Remilitarisierung in Westdeutschland drängt unwillkürlich zu einem Vergleich mit der Wiedererstarkung des deutschen Militarismus nach dem ersten Weltkrieg. Obwohl sich geschichtliche Vorgänge nie in der gleichen Weise wiederholen, ergeben sich in diesem Fall doch eine Reihe von Parallelerscheinungen. Heben wir aber zunächst das Unterschiedliche heraus.

Die Niederlage des deutschen Imperialismus war 1945 schwerer, umfassender als die von 1918. Wenn man von einer totalen Niederlage spricht, dann ist das insofern zutreffend, als 1945 Staat und Heer des Nazismus zerschlagen und durch das Potsdamer Abkommen die Grundlage geschaffen war, das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus für alle Zeiten zu verhindern. Der Sieg über die faschistischen Aggressoren hat auch die weltpolitische Konstellation grundlegend verändert. Während 1918 der junge sozialistische Staat hart um die Erhaltung seiner Existenz ringen mußte, wurde er zur stärksten Staatsmacht in der Welt, und er ist nach dem Sieg über die faschistischen Aggressoren zur festgegründeten Hauptbastion des heute unbesiegbaren Weltfriedenslagers geworden. Der von den Imperialisten beherrschte Sektor der Welt hat sich bedeutend verengt, die allgemeine Krise des Kapitalismus hat sich verschärft. Das Bestreben der Imperialisten geht dahin, die Weltlage zu ihren Gunsten zu revidieren. Das Mittel dazu sehen sie im Krieg gegen die Hauptbastion des Weltfriedenslagers, gegen die Sowjetunion. Die dominierende Kraft im Kriegslager ist das amerikanische Monopolkapital, der amerikanische Imperialismus. Sein Bestreben ist es, aus den Streitkräften anderer Staaten vor allem die Stoßkolonnen gegen die Sowjetunion und gegen die volksdemokratischen Staaten zu formieren. Das ist der Grund der Wiederbelebung des deutschen Imperialismus und Militarismus nach seiner totalen Niederlage von 1945. Damit sind wir in bezug auf die Remilitarisierung beim wesentlichen Unterschied der Situation von heute gegenüber der von 1918 angelangt. Gewiß sind die Siegerstaaten auch damals den Forderungen der deutschen Imperialisten und Militaristen in beschränktem Umfang entgegengekommen, sofern es sich darum gehandelt hat, gewisse Konzessionen in bezug auf das Tempo und den Umfang der Entwaffnung zu machen, die den Siegern durch den Kampf gegen Sowjetrußland und die deutsche Revolution geboten erschienen. „Unter der Hand" haben sie aus dem gleichen Motiv, Deutschland als „Wall gegen den Bolschewismus" zu halten, das Wiedererstarken des deutschen Militarismus geduldet und gefördert. Aber sie taten es wie gesagt „unter der Hand". Undenkbar wäre zum Beispiel gewesen, daß die Vertreter des französischen Imperialismus als Vorkämpfer zur Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus aufgetreten wären, so wie sie es heute auf Anweisung der Regisseure der Wallstreet tun. Ein wesentlicher Unterschied zwischen 1918 und heute ist es, daß nach 1918 der deutsche Militarismus sich gegen den Willen der Westmächte, vor allem des französischen Imperialismus, und großer Teile des deutschen Volkes wieder aufrichtete und daß er heute auf Befehl der imperialistischen Siegermächte, allen voran die imperialistische

USA, im Eiltempo wieder auf die Beine gestellt wird, ungeachtet des Widerstrebens der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und ungeachtet der Bedrohung, die dadurch für die Sicherheit der anderen Atlantikpaktstaaten entsteht.

Das die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus begründende Motiv ist dasselbe wie 1918. So kann auf die gleiche Formel gebracht werden: Wiederaufrichtung der alten Machtstellung unter der die Westmächte beschwichtigenden Losung: Kampf gegen den Bolschewismus. Das war die den deutschen Imperialismus damals wie heute wiederbelebende Essenz.

Es sind auch dieselben gesellschaftlichen Kräfte, die am Werk sind: die deutschen Monopolisten, Junker, Militaristen und sozialdemokratischen Führer; zum Teil sind es sogar die gleichen Personen bzw. Namen, die uns begegnen.

Ein Teil der Vertreter der deutschen Imperialisten und Militaristen spekuliert ernsthaft darauf, die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus wenigstens in Europa wieder aufzurichten, so wie der strebsame Juniorpartner eines Konzerns, der selber einmal Konzernherr war und nur zweimal bankrottiert hat, bestrebt ist, wieder die alte Machtposition zu erobern.

Dieses Bestreben nährt der amerikanische Imperialismus. Denn je entschlossener sein deutscher Juniorpartner diesem Phantom nachjagt, um so blindwütiger wird er gegen die sozialistische Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien kämpfen. Der amerikanische Imperialismus ist willens, den deutschen so zu stärken, daß er Leitwolf der Atlantikpaktmeute wird. Das ist es, was der amerikanische Imperialismus will, wenn er an Westdeutschland als Menschenreservoir für den amerikanischen Krieg denkt, eingedenk des Trumanschen Leitsatzes der USA-Politik: andere Völker sollen sich gegenseitig abschlachten zum Wohle der amerikanischen Monopolherren.

Not our boys — Germans to the front!

Es ist den anglo-amerikanischen Kriegstreibern vor allem um deutsche Soldaten zu tun. Denn, so sagte der demokratische Senator Elmer Thomas aus Oklahoma laut „New York Times" vom 27. November 1949: „Deutschland war eine große Militärmacht. Die Deutschen sind große Kämpfer. Wenn die Vereinigten Staaten wieder in einen Krieg verwickelt werden, haben wir Kämpfer nötig. In diesem Kriege wollen wir Deutschland an unserer Seite haben."

Am 4. November 1949 schlug das demokratische Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses, Robert Poage aus Texas, der Regierung die Aufstellung eines westdeutschen Söldnerheeres in Stärke von 25 Divisionen vor. (Congressional Record, 4. November 1949.)

Im gleichen Geiste sagte General Collins im Mai 1950: „Es ist genug, daß wir die Waffen liefern, unsere Söhne sollen nicht in Europa verbluten. Es gibt genug Deutsche, die für die USA-Interessen sterben können."

Der ehemalige Oberkommandierende der britischen Luftstreitkräfte, Lord Trenchard, schrieb im „Observer" zu der von Churchill geforderten Aufstellung einer westeuropäischen Armee: „Von Westdeutschland ist zu fordern, daß es den größten Teil der westeuropäischen Landstreitkräfte stelle." Während die westeuropäischen Staaten Landstreitkräfte stellen müßten,

sei die Hauptaufgabe Großbritanniens die Verstärkung seiner Luftstreitkräfte. (DPA, 21. August 1950.)

Der größte Zynismus der amerikanischen Seelenkäufer kommt in der „New York Times" vom Oktober 1950 zum Ausdruck:

„Es wird ganz besonders notwendig sein, neue Quellen für Menschenreserven zu finden, die nur aus Deutschland kommen können. Amerika hat ein Recht, für jeden Dollar, den es ausgibt, Kampfkraft im Werte eines Dollars zu erwarten."

Das gleiche Blatt betont in seiner Ausgabe vom 15. Mai 1951: „Deutschland und das deutsche Menschenpotential sind unerläßliche Bestandteile einer strategischen Planung." Und der bereits an anderer Stelle erwähnte Senator Taft betonte: „Es ist billiger, den Krieg mit Soldaten fremder Nationen zu führen — sogar wenn wir sie ausrüsten müssen — als mit amerikanischen Boys, und vor allen Dingen sparen wir dabei amerikanische Menschenleben." („The New York Times", 20. Mai 1951.)

Eisenhower will keine Hessen

Der Schrei der imperialistischen Propaganda nach deutschem Kanonenfutter für den amerikanischen Krieg hat sich namentlich in den letzten zwei Jahren zu der konkreten Forderung nach Aufstellung westdeutscher militärischer Einheiten verdichtet; in den Parlamenten der Westmächte und auf ihren diplomatischen Konferenzen wird über Umfang, Bewaffnung und Kommandogewalt der deutschen Streitkräfte gefeilscht und mit Vertretern des deutschen Militarismus, mit der Bonner Regierung und sozialdemokratischen Führern werden fortgesetzt direkte Verhandlungen über die Remilitarisierung gepflogen.

Eine große Sorge bereitet diesen Seelenkäufern und -verkäufern nur die Haltung der deutschen Menschen, um deren Existenz und Leben gefeilscht wird und die man nicht nur nicht zu befragen wagt, sondern zu befragen verbietet; denn, so schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 21. Dezember 1950: „Daß es sich bei der deutschen Wiederbewaffnung nicht nur darum handelt, hundertfünfzigtausend Menschen Uniformen zu geben, sondern eine ganze Nation innerlich zu gewinnen, diese einfache Weisheit scheint heute so unbeliebt zu sein wie je." Diese Bemerkung erfolgte beileibe nicht aus Gegnerschaft gegen die Remilitarisierung, sondern war diktiert von dem Bestreben, einen möglichst hohen Kaufpreis in Gestalt von politischen Konzessionen zu erhandeln. Immerhin ist hier auf die „unbekannte Größe" in der Rechnung der Kriegstreiber hingewiesen, die unter anderem auch dem Oberkommandierenden der Atlantikpakt-Streitkräfte berechtigten Kummer bereitet. In seinem oben behandelten Bericht vor den Mitgliedern des Senats und Repräsentantenhauses in Washington am 1. Februar 1951 sagte Eisenhower nach Schilderung seiner Eindrücke aus Frankreich, Belgien und Italien:

„Ich habe aus einem speziellen Grund meine diversen Unterhaltungen in Deutschland noch nicht erwähnt. Ich persönlich denke, daß in dieser Frage eine politische

Plattform gefunden werden muß, ein Übereinkommen, das eine eventuelle und verdiente Gleichheit anstrebt für diese Nation, bevor wir darüber sprechen, deutsche Einheiten in irgendeine Form von Armee zu gliedern. Gewiß, ich als Kommandeur will in keiner Armee unter meinem Kommando widerwillige Kontingente, keine Soldaten, die in der Art dienen, wie die Hessen in unserem Revolutionskrieg dienten. Das würde nur die Quelle von Schwäche sein. Deshalb, bevor die politischen Führer, die Diplomaten und Staatsmänner keine einwandfreie Antwort auf die Frage finden, ist es nicht gut für den Soldaten, sich zu tief in die Sache einzulassen." („The New York Times", 2. Februar 1951.)

So diplomatisch Eisenhower in dieser Bemerkung auch um den ihm nur zu gut bekannten Stand der Remilitarisierung in Westdeutschland herumredet, weist er doch auf den entscheidenden Punkt hin: auf die Frage der nicht vorhandenen Bereitschaft der Werktätigen Westdeutschlands, sich erneut in den Krieg treiben zu lassen. Deshalb verlangt er nachdrücklich von den Politikern, Diplomaten und Staatsmännern, sich auf die den Vertretern des deutschen Imperialismus und Militarismus anzubietenden Zugeständnisse zu einigen.

Diplomatische Spiegelfechterei um die Remilitarisierung

Die von Eisenhower am Anfang des Jahres 1951 geforderte „Einigung der Politiker, Diplomaten und Staatsmänner" ist inzwischen weit gediehen, und zwar im wesentlichen auf der Basis der amerikanischen Wünsche. Die USA-Kriegstreiber haben große Eile. Sie drängen auf schnelle und umfassende Remilitarisierung Westdeutschlands. Während der Verhandlungen zwischen den USA und den europäischen Atlantikpaktmächten über die Remilitarisierung wurde sie von amerikanischen und deutschen Militaristen, unter weitgehender Berücksichtigung der Vorschläge der letzteren, bis in Einzelheiten geplant und praktisch in Angriff genommen. Mit dem entscheidenden Schritt der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland durch einen „Überraschungscoup" nach dem Hitlerschen Vorbild von 1935 kann in absehbarer Frist gerechnet werden.

Die diplomatische Spiegelfechterei, hinter der sich die Vorbereitung der Remilitarisierung vollzieht, ist ein primitiver Tarnungsversuch der amerikanischen Kriegsmacher. Daß sie den Krieg gegen die Sowjetunion wollen, läßt sich zweifelsfrei aus den Reden und Handlungen amerikanischer Politiker, Diplomaten, Militärs und Staatsmänner beweisen; auch daß sie ihn schnell wollen, die Kriegsvorbereitung für sie ein Wettlauf mit der Zeit, das heißt ein Wettlauf mit dem wachsenden Widerstand der Völker gegen den Krieg ist. Aus den gleichen Quellen ist auch zweifelsfrei feststellbar, daß Westdeutschlands Kriegspotential — das Menschenpotential an erster Stelle — die unentbehrlichste und deshalb die begehrteste Kraft für den amerikanischen Krieg in Europa darstellt.

Aus der Rolle, die der amerikanische Imperialismus in dem von ihm angestrebten und vorbereiteten dritten Weltkrieg für sich beansprucht, mit den eigenen Kräften als „strategische Reserve" in Hinterhand zu bleiben, erklärt sich der Wunsch, den

europäischen Krieg als eine Angelegenheit der westeuropäischen Staaten und das aktive amerikanische Eingreifen nur als eine unterstützende Maßnahme erscheinen zu lassen, das sich lediglich aus der „geschichtlichen Mission" der USA als „Retterin der Zivilisation" erkläre.

Deshalb soll das Eingreifen der USA auch als „Wunsch" der westeuropäischen Staaten, als ihr Drängen um Hilfe erscheinen. Frankreich als die europäische Macht, die den deutschen Imperialismus und Militarismus am meisten fürchtet und bei der die stärksten Vorurteile gegen ihn bestehen, hatte als Initiatorin des westeuropäischen „Verteidigungspaktes" in Erscheinung zu treten, der den deutschen Imperialismus und Militarismus zu neuem Leben erweckt und ihm erneut eine Machtposition einräumt. Unter dem Stichwort der Einordnung Westdeutschlands in das europäische „Verteidigungssystem" sollen die Besorgnisse der westeuropäischen Staaten in bezug auf ein Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus zerstreut, ihm aber doch die von den USA gewünschte Position eingeräumt werden. Das ist der Sinn des Schuman- und Pleven-Plans. Dem Scheine nach ist dem Bedürfnis des imperialistischen Frankreichs Rechnung getragen, als europäisch-kontinentale Vorrangmacht aufzutreten. Damit sind natürlich nicht alle Divergenzen unter den Westmächten über Art und Umfang der Remilitarisierung Westdeutschlands behoben. Aber sie betreffen längst nicht mehr die prinzipielle Entscheidung. Damit ist der Teil der diplomatischen Spiegelfechterei um die Remilitarisierung Westdeutschlands charakterisiert, nach dem sich die Westmächte bei den USA um die Einordnung Westdeutschlands in das „europäische Verteidigungssystem" zu bemühen hatten.

Die konkrete Forcierung der Remilitarisierung Westdeutschlands vollzieht sich vornehmlich als eine Angelegenheit, die zwischen den Vertretern des USA-Imperialismus und seinem europäisch-kontinentalen Hauptverbündeten, dem deutschen Imperialismus, unmittelbar geregelt wird. Auch hierbei gelten, wie schon in anderem Zusammenhang behandelt, als Richtpunkte für das Verfahren: die „zivilisationsrettende Mission" der USA „gebietet", daß sie ihre Kräfte als „strategische Reserve" aufspart und nur auf „dringlichen Wunsch" den „besonders exponierten" und daher „besonders schutzbedürftigen" deutschen „Vorkämpfern der westlichen Zivilisation" — sprich den deutschen Monopolisten, Militaristen und ihren sozialdemokratischen Preisfechtern — zu Hilfe kommt.

Diese Repräsentanten des deutschen Imperialismus sind sich ihres Wertes für die Interessen des amerikanischen Krieges voll bewußt. Sie sind deshalb keineswegs bescheiden in ihren militärischen und politischen Forderungen. Davon gibt u. a. auch der Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars McCloy (1. Januar bis 31. März 1951) Kenntnis. Er betont sehr nachdrücklich die französische Initiative und Führung bei der Schaffung einer europäischen Armee als unentbehrliche Voraussetzung für ein einiges Europa. Als Ergänzung zum Schuman-Plan befasse sich der Pleven-Plan mit der Schaffung einer europäischen Armee unter Einbeziehung deutscher Einheiten. Allerdings sei dabei allen beteiligten Staaten, außer dem Bonner Separatstaat, eine Nationalarmee neben den für die Europaarmee zu stellenden Einheiten zuerkannt. Dagegen opponierten insbesondere Dr. Schumacher und deutsche Militaristen. Schumacher verlangte volle Gleichberechtigung mit allen be-

teiligten Staaten, und die deutschen Militaristen protestierten dagegen, daß man ihnen nur kleine Einheiten und keine selbständige Kommandogewalt einräumen wolle. „Es gab weitverbreitetes Mißtrauen der Deutschen gegenüber der militärischen Kompetenz der Franzosen und ihren strategischen Konzeptionen in bezug auf die Verteidigung Europas." (McCloy.)

Die Vertreter des USA-Imperialismus haben volles Verständnis für die „Opposition" der Vertreter des deutschen Imperialismus und Militarismus und entsprechen gern deren Forderungen, sofern sie nur die größtmögliche Ausschöpfung der „Wehrkraft" Westdeutschlands gewährleisten. Denn vor allem darum geht es dem USA-Imperialismus im Grunde.

Die von amerikanischer Seite gemachten militärischen und politischen Zugeständnisse verstärken die Position des deutschen Imperialismus; sie erlauben den Herren des Bonner Separatstaates, die Bevölkerung Westdeutschlands mit „Erfolgen" in bezug auf die Wiederherstellung der „Souveränität" des deutschen Staates, seiner Stellung als einer „selbständigen Macht" irrezuführen, wenngleich durch die „Zugeständnisse" die deutsche Einheit nur um so schwerer geschädigt wird. Die amerikanischen „Zugeständnisse" sind aber gerade darauf berechnet, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und den westdeutschen Parteigängern des amerikanischen Imperialismus zu ermöglichen, den Widerstand der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung gegen die Remilitarisierung zu brechen.

Amerikanische Invasion zur Stützung der Remilitarisierung

Adenauer hatte am 29. August 1950 ein Geheim-Memorandum an den Vorsitzenden der „Alliierten Hochkommission", McCloy gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Der Bundeskanzler hat wiederholt um die Verstärkung der Besatzungstruppen gebeten und erneuert diese Bitte hiermit in dringendster Form. Denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen ist auch deswegen notwendig, weil nur hinter dem Schutz einer ausreichenden Zahl gut ausgebildeter alliierter Divisionen die gegenwärtig in Westeuropa anlaufenden Verteidigungsmaßnahmen ungestört durchgeführt werden können. Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten." („Die Neue Zeitung", München, 27. November 1950.)

„Am 24. August gaben maßgebende Politiker der Regierung und der Opposition Presseerklärungen ab, die zur Klärung... beitrugen. Bundeskanzler Adenauer... trat für eine Bundespolizei zur Bekämpfung umstürzlerischer Elemente im Innern ein, verwies jedoch die Sicherheit nach außen in den Verantwortungsbereich der Besatzungsmächte. Er forderte die Verstärkung der alliierten Streitkräfte in Deutschland... und erklärte, Deutschland wäre bereit, sich unter annehmbaren Bedingungen einem System gemeinsamer Sicherheit anzuschließen..."

„Der Oppositionsführer Dr. Kurt Schumacher... vertrat die Ansicht, die einzige wirkliche Gewähr für die Erhaltung des Friedens bestehe in der Konzentration erheblich verstärkter alliierter Trup-

penteile in Westdeutschland." (Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland, McCloy. Offizielle deutsche Fassung. Berichtszeit 1. Oktober bis 31. Dezember 1950.)

Dem Ruf der Bonner Politiker, der mit den Beauftragten Washingtons abgesprochen ist, wird seitens der westlichen Besatzungsmächte bereitwillig entsprochen. Seit Monaten rollen die Truppenverstärkungen der Westmächte an in einem Ausmaß und Tempo, daß mit Recht von einer Invasion gesprochen wird. Ihr Umfang wurde durch die „Münchener Allgemeine", München, 13. April 1951, wie folgt beschrieben:

„Während der USA-Senat ... nach längerer Debatte dem Plan Trumans zustimmte, vier weitere amerikanische Divisionen nach Westeuropa zu entsenden, ist bereits in aller Stille die schon lange geplante Verstärkung der alliierten Truppen in Deutschland angelaufen ... Der monatliche Zugang beträgt nach Informationen aus dem europäischen Hauptquartier in Heidelberg viertausend bis fünftausend Mann." Nach Eintreffen der 82. Fallschirmjäger-Division werden drei kriegsstarke amerikanische Divisionen auf deutschem Boden sein. Sie werden mit Waffen ausgerüstet, die sich in Korea bewährt haben. Die Engländer haben während der Wintermonate ihre in Deutschland stehende 2. Infanteriedivision und die 7. Panzerdivision auf volle Kriegsstärke gebracht. Hinzugekommen ist bis April die 11. britische Panzerdivision. Eine weitere Infanteriedivision soll hinzukommen. Frankreich hat drei Divisionen in Deutschland stehen und will im Laufe des Jahres fünf einsatzbereite Divisionen dort haben. „Zu den acht starken augenblicklich verfügbaren Divisionen kommen noch je eine belgische, dänische und norwegische Brigade ... Zusammen mit den von den Ländern zugesagten Verstärkungen wird Atlantik-Oberbefehlshaber Eisenhower in Deutschland bis zum Herbst voraussichtlich über eine Streitmacht von 15 bis 16 Divisionen verfügen."

Die Angaben der „Münchener Allgemeinen" decken sich etwa mit den bis Ende Juli 1951 bekanntgewordenen Zahlen über die Truppenverstärkungen der Westmächte in Deutschland, wobei mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Truppenverstärkungen umfangreicher sind, als in offiziösen Berichten angegeben. Bis Ende 1951 wollen die Amerikaner ihre Interventionstruppen in Westdeutschland um das Dreifache gegenüber dem Stand von Ende 1950 verstärken. Außer den Truppenverstärkungen der Westmächte ist als Neuerung beachtenswert, daß die Dislokation der Truppen einer oder der anderen Besatzungsmacht innerhalb der drei Zonen ohne Rücksicht auf die Grenzen vorgenommen werden kann, um so den wirkungsvollsten Einsatz zu ermöglichen.

Zu den aufgeführten Streitkräften der Westmächte kommen noch starke Kontingente von Luftstreitkräften. Der USA-Staatssekretär für die Luftstreitkräfte, Finletter, betonte den „Nürnberger Nachrichten" vom 6. Juni 1951 zufolge: „Der Westen muß versuchen, sich in Europa eine klare Luftüberlegenheit zu sichern, die USA-Luftstreitkräfte planten aus diesem Grunde, den größten Teil ihrer taktischen Verbände der atlantischen Verteidigungsstreitmacht zur Verfügung zu stellen ..."

Eine frivole „Rechtfertigung" für die forcierte Invasion der Atlantikpaktstreitkräfte fabriziert McCloy in seinem Vierteljahresbericht (1. Januar bis 31. März 1951). Er schreibt, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich begonnen

haben, „ihre in Deutschland stationierten Truppen zu verstärken. Die Deutschen brachten große Unzufriedenheit zum Ausdruck über die steigenden Besatzungskosten, die dadurch notwendig werden. Hingegen hat die Verstärkung der Kräfte der Alliierten in Europa, die Aktivierung von Eisenhowers Hauptquartier in Europa, die Steigerung der Aktivität der Nordatlantikpakt-Organisation zusammen mit der noch nie dagewesenen ökonomischen und militärischen Mobilisierung in den Vereinigten Staaten und der verbesserten Lage in Korea die großen Befürchtungen bei den Deutschen in Westdeutschland, die sie um die Jahreswende hatten, etwas erleichtert." Nach dem gleichen Bericht McCloys besteht die „kommunistische Aggression" in der kommunistischen Propaganda, „die in einem hohen Grade mit militärischer Aggression zu vergleichen ist". Es ist eine wahrhaft frivole Verdrehung der Tatsachen, die Friedenspropaganda der Kommunisten und vor allem der Sowjetunion in „militärische Aggression" umzufälschen, um die fieberhafte Aufrüstung der Westmächte zu rechtfertigen.

Die amerikanische Invasion in Westdeutschland signalisiert die ernste Verschärfung der Aggressionsgefahr im allgemeinen, und auch insofern, als die Remilitarisierung Westdeutschlands durch die Verstärkung der Besatzungstruppen gefördert werden soll. Denn nach der Schumacherschen Version schwinden die Vorwände der Sozialdemokratie gegen die Wiederaufrüstung in gleichem Maße, in dem die Überschwemmung Westdeutschlands mit den Truppen der Atlantikpaktstreitkräfte steigt.

Im Gegensatz zu dieser landesverräterischen Haltung der Schumacher-Clique stellte Ministerpräsident Otto Grotewohl bereits am 21. Juli 1950 in einer großen Rede in Berlin den wahren Charakter der westlichen Besatzungstruppen heraus. Er betonte: „Die westlichen Besatzungstruppen befinden sich auf dem Boden Deutschlands nicht mehr zur Durchführung der ihnen im Potsdamer Abkommen zugewiesenen Aufgaben, nämlich der Demokratisierung Deutschlands und der Verhinderung einer neuen Aggression, sondern sie dienen in Durchführung ihres kalten Krieges einer dem internationalen Abkommen fremden Aufgabe. Die westlichen Besatzungstruppen haben damit den Charakter einer Besatzungstruppe völlig verloren und sind zu einer nackten Interventionsarmee mit dem Ziel der nationalen Unterdrückung und der Schaffung eines militärisch-strategischen Aufmarschgebietes in Westdeutschland geworden zur Entfesselung eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion, gegen das demokratische Deutschland und die Länder der Volksdemokratie. Die Volksmassen der Westzonen Deutschlands, die Arbeiter und die Bauern, die Intelligenz und der Mittelstand leiden jetzt unter einem Doppeljoch. Ihre nationale Befreiung wird zur Voraussetzung für die soziale Befreiung des ausgebeuteten werktätigen deutschen Volkes."

4. Die „psychologischen Voraussetzungen" werden geschaffen

Eisenhower reetabliert deutsche „Soldatenehre"

Um die Remilitarisierung Westdeutschlands zu forcieren, wurden von amerikanischer Seite im Januar 1951 Schritte unternommen, die darauf abzielen, deutsche Militaristen, Generale und Offiziere der ehemaligen Nazi-Wehrmacht, auch Kriegsverbrecher schwersten Kalibers für die Partie des amerikanischen Krieges zu gewin-

nen. Der eine Schritt war die Reetablierung der deutschen „Soldatenehre" durch General Eisenhower, der andere die große Amnestie für Nazi-Kriegsverbrecher durch McCloy und General Thomas T. Handy. Über Zweck und Form des ersteren Schrittes unterrichtet der amerikanische Journalist Drew Middleton in der „New York Times" vom 24. Januar 1951 aus Frankfurt a. M.:

„Das Vorwärtskommen im Hinblick auf die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, von der Brüsseler Außenministerkonferenz im Dezember 1950 als ‚dringliche Maßnahme' festgestellt, war vernachlässigt, obwohl Beamte im Büro des amerikanischen Hochkommissars und General Dwight D. Eisenhower, der am meisten berühmte Fürsprecher für Stärke durch Einheit, ihr Bestes getan haben, um die Deutschen zur Aktion zu drängen.

Der Oberkommandierende gab heute morgen vor seiner Abreise nach Paris erneut eine Erklärung ab, die darauf berechnet war, die Deutschen, speziell die Militärs, zu überzeugen, daß der Westen bereit ist, sie als ehrenhafte Waffenkameraden anzuerkennen bei der Aufgabe des Wiederaufbaues der europäischen militärischen Macht.
General Eisenhower erklärte: ‚Ich sagte dem Kanzler und den anderen deutschen Herren, mit denen ich gestern abend gesprochen habe, ich sei zu der Überzeugung gekommen, daß ein tatsächlicher Unterschied zwischen den regulären deutschen Soldaten und Offizieren und Hitler und seiner verbrecherischen Gruppe bestehe. Ich glaube nicht, daß der deutsche Soldat seine Ehre verloren hat.'
Diese Feststellung war offensichtlich durch Beamte der Vereinigten Staaten inspiriert, die sich mit den deutschen Beschwerden zu befassen haben, daß die Ehre der deutschen Armee und ihrer Offiziere seit dem Krieg durch die Alliierten verletzt worden sei."
Diesem Bericht sei ein Kommentar der „Rhein-Neckar-Zeitung" angefügt, das „Der Morgen", Berlin, am 30. Januar 1951 zitierte: „Um Kriege zu führen, braucht man natürlich Soldaten. Was liegt näher, als nun den deutschen Landser in seiner gekränkten Ehre zu rehabilitieren, damit er wieder eine Knarre in die Hand nehme? Würde man den deutschen Soldaten jetzt nicht dringend brauchen, hätte General Eisenhower diesen Ausspruch bestimmt nicht getan, denn dazu hatte er ja über fünf Jahre Gelegenheit." Eisenhowers Erklärung ist auch insofern von Bedeutung, als er seinerzeit beim Einrücken der amerikanischen Truppen nach Deutschland erklärt hatte, daß für ihn k e i n Unterschied zwischen Nazis und anderen Deutschen bestehe.

Um die Handlungsweise des Generals Eisenhower ganz eindeutig zu charakterisieren, bringen wir in Erinnerung, was er in der ersten Nummer der „Neuen Zeitung", München, dem Organ der amerikanischen Militärregierung, am 18. Oktober 1945 als Einleitung schrieb: „Die Säuberung von Nazis und Nazitum wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln besorgt werden. Sie wird nicht nur Parteimitglieder betreffen, sondern alle jene, die — auf die eine oder andere Weise — Nutznießer des Nationalsozialismus gewesen sind. Es gibt keine ‚unentbehrlichen' Nationalsozialisten ...

Neben dem Nationalsozialismus muß aber auch der Militarismus vernichtet werden. Die äußere Entmilitarisierung Deutschlands wird erfolgreich durchgeführt, aber sie

allein bietet keine Sicherheit, daß Deutschland in der Zukunft die Welt nicht wieder in einen neuen Krieg zwingt. Der Militarismus muß aus der deutschen Gedankenwelt ausgerottet werden. Für alle Kulturvölker der Erde ist Krieg etwas an sich Unmoralisches. Die Deutschen aber müssen zu dieser selbstverständlichen Wahrheit erst erzogen werden. Auch hier muß das deutsche Volk die gefährlichen Keime seiner Philosophie ausrotten."

Eisenhowers Erklärung vom Januar 1951 ist auch unehrlich; er grenzt sich in Worten von Hitler und seiner Gruppe ab, und fast gleichzeitig werden mit seinem Wissen und Einverständnis Kriegsverbrecher, die der Hitler-Clique angehörten, von dem amerikanischen Hochkommissar und dem Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Europa amnestiert. Aber zum Zwecke der Wiederaufrüstung Westdeutschlands und des Krieges gegen die Sowjetunion verbündet sich Eisenhower gerade mit den Nazi-Kriegsverbrechern, die er als die brutalsten Feinde des Friedens und der Sowjetunion kennt und — schätzt. Sich mit denen auf gleichen Fuß stellen, die man mit Recht als Verbrecher an der Menschheit erklärt und verurteilt hat, charakterisiert auch diejenigen, die es tun.

Heute sind Eisenhower die ehemaligen Nazioffiziere unentbehrlich für den amerikanischen Krieg, den er den Deutschen aufzwingen will und für den er den deutschen Militarismus wiedererweckt und seinem unmoralischen Krieg dienstbar macht.

Amnestie für Nazi-Kriegsverbrecher — ein vorbereitender Akt für den amerikanischen Krieg

Im Dezember 1949 wurden aus dem Gefängnis in Landsberg durch die Teilamnestie der amerikanischen Besatzungsmacht 60 Kriegsverbrecher entlassen, die von den alliierten Militärgerichten in Nürnberg verurteilt waren und ihre Strafe längst nicht verbüßt hatten. Dieser erste umfassende „Gnadenakt" folgte zeitlich unmittelbar den Debatten im amerikanischen Repräsentantenhaus in Washington und dem daraufhin gefaßten Entschluß der USA-Regierung, die größte in der Geschichte dieses Landes dagewesene ökonomische und militärische Mobilisierung vorzunehmen.

Am 31. Januar 1951 erfolgte die zweite umfassende Gnaden- und Amnestie-Aktion für Nazi-Kriegsverbrecher durch den Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Thomas T. Handy, und den amerikanischen Hochkommissar für Deutschland, McCloy. Zehn von fünfzehn noch nicht vollstreckt gewesenen Todesurteilen wurden aufgehoben und in Gefängnisstrafen verwandelt. 36 zu Gefängnisstrafen verurteilt gewesenen Kriegsverbrechern wurde die Strafzeit erheblich nachgelassen. 32 Kriegsverbrecher wurden sofort auf freien Fuß gesetzt, ohne ihre Strafe abgebüßt zu haben. Das Urteil über den Kanonenkönig Alfried Krupp, der wegen Verwendung von Kriegsgefangenen und zwangsverschleppten ausländischen Arbeitern zu Sklavenarbeit und wegen unmenschlicher Behandlung derselben ganze 15 Jahre Gefängnis erhalten hatte, wurde gänzlich annulliert und ihm sein gesamtes, ihm durch Urteil abgesprochen gewesenes Vermögen zurückerstattet.

Dieser provokatorische Gnaden- und Amnestieerlaß von amerikanischer Seite fiel zeitlich zusammen mit der Inspektionsreise Eisenhowers, seinen dabei gepflogenen Verhandlungen mit der Bonner Regierung, mit deutschen Generalen und dem Sozial-

demokraten Ollenhauer, einem Vertreter von Dr. Schumacher, mit dem Versuch Eisenhowers — wie der amerikanische Journalist Drew Middleton sagte —, die Deutschen zur Aktion in bezug auf die Wiederaufrüstung zu drängen.

„Unter denen, deren Todesurteil durch die Amnestie in lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt wurde, befindet sich Oberstleutnant Joachim Peiper, Kommandeur einer Kampfeinheit, die 142 unbewaffnete amerikanische Soldaten, die sich während der Schlacht bei Malmedy in Belgien ergeben hatten, massakriert hat."

„Von speziellem Interesse unter den Entscheidungen McCloys war, daß er die Gefängnisstrafe von 20 Jahren des früheren Generalmajors Wilhelm Speidel durch die bisherige Haft als abgegolten erklärte. Er war Teilnehmer an den Erschießungen von Geiseln in der Sowjetunion. General Speidel ist ein Bruder des früheren Generalleutnants Hans Speidel, der Mitglied des westdeutschen Komitees ist, das mit den Alliierten über die mögliche Remilitarisierung Westdeutschlands verhandelt."

„In der gleichen Angelegenheit hat Mr. McCloy trotz eines großen Drucks von deutscher Seite die lebenslänglichen Gefängnisstrafen der ehemaligen Generale Wilhelm List und Walter Kuntze nicht geändert... Dagegen will McCloy auf Empfehlung des Amnestieausschusses die Möglichkeit prüfen, sie auf ärztliche Empfehlung hin freizulassen, wie es in ähnlichen Fällen in den USA Brauch sei." („The New York Times", 1. Februar 1951.)

Zu dieser Gnaden- und Amnestieaktion äußerte Professor Carlo Schmid, ein Führer der Sozialdemokratie, es sei bedauerlich, daß General Handy in der Urteilsrevision des Malmedy-Falles nicht weitergegangen sei.

Die Erschießung wehrloser Kriegsgefangener ist nach Meinung McCloys — um dessen eigene Landsleute es sich im „Malmedy-Fall" handelt — und des sozialdemokratischen Führers Carlo Schmid offenbar keine strafbare Angelegenheit. Sie solidarisieren sich durch ihre Haltung offen mit den Nazi-Kriegsverbrechern, und die werden das zu schätzen verstehen. Schmid befindet sich damit in Übereinstimmung mit seinem britischen Parteifreund, dem Labour-Abgeordneten und Verteidiger im Prozeß gegen den früheren Generalfeldmarschall von Manstein, Reginald Paget, der nach einer Meldung des „Wiesbadener Kurier", vom 2. November 1950, im Unterhaus eine Rehabilitierung der ehemaligen deutschen Wehrmacht forderte. Deutsche Soldaten, die wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden, sollten freigelassen werden, um die „richtigen Deutschen in die westliche Verteidigungsstreitmacht zu bekommen". Zuvor schon, im Juli 1950, hatte Lord Hankey, während des zweiten Weltkrieges Mitglied des britischen Kriegskabinetts in London, eine sofortige Amnestie für deutsche und japanische Kriegsverbrecher gefordert. Er sagte: „Wenn wir über die gegenwärtige Drohung des Kommunismus siegen wollen, müssen wir alle Meinungsverschiedenheiten begraben und nach Freundschaft mit unseren früheren Kriegsgegnern streben." (Bornemann-Dienst, Düsseldorf, Juli 1950.) Und der britische Hochkommissar für Deutschland, Kirkpatrick, sagte Mitte Januar 1951 in einem Interview, das er in Berlin gab: „Wenn ich wollte, wie ich könnte, fände ich es richtig, die Urteile über die Spandauer Kriegsverbrecher Heß, Raeder, Dönitz und Co. zu revidieren. Aber das ist nicht so leicht. Zwar betrachte ich es als meine Pflicht, die Fälle aller deutschen Kriegsverbrecher zu überprüfen, doch liegt das in der Hand

aller vier Besatzungsmächte, und ich glaube kaum, daß die Sowjetunion ihren Standpunkt geändert hat." („Nachtexpreß", Berlin, 17. Januar 1951.)

Anfang Februar waren durch die Westmächte folgende der namhaftesten deutschen Kriegsverbrecher auf freien Fuß gesetzt:

Die ehemaligen Generale:

Hollidt, Otto Woehler, Wilhelm Speidel, Ernst von Leyser.

Die ehemaligen Staats- und Parteifunktionäre:

Der ehemalige Staatssekretär im Reichsjustizministerium Josef Altstetter; der ehemalige Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP und Gauleiter Bohle; die ehemaligen Staatssekretäre im Außenministerium von Weizsäcker; Steengracht von Moyland; der ehemalige Nazibotschafter Woermann; der ehemalige Reichspressechef Otto Dietrich; der ehemalige Reichsbauernführer Walter Darré; der ehemalige Stellvertretende Reichsjustizminister Franz Schlegelberger; der ehemalige Reichsanwalt beim Volksgerichtshof Günter Joel; der ehemalige Nazijurist Ernst Lautz; der ehemalige Ministerialrat Wilhelm von Ammon; der ehemalige Leiter des Planungsamtes Hans Kehrel; der ehemalige Staatssekretär und Wirtschaftsberater Hitlers, Wilhelm Keppler; der ehemalige Reichsfinanzminister Graf Lutz von Schwerin-Krosigk; der ehemalige Nazijurist Kurt Rothenberger.

Aus dem Stab der SS-Führung, der für die Verbrechen in den Konzentrationslagern verantwortlich ist:

Die ehemaligen SS-Offiziere Erwin Tschentscher; Hans Loerner; Hans Bayer; Hans Bobermin; Hermann Pock; Max Kiefer; Hans Hohberg; der Verantwortliche für die in den Konzentrationslagern durchgeführten medizinischen Experimente Helmut Poppendick.

Die ehemaligen Funktionäre des Rassenhauptamtes:

Fritz Schwalm; Heinz Brückner; Herbert Hübner.

Industrielle:

Der ehemalige Präsident der Reichsbank Emil Puhl; die IG-Farben-Direktoren Georg von Schnitzler und Fritz ter Meer; der Großindustrielle Friedrich Flick; der Kanonenkönig Alfried Krupp von Bohlen und Halbach; die Krupp-Direktoren Friedrich von Bülow; Erich Müller; Eduard Houdremont; Friedrich Janssen; Karl Eberhardt; Max Ihm; Heinrich Kerschan; Heinrich Lehmann; der Direktor der Dresdner Bank Karl Rasche.

Inzwischen sind weitere Freilassungen von britischer und französischer Seite erfolgt. Heuchlerisch erklärt McCloy in seinem Vierteljahresbericht (1. Januar bis 31. März 1951), daß die Gnaden- und Amnestieaktion durch keinerlei politische Rücksichten beeinflußt gewesen sei. Es ist klar, daß das Gegenteil der Fall ist. Diese umfassende Amnestierung von Nazi-Kriegsverbrechern durch die amerikanische Besatzungsmacht ist von weittragender Bedeutung im Hinblick auf den von den USA vorbereiteten Krieg. Nach der Konzeption, die der Amnestieaktion zugrunde liegt, ist der Krieg nicht mehr, wie Eisenhower 1945 noch durchaus richtig schrieb, „an sich etwas Unmoralisches". Die Brandstifter eines neuen Krieges dürfen daher für ihr

verbrecherisches, menschen- und friedensfeindliches Handwerk nicht persönlich zur Verantwortung gezogen werden, wie es nach der Jurisdiktion der Alliierten bei den Kriegsverbrecherprozessen geschah. Durch die Gnaden- und Amnestieaktion an den Verbrechern des zweiten Weltkrieges wollen sich die Brandstifter des dritten Weltkrieges im voraus amnestieren.

Wenn man sich die Liste der Amnestierten und der deutschen Generale und Offiziere ansieht, die den amerikanischen Krieg, den dritten Weltkrieg, vorbereiten helfen, dann hat man eine greifbare Vorstellung von der Wiederherstellung des deutschen Militarismus, den Eisenhower 1945 ausrotten wollte. Mit der „Anerkennung der deutschen Soldatenehre", mit dem Verzicht auf die Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher des ersten Weltkrieges, hatte seinerzeit der deutsche Militarismus eine entscheidende Schlacht an der „psychologischen Front" gewonnen. Die Folgen der Wiedererstarkung des deutschen Militarismus sind bekannt und seine Zählebigkeit und Grausamkeit auch. Die letztere gerade suchen die Korea-Schlächter für ihren Krieg in Europa nutzbar zu machen.

„Beendigung des Kriegszustandes" — aber kein Friedensvertrag

Zum Zwecke der „psychologischen Kriegsvorbereitungen" wurde am 9. Juli 1951 von den drei westlichen Besatzungsmächten ein besonders grober Schwindel in Szene gesetzt.

„Am 9. Juli 1951 haben die drei Westmächte durch ihre Hohen Kommissare auf dem Petersberg der Adenauer-Regierung mitteilen lassen, daß sie den Kriegszustand mit Deutschland als beendet betrachten. Diesem Schritt ist eine weitere Zahl anderer Mächte gefolgt.

Der wahre Sinn dieser Erklärung besteht darin, die letzten formellen Hindernisse zu beseitigen, um Deutschland beschleunigt in das aggressive Nordatlantikpaktsystem einzubeziehen und in schnellerem Tempo in eine Rüstungs- und Aufmarschbasis für den geplanten Krieg gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik zu verwandeln.

Das deutsche Volk fordert sechs Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges eine wirkliche Beseitigung des Kriegszustandes durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Der Betrug der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am deutschen Volke wird durch den USA-Präsidenten Truman in seinem Schreiben an den Kongreß selbst enthüllt. Er schreibt wörtlich: ‚Die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland wird den Status der Besatzung nicht berühren. Die Rechte der Besatzungsmächte leiten sich aus der Eroberung Deutschlands her, durch die Beendigung des Kriegszustandes geben wir diese Rechte nicht auf.'

Aus den Erklärungen der Westmächte und diesem Schreiben Trumans ergeben sich eindeutig folgende Tatsachen:

1. Die Westmächte verweigern dem deutschen Volk nach wie vor den ihm zustehenden Friedensvertrag.

2. Die Westmächte halten ihr Besatzungsregime unverändert aufrecht und wollen den Zustand der Besetzung Deutschlands verewigen. Artikel 3 des Besatzungsstatuts

bleibt bestehen, der die uneingeschränkte volle Gewalt der Besatzungsmächte ausdrücklich festlegt.

3. Die Spaltung Deutschlands soll aufrechterhalten werden, weil die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands den Frieden in Europa bedeuten würde und somit ihren Plänen der Vorbereitung eines neuen Krieges entgegensteht.

4. Die Westmächte ignorieren das Potsdamer Abkommen, das die Besatzungstruppen verpflichtet, die Wurzeln des Faschismus und Militarismus zu beseitigen und den Ausbau einer neuen, demokratischen Ordnung eines einheitlichen Deutschlands zu ermöglichen. Diese Mißachtung des Besatzungszweckes macht die westlichen Armeen zu völkerrechtswidrigen Interventionstruppen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt feierlich, daß der Schritt der westlichen Staaten den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes widerspricht, im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen steht und deshalb keinerlei Rechtskraft und keinerlei internationale Autorität besitzt.

... Das deutsche Volk will den Frieden. Die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland noch im Jahre 1951 beweist eindeutig den Friedenswillen des deutschen Volkes."

(Aus der Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten vor dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, 17. Juli 1951)

5. Der deutsche Generalstab im Aufbau und in Funktion

Der Generalstab — die Keim- und Energiezelle des wiederaufgerichteten deutschen Militarismus

Die Keimzelle des deutschen Militarismus und sein Energiezentrum war immer der Generalstab preußisch-deutscher Prägung. Wie nach der Niederlage von 1918 hat er auch nach der von 1945 trotz Auflösung durch die Siegerstaaten unter den mannigfaltigsten Tarnungen fortexistiert. Nach 1918 war der preußisch-deutsche Generalstab wenn auch auf Geheiß der Entente offiziell aufgelöst, die dem deutschen Imperialismus verbliebene machtpolitische Keimzelle. Das Große Hauptquartier unter Hindenburg und Groener war der Kristallisationspunkt der deutschen Konterrevolution. Ihr Sieg war Vorbedingung des Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus. Die Repräsentanten des deutschen Militarismus ließen „ihren Kaiser" fallen und behaupteten sich dank ihres Bündnisses mit den Führern der deutschen Sozialdemokratie, den geistigen Vätern der Schumacher, Ollenhauer usw.; das war zu einer Zeit, als der spätere „Führer" noch als kleiner Spion bei der Reichswehr in Bayern angestellt war.

Nachdem die Militaristen mit Hilfe der Sozialdemokratie den deutschen Imperialismus und ihre eigene Macht wieder gefestigt hatten, wechselten sie den Bündnispartner und halfen Hitler auf den Thron, dessen Helfer, militärische Planer und Führer sie bis zur totalen Niederlage waren. Als die sichere Niederlage bereits in Sicht war, orientierte sich eine kleine Gruppe deutscher Militaristen auf den Westen und bot den gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion an; um den Preis der Erhaltung der unter den damaligen Umständen größtmöglichen Macht des deutschen Militaris-

mus und Imperialismus war diese Fraktion bereit, „ihren Führer" zu opfern. Das war die Gruppe, die am 20. Juli 1944 den stümperhaft organisierten Anschlag gegen Hitler unternahm. Die Orientierung auf den Westen wurde noch während der Kapitulation, im Mai 1945, durch den vom „Führer" zum Führer ernannten Admiral Dönitz versucht. In einer Rundfunkrede sagte er: „Unsere politische Linie ist sehr klar... Wir müssen mit den Westmächten zusammengehen und mit ihnen in den Westzonen arbeiten; nur in der Zusammenarbeit mit ihnen können wir darauf hoffen, später unser Land von den Russen wiederzugewinnen."

Das Odium der Niederlage in dem vom deutschen Generalstab organisierten und geführten Krieg durfte nicht an ihm haften. Dieser Stellungswechsel vollzog sich nicht „nach Plan", woran allerdings die Westmächte keine Schuld trugen. Und wenn heute die Westmächte den deutschen Militarismus mit Gewalt wieder auf die Beine stellen, dann kann man wohl sagen, daß das ein beachtlicher Erfolg des Besiegten von gestern gegenüber dem Sieger ist. Das Scheitern ihrer Pläne bleibt keinem der beiden Partner erspart.

Immerhin haben die Versuche von 1944 und 1945 ein Alibi für die Fraktion des deutschen Militarismus geschaffen, die seit 1945 als Mittler zu den Westmächten in Erscheinung tritt zum Zwecke der Reetablierung des deutschen Militarismus, was nicht besagt, daß die anglo-amerikanischen Kriegsmacher auf die Dienste anderer deutscher Militaristen verzichten. Bescheiden zunächst traten sie auf als Memoirenschreiber, dann in ihren Forderungen immer anspruchsvoller werdend, je dringlicher ihre Dienste von den anglo-amerikanischen Kriegsmachern benötigt werden. 1945 war die Niederlage des deutschen Imperialismus verheerender als 1918, aber die Bedingungen für die Wiedererstarkung des deutschen Militarismus waren insofern günstiger, als diesmal der amerikanisch-britische Imperialismus auf der schnellen und umfassenden Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus besteht.

Halder und Guderian — zwei Generalstabschefs Hitlers in USA-Sold

Zu den ersten deutschen Militärexperten, die von den Amerikanern gechartert wurden, gehören der einstige Chef des Generalstabes der Nazi-Wehrmacht, Generaloberst Franz Halder, und der nach dem 20. Juli 1944 von Hitler als Generalstabschef berufene Generaloberst Heinz Guderian. Halder trat in der „Historischen Abteilung" beim Stab der amerikanischen Besatzungsmacht in Sold. Sein 1949 in München erschienenes Buch „Hitler als Feldherr" erreichte durch Förderung der amerikanischen Besatzungsmacht eine Auflage von 100 000 Exemplaren. In dem Buch wird die Goebbels-Lüge erneut serviert, Hitler sei mit seinem Angriff auf die Sowjetunion einem russischen Angriff in letzter Minute zuvorgekommen. Der Versuch, Hitlers heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion und den dadurch begangenen zynischen Bruch eines internationalen Vertrags zu rechtfertigen, hat für die amerikanischen Kriegstreiber einen sehr aktuellen Wert. Das Buch Halders hilft den geplanten amerikanischen Überfall auf die Sowjetunion psychologisch vorbereiten.

Guderian, Hitlers letzter Generalstabschef, unternimmt es, die neue Dolchstoßlegende zu fabrizieren. In einer bei Vohwinkel, Heidelberg, Anfang 1951 erschienenen Broschüre verficht Guderian die These, „rückschauend betrachtet" habe Hitlers

Kampf Europa gegolten. „Unsere Soldaten kämpften und fielen für Europa, auch wenn sich der einzelne dieser Tatsache nicht bewußt war ..."

Und weiter schreibt er: „Die Westmächte verbündeten sich 1941 mit Rußland, landeten 1944 in der Normandie im Rücken der Deutschen und brachen die Kraft Deutschlands, als es in seinem schweren Ringen gegen die Sowjetunion bereits um sein nacktes Leben kämpfte ..." („Schwäbische Zeitung", Leutkirch/All., 17. April 1951.)

Generaloberst Guderian war Generalstabsoffizier und Führer der deutschen Tanktruppen im ersten Weltkrieg und gilt in der kapitalistischen Welt als einer der besten Panzerwaffenspezialisten. Am 5. Dezember 1950 schrieb die in Westdeutschland erscheinende illustrierte Zeitschrift „Quick": „Der ehemalige Panzergeneral Hitlers, Generaloberst Guderian, schreibt in Dietramszell (Oberbayern) an seinen Memoiren. Den Hauptteil bilden seine Erlebnisse an der Ostfront. Der amerikanische Senator McCarthy bezeichnet Guderians Abhandlungen über die Panzererfahrungen im Osten als Bibel für den amerikanischen Generalstab. Dem Berichterstatter des ‚Quick' gegenüber dementierte Guderian die Gerüchte, daß er nach Amerika gehen wolle." Inzwischen war er in Amerika. Der „General-Anzeiger" von Bonn meldete am 25. Januar 1951, daß Guderians Flug nach den USA in Bonn stärkste Beachtung gefunden habe. Es könne sich nicht lediglich um Routinebesprechungen über Fragen der Wiederaufrüstung gehandelt haben. Der Flug ging über Kairo, wo Guderian drei Tage in der USA-Botschaft wohnte!

„Mit der Reaktivierung des nazistischen Geheimdienstes, der unter dem Namen ‚Die Abwehr' bekannt geworden ist, wurde nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle, wie die Nachrichtenagentur Telepress berichtet, der frühere Generaloberst Heinz Guderian von amerikanischen Militärbehörden beauftragt. Guderian habe, wie Telepress aus der gleichen zuverlässigen Quelle weiter mitteilt, bereits aus ehemaligen Naziabwehragenten eine Rahmenorganisation geschaffen. Die Amerikaner haben Guderian die von ihnen erbeuteten Filme und Akten des deutschen Geheimdienstes überantwortet. Guderian untersucht ... jetzt die Möglichkeiten, die gegeben sind, um das zerrissene Netz des Geheimdienstes ‚in Deutschland und dem Ausland' wieder zusammenzuflicken ...

Die neue ‚Abwehr' hat von den amerikanischen Auftraggebern Guderians laut Telepress folgende Befehle erhalten:

1. Guderians Geheimdienst soll sich in die faschistischen Untergrundorganisationen in den europäischen Ländern einschleichen und mit ihnen zusammenarbeiten.

2. Wo immer möglich, soll der Geheimdienst seine Agenten in die Arbeiterorganisationen infiltrieren.

3. Generell soll der Geheimdienst darauf bedacht sein, die alten Stellungen der Naziabwehr neu zu organisieren und neu zu beleben.

Als der geistige Vater des ‚Unternehmens Guderian' wird Allan Dulles bezeichnet, der Bruder des einflußreichen bekannten republikanischen Politikers in den USA, John Foster Dulles. Allan Dulles gilt als ehemaliger Agent des amerikanischen Geheimdienstes ‚O. S. S.' in der Schweiz." („Tägliche Rundschau", Berlin, 20. Januar 1951.)

Halder und Guderian sind bei weitem nicht die einzigen Koryphäen des ehemaligen Generalstabes der Naziwehrmacht und des deutschen Militarismus, die den Amerikanern ihre militärischen Erfahrungen verkaufen und ihnen auch die Kriegspläne gegen die Sowjetunion suggerieren und ausarbeiten mit der Berechnung, dabei eine größtmögliche Stärkung des deutschen Militarismus herauszuschlagen.

Bemerkenswert ist, daß unter den ehemaligen höheren Offizieren der einstigen Naziwehrmacht, die aktiven Anteil an der Wiederaufrichtung des Militarismus in Westdeutschland nehmen, zahlreiche Namen von Junkergeschlechtern auftreten, die mit der Geschichte des deutschen Militarismus unlösbar verknüpft sind, und anderseits solche, die Waffengattungen vertreten, die für den amerikanischen Aggressionskrieg am begehrtesten sind: Panzerwaffe, Luftwaffe, besonders Kampfflieger und spezielle Einheiten zur Vernichtung von Panzern aus der Luft, Fallschirmjäger, alle Arten Artillerie usw.

Der deutsche Generalstab existiert offiziell noch nicht. Aber auch ohne sein Vorhandensein als offizielle Institution ist eine Koordinierung der Tätigkeit und vielfältigen Bestrebungen zur Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus feststellbar. Ein Kristallisationspunkt und Organisationszentrum mit offiziellem Charakter existiert in dem Adenauer direkt unterstellten „Sicherheitsamt", den Adenauer direkt beigeordneten militärischen Beratern und den Militärexperten der deutschen Delegation beim „deutsch-alliierten Sicherheitsausschuß", die in Paris die Verhandlungen über die Einordnung Westdeutschlands in den „westeuropäischen Verteidigungsplan" führt.

Theodor Blank und das „Sicherheitsamt"

Dem „Sicherheitsamt" steht Theodor Blank vor. Er gehört dem Bonner Parlament als CDU-Abgeordneter des Wahlkreises Borken-Bocholt an. Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, nahm er 1945 nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft am Wiederaufbau der Gewerkschaften teil und gehört dem Deutschen Gewerkschaftsbund an. Mitte Oktober 1950 wurde er in der Presse als deutsches Milglied im „deutsch-alliierten Sicherheitsausschuß" genannt und am 26. Oktober 1950 ernannte ihn Adenauer zum „Beauftragten der Bundesregierung für alle Fragen, die mit der Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen zusammenhängen". Das ist eine Umschreibung seiner eigentlichen Funktion, denn kaum einen Monat nach seinem Amtsantritt übernahm seine Dienststelle die Funktionen und die führenden militärischen Mitarbeiter der bis dahin beim Bundeskanzler existierenden Dienststelle des Grafen Schwerin, von der und von dem noch die Rede sein wird.

In einem Interview, das Blank Anfang Dezember 1950 einem Vertreter der amerikanischen Agentur Associated Press gegeben hat, behauptete er: „Ich bin kein Verteidigungsminister, wie einige Leute behaupten, ich bin ein Zivilist auf einem halbmilitärischen Posten." Im übrigen sprach er aber als Verteidigungsminister. Er betonte, „es ist unsere deutsche und europäische Pflicht, die europäische Armee schnell zu schaffen". Eine deutsche Beteiligung in einer europäischen Armee hält Blank für unbedingt erforderlich. Als Voraussetzung für eine deutsche Beteiligung nannte er die unbedingte Gleichberechtigung, „auf die wir sicher nicht mehr allzulange zu

warten brauchen". Die Unterbringung der Truppen bereite weniger Kopfschmerzen. „Wie gesagt, Kasernen haben wir genug. Jetzt fehlen nur noch deren Bewohner."

In einer Unterredung mit UP (United Press) am 3. Dezember wies „der Sicherheitskommissar" Theodor Blank darauf hin, daß die Dienststelle Graf Schwerin restlos aufgelöst sei. Wenn er einige Mitarbeiter dieses Amtes (Achim Oster, der Sohn des ehemaligen Generals Oster, Axel von Busche und Graf Kielmannsegg) übernommen habe, so nur wegen ihrer Eignung als Berater in militärtechnischen Fragen, die sich auf die Unterbringung vermehrter alliierter Truppen im Bundesgebiet beziehen. („Frankfurter Rundschau", 4. Dezember 1950.)

Um den Wert der letzteren Behauptung zu ermessen, muß man wissen, welche Funktion Graf Schwerin bis zu seiner Entlassung offiziell ausgeübt hat.

Graf Schwerin — Nazigeneral und internationaler Agent

Das englische Journal „The New Statesman and Nation" vom 1. Juli 1950 bezeichnete als „eigentlichen Macher der Remilitarisierung in Westdeutschland Graf von Schwerin, zuletzt Kommandeur der 116. Panzerdivision". Am 13. September 1950 meldete die „Neue Zeitung", München: „Der ehemalige Panzergeneral Graf Gerhard Schwerin steht dem Bundeskanzler ‚nach Bedarf zur Beratung in technischen Fragen der Sicherheit zur Verfügung'. Damit hat der Bundeskanzler Berater für das Sicherheitsproblem aus den Reihen ehemaliger Generale herangezogen." Das geschah mit dem Einverständnis der westlichen Besatzungsbehörden. Dafür spricht auch Schwerins Vergangenheit. Hierzu einige Angaben aus dem amerikanischen Magazin „Newsweek" vom 2. Oktober 1950: „Im August 1939 diente General Graf von Schwerin im Generalstab in Berlin. Er suchte Verbindung mit Offizieren des Geheimdienstes der Westmächte und erklärte ihnen, daß eine Gruppe von höheren deutschen Offizieren bereit wäre, Hitler zu ermorden, wenn die Westmächte während des kommenden polnischen Feldzuges Neutralität bewahren würden."

„Nach dem Waffenstillstand 1918 wurde Schwerin Vertreter einer Ölfirma, für die er mehrfach Polen und Rumänien besuchte. 1930 reiste Schwerin durch die USA und wurde geheimer Experte (intelligence expert) für die amerikanischen und britischen Armeen. Im zweiten Weltkrieg war er an der russischen Front als Kommandeur der 116. Panzerdivision. Im April 1950 machte Schwerin einen privaten Besuch in London — der erste eines deutschen Generals —, um dort die Wiedererrichtung einer deutschen Armee mit militärischen Führern und konservativen Politikern zu besprechen. Nach der Reise wurde er von Adenauer zu einem Bericht eingeladen, und der Kanzler war erfreut, einen professionellen Soldaten mit einer klaren politischen Auffassung in ihm zu finden."

Diese „Zierde" des Generalstabes der Wehrmacht Hitlers ist genau wegen seiner Vergangenheit als internationaler Agent der Ölmagnaten und fremden Spionagedienste der bestgeeignete Mann für die Remilitarisierung Westdeutschlands für die Zwecke des amerikanischen Krieges gewesen, und seine Amtsenthebung ist noch keine Funktionsenthebung. Er mußte gehen, weil er „über die gesetzlichen Grenzen hinaus" gegangen ist. Das „Hamburger Abendblatt" vom 16. Oktober läßt sich über den Entlassungsgrund wie folgt aus:

„Zum Aufbau einer Schutzpolizei und ‚Schutztruppe' hat sich Graf Schwerin an ‚seine Windhunde', also die Leute seiner früheren Division gewandt. Er trat an den Vorsitzenden des Bundes der versorgungsberechtigten ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und Hinterbliebenen, Admiral a. D. Gottfried Hansen und General Linde heran. ‚Diese beiden Herren haben jedoch in völliger Verkennung der Situation eine Art von Regimentsbefehle herausgegeben, die zu diesem ganzen Durcheinander führten.'" Schwerin wurde Ende Oktober entlassen, sein Stab arbeitet im Amt Blank weiter.

Gebrüder Speidel & Co.

Auch einige „Mitarbeiter" dieses Stabes verdienen eine kurze Charakteristik. Die meistgenannten sind die Generale Dr. von Speidel, Heusinger und Generalstabsoberst Graf von Kielmannsegg, die „auf Grund ihrer besonderen Sachkenntnis über die russische Kriegführung" in ihre jetzige Stellung berufen wurden. General Heusinger gehörte der Operationsabteilung des Generalstabes der Naziwehrmacht beim Überfall auf die Sowjetunion an. Bei Speidel kommen noch einige andere Spezialitäten hinzu, die ihm zu seinem jetzigen Amt verholfen haben. Er ist „ein alter international anerkannter Generalstabsoffizier, der zwischen den beiden Weltkriegen zuerst als Militär und später als Kaufmann lange Zeit in England und Amerika verbracht hat". („Aachener Nachrichten", 10. Oktober 1950.) Speidel hat also eine ähnliche Vergangenheit wie Schwerin. Hier ist auch nochmals auf die Amnestierung von Speidels Bruder, des ehemaligen Generalmajors Wilhelm Speidel, einzugehen. Drew Middleton sagte in der „New York Times" vom 1. Februar 1951 (siehe oben) nicht mit Unrecht, der Fall Speidel sei „von speziellem Interesse". Näher erklärt das die „Süddeutsche Zeitung", München, in ihrer Nummer 26 vom 1. Februar 1951, in der nicht uninteressante Einzelheiten über die Freilassung der Kriegsverbrecher berichtet werden. Es heißt da zum Beispiel:

„Für elf Uhr haben Krupps Anwälte eine Pressekonferenz in Aussicht gestellt. Während der Goggl-Direktor inzwischen den Kruppleuten ein Sektfrühstück serviert — ‚statt Blumen' —, treffe ich Wilhelm Speidel. Es interessiert mich zu erfahren, wie ihm zumute gewesen sein mag, als er im Gefängnisgarten Unkraut jätete, während sein Bruder mit Amerikanern über deutsche Wiederaufrüstung konferierte. Speidel, 56 Jahre alt, verzieht sein hageres Gesicht zu einem vielsagenden Grinsen: ‚Ich habe in dieser Frage mit meinem Bruder aufs engste zusammengearbeitet.' Und wenig später berichtet mir der Landsberger Vertrauensmann der ehemaligen deutschen Generalität über gewichtige Besprechungen der Gebrüder Speidel im Landsberger Kriegsverbrechergefängnis. Der Vertrauensmann hat auch sogleich eine schriftlich fixierte Stellungnahme zur Hand, die zum Ausdruck bringt, daß man die Frage der Diffamierung der deutschen Soldatenehre noch lange nicht als abgeschlossen betrachtet."

Auch Wohnungsbauminister Wildermuth gehört dem deutsch-alliierten Sicherheitsausschuß an. Er „hat sich in den Jahren 1919—1920 als Militär- und Polizeichef bei der Bekämpfung von Unruhen bewährt, ist im zweiten Weltkrieg Oberst und Ritterkreuzträger gewesen und vereinigt somit polizeiliche, militärische und poli-

tische Erfahrungen". („Aachener Nachrichten", 10. Oktober 1950.) Man fragt sich nur, weshalb ausgerechnet diese Eigenschaften den Konterrevolutionär aus den deutschen Revolutionskämpfen und Oberst a. D. zum Wohnungsbauminister befähigen. Allerdings, da sich das Bonner Wohnungsbauministerium ausschließlich mit dem Bau von Offizierswohnungen, Kasernen und anderen militärischen Bauten zu befassen hat, ist dieser Mann am rechten Platz, nur trägt sein Amt einen falschen Namen.

Minister Dr. Spiecker

Der deutsche Generalstab existiert offiziell noch nicht, aber er weiß, wo in der Welt verstreut Reserven des deutschen Militarismus sitzen und auf ihren Abruf warten. Als Emissär Adenauers fuhr sein Parteifreund Dr. Spiecker, Handelsminister in Nordrhein-Westfalen, im August 1950 nach Südamerika zum Zwecke der „Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen". Die „Freie Presse", Berlin, veröffentlichte am 4. Januar 1951 folgende Begebenheit von dieser Reise: „Die in Buenos Aires sitzende Blüte der nach dort geflüchteten Nazis und ihre argentinischen Komplicen hatten sich zusammengetan, um zu Ehren Dr. Spieckers einen Herrenabend zu veranstalten, an dem auch Galland, Rudel und Baumbach, bekannte höhere Offiziere der Göringschen Luftwaffe, teilnahmen. An der Wand des Festsaales ein lebensgroßes Hitler-Bild, flankiert von Hakenkreuzfahnen. Auf den Tischen Hakenkreuzwimpel. Das Streichorchester spielte das ganze SA-Repertoire ... Spiecker flog auch anläßlich seiner dreiwöchigen Anwesenheit in Argentinien nach Cordoba, Mendoza und Patagonien, dorthin, wo Tausende der nach Argentinien entkommenen Nazis von ihren Kriegsabenteuern ausruhen ... Und was tat er da? Im Lager 76 bei Stuttgart sind von Ende Oktober bis Ende November vorigen Jahres mehr als 400 Nazi-Kriegsspezialisten eingetroffen, direkt aus Argentinien: Fachleute für Raketenwaffen und chemisches Kriegsmaterial und ehemalige SS-Offiziere. Die Reisekosten hat Herr Adenauer bezahlt gegen die Verpflichtung der Rückkehrer, in das Bundesheer einzutreten. Diese Leute sind von Herrn Dr. Spiecker ausgesucht worden, mit gütiger Unterstützung und dem Segen des Generals Peron."

Die Mission Spieckers bedarf einiger Erläuterungen in bezug auf Argentinien als Naturschutzpark für deutsche Kriegsverbrecher und in bezug auf die Person Spieckers und seine Beziehungen. Argentinien ist für den deutschen Imperialismus seit vielen Jahrzehnten ein bedeutender Kapitalanlageplatz und Absatzmarkt für Industrieprodukte aller Kategorien. Der Einfluß des deutschen Imperialismus erstreckte sich auch auf die Politik des Landes, und war insbesondere in der Armee bedeutend. Nach dem ersten Weltkrieg bereits war Argentinien ein gut frequentiertes Zufluchtsland für ehemalige kaiserliche Offiziere und ein Übungsfeld besonders für die damals in Deutschland verbotene Militärfliegerei. Von 1933 an waren die Beziehungen des Nazismus zu dem argentinischen Diktator Peron besonders eng. Die Nazis betrachteten Argentinien als einen Brückenkopf auf dem amerikanischen Kontinent gegen den USA-Imperialismus.

Dr. Spiecker hatte sich nach dem ersten Weltkrieg um die Wiedererstarkung des deutschen Militarismus „verdient" gemacht als preußischer Regierungsvertreter

in Oberschlesien während der von deutschen Freikorps und Schwarzer Reichswehr provozierten Kämpfe. Sein Name wurde seinerzeit viel in Zusammenhang mit den in Oberschlesien verübten Fememorden genannt. Authentisches darüber teilt der einstige Generalstabsoberst Freiherr W. von Oertzen in seinem Buch: „Die deutschen Freikorps, 1918—1923", München 1936, mit. v. Oertzen war einer der aktivsten Schrittmacher der Wiederaufrichtung und des Wiedererstarkens des deutschen Militarismus nach dem ersten Weltkrieg. Über Spieckers Tätigkeit in Oberschlesien schreibt er:

„In jener Zeit des erbitterten unterirdischen Kampfes der Spezialpolizei in Oberschlesien ist das entstanden, was man später als Feme bezeichnet hat ... Aus der Notwendigkeit des Augenblicks heraus mußte gehandelt werden, und wenn bei einer der Gruppen der Spezialpolizei die Nachricht einlief, daß dieser oder jener, den man für einen Freund gehalten hatte, mit den Polen gemeinsame Sache mache oder den Franzosen irgendeinen Dienst erwiesen habe, so konnte man ihm nicht etwa mit dem Dolch einen Femebrief an den Türpfosten heften und ihn vor ein Femegericht zitieren. Dann mußte er sehr schnell und möglichst unauffällig verschwinden. Und zwar verschwinden, ohne je wieder aufzutauchen. Und das geschah. Geschah damals in Oberschlesien zu einer Zeit, in der nur die Frage ausschlaggebend war: hie deutsch, hie polnisch, durchaus mit der schweigenden Zustimmung von Gewerkschaftsführern und sozialdemokratischen Parteifunktionären. Geschah mit der Zustimmung eines Herrn Severing wie mit der eines Zentrumspolitikers wie des späteren Ministerialdirektors Dr. Spiecker."

In den Jahren unmittelbar vor Beginn des zweiten Weltkrieges lebte Dr. Spiecker als „Emigrant" in Frankreich und wurde vom „Zweiten Büro" des französischen Generalstabes, dem militärischen Spionagezentrum Frankreichs, finanziert.

Der päpstliche Nuntius in Bonn

In den Jahren seiner Emigration in den USA während des zweiten Weltkrieges hat Spiecker engen Kontakt mit der Strasser-Gruppe, der sogenannten Schwarzen Front, gehalten, was den nunmehrigen Handelsminister von Nordrhein-Westfalen für seine Werbetätigkeit in Argentinien besonders geeignet erscheinen ließ. Außerdem hat er in den Jahren seines Aufenthalts in den USA enge Beziehungen zum höheren Klerus der katholischen Kirche unterhalten, der in den USA einen außergewöhnlichen politischen Einfluß hat. Das Bündnis Vatikan—Wallstreet ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Deutschlandpolitik der USA. Dem Einfluß des Vatikans ist im wesentlichen mit die Aufspaltung Deutschlands zuzuschreiben, denn der Vatikan ist an der Erhaltung seines Einflusses auf West- und Süddeutschland stark interessiert, handelt es sich da doch um Gebiete, in denen teilweise die katholische Bevölkerung überwiegt. Das übereinstimmende Interesse von Vatikan und Wallstreet in bezug auf Deutschland dokumentiert sich u. a. auch darin, daß der amerikanische Erzbischof Aloysius J. Muench, Bischof von Fargo, N. D. im März 1951 zum päpstlichen Nuntius für Deutschland ernannt wurde. Er führte die Mission des Vatikans in Deutschland seit 1945 als apostolischer Inspektor und apostolischer Regent. (Vierteljahresbericht von McCloy, 31. März 1951.)

Den politisch bedeutsamen Posten des päpstlichen Nuntius bekleidete in den Jahren der Weimarer Republik der jetzige Papst als Nuntius Pacceli. Die Stellung des Katholiken Adenauer und einiger seiner wichtigen Mitarbeiter aus der früheren Zentrumspartei, zum Beispiel Dr. Spiecker, und die Remilitarisierung in Westdeutschland müssen unbedingt auch unter dem Gesichtspunkt des vatikanischen Einflusses gesehen werden.

Nochmals: Die „Bruderschaft"

In dem Bericht über Spieckers Reise ist u. a. der Name Rudel genannt. Es handelt sich um den früheren Oberst der Luftwaffe, Hans-Ulrich Rudel. Unter seiner Leitung wird in Südamerika das sogenannte „Kameradenwerk" organisiert „zur Unterstützung in Not befindlicher ehemaliger Soldaten ohne Existenz und aller noch in Haft befindlichen Soldaten der ehemaligen Nazi-Wehrmacht". Wie bei ähnlichen Organisationen in Westdeutschland handelt es sich um eine getarnte Nazi- bzw. militärische Organisation. Rudel ist ohne Zweifel eine Schlüsselfigur in der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus, sofern es sich um die in Südamerika befindenden „Reserven" handelt. Obwohl von den Engländern aus ein Haftbefehl gegen ihn läuft, war er im Jahre 1950 besuchsweise in Westdeutschland und Anfang des Jahres 1951 erneut. Rudel ist ein eifriger Werber für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Im Dürer-Verlag in Buenos-Aires hat er eine Broschüre herausgegeben: „Wir Frontsoldaten zur Wiederaufrüstung." Einer Meldung der DPA vom 4. April 1951 zufolge fordert er als Voraussetzung einer Wiederaufrüstung „die sofortige Wiederherstellung der vollen deutschen Souveränität, wodurch die notwendige Handlungsfreiheit ‚für eine wahrhaft deutsche Regierung' entstehen werde. Ferner müßten die Westmächte eine bindende Versicherung an das deutsche Volk abgeben, seine Wiedervereinigung vorzunehmen, sobald ‚die westlichen Alliierten allein dazu in der Lage sind'. Um das deutsche Volk zu einem neuen Waffengang zu bewegen, müßten die Westmächte als Lohn für einen deutschen Einsatz gegen den Weltbolschewismus dem deutschen Volk den notwendigen ‚Lebensraum' zugestehen, der nur im Osten liegen könne."

Auch in der argentinischen Zeitschrift „Die Geopolitik" schrieb Rudel über die Remilitarisierung. Dort fordert Rudel als Voraussetzung deutscher Beteiligung u. a.: „Entlassung aller Kriegsverbrecher, Rehabilitierung der deutschen Soldatenehre, Aufstellung eines militärischen Schirms von 100 Divisionen an der Ostgrenze, in deren Schutz die deutsche Wiederbewaffnung vollzogen werden soll, Wiederherstellung der absoluten Souveränität und Gleichberechtigung." („Welt am Sonntag", 18. Februar 1951.)

Rudel ist während seines letzten Aufenthalts in Deutschland — er beabsichtigt bald für immer nach Deutschland zurückzukommen — der „Sozialistischen Reichspartei" von Remer und Dorls beigetreten und ist außerdem eine Verbindung mit der „Bruderschaft" eingegangen. (DPA. 19. bzw. 6. Februar 1951.)

In einem Bericht von „The New Statesman and Nation", London, vom 1. Juli 1950 läßt sich der Berichterstatter über die realen Anzeichen der Remilitarisierung in Westdeutschland aus und sagt dabei über die „Bruderschaft":

„Manche höheren Offiziere sind aktiv mit der Bruderschaftbewegung verbunden ... Zwei verschiedene Motive gehen durch die Propaganda — diskret, aber gut dirigiert — der Bruderschaft. Eins ist die Forderung nach der Europa-Union mit der klaren Folgerung einer deutschen Wiederaufrüstung, das andere argumentiert damit, daß Deutschland durch seinen langen Kampf im Osten Europa vor dem Bolschewismus gerettet hat ... Manche der sichtbaren Führer der Bruderschaft sind von zweifelhaftem Wert. Da ist zum Beispiel ihr Vorsitzender, ein früherer SS-Obersturmbannführer, genannt Franke-Griecksch, der die Operationen von Schloß Holte bei Bielefeld leitet. Dieser Mann emigrierte 1933 mit Otto Strasser nach Prag. Später machte er Frieden mit Himmler — nach einem Bericht Strassers spionierte er in der Strasser-Emigration für Himmler. Seine Vergangenheit im Protektorat während der Kriegszeit ist äußerst widerwärtig. Andere Mitglieder des Zentralrats der Bruderschaft sind bekannt, wie Oberst Beck-Broichsitter, der frühere I. A. der Elite-Panzerdivision ‚Großdeutschland'; verbunden mit ihr sind die Generale Natzmer und Giller, Kaufmann, der frühere Gauleiter von Hamburg, und — ungeachtet seines Abstreitens — der frühere Kommandeur der Großdeutschland-Division, Generalleutnant von Manteuffel, und andere."

Uns interessiert in diesem Zusammenhang die „Bruderschaft" vor allen Dingen als eine der Zusammenfassungen auch höherer Offiziere, die in der Wiederaufrüstung Westdeutschlands als treibende Kräfte in Erscheinung treten. Im Mai 1950 zum Beispiel ist General von Manteuffel mit einem Memorandum über eine rasche Remilitarisierung Westdeutschlands als Sprecher der „Bruderschaft" an die Vertreter der drei führenden Westmächte herangetreten.

6. Die deutsche Stoßarmee – der verlorene Haufe im amerikanischen Krieg

Bei dem Versuch, einen Überblick über den Stand der Remilitarisierung in Westdeutschland zu geben, ist zu unterscheiden zwischen dem Stand der Besprechungen unter den Vertretern Bonns und der Westmächte und dem tatsächlich erreichten organisatorischen Stand der legalen und „schwarzen" Wiederaufrüstung. Für die erstere Frage begnügen wir uns, über den Entwicklungsablauf der Besprechungen in den ersten sieben Monaten des Jahres 1951 an Hand von Presseäußerungen zu informieren und die daraus erkennbare Tendenz der weiteren Entwicklung festzustellen. Ebenso verfahren wir bei der zweiten Frage; die mannigfaltigen Formen der Tarnung, insbesondere der „schwarzen" Remilitarisierung, erklären, daß ein einigermaßen umfassender Überblick kaum möglich ist.

Die Verhandlungen zwischen Bonn und den Westmächten

Am 9. Januar 1951 wurden auf dem Petersberg die Besprechungen zwischen Bonn und den Westmächten über die Teilnahme Westdeutschlands an der Atlantikpaktstreitmacht aufgenommen. „Teilnehmer: Stellvertretender britischer Hochkommissar John A. Ward, die stellvertretenden Hochkommissare General G. P. Hays und B. P. Buttenwieser (USA), stellvertretender französischer Hochkommissar A. Bérard, General J. Ganeval, Generalmajor Lloyd Wansbrough-Jones. Die deutsche Dele-

gation wurde von dem Beauftragten der Bundesregierung für die Unterbringung der alliierten Besatzungstruppen, Theodor Blank, geführt. Weiter gehörten der Delegation die ehemaligen Generale Dr. Hans Speidel und Adolf Heusinger sowie die Mitarbeiter Blanks, Graf Kielmannsegg und Ernst Ostermann an." („Die Neue Zeitung", München, 16. Januar 1951.)

Am 25. Januar meldete die „Kasseler Zeitung", daß anläßlich der Deutschlandreisen General Eisenhowers und des amerikanischen Sonderbeauftragten für Bewaffnung, Cooper, „den alliierten Militärexperten von deutscher Seite eine detaillierte Arbeitsunterlage zur Remilitarisierung überreicht wurde, die genaue Pläne zur Organisation der künftigen deutschen Einheiten und zur Rekrutierung enthält.

Wie es heißt, sollen zunächst die Jahrgänge 1927—1933 für den Dienst im deutschen Atlantik-Kontingent herangezogen werden. Die Musterungs- und Rekrutierungsvorschriften hielten sich eng an das amerikanische Vorbild, während für den organisatorischen Aufbau auf das Muster der ehemaligen deutschen Reichswehr zurückgegriffen werden solle. Die neue westdeutsche Wehrverfassung liege fertig in der Schublade. Aus Äußerungen der deutschen Militärberater, General Speidel und General Heusinger, geht hervor, daß die Alliierten in den geheimen Militärkonferenzen, die aus Anlaß des Eisenhower-Besuches am laufenden Band stattfanden, außerordentlich hochgeschraubte Bedingungen hinsichtlich der Zahl der deutschen Truppen, ihrer qualitativen Auswahl und des Zeitpunktes des Remilitarisierungsbeginns gestellt haben. Nach Ansicht der deutschen Experten scheinen die alliierten Bedingungen nur auf der Grundlage einer allgemeinen Wehrpflicht erfüllbar zu sein. Wie es heißt, legen die Amerikaner Wert auf gut ausgebildete, gesunde junge Rekruten zwischen 18 und 24 Jahren sowie auf Spezialkräfte im Alter bis zu 35 Jahren."

Parallel zu den Verhandlungen in Bonn finden Besprechungen in Paris statt. Die erste wurde Mitte Februar eröffnet. „Der französische Außenminister Robert Schuman eröffnete die Pariser Konferenz über die Errichtung einer europäischen Armee. Die deutsche Delegation nahm ... teil unter Führung des Staatssekretärs Professor Walter Hallstein. Sie setzt sich zusammen aus Dr. von Mangold, Chef der deutschen Mission bei der OEEC, und Ulrich de Mezière, früherem Oberstleutnant im deutschen Generalstab. Geheimrat Konrad Rödiger wurde zum permanenten Chefdeputierten der deutschen Delegation ernannt." (Vierteljahresbericht von McCloy, 31. März 1951.)

Der Grund für die zweigleisigen Verhandlungen ist der, daß die USA auf schnellste und umfassendste Wiederaufrüstung Westdeutschlands drängen und Frankreich aus „Sicherheitsgründen" gegenüber dem westdeutschen Bündnispartner bemüht ist, dessen Beitrag zur „Europaarmee" in solchen Grenzen zu halten, daß die militärische Überlegenheit Frankreichs gesichert bleibt. Die Kernfrage ist dabei die Größe der westdeutschen Einheiten und die Frage der Kommandogewalt über sie. Die französische „Lösung" steht der USA-Lösung entgegen. Der Washingtoner Korrespondent von „Le Monde" hebt das in einem Bericht vom 21. Juni klar hervor. Er schreibt u. a.:

„Washington hat die technischen Besprechungen in Paris ohne besondere Begeiste-

rung verfolgt. Daher ist man hier der Meinung, daß die zukünftige französische Regierung ... eher in der Lage sein wird, das Problem im Zusammenhang mit einem Plan zu betrachten, der die Zustimmung der alliierten und deutschen Militärfachleute gefunden hat."

„Es handelt sich um die Aufstellung von zwölf deutschen Divisionen, die vier Armeekorps bilden; davon ein Panzerkorps, bestehend aus drei Divisionen. Die anderen neun Divisionen — drei Armeekorps — sollen zusammengesetzt sein aus Infanterieeinheiten mit den dazugehörigen anderen Einheiten: Panzerbataillon, Pioniereinheiten, Generalstab, Gendarmerieeinheiten, Sanitäts-, Verpflegungs- und Verwaltungseinheiten. Die Eingliederung in die ‚Vereinigte Atlantik-Streitmacht' würde nach diesem Plan nur in Gruppen in Stärke von Regiments-Kampfeinheiten oder in Stärke von Divisionen erfolgen, wie man es im September vergangenen Jahres vorgesehen hatte. Zweifellos hat McCloy in Washington erklärt, daß es die Deutschen nicht sehr eilig hätten, sich zum Heile Europas zu mobilisieren. Es besteht jedoch Anlaß zu glauben, daß der gute Wille der Adenauer-Regierung in erster Linie von den Bedingungen der geplanten Remilitarisierung abhängt. Gerade diese Bedingungen sind es, die einen wichtigen Teil in den Besprechungen des amerikanischen Hohen Kommissars mit den zuständigen Zivil- und Militärbehörden in Washington ausmachen.

Hofft man, den Eifer der Pariser Regierung anzuspornen, wenn man den französischen Beitrag zur westlichen Verteidigung auf 80 Divisionen von Aktivstärke — dies ist die doppelte Anzahl der geplanten deutschen Divisionen, die man bis zum Ende des Jahres 1953 zu schaffen, auszurüsten und auszubilden gedenkt — erhöht? Dies scheint nicht unmöglich zu sein ..."

„The Times", London, schreibt am 27. Juni, daß die Besprechungen zwischen den deutschen militärischen Vertretern, den Generalen Speidel und Heusinger und den alliierten Hochkommissaren, die seit Januar in Bonn in regelmäßigen Abständen stattgefunden haben, abgeschlossen seien. Die Berichte sind den respektiven Regierungen zugeleitet worden. Bemerkenswert ist, daß „Luft- und Marineeinheiten" in dem Vorschlag „über die Größe und die Organisation eines deutschen militärischen Beitrages" aufgeführt werden. „The Times" betont andererseits von den in Paris geführten Verhandlungen über den Pleven-Plan, daß der französisch-deutsche Gegensatz in der Frage des westdeutschen Beitrags zur „Europaarmee" noch nicht behoben sei. Nicht ohne erpresserische Absicht Frankreich gegenüber sagt „The Times": „Es ist offensichtlich, daß man noch einen langen Weg zu gehen hat, bevor irgendein deutscher militärischer Beitrag zur westlichen Verteidigung geleistet werden wird. Die endgültige Zusage der Bundesregierung in Bonn ist keineswegs sicher im Hinblick auf die antimilitärischen Ansichten breiter Kreise der öffentlichen Meinung in Westdeutschland."

Inzwischen ist die Remilitarisierung Westdeutschlands durch den amerikanischen Einpeitscher McCloy weiter vorangetrieben worden. Nach seiner Rückkehr von einem „Befehlsempfang" in Washington erklärte er nach einer Aussprache mit Adenauer und Schumacher am 13. Juli auf einer Pressekonferenz in Bonn: Das

wichtigste Problem für die USA sei gegenwärtig die Mobilisierung Westdeutschlands für den Kampf gegen den Osten. Der Abschluß des Schuman-Planes und die weitgehende Unterbindung des Ost-West-Handels seien als Bekenntnis des westdeutschen Separatstaates zu den Notwendigkeiten der „westlichen Verteidigung" zu werten. McCloy sagte dann unter Hinweis auf die Wünsche der deutschen Imperialisten, er verstehe vollauf, wenn sie ihren Standpunkt in der Welt noch kräftiger vertreten wollen, und versprach ihnen, daß sich die Frage ihrer „Gleichberechtigung" von allein lösen werde, wenn Westdeutschland erst einmal aufgerüstet sei.

Noch massiver sprachen sich der stellvertretende amerikanische Hochkommissar, General G. P. Hays, und sein Adjutant, Oberstleutnant Gerhardt, über die amerikanische Absicht aus, die Remilitarisierung Westdeutschlands um jeden Preis zu forcieren und Frankreichs Widerstand zu brechen. Auf einer der wöchentlichen Lagebesprechungen im amerikanischen Hauptquartier in Paris, an denen auch die militärischen Vertreter Bonns, General Speidel und Oberst Oster, ständig teilnehmen, versicherte Anfang Juli Hays den westdeutschen Vertretern, daß die USA nicht gewillt seien, den Widerstand Frankreichs gegen die deutsche Remilitarisierung weiterhin ruhig hinzunehmen. Noch brutaler drückte diese Absicht Oberstleutnant Gerhardt aus, der den deutschen Generalen erklärte: „Wir werden es nicht mehr länger mit ansehen, wie man euch in das Pleven-Korsett zu pressen sucht. Spätestens im September machen wir mit euch ein Atlantik-Militär-Statut." Die von der britischen Besatzungsmacht herausgegebene Zeitung „Die Welt" berichtet am 12. Juli unter der Überschrift „Amerikaner drängen auf Tempo" von einer Reise McCloys nach Paris und London, um die Widerstände Frankreichs zu brechen. Wenn es nicht gelinge, „das Ergebnis der deutsch-alliierten Militärgespräche auf dem Petersberg mit den Pariser Besprechungen in Einklang zu bringen, ist mit anderen amerikanischen Maßnahmen in dieser Frage zu rechnen."

Es bedarf angesichts dieses Standes der Dinge keiner weiteren Erklärung, welche Ursache das am 13. Juli bekanntgewordene Aufrüstungsprogramm der deutschen Militaristen in Bonn hat. Adenauers „militärische Sachverständige" haben als „Kernforderung" der deutschen Wiederaufrüstung zunächst (!) 250 000 Mann, in sechs Armeekorps gegliedert, vorgeschlagen. Zu diesem Zwecke soll die allgemeine Wehrpflicht auf der Grundlage einer zweijährigen Dienstzeit eingeführt werden. Eine taktische Luftwaffe mit zunächst (!) 2000 modernen Jägern und Bombern soll durch ein Mindestpersonal von 40 000 Mann bedient werden. Diese Forderungen sind in einem 40 Seiten starken Memorandum der Bonner Regierung den Hohen Kommissaren zugeleitet worden.

Der organisatorische Stand der Remilitarisierung

Im Laufe der Jahre sind den anglo-amerikanischen Kriegsmachern von deutschen Militärexperten diverse Aufrüstungspläne auf Bestellung geliefert bzw. freiwillig angeboten worden. Die namhaftesten Lieferanten waren Guderian, Halder, Graf

Schwerin, von Manteuffel u. a. Die Pläne sind zum Teil durch die Entwicklung überholt, aber seit Monaten kehren als Zahlen, die den Umfang der ersten Etappe der Wiederaufrüstung erkennen lassen, 200 000—250 000 immer wieder; und die Pläne sind auch insofern noch von Interesse, als sie erkennen lassen, wie sich die allgemeine Linie des „deutschen Generalstabes" durchgesetzt hat.

Die französische Zeitung „Le Monde" gab am 27. Oktober 1950 aus einem Interview mit Graf Schwerin, der zu dieser Zeit noch Adenauers militärischer Berater war, folgende Einzelheiten wieder: Schwerin meinte, daß „die Alliierten von den Deutschen als Basis der Mobilisation die Aufstellung von zehn Divisionen, also in Friedenszeiten etwa 200 000 Mann, fordern werden. Im Falle des Krieges könnte Westdeutschland 3,5 Millionen Mann mobilisieren, wobei man die Kriegsindustrie in Rechnung stelle, schätzt der ‚kleine deutsche Generalstab' (petit état major allemand), dessen Leitung Graf Schwerin innehat, aber es sei notwendig, sofort die Kommandos einzusetzen. Diese Armee der zehn Divisionen müßte vor allem eine motorisierte Panzerarmee sein."

Inzwischen haben sich die Forderungen schon etwas erhöht, und auch die am 13. Juli 1951 genannten Ziffern werden noch eine Aufrundung erfahren. In dem erwähnten Washingtoner Bericht in „Le Monde" vom 21. Juni 1951 ist für Westdeutschland bis 1953 das Ziel von 40 Divisionen gestellt. Diese Veränderungen nach oben sind insofern interessant, als sie signalisieren, daß der amerikanische „Kriegs-Boß" keine Zeit verlieren will. Eine möglichst große Anzahl von heute aufgestellten Divisionen erhöht morgen die Chancen einer raschen Mobilisierung der in Westdeutschland für den Militärdienst verfügbaren 3,5 Millionen Menschen, eine Zahl, die eher zu niedrig als zu hoch bemessen ist. Die Hinweise auf eine Steigerung erst in Jahren dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine rasche Mobilisierung durchaus möglich ist. England und die Vereinigten Staaten hatten bis zum ersten Weltkrieg und danach bis zum zweiten nur ein beschränktes Söldnerheer von Berufssoldaten und keine allgemeine Wehrpflicht, und haben in beiden Kriegen in sehr kurzer Zeit Massenheere auf die Beine gestellt. Mit den heute in Westdeutschland bereits in militärischen Einheiten erfaßten Kadern und da in Westdeutschland auf viele ausgebildete Jahrgänge mit Kriegserfahrung zurückgegriffen werden kann, ließe sich eine Mobilisierung nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht sehr schnell durchführen. Das setzt allerdings voraus, daß der Widerstand der Bevölkerung Westdeutschlands gebrochen wäre. Diese Faktoren sind in dem zwischen Bonn und den Westmächten abgesprochenen Wiederaufrüstungsplan einkalkuliert. Das ist wichtig festzuhalten, damit sich niemand, wir wiederholen es, durch Jahreszahlen täuschen lasse, die langfristige Zielstellung für die Wiederaufrüstung vorschützen. Durch die immer wieder genannten Ziffern von 200 000 bis 300 000 Mann darf man sich auch über den Umfang der Wiederaufrüstung nicht täuschen lassen. Das ist nur die „Basis", die erste Etappe der Wiederaufrüstung. Wenn die allgemeine Wehrpflicht einmal eingeführt ist — und das wird der nächste Überraschungscoup des westdeutschen Separatstaates sein — dann ist die prinzipielle Entscheidung gefallen und die „legale" Basis für ein westdeutsches Massenheer gegeben.

Die Gliederung und Dislokation dieses Heeres erfolgt in engster Anlehnung an die der ehemaligen Wehrmacht. Ihr ehemaliger Generalstabschef, Generaloberst Halder, hat im Sommer 1950 einen Plan für die Schaffung einer regelrechten Wehrmacht für das amerikanische Oberkommando in Deutschland ausgearbeitet. Danach ist Westdeutschland in neun militärische Bezirke eingeteilt, was ebenso vielen Armeekorps entspricht.

Die Armeekorps setzen sich wie folgt zusammen:

Militärbezirk:	Zusammensetzung:
Münster i. W.	3 Infanteriedivisionen, ½ Panzerdivision
Stuttgart	3 Infanteriedivisionen
München	2 Infanteriedivisionen, 1 Brigade
Würzburg	2 Infanteriedivisionen
Nürnberg	2 Infanteriedivisionen, 1 Panzerdivision
Kassel	3 Infanteriedivisionen, 1 Panzerdivision
Hamburg	3 Infanteriedivisionen
Hannover	3 Infanteriedivisionen
Wiesbaden	3 Infanteriedivisionen
Insgesamt	24 Infanteriedivisionen, 2½ Panzerdivisionen und 1 Brigade Gebirgsjäger

Weiter vorgesehen ist die Schaffung eines „Reichsluftfahrtministeriums", dem die militärische und zivile Luftfahrt unterstehen. Westdeutschland ist für die Luftfahrt in vier Militärbezirke mit den Zentren Münster, München, Kiel und Braunschweig aufgeteilt.

Die Dienstpflicht soll wieder eingeführt werden. Die Offiziere sollen ausschließlich vom Armeeoberkommando ausgewählt werden. Um den Offiziersnachwuchs zu sichern, sollen in Hannover und München Offiziersschulen für Infanteristen, Ingenieure und Funker geschaffen werden. Die Dauer des aktiven Dienstes in allen Waffengattungen soll zwei Jahre betragen.

General Halder beabsichtigt, seinen Plan in drei Etappen durchzuführen:

1. Einberufung von 25 000 Instrukteuren, die in sechsmonatiger Dienstzeit ihre militärischen Kenntnisse „auffrischen" und sich mit ihren künftigen Aufgaben vertraut machen sollen.

2. Schaffung von Rekrutierungsdienststellen, mit Instrukteuren für die verschiedenen Militärbezirke.

3. Einberufung und Bildung von Einheiten. („Les Partisans de la Paix", Paris, Heft 15, September 1950.)

Die Remilitarisierung in Westdeutschland steht unmittelbar vor der dritten Etappe des Halderschen Planes.

Die in allen Wiederaufrüstungsplänen deutscher Experten an erster Stelle geforderte Aufstellung von Kadern erfolgt unter den verschiedenen Tarnungen. Auch nach der Niederlage des deutschen Imperialismus 1918 bemühte sich der aufgelöste Generalstab vor allem um die Zusammenhaltung der militärischen Kader. Das

war der Grundgedanke v. Seeckts bei Schaffung der Reichswehr. Daneben wurde zuerst in Freikorps, Bürger-, Einwohner- und Studentenwehren, in der aus den Freikorps hervorgegangenen „Schwarzen Reichswehr", dann in halbmilitärischen Verbänden: Stahlhelm, Werwolf, SA und SS und sogar im republikanischen Reichsbanner eine Rekrutierungsbasis auf Massengrundlage von ideologisch, organisatorisch und in militärischer Grundausbildung präparierten Menschen für das spätere Massenheer geschaffen.
Die Grundidee der Remilitarisierung in Westdeutschland. soweit sie von deutschen Militärs ausgeht, ist die gleiche, die v. Seeckt verfolgte. Das Tempo der Aufstellung der Kader und des Zustrebens auf das Massenheer allerdings ist amerikanisiert. Den „schwarzen" Wiederaufrüstungsvorbereitungen wurden in Westdeutschland keine Hindernisse bereitet. Bald nach der Niederlage von 1945 tauchten die verschiedensten „wirtschaftlichen" Interessenverbände für ehemalige Wehrmachtsangehörige und „Hinterbliebene", „Notgemeinschaften", Unterstützungsvereine, getarnte Regiments- bzw. Divisionsvereine (siehe u. a. „Windhunde" des Generals Schwerin, Fallschirmjäger des Generals Student usw.), Werwolf, Stahlhelm, Technische Nothilfe und ähnliche Organisationen auf. Nach einer Meldung der United Press aus Bonn vom Januar 1951 wurde im Gebiet des westdeutschen Separatstaates eine „Erste Legion" mit 100 000 jungen Deutschen gebildet. Mit der Aufzählung der genannten Organisationen ist weder ihre Zahl erschöpft noch ihr Umfang ermeßbar. Es kommt in diesem Zusammenhang vor allem darauf an, ihr Vorhandensein und ihre Bedeutung auch für die psychologische Vorbereitung der Wiederaufrüstung festzustellen und parallele Züge zur „schwarzen" Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik aufzuzeigen. Die Duldung und Förderung dieser Organisationen charakterisiert auch die faschistischen Tendenzen des Bonner Staates, in dem keine Kriegspartei rechts von Adenauer existiert; er bedient sich der Rechtsparteien und -gruppen ebenso wie der Schumacherschen „Opposition". Sowohl die SS-Division „Großdeutschland" als auch die Fallschirmjäger haben sich für Adenauer erklärt. Im westdeutschen Separatstaat vollzieht sich die Verlagerung des Schwergewichts von der „schwarzen" zur „legalen" Wiederaufrüstung sehr viel schneller als in der Weimarer Republik.

Polizei als Kaderorganisation für Massenheer

Die „legalen" Kaderorganisationen für das in Aussicht genommene Massenheer sind die Polizeiformationen, speziell die „Bereitschaftspolizei" und die am 15. Februar 1951 durch das Bonner Parlament beschlossene Grenzschutzpolizei. Obwohl Innenminister Lehr (CDU) behauptete, daß sie nur zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit geschaffen werde, ist ihr wahrer Zweck aus Aufgabenstellung, Gliederung, Bewaffnung und Ausbildung als militärische Einheit unbestreitbar. Im übrigen ist die „Bundespolizei" als Kaderorganisation für das angestrebte Massenheer bereits in den Wiederaufrüstungsplänen der deutschen Militärexperten vorgesehen, so u. a. bei Guderian.
„Die Gesamtstärke der Polizei in der Bundesrepublik wird sich nach den Angaben eines Sprechers des Bundesinnenministers auf 90 000 allgemeine Polizei in den Ländern, 10 000 Mann 1. Quote Bereitschaftspolizei (die nach

den New-Yorker Beschlüssen auf 30 000 erweitert werden wird) und 10 000 Mann Bundesgrenzschutz belaufen." („Die Welt", 10. Februar 1951.)
Der Bereitschaftspolizei ist nach den Worten von Innenminister Lehr auf einer „Rüsttagung der Männerarbeit der evangelischen Kirche" am 24. Mai 1951 in Düsseldorf in Vorbereitung der amerikanischen Aggressionspläne die Aufgabe zugedacht, „der ausländischen Garnison den Rücken freizuhalten" und „für innere Ordnung zu sorgen".
„Am 21. November 1950 trat der neuernannte Generalinspekteur der sogenannten ‚Bereitschaftspolizei', die Adenauer im Auftrag McCloys organisierte, Anton Grasser, sein Amt an. Der ehemalige Hitlergeneral versuchte selbstverständlicherweise bei seiner ersten Begegnung mit der Presse, den militärischen Charakter der neuen Bereitschaftspolizei möglichst zu leugnen oder doch abzuschwächen.
Der militärische Charakter der neuen Formation geht schon aus ihrer Bewaffnung hervor, die aus Pistolen, Karabinern, Maschinenpistolen, Maschinengewehren und ‚geländegängigen Wagen' besteht. Mörser und Minenwerfer sollen erst später hinzukommen. Die Waffen müssen — Amerika hat sich das Geschäft nicht entgehen lassen wollen — bei amerikanischen Rüstungsfabrikanten gekauft werden, was selbstverständlich Devisen erfordert. Auch eine neue Uniform für die ‚Bereitschaftspolizei' ist schon da, deren Farbe ein ‚dunkles Alpenjägergrün' ist. Ein Viertel der Bereitschaftspolizei muß von den Ländern in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden. Falls Adenauer den sogenannten ‚Notstand' erklärt, wird der Generalinspekteur automatisch Kommandeur. Er hat dann uneingeschränkte Kommandogewalt im ganzen ‚Bundesgebiet'.
Aus diesen Andeutungen, die General Grasser und sein Mitarbeiter, Herr von Egidi, auf der Pressekonferenz machten, geht klar und deutlich hervor, daß die neue militärische Formation zunächst gegen das eigene Volk eingesetzt werden soll." („Tägliche Rundschau", Berlin, 22. November 1950.)
Die Bereitschaftspolizei ist eine Art Naturschutzpark für ehemalige SS-Führer.
„Der Parteivorstand der SPD hat am 23. Januar sensationelles Material über die politische Belastung der in den Polizeischulen Hannoversch-Minden und Trauenstein ausgebildeten Anwärter für die Führung der Bereitschaftspolizei veröffentlicht. Von 52 Teilnehmern des Kursus in Hannoversch-Minden waren 52 politisch schwer belastet. Von 25 einberufenen Teilnehmern des Kursus in Trauenstein waren nicht weniger als 20 politisch belastet. So war z. B. der Teilnehmer W. A. aus Mannheim Mitglied der SS seit 1931, SS-Sturmbannführer und Inhaber des Totenkopfringes und des Ehrendegens der SS.
Der Teilnehmer A. A. war Inhaber des Goldenen HJ-Abzeichens. Er bekleidete in der SS den Rang eines Obersturmführers und in der Waffen-SS den eines Hauptsturmführers.
Der Teilnehmer E. A. aus Fürth bekleidete den Rang eines SS-Sturmbannführers; W. A. aus Duisburg war SS-Hauptsturmführer; W. B. aus Rockensüß SS-Sturmführer. Der Teilnehmer W. B. aus Berlin hatte den Rang eines SS-Obersturmbannführers und gehörte als I. A. dem Chef der Bandenkampfverbände[1]) an.

---

[1]) Nazistische Bezeichnung der gegen Partisaneneinheiten und Widerstandsgruppen eingesetzten Wehrmachtteile.

H.D. war SS-Sturmbannführer; H.F. aus Wiesbaden gleichfalls SS-Sturmbannführer. F. G. aus Hannover bekleidete als Mitglied der Waffen-SS den Rang eines SS-Obersturmbannführers. J. K. aus Lebach war höherer SS- und Polizeiführer des Wehrkreises 8 und bekleidete den Rang eines SS-Hauptsturmführers. B. K. aus Düsseldorf gehörte dem Stab des Reichsführers der SS im SS-Personalhauptamt an und war Hauptsturmführer." („Hamburger Echo", 24. Januar 1951.)

Über den Bundesgrenzschutz stellte der Bonner Innenminister Dr. Lehr am 16. Februar 1951 vor der Presse fest, daß der Bund den am 15. Februar vom Bundestag endgültig genehmigten „Bundesgrenzschutz" im Notstandsfalle gemäß Grundgesetz Artikel 91 ebenso einsetzen werde wie die ihm nach dem Verwaltungsabkommen zur Verfügung stehenden Einheiten der Länderbereitschaftspolizei, also nicht nur im Grenzgebiet.

Dr. Lehr erklärte, daß von den bewilligten 10 000 Mann Grenzschutzpolizei für den regelmäßigen Einsatz jeweils ein Mann je anderthalb Kilometer Grenze zur Verfügung stehen würde. Daher sei Kasernierung der Einheiten notwendig, um Schwerpunkte für einen massierten Einsatz zu schaffen. Der Grenzschutz werde über polizeiliche Exekutive verfügen, stark motorisiert sein und Funkeinrichtungen erhalten. An Waffen stehen bereits in den nächsten Tagen deutsche Beutekarabiner leihweise aus französischen Beständen sowie eine „gemessene Anzahl" von deutschen Maschinengewehren aus den gleichen Lagern zur Verfügung. Maschinenpistolen und Pistolen müßten im freien Handel gekauft werden. („Hamburger Echo", 17. Februar 1951.)

Bundesinnenminister Dr. Lehr teilte am 4. Juli in Bonn vor Pressevertretern mit, „daß dem Bundestag bald ein Antrag vorgelegt wird, wonach der Bundesgrenzschutz von 10 000 auf 20 000 Mann verstärkt werden soll. Es bestehe Anlaß zu der Befürchtung, daß die von der New-Yorker Außenministerkonferenz beschlossene Bundesbereitschaftspolizei in Deutschland von 10 000 Mann wegen der Schwierigkeiten, die durch eine notwendige Verfassungsänderung entstünden, nicht rechtzeitig geschaffen werden könne. Die Bundesregierung sei deshalb gewillt, die von den Außenministern zugebilligte 30 000-Mann-Quote für den Grenzschutz auszuschöpfen." („Die Neue Zeitung", Berliner Ausgabe, 5. Juli 1951.)

Auch die sogenannte Länderpolizei des Bonner Separatstaates hat ausgesprochen militärischen Charakter.

Sensationelle Enthüllungen über die Ausbildung der Westberliner Polizei zu einer militärischen Angriffstruppe brachte das „Neue Deutschland" vom 5. März 1951. Aus den der Zeitung vorliegenden „streng geheimen" Dienstvorschriften der Polizeiverwaltung Berlin — DV Nr. 5 — geht hervor, daß die Westberliner Polizei systematisch für einen Krieg bewaffnet und gedrillt wird. Gleichzeitig erfolgt im Hinblick auf die von amerikanischer Seite befürchteten Streiks und Demonstrationen gegen die Remilitarisierung von West-Berlin die systematische Ausbildung der Westpolizei zu einer Bürgerkriegstruppe.

Für die „DV 5/IV" wurden Dienstvorschriften der früheren Staats-Schutzpolizei der Nazizeit, insbesondere die Ausbildung für Schutzpolizei im Waffendienst, Teil II

und Heeresdienstvorschriften der Hitlerwehrmacht, ausgewertet. Einzelne Bestimmungen dieser Vorschriften wurden unverändert übernommen.

Die „DV 5/IV" enthält genaue Anweisungen über das Verhalten im Häuserkampf, das Herrichten von Häusern zur Verteidigung, die taktische Ausnutzung der Lage und Beschaffenheit einzelner Gebäude und Häuserviertel, die Anwendung von Handgranaten und „geballter und gestreckter Ladungen", für „Sehübungen" und „Übungen im Bezeichnen von Zielen" und Verhaltungsmaßregeln für den „Aufklärungsdienst", der mit falschen Papieren und in Zivil arbeiten soll.

Die ebenfalls in der „DV 5/IV" enthaltenen Anweisungen „III. Die Gruppe, IV. Der Zug, V. Die Bereitschaft, VI. Aufklärung und Ausbildung, VII. Ausbildung in technischen Arbeiten und VIII. Führungszeichen und technische Zeichen" sind Kriegsausbildungsanweisungen, die von der ehemaligen Wehrmacht übernommen wurden. Für die „Bereitschaften" ist außer der Bildung von MG-Zügen auch die Bildung von „Zügen mit schweren Waffen" vorgesehen. Die Bewaffnung ist eine kriegsmäßige Infanteriebewaffnung. Jede Gruppe verfügt über ein Maschinengewehr, drei Maschinenpistolen, sechs Karabiner und zehn Pistolen. Handgranaten sind in unbeschränkter Zahl vorgesehen. Außerdem sind die Polizisten mit Schanzzeug, Geräten zur Hindernisbeseitigung usw. ausgerüstet. Die umfangreichen Anweisungen der „DV 5/IV" über die „Ausbildung mit Reizstoffmitteln und -geräten" sind Anweisungen zur Ausbildung für einen Gaskrieg.

Es wurden und werden laufend ehemalige Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Hitler-Polizei und -Armee in die Westberliner Polizei eingegliedert, um eine schnelle Ausbildung der in der letzten Zeit außerordentlich verstärkten Westpolizei auf der Basis dieser Vorschriften zu gewährleisten. Zur „Erhöhung der Zuverlässigkeit" der Westpolizei als Bürger- und Angriffskriegstruppe wurden rücksichtslos alle Polizisten hinausgeworfen, die sich der durch die Dienstvorschriften bis ins letzte festgelegten Faschisierung der Westpolizei nicht fügen wollten.

„Arbeitseinheiten" — eine getarnte Armee

Unabhängig von den durch deutsche Stellen in Westdeutschland betriebenen Wiederaufrüstungsmaßnahmen sind die westlichen Besatzungsmächte schon seit Jahr und Tag darangegangen, das westdeutsche Menschenreservoir für ihre militärischen Zwecke anzuzapfen. Das geschieht bis auf den heutigen Tag durch „Werbung" für die Fremdenlegionen verschiedener Staaten. Aber vor allem haben wir hier die sogenannten „Arbeitseinheiten" der amerikanischen und englischen Besatzungsmacht, die zu regelrechten Söldnerarmeen angewachsen sind.

„Das Hauptquartier der US-Armee dementiert Gerüchte, daß die Arbeitskompanien und Industriepolizei-Einheiten eine ‚getarnte Armee seien'. Die Gesamtstärke der Arbeitskompanien betrage zur Zeit 30 000 Mann.

Der größte Teil der Mannschaften sind Deutsche, etwa 60 Prozent ehemalige Soldaten, darunter frühere Generale der Wehrmacht. So sei der ehemalige Generalleutnant Gustav von Varst, der unter Rommel in Afrika stand, bei den Nürnberger Arbeitskompanien, Exgeneral Gerhard Matzky, früher Korpskommandeur im Osten,

‚Verbindungsoffizier' beim US-Hauptquartier. (General Matzky ist inzwischen zum Kommandeur der Grenzschutzpolizei ernannt. Der Verfasser.) Außerdem sind die ehemaligen Generale von Schlieben, Paul Mahlmann und frühere Luftwaffengenerale in Majorstellung bei den Arbeitskompanien. Ein General, dessen Name nicht genannt wird, dient als Unteroffizier. Diese Generale dürfen nach Mitteilung des US-Hauptquartiers keine militärischen Übungen durchführen oder die Umstellung der Arbeitskompanien in eine ‚deutsche Armee' vorbereiten." („Nürnberger Nachrichten", Nürnberg, 23. Oktober 1950.)

Diesem Dementi gegenüber steht eine Feststellung der dem Petersberg nahestehenden „Westdeutschen Allgemeinen" vom 30. Mai 1951, wonach die sogenannten deutschen Arbeitseinheiten (German Service Organisation) jetzt offen in eine Armee umgewandelt worden sind. Den in 85 Lagern der GSO befindlichen Deutschen wurde eine „Proklamation der Rheinarmee" — lies Söldner-Verpflichtung — bekanntgegeben. Danach werden die Arbeitseinheiten, wie die „Westdeutsche Allgemeine" wörtlich schreibt, „umgewandelt in Einheiten mit wehrmachtähnlichem Stellenplan".

Die Gliederung erfolgt nach militärischem Muster. Auch die Dienstbezeichnungen werden militarisiert. Neueintretende heißen jetzt — wie einst — „recruits". Für die 35 000 GSO-Männer, von denen zur Zeit 16 000 in Niedersachsen, 13 000 in Nordrhein-Westfalen und 6000 in Hamburg und Schleswig-Holstein eingesetzt sind, bedeutet diese „Bekanntgabe vor der Front" kaum eine Überraschung. Sie wußten, daß schon im Herbst 1950 in den Anstellungsverträgen das Wörtchen „zivil" gestrichen und „Arbeit" durch „Dienst" ersetzt worden war ...

... Neu ist auch die Anordnung, daß die deutschen Söldner künftig nicht, wie bisher, nur im britischen Besatzungsgebiet, sondern auf Befehl der Amerikaner in ganz Westdeutschland eingesetzt werden.

„General Speidel hat sich teilweise sehr verärgert über die ‚kalte Remilitarisierung' in der amerikanischen und britischen Zone durch Aufstellung größerer Einheiten der Industriepolizei und Wachkommandos geäußert. Wie verlautet, sollen diese Formationen durch Verbände der ehemaligen Wlassow-Armee und DPs verstärkt werden. Politische Beobachter in Bonn beziffern ihre Gesamtstärke auf bereits 125 000 Mann. Man spricht vom Aufbau getarnter Fremdenlegionen, die der deutschen Befehlsgewalt entzogen sind. Es ist anzunehmen, daß von alliierter Seite der Aufbau der Industriepolizei und ähnlicher Verbände bewußt forciert wird, da der Weg über die offizielle Wiederbewaffnung auf unerwartet heftigen Widerstand der Deutschen gestoßen ist." („Kasseler Zeitung", Kassel, 23. Februar 1951.)

Im übrigen haben — einer Meldung der „Neuen Zeitung", München-Berlin, vom 13. Dezember 1950 zufolge — die „Arbeitseinheiten" ihre Tätigkeit auch in West-Berlin aufgenommen. „Dies wurde am Dienstag vom Hauptquartier der amerikanischen Garnison in Berlin bekanntgegeben."

Die in der „Kasseler Zeitung" angegebene Ziffer ist sicher nicht zu hoch gegriffen. Das Amt für Information der Deutschen Demokratischen Republik hat Ende April 1950 auf Grund exakter Unterlagen die Stärke dieser Arbeitseinheiten in der amerikanischen Zone auf 107 400 und in der britischen Zone auf 80 000 Mann beziffert.

Aber auch 125 000 deutsche Söldner in fremdem Dienst auf deutschem Boden sind ein bedrohlicher Faktor, wenn man den Frieden und die Einheit Deutschlands im Auge hat.

Maritime Wiederaufrüstung

Nach der Aufstellung des Söldner-OKW Ende Mai 1951 wird aus Bonn bekannt, daß auch ein Oberkommando der Söldner-Kriegsmarine unter der Bezeichnung „Grenzschutzabteilung See" mit Standort in Neustadt/Holstein in der Lübecker Bucht geschaffen wurde. Die Marinebasis wird vorerst über drei Flottillen verfügen. Eine Ausbildungs-Flottille wird nach dem Kriegshafen Wilhelmshaven verlegt.

Die ersten vier Hundertschaften der westdeutschen Söldner-Kriegsmarine sollen bis August einsatzbereit sein. Dies wurde am 29. Mai 1951 aus dem Bonner Innenministerium bekannt. Standorte der Hundertschaften werden Kiel und Lübeck sein.

Das ist ein Schritt zur maritimen Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Auch dem war vorgearbeitet, wie folgender Bericht bestätigt:

„Vier 600-Tonnen-Minensuchboote der Nazi-Kriegsmarine sind von den amerikanischen Marinebehörden in Bremerhaven mit deutschen Besatzungen in Dienst gestellt worden. Das erste Schiff mit 75 deutschen Offizieren und Matrosen an Bord ist bereits unter USA-Kommando ausgelaufen. Die Ausbildung der deutschen Seeleute erfolgt nach amerikanischem Reglement und erstreckt sich besonders darauf, großen Marineverbänden in Minenfeldern freie Bahn zu schaffen.

Die deutsche Minensuchboot-Flottille ist zunächst ein Teil der von den Amerikanern aufgestellten sogenannten Marine-Arbeitseinheiten. Von amerikanischen Offizieren wurde jedoch schon angedeutet, daß die Marineeinheiten später dem einheitlichen Kommando der westdeutschen Formationen in der Eisenhower-Armee unterstellt werden.

Die deutschen Seeleute müssen die amerikanische Kriegsgerichtshoheit anerkennen und sich verpflichten, jederzeit und überall, auch außerhalb der deutschen Gewässer, Dienst zu tun.

Ähnliche Marineeinheiten aus deutschen Seeleuten werden auch von britischen Behörden aufgestellt.

Operationspläne für einen Seekrieg im Küstengebiet der Nord- und Ostsee arbeiten die früheren Admirale der Nazikriegsmarine Helmut Heye und Friedrich Ruge im Auftrage amerikanischer Marinebehörden aus. Dies wurde am 10. Februar 1951 in Bremerhaven bekannt. („Neue Zeit", Berlin, 11. Februar 1951.)

Luftschutz und Technische Nothilfe

„Im Bundesinnenministerium, das sich bereits mit der eventuellen Wiedereinrichtung eines zivilen Luftschutzes befaßt, wird nun auch, wie Dr. Lehr gestern dem Kabinett mitteilte, die Frage der Einrichtung von sogenannten Sicherheitszonen erörtert, wie sie in der Genfer Konvention in der Neufassung von 1949 vorgesehen sind. Danach können die Vertragspartner oder kriegführende Staaten auf ihrem eigenen oder besetzten Gebiet Sicherheits- und Sanitätszonen einrichten, in denen

Verwundeten, Kranken und Kindern Schutz vor den Folgen des Krieges gewährt wird.

Auch die Einrichtung eines technischen Notdienstes, wahrscheinlich in Form eines eingetragenen Vereins, wird vom Bundesinnenministerium geprüft, wobei erklärt wird, daß diese Formation nicht dazu dienen werde, gegebenenfalls als Streikbrecher aufzutreten. („Hamburger Echo", 9. Januar 1951.)

Wir haben einen umfangreichen, aber längst keinen umfassenden Überblick über den organisatorischen Stand der Remilitarisierung in Westdeutschland gegeben. Ein abgerundetes oder gar ein abgeschlossenes Bild zu geben, könnte bestenfalls denen möglich sein, die im amerikanischen oder „deutschen Generalstab" die Fäden der Wiederaufrüstung Westdeutschlands in der Hand haben und bemüht sind, dem deutschen Volk, das sie durch die Remilitarisierung dem Krieg und damit seiner Vernichtung als Nation entgegentreiben, das Wissen um den Stand der Wiederaufrüstung vorzuenthalten. Uns kam es darauf an, auf das Tempo der Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland aufmerksam zu machen und einen Begriff von dem erreichten Stand zu geben. Als ernste Mahnung zum Widerstand gegen die Verderber unserer Nation ist unsere Zusammenstellung vor allem gemeint. Die den Deutschen in Westdeutschland zugestandenen Waffengattungen und die Art ihrer Formationen sagen über ihren Einsatz und ihr Ende voraus: Panzerwaffe, Artillerie aller Kaliber, Kampfflieger, Minenräumflottille usw, gepanzerte, mechanisierte, bewegliche Einheiten in Divisionsstärke von 10 000 Mann, Einheiten, die nach Ansicht „erfahrener Ostkämpfer" gerade noch groß genug sind, selbständige Aufgaben zu lösen. Ein neues deutsches Massenheer, eine deutsche Stoßarmee, als verlorener Haufe des amerikanischen Krieges, das wollen die Wallstreet-Strategen, und dazu geben sich deutsche Niederlagestrategen zweier Weltkriege her, Hasardeure, die gewissenlos genug sind, die Existenz der deutschen Nation aufs Spiel zu setzen. Sie fürchten nur noch eines: den Widerstand der großen Mehrheit des deutschen Volkes, der Kraft, die gemeinsam mit allen friedliebenden Menschen der Welt den amerikanischen Krieg in Europa und damit einen dritten Weltkrieg verhindern kann.

VI.

Das deutsche Volk kämpft für seine nationale Einheit und gegen den Krieg

1. Einheit eines demokratischen, friedliebenden Deutschlands — Voraussetzung für den Frieden

Entscheidung über die Existenz der deutschen Nation

Das deutsche Volk will in seiner überwältigenden Mehrheit weder die Remilitarisierung Deutschlands noch einen neuen Krieg. Es will die Wiederherstellung der Einheit seines Landes und einen dauerhaften Frieden. Es will einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen. Es erstrebt ein friedliebendes, demokratisches und freies Deutschland.

Das wissen die amerikanischen Imperialisten ganz genau. Das wissen sehr gut vor allem die deutschen Imperialisten, die sich als Bundesgenossen und Beauftragte der amerikanischen Monopolherren an dem Verbrechen der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges, eines Krieges gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik beteiligen.

Für diesen ihren Krieg benötigen sie aber die tätige Mitwirkung der Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands. Sie brauchen die arbeitenden Menschen für die Produktion von Waffen, Munition und militärischen Ausrüstungen, für den Truppen- und Materialtransport, für das Inganghalten der Wirtschaft. Sie brauchen die Jugend Westdeutschlands als Kanonenfutter, sie brauchen Deutschland als Kriegsschauplatz. Versagt ihnen die Bevölkerung Westdeutschlands die Gefolgschaft, so kann der amerikanische Krieg in Europa nicht stattfinden.

Die Ereignisse der letzten Monate und Wochen beweisen es, daß sich das deutsche Volk in zunehmendem Maße der Größe seiner Verantwortung für sein Schicksal und für den Frieden der Welt bewußt wird.

Die amerikanischen Imperialisten und ihre deutschen Gehilfen haben sich davon überzeugen müssen, daß sie mit den Mitteln des Betrugs und der Verleumdung den Friedenswillen des deutschen Volkes nicht überwinden können. Daher griffen sie zum verschärften Polizeiterror. Daher setzten sie wichtigste demokratische Grundrechte willkürlich außer Kraft, schafften sie die Freiheit der Persönlichkeit ab, soweit sie bei ihnen überhaupt vorhanden war, verfolgten und verfolgen sie mit nazistischen Methoden, mit Verboten, mit Vernichtung der Existenzgrundlage, mit Terrorurteilen und Kerkerstrafen alle Menschen, die dem Verbrechen der Vorbereitung des amerikanischen Krieges Widerstand entgegensetzen.

Trotz dieses Terrors, trotz aller Mittel der Verleumdung und des Betrugs wächst der Widerstand der Bevölkerung Westdeutschlands. In ihrem Kampf für die Sicherung der nationalen Existenz und des Friedens findet sie eine starke Stütze und tätige Hilfe bei der Bevölkerung, bei den Parteien und nicht zuletzt auch bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die mit allen Kräften gegen Remilitarisierung und Krieg, für die Einheit Deutschlands und den Frieden eintreten.

Deutschland wurde — wie wir nachgewiesen haben — von den amerikanisch-englischen Imperialisten gespalten, um Westdeutschland und seine menschlichen und materiellen Hilfsquellen als Hauptbasis des geplanten amerikanischen Krieges gegen

die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik ausnutzen zu können und um mit Hilfe des wiedererstandenen deutschen Imperialismus auch andere westeuropäische Länder für ihren Krieg gefügig zu machen. Diese amerikanischen Kriegspläne sind von der Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands abhängig. Die im Potsdamer Abkommen vorgesehene und von der großen Mehrheit des deutschen Volkes erstrebte Bildung eines einheitlichen demokratischen und friedliebenden Deutschlands würde diese Kriegspläne zunichte machen und Deutschland und das deutsche Volk vor dem Untergang in einem dritten Weltkrieg retten. Der Kampf um die Einheit Deutschlands ist daher ein wichtiger Bestandteil des Kampfes um den Frieden, dessen Ausgang über die Existenz der deutschen Nation entscheidet.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland

An der Spitze des Kampfes um die Einheit Deutschlands stehen die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen friedliebenden und patriotischen Deutschen aus allen Teilen des Landes und allen Schichten der Bevölkerung. Innerhalb der Nationalen Front kommt den friedliebenden und patriotischen Kräften der Deutschen Demokratischen Republik besonderes Gewicht zu. Das ist nur natürlich, denn die Deutsche Demokratische Republik ist der einzige Teil Deutschlands, in dem jeder Deutsche frei und ungehindert für die Einheit Deutschlands und den Frieden eintreten kann und in dem die imperialistischen und militaristischen Kräfte vernichtet und ausgemerzt sind.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland ist aus der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden hervorgewachsen, die von ihrer Entstehung — Ende 1947 — ab einen entschiedenen Kampf gegen die Spaltung, für die Einheit Deutschlands und den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse geführt hat. Die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden fand den stärksten Widerhall unter den friedliebenden Menschen und Patrioten nicht nur im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin, sondern auch in Westdeutschland. Sie wurde daher sofort von den imperialistischen Westmächten und ihren deutschen Gehilfen Adenauer und Schumacher, die ihre Pläne der Spaltung Deutschlands und der Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus bedroht sahen, mit Polizei- und Terrormaßnahmen verfolgt. Die Volkskongreßbewegung rüttelte Zehntausende Deutsche in Westdeutschland auf und führte sie in die Reihen der Kämpfer für die Einheit Deutschlands und einen gerechten und dauerhaften Frieden.

Als Antwort auf die berüchtigten „Londoner Empfehlungen" vom 8. Juni 1948, mit denen die imperialistischen Westmächte eine neue und entscheidende Etappe in ihrer verbrecherischen Politik der Spaltung Deutschlands einleiteten, richtete das Präsidium des Deutschen Volksrats, des ständigen Organs der Volkskongreßbewegung, einen Appell an die Regierungen der Großmächte. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Als Ziel ihrer Politik haben sich die Alliierten in der Potsdamer Deklaration gemeinsam zur Herbeiführung und Bewahrung der wirtschaftlichen und politischen Einheit des demokratischen Deutschlands verpflichtet.

Die Londoner ‚Empfehlungen' widersprechen in allen Punkten dieser feierlichen internationalen Verpflichtung, die in ihrem völkerrechtlichen Charakter einen Rechtsanspruch des deutschen Volkes darstellt."

Mit den „Londoner Empfehlungen" war die Gefahr der Vollendung der Spaltung Deutschlands in unmittelbare Nähe gerückt.

Angesichts dieser Verschärfung des nationalen Notstandes erwies sich der Rahmen der Volkskongreßbewegung als zu eng. Um es möglich zu machen, daß in der Frage der Einheit Deutschlands, dieser Lebensfrage des deutschen Volkes, alle verantwortungsbewußten Deutschen aus Ost und West — ungeachtet aller weltanschaulichen Unterschiede — zusammengehen können, wurde von dem am 29. und 30. Mai 1949 in Berlin tagenden Dritten Deutschen Volkskongreß die Nationale Front des demokratischen Deutschland konstituiert.

In seinen Ausführungen auf der achten Tagung des Deutschen Volksrats in Berlin am 23. Juli 1949 umriß Wilhelm Pieck, der heutige Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, den Rahmen der Nationalen Front u. a. wie folgt:

„Aus dieser so geschaffenen neuen Lage in Deutschland, der gesteigerten Gefahr der nationalen Unterdrückung des deutschen Volkes und der Provozierung eines neuen Krieges ist der Vorschlag auf Schaffung der Nationalen Front entstanden. In diese Front sollen auch jene Kreise des deutschen Volkes einbezogen werden, die bisher der Deutschen Volkskongreßbewegung wegen ihres organisatorischen Rahmens und ihrer demokratischen Grundlage fernstanden oder sie sogar ablehnen ..." „Es werden dafür (für die Mitarbeit in der Nationalen Front) keinerlei weitere Bedingungen gestellt, als daß sie bereit sind, gegen den amerikanischen Imperialismus, für die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes zu kämpfen." (Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze", Band 2, Seite 256/257.)

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Die am 20. September 1949 erfolgte Konstituierung der westdeutschen Separatregierung, mit deren Einsetzung die imperialistischen Westmächte die Spaltung Deutschlands vollendeten, schuf eine neue Lage, die sofortige Maßnahmen der demokratischen Parteien und Massenorganisationen erforderte. Eine solche Maßnahme war die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. In dem Manifest des Deutschen Volksrats vom 7. Oktober 1949, „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland", das anläßlich der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik erlassen wurde, heißt es:

„Mit dem Ruf zur Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nimmt seit dem Dritten Deutschen Volkskongreß der Kampf der patriotischen Kräfte des deutschen Volkes gegen die Spaltung Deutschlands immer mehr den Charakter einer breiten Volksbewegung an.

Der nationale Notstand, in den das deutsche Volk durch den Bruch des Potsdamer Abkommens seitens der imperialistischen Westmächte gestürzt wurde, rüttelt alle Deutschen auf zum Kampf um das hohe Ziel:

Errichtung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen Deutschlands mit dem Ziel des baldigen Abschlusses eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug aller Besatzungstruppen in kurzer Frist.

Seit viereinhalb Jahren schweigen die Waffen. Die Hoffnungen des deutschen Volkes auf die Erhaltung seiner wirtschaftlichen und politischen Einheit, auf eine demokratische, antimilitaristische Neugestaltung Deutschlands und auf den Abschluß eines Friedensvertrages, die ihm im Potsdamer Abkommen feierlich zugesagt worden waren, wurden enttäuscht. Deutschland wurde durch die imperialistische Politik der Westmächte gespalten. Das Ruhrgebiet und Saargebiet wurden aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgerissen. Der Friedensvertrag wurde der deutschen Bevölkerung verweigert. Statt dessen wurde ihr in den Westzonen das Besatzungsstatut aufgezwungen, das die Besetzung auf unbeschränkte Zeit ausdehnen soll. Mit der Schaffung des Bonner Separatstaates wurde die Spaltung Deutschlands abgeschlossen."

Nach einer Darlegung der Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, unter denen die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands an erster Stelle steht, schließt das Manifest:

„Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend! Auf der Grundlage der vom Dritten Deutschen Volkskongreß bestätigten Verfassung ist in der deutschen Hauptstadt Berlin einmütig von allen Parteien und Massenorganisationen im Deutschen Volksrat die Deutsche Demokratische Republik geschaffen worden. *Die verfassungsmäßig gebildete provisorische deutsche Regierung wird den Kampf um den Frieden, um die Einheit und Souveränität Deutschlands an die Spitze ihrer Bemühungen setzen. Sie wird ein wichtiges Bollwerk im Kampf um die Verwirklichung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sein.*

Wir rufen das deutsche Volk auf, die Rettung der Nation in die eigene Hand zu nehmen und durch die Unterstützung des Kampfes der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Bahn frei zu machen für Frieden, Aufbau und nationale Freiheit der einigen Deutschen Demokratischen Republik. Es lebe die Nationale Front des demokratischen Deutschland!"

Ministerpräsident Otto Grotewohl betonte in seiner bereits an anderer Stelle zitierten Regierungserklärung den unerschütterlichen Willen der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. „Die Quelle unserer Kraft", so erklärte Ministerpräsident Otto Grotewohl u. a. weiter, „liegt in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die alle ehrlichen Deutschen im Kampf um die allen gemeinsamen nationalen Ziele zu vereinen bestrebt ist."

Der Grotewohl-Brief und das Angebot der Volkskammer

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verfolgt seither unablässig das Ziel der Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands und der Sicherung des Friedens. Diesen großen Zielen diente auch der

an Bundeskanzler Dr. Adenauer gerichtete Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 30. November 1950, unverzüglich in Verhandlungen über die Schaffung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates einzutreten, der die Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung vorzubereiten hätte.

„Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden." (Aus dem Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 30. November 1950.)

Der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat sollte nach dem Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs bei der Ausarbeitung eines Friedensvertrages für Deutschland unterstützen. Über diesen Vorschlag sollte unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Das allgemein zustimmende Echo, das der Brief des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an Dr. Adenauer in allen Teilen Deutschlands, gerade auch in Westdeutschland fand, bewies, daß der Vorschlag dem Willen des deutschen Volkes in Ost und West entsprach. Adenauer, der zunächst versuchte, sich durch einige Redensarten vor der ernsthaften Erörterung des Briefes zu drücken, wurde durch den Sturm der öffentlichen Meinung in Westdeutschland gezwungen, den Brief seinem Kabinett zur Beratung vorzulegen. Der Vorschlag der Verständigung wurde brüsk zurückgewiesen. Aber mit dieser Zurückweisung war die Bevölkerung Westdeutschlands nicht einverstanden. So heißt es zum Beispiel in einem Offenen Brief von 37 SPD-Mitgliedern an den SPD-Landesvorstand Hamburg unter Bezugnahme auf die Stellungnahme Schumachers, der — ebenso wie Adenauer — im Auftrage der amerikanischen Imperialisten und ihrer deutschen Juniorpartner jede Verständigung über die Zonengrenzen hinweg abgelehnt hatte:

„Warum seid Ihr dagegen, daß Deutsche aus Ost und West sich an einen Tisch setzen? Warum wollt Ihr Euch immer nur mit Adenauer und den Amerikanern verständigen und nicht mit den Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik und mit der Sowjetunion? Warum seid Ihr dagegen, daß die Besatzungsmächte ein Jahr nach dem Friedensvertrag abziehen sollen?

Wir warnen Euch, Ihr treibt zu einer neuen Katastrophe. Wir wollen kein neues 1933, ... wir wollen keinen neuen Krieg!"

Das Sabotieren des Grotewohl-Vorschlages durch Adenauer und Schumacher hat beträchtlich zu einer Isolierung der Bonner Separatregierung und ihrer getreuen SPD-„Opposition" von den breiten Massen der westdeutschen Bevölkerung geführt. Die Kluft zwischen der Bevölkerung und der Bonner Separatregierung wurde noch mehr

verbreitert, als auch das auf den Grotewohl-Brief folgende Angebot der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bonner Bundestag der Ablehnung verfiel. Das deutsche Volk konnte sich davon überzeugen, wer seine nationalen Interessen vertritt und wer seine nationalen Interessen verrät.

Es wurde in diesem Zusammenhang neuen großen Schichten der Bevölkerung auch in Westdeutschland klar, daß die Politik der Einheit Deutschlands, die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik konsequent vertreten wird, der einzige Weg zu einer friedlichen Entwicklung ganz Deutschlands ist.

2. Regierung und Volk in einer Front

Prüfstein für jeden Deutschen: die Einstellung zur Frage des Friedens

Es ist kein Zufall, daß die Deutsche Demokratische Republik mit allen Schichten der Bevölkerung, mit ihren Parteien und Massenorganisationen und ihrer Regierung in dem verantwortungsvollen und schweren Kampf des deutschen Volkes gegen Remilitarisierung und Krieg an erster Stelle steht.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurden dem deutschen Imperialismus und Militarismus — dem Potsdamer Abkommen entsprechend — die Grundlagen entzogen. Hier wird jede Kriegshetze als strafwürdiges Verbrechen angesehen. Hier kommt die Friedenssehnsucht, der Friedenswille des ganzen deutschen Volkes in vollem Umfange frei zur Geltung. Denn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Regierung des Volkes, die dem Willen des Volkes entsprechend handelt.

Ein Prüfstein für die wahre Einstellung jedes einzelnen Deutschen, jeder Partei, jeder Organisation, jeder Regierungsinstitution zu den Lebensfragen der deutschen Nation ist die Haltung gegenüber der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951.

Während Adenauer und seine Separatregierung im Auftrage der amerikanischen Okkupanten und der deutschen Monopolherren mit Verboten und hemmungslosem Polizeiterror auf den Aufruf des in Westdeutschland unter Anteilnahme aller Kreise der Bevölkerung gebildeten Ausschusses für Volksbefragung gegen die Remilitarisierung antworteten, fand dieser Aufruf in der Deutschen Demokratischen Republik überall bei der Bevölkerung wie bei der Regierung stärksten Widerhall und bereitwillige Unterstützung.

Adenauer und seine Minister berieten in Geheimkonferenzen auf dem Petersberg mit den Hohen Kommissaren der imperialistischen Westmächte darüber, wie sie die immer stärker den Frieden fordernde Stimme des deutschen Volkes ersticken, wie sie möglichst schnell die Jugend Westdeutschlands in die Massengräber eines neuen Weltkrieges hetzen können. Zur gleichen Zeit waren der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und die Mitglieder der Regierung zusammen mit den Funktionären der Parteien und Massenorganisationen wochenlang Tag für Tag unterwegs, um in Fabriken und Werkstätten, in Dörfern und Städten für den Frieden zu werben und auch den letzten vielleicht noch schwankenden Deutschen von der Not-

wendigkeit der Erhaltung des Friedens und der Bekämpfung der Kriegsgefahr zu überzeugen. Regierung und Volk kämpfen in einer Front — beide mit Anspannung aller Kräfte — für den Frieden.

Aufruf zum nationalen Widerstand

Schon anläßlich der am 19. September 1950 auf der New-Yorker Separatkonferenz der Westmächte gefaßten Beschlüsse, die zwecks Vorbereitung des amerikanischen Krieges die Remilitarisierung Westdeutschlands und wesentliche Verstärkung der in Westdeutschland stationierten Truppen der imperialistischen Mächte vorsahen, hatte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das deutsche Volk zum nationalen Widerstand gegen die Kriegsdrohung aufgerufen. In dem Beschluß des Ministerrates vom 21. September 1950 heißt es unter anderem:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ruft das deutsche Volk und insbesondere die Bevölkerung in Westdeutschland auf, den nationalen Widerstand gegen Remilitarisierung und Aggression zu entfalten ... um dem deutschen Volk Frieden und Einheit zu sichern. Ein Krieg wäre das Ende unseres Volkes. Wir aber wollen leben und aufbauen für eine bessere Zukunft in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern."

3. Widerstand in Westdeutschland

Arbeiter und General

In Westdeutschland vereinigt der Widerstand gegen das Verbrechen der Remilitarisierung und der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges die deutschen Friedensfreunde und Patrioten aus allen Kreisen der Bevölkerung und mit den unterschiedlichsten Weltanschauungen. Diese Front des Widerstandes gegen Remilitarisierung und Krieg reicht vom Arbeiter bis zum General des zweiten Weltkrieges, der sich der Verantwortung für den Frieden und die Zukunft des deutschen Volkes bewußt geworden ist. Hinter den aktiven Kämpfern gegen Remilitarisierung und Krieg steht die große Mehrheit der Bevölkerung, die den Frieden ersehnt und den Krieg haßt. Sie verfolgt mit wachsender Beunruhigung und Erbitterung, wie entgegen dem klaren Willen des Volkes die Remilitarisierung mit Riesenschritten vorwärtsgetrieben wird, wie die deutschen Imperialisten und Militaristen ihr Haupt erheben und mit zunehmendem Einfluß frecher und unverschämter werden.

Sogar diejenigen westdeutschen Zeitungen, die — ob aus eigenem Antrieb oder unter Zwang, sei dahingestellt — die antideutsche Politik der Adenauer—McCloy vertreten, sehen sich genötigt, wenigstens gelegentlich der Beunruhigung und Erbitterung, der wahren Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung Raum zu geben.

Viele dieser Veröffentlichungen bestätigen den Friedenswillen der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Aus vielen von ihnen, vor allem aus den Zuschriften der Leser, sprechen die vielfältigen Gründe, aus denen einfache, ehrliche Menschen die Politik der Remilitarisierung und des Krieges ablehnen und sich für den Frieden entscheiden.

„Die deutsche Bevölkerung sagt in ihrer großen Mehrheit zu deutlich — Nein — ... Die Stimmung des Volkes hat sich nicht zugunsten eines Verteidigungsbeitrags geändert; vielleicht eher im Gegenteil ..." („Stuttgarter Zeitung", 30. Juni 1951.)

„Fest steht, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes einen militärischen Beitrag ablehnt." („Main-Post", Würzburg, 30. Juni 1951.)

„Schließlich habe ich vier Kinder"

Die „Norddeutsche Zeitung" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 17. Juli 1951 einige Zuschriften gegen die Remilitarisierung:

„Der Artikel (ein Artikel, der die Politik der Remilitarisierung vertrat, d. Verf.) hat mich entsetzt und die Vermutung aufkommen lassen, daß er unter Druck geschrieben ist. Solch eine plötzliche Meinungsänderung schätze ich nicht und habe Ihre Zeitung abbestellt." (Aus dem Brief des Lesers Andreas K. aus Hannover.)

„Sie selbst sollten es wissen — und wissen es auch —, daß die weitaus größere Mehrheit unseres Volkes diesem ganzen Remilitarisierungsplan unbedingt ablehnend gegenübersteht. Man hat das Gefühl, daß auch von Ihrer Zeitung versucht wird, eine politische Propaganda zu betreiben, ähnlich wie in der Hitlerzeit." (Aus dem Brief des Lesers Robert H. aus Hannover.)

„Wir haben im Bundesgebiet über eine Million Arbeitslose. Sollte man nicht versuchen, ihnen eine anständige Beschäftigung zu geben, anstatt ihnen wieder einfach ein Gewehr in die Hand drücken zu wollen?" (Aus dem Brief des Lesers Hans F. aus Hannover.)

Auch die in Frankfurt/Main erscheinende „Abendpost" sieht sich genötigt, einige Leserbriefe abzudrucken, wobei die Redaktion feststellt, daß die Zahl der die Remilitarisierung ablehnenden Leserstimmen die der zustimmenden bei weitem übersteigt. (Ausgabe vom 14./15. Juli 1951.)

„Es darf nicht dazu kommen, daß an der Zonengrenze Brüder gegen Brüder aufmarschieren. Der erste Schuß liegt dann meistens nicht mehr fern." (Aus dem Brief des Lesers H. Sch.)

„Müßte man uns nicht erst das — Wofür? — beantworten? Warum hat der Westen keine mitreißende Idee? Freiheit? Ja, Freiheit von Not und Sorge, wo ist sie? Freiheit, daß man uns nicht fragt in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes! Freiheit?" (Aus dem Brief des Lesers A. R. aus Flensburg.)

„Man verhandelt hier, man verhandelt dort, man verhandelt auf dem Petersberg und in Bonn. Aber uns fragt man nicht. Ich weiß, man wird mich einen Kommunisten schimpfen, weil ich für eine Volksabstimmung bin, aber ich will mitreden dürfen. Schließlich habe ich vier Kinder." (Aus dem Brief des Lesers L. M. aus Hannover.)

„Wiedererweckung des deutschen Militarismus — das Todesurteil gegen die Demokratie"

In einem Artikel der in Köln herausgegebenen internationalen Monatsschrift „Aufklärung" (Heft 2/1951), deren Herausgeber sich — wie er besonders betont — „zur amerikanischen Demokratie" bekennt, heißt es:

„Diejenigen, die heute am lautesten nach einem Verteidigungsbeitrag durch Aufstellung einer deutschen Armee rufen, sind leider nicht die besten Demokraten. Allenfalls sprechen sie noch von Demokratie. Aber sie meinen Revanche ...

Was aus dem zunächst einmal wohlumhegten Treibhaus einer deutschen Reichswehr hervorzuwachsen imstande ist, wenn sie als Wehrmacht in Freiheit kommt, das haben wir alle, und Amerikaner so gut wie Russen, am eigenen Leibe erlebt. Jede Wiedererweckung des deutschen Militarismus ... wird das Todesurteil gegen die Demokratie in Deutschland erneuern."

Die „Frankfurter Hefte" vom Juni 1951 veröffentlichten den Brief eines ehemaligen Sozialdemokraten, der 1948 wegen der verlogenen Politik der rechten SPD-Führung aus der SPD austrat:

„Mein Vater war Sozialdemokrat. Gut und brav und treu wie ein Hund. Und ich auch. Ich habe aber im ersten Weltkrieg als Soldat den ganzen Dreck mitgemacht. Dann die Nachkriegsjahre, Hunger, Inflation, Erwerbslosigkeit (bis 1937) und dann die schrecklichen zwölf Jahre inklusive Volkssturm usw. Ich will keinen Krieg. Auch gegen Rußland nicht. Ja, ich habe Angst um meine hübschen gesunden Enkelkinder (7 an der Zahl). Und besonders um den Hansl, den 17jährigen, einen großen, stämmigen Jungen. Maurer lernt er. Hilft schon tüchtig mit beim Aufbau dessen, was die größenwahnsinnige Clique der Goebbels, Himmler und Hitler zertrümmern ließ."

Und zum Schluß noch eine Stimme, die einen Ausweg aus der Lage zu finden bemüht ist:

„Da wir im vergangenen Halbjahrhundert Kriege in ihrer ganzen Grausamkeit kennengelernt haben, sollten wir endlich ernsthaft darangehen, eine gute Grundlage für einen dauernden Frieden zu schaffen." („Wetzlarer Zeitung", 11. Juli 1951.)

Vom „Ohne uns" zum Widerstand

Die vorstehenden Pressestimmen und Leserbriefe vermitteln einen gewissen — natürlich unvollständigen — Einblick in die gegen Remilitarisierung und Krieg gerichteten Stimmungen in der westdeutschen Bevölkerung. Daß tatsächlich die große, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gegen die Remilitarisierung und die Vorbereitung des amerikanischen Krieges eintritt, wird in dem die Volksbefragung in Westdeutschland behandelnden Abschnitt nachgewiesen.

Die zunächst überwiegend gefühlsmäßige Ablehnung der Remilitarisierung, die die Grundlage der spontanen, Millionenmassen der westdeutschen Bevölkerung erfassenden „Ohne-uns-Bewegung" ist, wurde unter dem Einfluß der zunehmenden Kriegsgefahr, der furchtbaren Zerstörungen und amerikanischen Kriegsgreuel in Korea durch einen ständig zunehmenden bewußten Kampf ergänzt. An diesem bewußten Kampf um den Frieden, der immer organisiertere Formen annimmt, nehmen heute bereits Massen der Bevölkerung aus allen Schichten und mit den verschiedensten Weltanschauungen teil. Die unter der Losung „Rettet den Frieden" am 28. Januar 1951 in Essen durchgeführte Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederauf-

rüstung Deutschlands, an der 1700 Delegierte aus allen Teilen Westdeutschlands und ein französisches und britisches Mitglied des Weltfriedensrates teilnahmen, beschloß das „Manifest gegen die Remilitarisierung Deutschlands", in dem die Bonner Regierung zur Durchführung einer Volksbefragung aufgefordert wird. In dem Manifest heißt es u. a.:

> „Wir Vertreter von Millionen Männern und Frauen aus allen Schichten des deutschen Volkes, Arbeiter und Bauern, Ingenieure, Ärzte und Wissenschaftler, Pfarrer beider christlicher Konfessionen, Schriftsteller und Künstler, Soldaten, Offiziere und Generale des zweiten Weltkrieges sind in der Zeit einer geschichtlichen Krise unseres Vaterlandes zusammengekommen, um ernst und unvoreingenommen zu prüfen, wie die Gefahr eines Krieges gebannt werden kann. Wir stellen fest, daß das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gezwungen werden soll. Dieser Krieg würde in Deutschland beginnen und unser Volk als erstes mit seiner ganzen Schwere treffen. Deutsche würden gegen Deutsche kämpfen. Ein dritter Weltkrieg wäre zugleich ein deutscher Bürgerkrieg. Er würde zur Vernichtung unseres Lebens und zur Auslöschung unseres Volkes führen ...
>
> Ein dritter Weltkrieg wird verhindert und der Frieden gerettet werden, wenn das deutsche Volk von seinem demokratischen Recht Gebrauch macht, über sein Schicksal, über Krieg oder Frieden selbst zu entscheiden, und seinen Willen zur Ablehnung der Remilitarisierung durch eine Volksbefragung zum Ausdruck bringt. Nur so kann eine friedliche und glückliche Zukunft für unser Volk gesichert werden."

Auf diesen Aufruf der Essener Tagung antwortete die Bonner Regierung mit wütenden Verleumdungen und, als diese nichts halfen, mit einer Flut von Verbots- und Terrormaßnahmen.

Trotz aller Hindernisse nimmt jedoch der Widerstand gegen die Remilitarisierung und Vorbereitung des amerikanischen Krieges unaufhaltsam zu.

Der Kampf der westdeutschen Arbeiterschaft

Die Werktätigen Westdeutschlands und West-Berlins bekommen die Folgen der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitungen, die maßlose Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die beträchtliche Senkung des Realeinkommens am stärksten zu spüren. Die Werktätigen verbinden daher den Kampf gegen die soziale Verelendung, für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen mit dem Kampf gegen Remilitarisierung und Krieg. Welchen Umfang dieser Kampf — trotz des Verrats der Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten durch die rechten Gewerkschaftsführer — angenommen hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß Ende Juli 1951 etwa 100 Lohntarife von den Werktätigen gekündigt waren. An den Lohnkämpfen sind große Arbeitermassen beteiligt. Wie die westdeutschen Unternehmer feststellen, würde die Erfüllung der gestellten Lohnforderungen einen Mehraufwand an Löhnen von etwa drei Milliarden Mark jährlich beanspruchen. Da für die Vorbereitung des amerikanischen Krieges in Westdeutschland jährlich ein Vielfaches dieser

Summe ausgegeben wird, sind diese Lohnforderungen der Werktätigen durchaus real und erfüllbar.

Die Arbeiterschaft Westdeutschlands beginnt, entschlossen den Angriffen der deutschen und amerikanischen Monopolherren auf ihre Lebenshaltung entgegenzutreten. Dieser Kampf ist zugleich ein Kampf gegen Remilitarisierung und Krieg und wird von allen ehrlichen Patrioten im Osten und Westen Deutschlands unterstützt.

Die Bergarbeiter der Ruhr bewiesen mit ihrem erfolgreichen Kampf gegen die sogenannten „Panzerschichten", das sind zusätzliche Sonntagsschichten mit dem Ziel der Erhöhung der Kohleförderung zu Rüstungszwecken, daß sie in dem Kampf gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr mit an erster Stelle stehen. Als Folge des Kampfes der Bergarbeiter ging die Förderung bei den „Panzerschichten" so stark zurück, daß dadurch das von den Rüstungsindustriellen mit den rechten Gewerkschaftsführern abgeschlossene „Panzerschichten"-Abkommen unwirksam gemacht wurde.

Einen beispielhaften Kampf gegen Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung lieferten Hamburger Hafenarbeiter. Trotz schärfsten Drucks, der von seiten der Besatzungsmächte und auch von seiten der Hamburger Hafenverwaltung auf sie ausgeübt wurde, weigerten sich z. B. im August 1950 41 Hafenarbeiter, Sprengstoffe und Munition von britischen Dampfern zu entladen. Als sie daraufhin entlassen wurden, traten ihre Kollegen in den Streik.

Die Bergarbeiter und Metallarbeiter Westdeutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik berieten auf einer Anfang Juli 1951 in Halle durchgeführten Tagung, an der über 500 Arbeiter des Bergbaus und der Metallindustrie aus ganz Deutschland teilnahmen, gemeinsame Aktionen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und den Schuman-Plan. Der westdeutsche sozialdemokratische Bergarbeiter Wilhelm Luchs, der das Hauptreferat auf dieser Tagung hielt, forderte von den Bergarbeitern und Metallarbeitern ganz Deutschlands, sich einmütig zum Widerstand gegen die Remilitarisierung zu erheben.

Auch die Verkehrs- und Transportarbeiter beschlossen auf einer Ende Juli 1951 in Eisenach durchgeführten gesamtdeutschen Verkehrs- und Transportarbeiterkonferenz den gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Vorbereitung des amerikanischen Krieges.

In der von den Delegierten einstimmig angenommenen Entschließung heißt es u. a.: „Beratet in allen Arbeitsstätten, wie die Beförderung von Kriegsmaterial, Kohle und Schrott für die Rüstungsindustrie verhindert werden kann und trefft geeignete Maßnahmen."

Der Sekretär des Europäischen Arbeiterkomitees gegen die Remilitarisierung, Kurt Hanisch, forderte die deutschen Seeleute und Hafenarbeiter auf, dem Beispiel ihrer französischen und italienischen Kollegen zu folgen und die Entladung amerikanischen Kriegsmaterials in deutschen Häfen durch Streik zu verhindern.

Die Empörung der westdeutschen Werktätigen gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebenslage als Folge der Remilitarisierung wächst immer mehr. Ihr Kampf gegen die Anschläge auf ihre Lebenshaltung, der zugleich ein Kampf gegen Remili-

tarisierung und Krieg ist, verstärkt sich trotz des Verrats und der Sabotage der rechten Gewerkschaftsführer, die die Aufträge der amerikanischen und deutschen Monopolherren durchführen.

Bauern verteidigen ihr Land

Die von Adenauer und Dr. Schumacher im Auftrage der amerikanischen Imperialisten ins Land gerufenen amerikanischen, britischen und französischen Truppenverstärkungen, die schon zu einer Erhöhung der Besatzungskosten um mehrere Milliarden Mark jährlich führten, haben die Vertreibung von Zehntausenden deutscher Bauern von Haus und Hof zur Folge. Die amerikanischen, britischen und französischen Interventionstruppen beanspruchen neue Truppenübungsplätze, Artillerieschießplätze, Flugfelder, Kasernen, luxuriöse Wohnungen. Das Land für die Truppenübungsplätze, Flugfelder usw. wird rücksichtslos den Bauern geraubt. In verschiedenen Ortschaften und ganzen Kreisen haben sich die Bauern zum Widerstand gegen die Vernichtung ihrer Existenz zusammengeschlossen und verteidigen ihren Boden und ihre Wohnhäuser, und die amerikanischen Imperialisten und ihre Bonner Beauftragten gehen mit brutalster Gewalt gegen die Bauern vor. Hierfür nur ein Beispiel:

> „‚Seit Wochen werden auf unserem Boden Vorbereitungen getroffen für den Bau eines Kriegsflugplatzes.' Mit diesen Worten beginnt ein Notruf, den der Bürgermeister von Sembach im Namen aller Einwohner der pfälzischen Landgemeinde an die Öffentlichkeit richtete. Da das Dorf sich weigerte, die Felder vor der Erntezeit abzumähen, gingen die Amerikaner dazu über, das Getreide mit Benzin zu übergießen und zu verbrennen. Hierzu schreibt der Bürgermeister von Sembach: ‚Die Verwüstungen nehmen immer größere Ausmaße an. Bagger fressen die Muttererde weg. Bäume werden mit den Wurzeln gesprengt. Unser Land wird zum zweitenmal der Vorbereitung eines neuen Krieges geopfert. Dem brennenden Getreide werden brennende Städte und Dörfer folgen, wenn wir nicht alle geschlossen und einig für die Erhaltung unserer Heimat eintreten.'" (Pressemeldung aus Kaiserslautern vom 18. Juli 1951.)

In der Mainschleife bei Hammelburg, wo mehrere Ortschaften mit zusammen mehr als 20 000 Menschen auf Befehl der amerikanischen Interventen für die Anlage eines Truppenübungsplatzes geräumt werden sollten, haben sich die Bauern und anderen Einwohner zusammengeschlossen und dank ihres Zusammenhaltens bisher ihre Vertreibung aus ihrer Heimat verhindert.

Die Zeitung „Fränkischer Tag", Bamberg, berichtet in ihrer Ausgabe vom 12. Juni 1951:

> „Die Dienststelle Blank in Bonn ... war von den amerikanischen Behörden beauftragt worden, 20 Flugplätze und 6 Truppenübungsplätze bereitzustellen. Für die letzteren wurde ein Mindestmaß von 17 km Länge und 9 km Breite verlangt. Man wünscht, daß diese Plätze ausschließlich in der amerikanischen Besatzungszone liegen. Im Falle Hammelburg wünscht man sogar, daß der Truppenübungsplatz 20 km lang, 10 km breit sei. Die Ausweitung des Lagers

Hammelburg um das Vierfache hätte die Evakuierung von 7 ganzen Gemeinden aus den Landkreisen Hammelburg und Karlstadt sowie Räumungsmaßnahmen in weiteren 24 Gemeinden der Landkreise Hammelburg, Karlstadt, Gmünden und Bad Kissingen zur Folge. Betroffen würden rund 20 000 Personen. Das ganze Projekt Hammelburg käme die Steuerzahler auf etwa 87 Millionen DM zu stehen. — Die betroffenen 20 000 Personen haben durch ihre Sprecher eindeutig erklärt, daß sie ihre Heimat nicht freiwillig aufgeben werden. Die bayerische Regierung war bei dieser Entscheidung der Dienststelle Blank nicht einmal gefragt worden."

Widerstandsaktionen gegen den Raub fruchtbaren Bauernlandes für Zwecke der Vorbereitung des amerikanischen Krieges werden aus den verschiedensten Gegenden Westdeutschlands gemeldet.

Der in großem Umfang vor sich gehende Landraub zugunsten der Vorbereitung des amerikanischen Krieges hat also die westdeutschen Bauern in Bewegung gebracht und sie an die Widerstandsbewegung gegen Remilitarisierung und Krieg herangeführt.

Die westdeutschen Bauern, die infolge der von Adenauer und Schumacher betriebenen Politik der Vorbereitung des amerikanischen Krieges jetzt schon zu Zehntausenden von ihren Höfen vertrieben werden, sind nicht mehr gewillt, die verlogenen Ausreden der Bonner Separatregierung, sie sei machtlos gegen die Maßnahmen der imperialistischen Westmächte, und die zynischen Äußerungen der amerikanischen Okkupanten, die Bonner Regierung und Schumacher hätten ja die Verstärkungen ins Land gerufen, hinzunehmen.

Der Kampf der Bauern gegen den Krieg, dessen Opfer sie werden sollen, noch bevor der erste Schuß gefallen ist, ist von außerordentlich großer gesamtdeutscher Bedeutung. Die Verbindung des erbitterten Widerstandes der Bauern mit dem Widerstand der Arbeiterschaft wird die Wucht des Kampfes gegen Remilitarisierung und amerikanischen Krieg vervielfachen.

„Die christliche Aufgabe von heute"

Eine innerhalb der protestantischen Kirche bestehende starke Strömung, die aktiv an dem Widerstand gegen die Remilitarisierung und die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges teilnimmt, hat die amerikanischen Imperialisten und ihre deutschen Handlanger in besondere Aufregung versetzt. So versteigt sich McCloy sogar zu der wütenden, die westdeutschen Katholiken beleidigenden Behauptung, diese wenigstens seien — im Gegensatz zu den Protestanten — zuverlässige Verfechter der amerikanischen Spaltungs- und Kriegspolitik.

In dem Vierteljahresbericht McCloys für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1951 heißt es u. a.: „Aber weil die Sowjetzone ein überwiegend protestantisches Gebiet ist, war es natürlich, daß das Gefühl für die deutsche Einheit unter den protestantischen Deutschen lebhafter war als unter den Katholiken, die in einem vereinigten Deutschland verhältnismäßig an Einfluß verlieren würden." (6. Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland, Seite 23.)

Es ist durchaus denkbar, daß sich Adenauer bei seiner Sabotage der deutschen Einheit auch von den von McCloy erwähnten Gedankengängen leiten läßt. Für die Masse der westdeutschen Katholiken, unter denen sich nicht wenige hervorragende deutsche Patrioten und aufopfernde Kämpfer für die Einheit Deutschlands und den Frieden befinden, ist diese Erklärung des amerikanischen Hohen Kommissars eine schwere Beschimpfung.

Es ist richtig, daß von christlich-protestantischer Seite der Widerstand gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr eine nicht unwesentliche Stärkung erfahren hat. Eine wahre Schockwirkung löste im Oktober 1950 der Rücktritt des Bonner Innenministers Dr. Heinemann aus, der den Verzicht auf den Sitz in der Regierung damit begründete, daß er die verfassungswidrige Politik der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung, die von Adenauer hinter dem Rücken des deutschen Volkes betrieben wird, mit seinem christlichen Gewissen nicht vereinbaren könne. Dr. Heinemann, der als Präsident der Generalsynode der Evangelischen Kirche großen Einfluß in protestantischen Kreisen besitzt, forderte die Befragung des deutschen Volkes, das allein über Remilitarisierung und Krieg oder Frieden entscheiden könne.

Kirchenpräsident Niemöller nimmt ebenfalls eine entschiedene Stellung gegen Remilitarisierung und Krieg ein. Auf den Einwand, daß eine Volksbefragung schon deshalb nicht vorgenommen werden könne, weil sie in der Bonner Verfassung nicht vorgesehen sei, erklärte Niemöller in einem Offenen Brief an Dr. Adenauer:

> „Diese Verfassung ist ja so geschickt gearbeitet, daß das deutsche Volk wieder in einen Krieg hineingestürzt werden kann, ohne daß es zuvor überhaupt gefragt wird." In dem Brief heißt es weiter: „Die Evangelische Kirche in Deutschland hat keinen Zweifel gelassen, daß sie einer Remilitarisierung nicht das Wort reden könne — weder im Osten noch im Westen. Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen und sich darauf berufen, daß ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch eine Verfassungsänderung dieses Recht wirklich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen."

Eine ähnliche Stellung nahmen Vertreter der Bruderschaft der Bekennenden Kirche ein.

Großen Einfluß auf die protestantische Geistlichkeit hat ferner ein Brief des Schweizer Theologen Professor Karl Barth ausgeübt, in dem der Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, der Kampf für den Frieden als die christliche Aufgabe von heute bezeichnet wird.

Die genannten Stimmen einflußreicher Persönlichkeiten der protestantischen Kirche haben unter den deutschen Protestanten die Bewegung für Teilnahme am Kampf gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr stark gefördert. Allerdings ist in der protestantischen Kirche die Stimmung nicht einheitlich. Es gibt einige wenige hohe Geistliche, die im Kurs der amerikanischen Kriegspolitik segeln.

Für Neutralität — gegen Remilitarisierung

Außer gewissen Kreisen der protestantischen Kirche, deren Exponent Niemöller ist, treten mehrere bürgerliche Organisationen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und Vorbereitung des amerikanischen Krieges auf, indem sie für Deutschland strikte Neutralität in den Auseinandersetzungen der Großmächte fordern. Zu diesen Vertretern der Neutralität gehören eine Vereinigung „Neutrales Deutschland", Hamburg, der „Bund der Kriegsdienstverweigerer", ein „Internationaler Versöhnungsbund", der sogenannte „Nauheimer Kreis" und andere mehr.

Auch die Anhänger der Neutralitätsauffassung werden von Adenauer und seinem Innenminister Lehr mit polizeilichen Mitteln verfolgt und als „kommunistenverdächtig" auf die verschiedensten Schwarzen Listen gesetzt. Nicht wenige Vertreter der den Standpunkt der Neutralität vertretenden Organisationen führen einen aktiven Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges.

Jugend in vorderster Linie

Die Jugend Westdeutschlands, der von McCloy und Adenauer das Schicksal zugedacht ist, das Kanonenfutter für den amerikanischen Krieg zu stellen, steht im Kampf gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr in vorderster Linie. Nicht nur die Freie Deutsche Jugend, die von der Adenauer-Regierung unter Verletzung der Bonner Verfassung wegen ihres Eintretens für den Frieden verboten wurde, sondern auch Angehörige zahlreicher anderer Jugendorganisationen sind an dem aktiven Kampf beteiligt. So beschloß die Jugendorganisation der Zentrumspartei, der „Windthorst-Bund", auf seiner Jahrestagung im März 1951 eine Erklärung gegen die Remilitarisierung und die Aufforderung an die Außenminister-Stellvertreter in Paris, sich über die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu einigen. („Volksstimme", Köln, 13. März 1951.)

Etwa 400 Delegierte der Sozialdemokratischen Jugendorganisation, der „Falken", lehnten ebenfalls im März 1951 auf einer Verbandskonferenz in Heidelberg die Remilitarisierung Deutschlands entschieden ab. („Fuldaer Volkszeitung", Fulda, 27. März 1951.)

Jugendliche der verschiedensten Jugendorganisationen waren bei der Helgoland-Aktion der deutschen Jugend beteiligt, die weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit aufrüttelte und mobilisierte. Aus Protest gegen den Mißbrauch der Insel als Bombenabwurfplatz der britischen Luftwaffe landete im März 1951 die erste Jugenddelegation auf Helgoland. Sie wurde mit Gewalt von der Insel heruntergeholt. Die jungen deutschen Patrioten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Es folgten eine zweite, eine dritte, eine vierte Helgoland-Delegation, bis schließlich die ehemaligen Bewohner der Insel ebenfalls dort landeten und gegen die Zerstörung, gegen die britischen Bombardierungen protestierten.

An der vierten Helgoland-Delegation der deutschen Jugend waren 36 deutsche Jungen und Mädchen beteiligt. Das Obergericht der britischen Militärregierung mit dem Anklagevertreter Ticehurst, dem Oberrichter O'Hanlon und dem Richter Lovell, die

sich mit Schande bedeckten, verurteilte die jungen deutschen Patrioten und Friedensfreunde zu Gefängnisstrafen und zu „Zwangserziehung".

Der Kampf der deutschen Jugend gegen die Bombardierung der Insel Helgoland hatte den Erfolg, daß die britische Militärregierung sich zu der Erklärung genötigt sah, einen anderen Übungsplatz für ihre Bombenangriffe suchen zu wollen.

Gegen die Jugend West-Berlins, die trotz schärfsten Terrors den Kampf um den Frieden verstärkt fortsetzt, richtet sich der Haß der imperialistischen Westmächte und der Reuter-Verwaltung. Nur wegen ihres Eintretens für den Frieden schmachten zahlreiche Jungen und Mädchen — vielfach jünger als 16 Jahre — in Westberliner Gefängnissen. 30 von ihnen richteten aus dem Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit (britischer Sektor) Anfang August 1951 eine Grußadresse an die Millionen Teilnehmer der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin.

„Bohrgeräte in den Main!"

Auch bei dem Widerstand gegen die Vorbereitung der Zerstörung und Verwüstung Westdeutschlands in dem geplanten amerikanischen Krieg steht die Jugend Westdeutschlands an erster Stelle. So mauerten in den ersten Tagen des Juli 1951 junge deutsche Patrioten die Sprengkammern zu, die auf Befehl der amerikanischen Kriegstreiber rechts und links der Rheinufer-Straße am Loreleifelsen angebracht worden waren. In zwölf der sechs Meter tiefen Sprengschächte wurden je 1½ cbm Beton gegossen. An der Unschädlichmachung der Sprenglöcher beteiligten sich die Bevölkerung sowie Insassen zufällig vorbeifahrender Fernlastzüge und Personenkraftwagen.

Die in die Eisenbahnbrücke bei Eyb im Kreis Ansbach auf amerikanischen Befehl eingebauten Sprengkammern wurden unbrauchbar gemacht.

Kitzinger Bürger warfen die Bohrgeräte der Firma Arthur Rust, die beim Einbau der Sprengkammern in die Mainbrücke benutzt wurden, in den Fluß. Die Arbeiten mußten daraufhin unterbrochen werden. Auch ein schweres Kompressor-Aggregat wurde in den Main geworfen.

An zahlreichen Orten wurden diese Beispiele wiederholt, und mehrfach weigerten sich die Stadtverwaltungen, den amerikanischen Interventen die zwecks Anbringung von Sprenglöchern angeforderten Brückenpläne zu übergeben.

Diese Handlungen des aktiven Widerstandes leiteten eine neue Phase in dem Kampf der Bevölkerung Westdeutschlands gegen die Remilitarisierung und Vorbereitung des Krieges der amerikanischen und deutschen Imperialisten ein.

Gerichte gegen Adenauer

Es ist bemerkenswert, daß sich in Westdeutschland der Terrorapparat der Adenauer und McCloy nicht in allen Fällen als zuverlässig erweist. Es gibt Richter, die nicht gewillt sind, die Verletzung der Verfassung und der Grundrechte durch den Adenauerschen Polizeiterror mitzumachen. Hierfür nur einige Beispiele:

Das Solinger Amtsgericht lehnte es im Juli 1951 ab, die beiden Friedensfreunde Sbosny und Müller, die wegen Unterstützung der Volksbefragung angeklagt worden

waren, zu bestrafen. In der Urteilsbegründung heißt es: „Nach dem § 5 des Bonner Grundgesetzes kann es keinem Deutschen verwehrt werden, sich über alle Dinge, in diesem Falle auch über die Meinung der Bevölkerung über die Remilitarisierung, zu informieren ... Dies ist auch dann der Fall, wenn eine solche Befragung keinen amtlichen Charakter trägt. Die Polizeiverordnung des Innenministers (zur Verhinderung der Volksbefragung) ist als rechtsungültig anzusehen. Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen."

Die Erste Kammer des Verwaltungsgerichts in Karlsruhe erklärte Mitte Juni das Verbot einer Friedenskundgebung in Mannheim, unter Berufung auf Artikel 8 des Grundgesetzes, das die Versammlungsfreiheit garantiert, für ungültig.

Das Amtsgericht in Lemgo sprach am 14. Juni 1951 den Studenten Fred Siegmann und den Arbeiter Ernst Wibsiek, die sich an der Volksbefragung beteiligt hatten, frei. In seiner Urteilsbegründung betonte der Richter, daß das Recht der Volksbefragung dem Grundgesetz nicht zuwiderläuft.

Aus Westdeutschland wie auch aus West-Berlin wird von Fällen berichtet, in denen Angehörige der Polizei sich weigern, gegen Friedenskämpfer vorzugehen oder gegen die Durchführung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung einzuschreiten.

Abrechnung mit der Kriegspolitik

Während die Bevölkerung Westdeutschlands in ihrer großen Mehrheit die Remilitarisierung und die amerikanische Kriegspolitik ablehnt, machen die Abgeordneten des Bonner Separatparlaments — von nur wenigen Ausnahmen abgesehen — gemeinsame Sache mit den an der Entfesselung eines neuen Weltkrieges interessierten amerikanischen und deutschen Imperialisten.

Außer den Abgeordneten der Kommunistischen Partei Deutschlands, die auch im Bonner Separatparlament alle Möglichkeiten des Kampfes gegen die Remilitarisierung ausnutzen, war es unter anderen die Abgeordnete der Zentrumspartei, Frau Wessel, die sich gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands einsetzte. Die Abgeordneten der CDU, der SPD usw. machten sich dagegen zu Handlangern der Kriegspolitik der amerikanischen und deutschen Monopolherren.

Eine grundsätzliche Abrechnung mit der Kriegspolitik der Regierung Adenauer nahm der Abgeordnete der KPD, Max Reimann, in der 24. Sitzung des Bonner Separatparlamentes vor. Reimann erklärte u. a.:

„Noch sind keine fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerfaschismus vergangen, noch sind die Tränen der Kinder und Mütter, die ihre Väter und Söhne in diesem faschistischen Raubkrieg verloren haben, nicht getrocknet; noch ist kein Friedensvertrag abgeschlossen! Noch stehen die Besatzungstruppen in Deutschland. Unser Vaterland ist gespalten. Die Wohnstätten liegen noch in Trümmern. Und trotzdem will ein deutscher Politiker die deutsche Jugend wieder in den Soldatenrock stecken. Hitler und seine faschistischen Generale haben im Auftrag der deutschen Monopolherren im zweiten Weltkrieg des deutschen Volkes höchstes Gut, die Jugend, für ihre verbrecherischen Welteroberungspläne sinnlos geopfert.

Ich frage Sie, Herr Adenauer, in wessen Interesse und in wessen Auftrag fordern Sie die Eingliederung deutscher Truppenkontingente in eine fremde Wehrmacht, die Sie als ‚europäisch' bezeichnen?" Max Reimann erklärte weiter:

„Ich habe Gelegenheit gehabt, mich in den letzten Tagen mit Arbeitern aller Weltanschauungen und politischen Richtungen zu unterhalten. Ich habe mit Bürgern und anderen gesprochen. Sie legten mir die Frage vor: Muß die Bevölkerung Westdeutschlands, nachdem der Bundestag für vier Jahre gewählt ist, auch vier Jahre eine Adenauer-Regierung ertragen? Allgemeine Zustimmung fand ich, als ich erklärte, das deutsche Volk habe am 14. August seine Stimme so abgegeben, weil Dr. Adenauer und Dr. Blücher es wohlweislich vor der Wahl vermieden, dem Volk die Maßnahmen mitzuteilen, die sie gegen die Interessen des Volkes durchführten oder durchzuführen beabsichtigen.

Ich erklärte weiter, das deutsche Volk habe schon einmal einem Kanzler vier Jahre Zeit gegeben, der es in das Verderben eines Krieges führte; daraus müsse das Volk die Lehre ziehen, daß nicht noch einmal ein Kanzler, dessen Politik die Gefahr des Krieges heraufbeschwört, vier Jahre Zeit bekommen dürfe." (Zitiert nach dem amtlichen Protokoll, Bundestag Bonn, 24. Sitzung 1951, S. 737 ff.)

4. Volksbefragung in ganz Deutschland

Verbot der Volksbefragung in Westdeutschland rechtsungültig

Erschreckt durch das Anwachsen des Widerstandes gegen die Vorbereitung des amerikanischen Krieges und die Zustimmung, die die von der Essener Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Deutschlands am 28. Januar 1951 beschlossene Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951 bei der Masse der westdeutschen Bevölkerung fand, beschloß die Bonner Separatregierung am 24. April 1951, die Durchführung der Volksbefragung zu verbieten. Dieses Verbot stellt eine schwere Verletzung der Verfassung des Bonner Separatstaates dar.

Der Hauptausschuß für Volksbefragung, dem deutsche Patrioten aus allen Kreisen der Bevölkerung und der verschiedensten Weltanschauungen angehören, legte gegen das Verbot feierlichen Protest ein. In einem Aufruf des Hauptausschusses vom 4. Mai 1951 wird unter Berufung auf die Rechtswidrigkeit des Verbotes festgestellt, daß die Volksbefragung dennoch durchgeführt werden würde:

> „Der Aufruf zur Vorbereitung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951 hat die Zustimmung der breitesten Kreise der Bevölkerung gefunden.
>
> So versammelten sich am 28. Januar 1951 in Essen 1700 Delegierte, so wurde am 14. April 1951 der Hauptausschuß für Volksbefragung geschaffen, dem Repräsentanten aller Schichten der Bevölkerung angehören und dessen Beschlüsse die begeisterte Zustimmung aller Menschen fanden, die ihr Vaterland und den Frieden lieben. In Frankfurt a. M. machte sich eine Konferenz von über 1000 Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratischen Partei im Namen der Mehrheit aller Sozialdemokraten Westdeutschlands die Forderung nach der Volksbefragung zu eigen. An der Europäischen Arbeiterkon-

ferenz nahmen 400 Vertreter der deutschen Arbeiterschaft aus westdeutschen Betrieben teil. Auf der Bauernkonferenz vom 22. April in Kassel erhoben 730 Bauern und Agrarwissenschaftler namens der ganzen Bauernschaft die Forderung: Wir wollen unsere Äcker im Frieden bestellen. Namhafte Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens erklärten sich auf dem Kulturkongreß in Aßmannshausen im Interesse der Erhaltung der deutschen Kultur für die Volksbefragung. In Rheinland-Pfalz wurden im Verlaufe von nur drei Tagen mehr als 61 000 Unterschriften gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages abgegeben.

Entgegen den Lebensinteressen unseres Volkes haben die ausländischen und inländischen Rüstungsmagnaten und Kriegsinteressenten die Hetze gegen die Volksbefragung entfacht. Aus Furcht vor der Meinungsäußerung des Volkes hat die Regierung Adenauer das Grundgesetz gebrochen und ein Verbot der Volksbefragung erlassen. Wir erklären feierlich, daß ein solcher Beschluß der Bundesregierung keinerlei Gültigkeit besitzt und uns nicht bindet. Denn er basiert auf offenkundigem Rechtsbruch, auf der Vergewaltigung des elementarsten demokratischen Rechts der Bürger der Bundesrepublik, ihre Meinung frei zu äußern ...

Auf unserer Seite steht die überwältigende Mehrheit aller deutschen Menschen,

stehen die Arbeiter, die den friedlichen Aufbau und nicht eine neue Zerstörung ihrer Arbeitsstätten wollen,

stehen die Bauern, deren Felder nur im Frieden Früchte tragen,

stehen die Kaufleute und Unternehmer, für die nur der Friede Handel und Wandel ermöglicht,

stehen die Wissenschaftler, Künstler und Erzieher, deren Schaffen sich nur im Frieden entfalten kann.

Auf unserer Seite stehen die Gläubigen beider Konfessionen, denen die christliche Pflicht obliegt, täglich für die Erhaltung des Friedens zu beten und zu arbeiten.

Auf unserer Seite steht die deutsche Jugend, deren Sehnsucht nicht Verstümmelung und Massengrab, sondern ein Leben in Frieden und Freiheit ist.

Auf unserer Seite stehen die deutschen Mütter und Mädchen, die das Grauen der Bombennächte nicht vergessen können und die wissen, daß Remilitarisierung und Krieg all ihre Hoffnungen auf Familie und Glück sinnlos zerstört.

Auf unserer Seite stehen die ehrlichen alten Soldaten und Offiziere, die die Sinnlosigkeit eines neuen Krieges erkannt haben.

Auf unserer Seite steht das Recht und das Gesetz.

Aus all diesen Gründen erklären wir feierlich: Die Volksbefragung wird durchgeführt! Kein Rechts- und Verfassungsbruch kann sie aufhalten ...

Wer sich nicht an der Volksbefragung beteiligt, macht sich mitschuldig an allen Folgen der Remilitarisierung.

Die Volksbefragung ist die Entscheidung über Leben und Tod."

Zwanzigmal Volksbefragung: ein Ergebnis

Trotz des Verbots und des wütenden Polizeiterrors wird die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951 in allen Teilen Westdeutschlands fortgeführt. Das Ergebnis: 70 v. H., 80 v. H., zumeist sogar 90 v. H. der Befragten und mehr sprechen sich gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag noch im Jahre 1951 aus. Einige Menschen — durch Verbote und Terrormaßnahmen eingeschüchtert — enthalten sich der Stimme, und nur eine verschwindend geringe Minderzahl ist für eine Remilitarisierung Deutschlands.

Die Tatsache, daß wegen der verfassungswidrigen Verbote und Verfolgungen das Volksbegehren nicht überall in voller Öffentlichkeit und in aller Ruhe durchgeführt werden kann, wird von den amerikanischen Imperialisten und ihren deutschen Handlangern dazu benutzt, um die erzielten und veröffentlichten Ergebnisse anzuzweifeln. Diese Zweifel sind schnell auszuräumen.

Von Ende 1948 bis jetzt haben in Westdeutschland Zeitungen und Zeitschriften aller politischen Schattierungen sowie Institutionen der Meinungsermittlung Befragungen der Bevölkerung Westdeutschlands über ihre Einstellung zur Remilitarisierung Deutschlands durchgeführt. Die Ergebnisse von uns bekanntgewordenen 10 privaten Volksbefragungen sollen mit den Ergebnissen von 10 beliebigen Volksbefragungsaktionen in Westdeutschland verglichen werden, die im Verlaufe der letzten Monate von den Volksbefragungsausschüssen durchgeführt wurden.

Private Befragung ergibt: überwältigende Mehrheit gegen Remilitarisierung!

1. Die „Bremer Nachrichten" veranstalteten im November 1949 eine Umfrage über die Wiederbewaffnung Deutschlands. In 75 v. H. der Antworten wurde die Wiederbewaffnung Deutschlands entschieden abgelehnt.

2. Das sich mit der sogenannten Meinungsanalyse befassende Institut Emnid, Bielefeld, stellt im Januar 1950 die Frage: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden oder daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?" — 74,6 v. H. der Antworten lauteten: „Nein!"

3. Die Zeitschrift „Mann in der Zeit", Fulda, die im Auftrag der deutschen katholischen Bischöfe erscheint, stellte im Januar 1950 den Militärdienst zur Diskussion. — In 90,7 v. H. der Zuschriften wurde jeder Wehrdienst abgelehnt.

4. Die Erziehungsabteilung des amerikanischen Landeskommissariats für Bayern ließ im Mai 1950 an 560 Studenten der Universitäten München und Erlangen, von denen 70 v. H. ehemalige Wehrmachtsangehörige sind, die Frage richten: „Angenommen, Deutschland hätte wieder eine Wehrmacht — würden Sie dann Soldat sein wollen?" „Nein!" antworteten in Erlangen 91 v. H., in München 96 v. H. der Studenten.

5. Der „Reutlinger Generalanzeiger" fragte im August 1950 seine Leser: „Willst Du wieder eine Wehrmacht?" Die Frage wurde von 91,3 v. H. der Umfrageteilnehmer verneint.

6. Die illustrierte Wochenschrift „7 Tage" (Konstanz) erhielt auf ihre im September 1950 gestellten Fragen „Wünschen Sie eine Wiederaufrüstung Deutschlands?" und „Sind Sie selbst bereit, wieder Militärdienst zu tun?" 16 000 Antworten. Davon verneinten die erste Frage 73 v. H., die zweite 85 v. H.

7. Im Oktober 1950 stellte die Zeitschrift „Befreiung" (Essen), das Organ der katholischen Arbeiterjugend CAJ, Wiederbewaffnung und Kriegsdienstverweigerung zur Diskussion. 71 v. H. der Befragten verwarfen entschieden den Gedanken einer Wiederbewaffnung.

8. Zur gleichen Zeit befragte die „Frankenpost" (Hof a. d. S.) ihre Leser nach ihrer Meinung. — 89 v.H. der Zuschriften lehnten die Wiederbewaffnung vorbehaltlos ab.

9. Bei einer Befragung von Göttinger Studenten, über die „Die Welt", Hamburg, am 3. 12. 1950 berichtet, sprachen sich 69 v. H. der Studenten gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands aus.

10. Eine Umfrage veranstaltete „Die Tat" in Frankfurt a. M. am 25. November 1950 mit dem Thema: „Soll man sich an einen Tisch setzen oder soll man sich die Köpfe einschlagen?"

Vier konkrete Fragen waren gestellt:
1. Sollen die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion gemeinsam erklären, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands ablehnen und die in Potsdam beschlossene Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates fördern? Ja — Nein.
2. Sind Sie für Aufhebung aller Beschränkungen der deutschen Friedenswirtschaft? Ja — Nein.

3. Sind Sie für einen unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und für den Abzug der Besatzungstruppen in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages? Ja — Nein.

4. Würden Sie es begrüßen, wenn Vertreter aus Ost- und Westdeutschland sich in Form eines „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates" an einen Tisch setzen, um die Bildung eines einheitlichen und friedliebenden Deutschlands vorzubereiten und Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages zu machen? Ja — Nein.

Am 6. Januar 1951 veröffentlichte „Die Tat" das Ergebnis von 4756 Einsendungen. Es beantworteten 4702 alle Fragen mit „Ja", 28 Einsendungen waren ungültig, 26 Einsendungen beantworteten die eine oder die andere Frage mit „Nein". 30 v. H. der Antworten kamen von Frauen, die alle Fragen mit „Ja" beantworteten.

In München wie in Berlin: Remilitarisierung wird abgelehnt!

1. In der „Waggonfabrik Uerdingen AG" in Uerdingen fand im April 1951 unter Leitung eines 21köpfigen Ausschusses eine Abstimmung über die Frage statt: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?" — Von 817 Werksangehörigen antworteten 627 oder 76,6 v. H. mit „Ja". Die Auszählung wurde öffentlich durchgeführt.

2. Am 24. Juni 1951 wurde in Hanau von 400 Abstimmungshelfern eine große Volksbefragungsaktion durchgeführt. Von insgesamt 18 000 befragten Bürgern der Stadt wurden 16 000 befragt. Gegen die Remilitarisierung Deutschlands stimmten 87 v. H.

3. Im Juni 1951 wurde in Erlangen unter den Studenten im Rahmen des „Forum politicum" die Volksbefragung durchgeführt: 88,6 v. H. stimmten gegen die Remilitarisierung Deutschlands.

4. Vor den Toren der Badischen Anilin- und Sodawerke in Ludwigshafen führten 80 freiwillige Wahlhelfer im Juli 1951 eine Volksbefragung durch. Trotz des Polizeiterrors wurden 3607 Arbeiter befragt. 93,43 v. H. von ihnen stimmten gegen die Remilitarisierung Deutschlands.

5. In München hatten bis Ende Juni 1951 von 36 115 Befragten 33 373 gegen die Remilitarisierung und nur 987 für die Remilitarisierung gestimmt. 1755 Befragte enthielten sich der Stimme.

6. In Württemberg-Baden wurden am 9. und 10. Juli 13 272 Personen befragt. 94,6 v. H. von ihnen stimmten gegen die Remilitarisierung Deutschlands und nur 262 dafür. 430 Personen enthielten sich der Stimme.

7. Bis Anfang Juli hatten sich in Fürth 29 168 Einwohner an der Volksbefragung beteiligt. Von ihnen stimmten 26 595 gegen die Remilitarisierung Deutschlands. Damit hatten sich bis Anfang Juli von den insgesamt 54 000 wahlberechtigten Einwohnern der Stadt Fürth 54 v. H. an der Volksbefragung beteiligt.

8. 400 Bergarbeiter der Mittagsschicht und weitere 300 der Morgenschicht stimmten auf der Schachtanlage „Hugo Ost" in Gelsenkirchen gegen die Remilitarisierung. Kein einziger Bergarbeiter stimmte für die Remilitarisierung. Nicht einer enthielt sich der Stimme.

9. Von 662 befragten Bewohnern der Bochumer Straße in Wanne-Eickel stimmten 638 gegen die Remilitarisierung Deutschlands.

10. Bis zum 11. Juli 1951 waren in West-Berlin 219 433 Bürger über ihre Einstellung zur Remilitarisierung Deutschlands befragt worden. 87,1 v. H. von ihnen stimmten gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag noch im Jahre 1951. Bei den Abstimmungen in den Betrieben ergaben sich 90,9 v. H. der Stimmen gegen die Remilitarisierung.

Bei der Volksbefragung in den westdeutschen Fabriken entscheiden fast stets 90 v. H. und mehr der Werktätigen gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951. Im folgenden nur noch einige Beispiele aus dem Monat Juli 1951:

Schachtanlagen Saargebiet: Befragte 2570, gegen Remilitarisierung 2456, Stimmenthaltungen 99, für Remilitarisierung 15;

Frankfurt, Eisenbahnausbesserungswerk: Befragte 428, gegen Remilitarisierung 392, Stimmenthaltungen 31, für Remilitarisierung 5;

Schachtanlagen Fürst Leopold und Baldur: Befragte 2174, gegen Remilitarisierung 2129, Stimmenthaltungen 45, für Remilitarisierung keine;

Chemiewerk Hüls: Befragte 4020, gegen Remilitarisierung 3770, Stimmenthaltungen 217, für Remilitarisierung 33;

Kieler Howald-Werft: Befragte 1673, gegen Remilitarisierung 1594, Stimmenthaltungen 51, für Remilitarisierung 28;

Wieland-Werk, Vöhring/Oberbayern: Befragte 1354, gegen Remilitarisierung 1266, Stimmenthaltungen 80, für Remilitarisierung 8.

Ähnliche Resultate ergaben sich in zahllosen weiteren Betrieben Westdeutschlands. Abschließend soll nur noch ein besonders interessantes Ergebnis einer Volksbefragungsaktion angeführt werden, die unter den Zuschauern bei einem Motorradrennen bei Ingolstadt im Juli 1951 durchgeführt wurde.

Befragt wurden insgesamt 9837 Zuschauer des Rennens. Von ihnen stimmten gegen die Remilitarisierung 9538. Niemand enthielt sich der Stimme. 288 stimmten für die Remilitarisierung. Die restlichen Stimmzettel konnten nicht festgestellt werden, da sie von der eingreifenden Polizei beschlagnahmt wurden.

Wir sehen, ob private Befragung, ob Befragung im Zuge der Volksbefragungsaktion, das Ergebnis ist immer: 70, 80, 90 v. H. und mehr aller Deutschen sind entschieden gegen jede Remilitarisierung Deutschlands.

Die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus durch die amerikanischen und deutschen Imperialisten erfolgt also gegen den erklärten Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Die amerikanischen Imperialisten und Kriegstreiber und ihre deutschen Juniorpartner verfügen in Westdeutschland nur über eine Handvoll gekaufter deutscher Marionetten. Das deutsche Volk lehnt sie und ihre Kriegspolitik ab.

Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik

Am 25. April 1951 wandte sich der in Westdeutschland gebildete Hauptausschuß für Volksbefragung an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit folgendem Antrag:

„Düsseldorf, den 25. April 1951

An die
Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Ministerpräsident Otto Grotewohl
Berlin W 8
Regierungskanzlei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Am 28. Januar dieses Jahres haben 1700 Delegierte der Essener ‚Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Deutschlands' beschlossen, bei Bundeskanzler Dr. Adenauer die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 zu beantragen. Da die Regierung Adenauer diesem Ansuchen nicht stattgegeben hat, wendete sich der am 14. April in Essen konstituierte Hauptausschuß für Volksbefragung unmittelbar an die Bevölkerung der Bundesrepublik mit der Aufforderung, über folgende Fragen abzustimmen:

Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?

Inzwischen hat am 24. April die Regierung Adenauer wider Recht und Gesetz die Durchführung der Volksbefragung verboten.

Der Hauptausschuß hat aus allen Kreisen der Bevölkerung Anregungen und Vorschläge erhalten, seine Initiative nicht auf Westdeutschland zu beschränken und die Volksbefragung nicht nur in der Bundesrepublik durchzuführen, sondern zu veranlassen, daß auch die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Gelegenheit erhalten, sich zu dieser für Deutschland und unser gesamtes deutsches Volk entscheidenden Schicksalsfrage in einer freien und unbehinderten Befragung zu äußern. Entsprechend diesen Vorschlägen wenden wir uns hiermit an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit der Bitte, der Regierung und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik unsere Anregung vorzulegen und eine Volksbefragung über die Remilitarisierung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik herbeiführen zu lassen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung!

Für den Hauptausschuß für Volksbefragung

E. Hoerath-Menge — Karl Hentschel

Hellmuth v. Mücke — Johannes Oberhof."

Am 4. Mai 1951 beschloß die Regierung, diesem Antrag zu entsprechen, und die Volkskammer stimmte am 9. Mai einstimmig dem Regierungsvorschlag zu, die Volksbefragung vom 3. bis 5. Juni 1951 durchzuführen. In der Begründung des Regierungsbeschlusses erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht in seiner Rede vor der Volkskammer unter anderem:

„Wir sind für die Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik, weil wir gegen die Remilitarisierung in ganz Deutschland sind. Wir sind für die Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik, um zum Ausdruck zu bringen, daß sich die friedliebende Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik untrennbar mit den Friedenskräften in Westdeutschland und in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, brüderlich verbunden fühlt ...

Die Volksbefragung ist zu einer Lebensfrage für unser ganzes Volk geworden, weil in Westdeutschland entgegen dem Willen des deutschen Volkes die Adenauer-Clique mit General Eisenhower und McCloy Vereinbarungen getroffen hat, die gegen den Frieden und gegen die Existenz der deutschen Nation gerichtet sind. Während Truman und Eisenhower die Rassenhetze und die wahnsinnigen Welteroberungspläne Hitlers übernommen haben, hat Adenauer die Revanchepolitik der Hugenberg—Papen—Hitler übernommen. Das ist der Weg zu einem dritten Weltkrieg. Die Volksbefragung ist zur vordringlichsten Aufgabe des ganzen Volkes geworden."

„... Es gibt westdeutsche Bürger, die sagen, Volksabstimmung für einen

Friedensvertrag mit Deutschland sei ganz gut, aber die Sowjetunion stecke doch bestimmt dahinter. Vom sachlichen Standpunkt betrachtet, wären die Friedenskräfte in Deutschland froh, wenn recht viele Staaten hinter der Forderung des deutschen Volkes auf Abschluß eines Friedensvertrages stecken würden. Zum Beispiel würde es jeder begrüßen, wenn sich auch England und die USA für den Abschluß eines Friedensvertrages der Großmächte mit Deutschland einsetzen würden. Der einzige reale Maßstab des Verhältnisses der friedliebenden Deutschen zu den einzelnen Großmächten kann doch nur deren Stellungnahme zum Friedensvertrag mit Deutschland und dem darauffolgenden Abzug der Besatzungstruppen sein. Die Sowjetunion jedenfalls hat bewiesen, daß sie eine konsequente Haltung in dieser Frage vertritt...

Mögen manche Bürger bei uns gegen den Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion noch so viele Vorbehalte haben, eines kann niemand bestreiten, eines muß jeder friedliebende Bürger mit Hochachtung anerkennen: das konsequente Auftreten der Vertreter der Sowjetunion auf allen internationalen Konferenzen für eine friedliche Lösung des Problems der Einheit Deutschlands und für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates. Auf der Pariser Vorkonferenz der Stellvertretenden Außenminister hat der Vertreter der UdSSR, Gromyko, wiederum ‚die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland' gefordert. Eine feste Richtschnur für diese Friedenspolitik sind die Worte Generalissimus Stalins in seinem an Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gerichteten historischen Telegramm:

‚Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.'

Die Sowjetunion ist der einzige europäische Staat, der seit seiner Gründung niemals eine Handlung beging, die gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichtet gewesen wäre...

Die Freundschaft mit der Sowjetunion muß zur Sache aller patriotischen Deutschen werden!"

Der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht schloß seine Rede mit den aufrüttelnden Worten:

„Die Stunde der Verantwortung des deutschen Volkes ist gekommen.
Jeder Deutsche, der von ganzem Herzen will, daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint, der stimme mit Ja!
Möge das deutsche Volk den Frieden bis zum Äußersten verteidigen!"

In einer Rundfunkansprache, mit der sich der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, am 15. Mai 1951 an das deutsche Volk wandte, heißt es unter anderem:

„... Es gilt, unser Vaterland vor den grauenhaften Verbrechen zu bewahren, die die amerikanischen Kriegstreiber in Korea begehen, wo sie ein ganzes Land zur verbrannten Erde machen. Vor der großen nationalen Aufgabe der Verhinderung des Krieges und der Rettung unseres Vaterlandes treten alle politischen und religiösen Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund. Jeder möge sich bewußt sein, es geht um sein eigenes Leben, um das Leben von Frau und Kind, es geht um unsere Heimat, um die Zukunft der deutschen Nation. Von diesem Bewußtsein erfüllt, muß jeder seine ganze Kraft einsetzen, um die Volksbefragung zu einer einmütigen und machtvollen Willenskundgebung für die freie und friedliche Zukunft eines geeinten deutschen Vaterlandes zu machen."

In wie hohem Maße sich die Volkskammer, der Präsident und die Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Parteien und Massenorganisationen mit der Friedenssehnsucht und dem Friedenswillen aller Schichten des deutschen Volkes im Einklang befinden, beweist das Ergebnis der Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin. Das deutsche Volk hat sich hier der Größe der Verantwortung gewachsen gezeigt.

Von den 12 750 799 Abstimmungsberechtigten in der Deutschen Demokratischen Republik beteiligten sich 12 690 914 an der Volksbefragung. 12 153 352 von ihnen (das sind 95,93 v. H. der gültigen Stimmen) stimmten gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag. Ähnlich war das Ergebnis der Volksbefragung im demokratischen Sektor von Groß-Berlin.

Diese Volksbefragung erbrachte den Beweis, daß das deutsche Volk dort, wo es seine Stimme frei erheben kann, mit überwältigender Mehrheit die Remilitarisierung und den Krieg ablehnt.

Die amerikanischen Imperialisten und die Separatregierung Adenauer haben die Volksbefragung in Westdeutschland und West-Berlin verboten, und sie verfolgen die Friedensfreunde mit Terror, weil sie wissen, daß sich auch in Westdeutschland und West-Berlin bei freier Abstimmung dasselbe überwältigende Ergebnis wie in der Deutschen Demokratischen Republik herausstellen würde.

5. Ein empfindlicher Schlag

Die Ablehnung der Remilitarisierung Westdeutschlands durch die große Mehrheit der Bevölkerung und vor allem der bis zu konkreten Aktionen vorgeschrittene organisierte Widerstand gegen Remilitarisierung und Vorbereitung des geplanten amerikanischen Krieges hat die amerikanischen Kriegstreiber in beträchtliche Verwirrung versetzt. Adenauer und seine militärischen Ratgeber versichern zwar McCloy und Eisenhower, der Widerstand des deutschen Volkes werde überwunden. Habe man es erst einmal in die Zwangsjacke des bewährten preußisch-deutschen Kasernenhofdrills gepreßt, so würden ihm alle selbständigen Gedanken sehr schnell

vergehen. Diese Versicherungen haben die Zweifel und die Verwirrung im Lager der Kriegstreiber jedoch nicht zu beheben vermocht.

Schon im September 1950 sah sich die eine hundertfünfzigprozentige amerikanische Politik vertretende „Neue Zürcher Zeitung" (vom 6. September 1950) zu folgender Feststellung genötigt: „Die Bevölkerung Westdeutschlands verhält sich gegenüber der Wiederaufrüstung zurückhaltend, wenn nicht gar ablehnend. Im Ausland, in den angelsächsischen Ländern vor allem, herrscht darüber ziemliches Erstaunen ...!"

Die britische Zeitschrift „New Statesman and Nation" (London, 17. Februar 1951) muß zugeben, daß die Opposition gegen die Wiederaufrüstung in Deutschland außerordentlich stark ist. Sie „breite sich auf das ganze Spektrum deutschen Lebens aus, wobei Menschen aus den verschiedensten Parteien und politischen Richtungen einbezogen werden; Rechtsanwälte, Ärzte, Lehrer, Geschäftsleute und andere Personen erklärten ..., daß das deutsche Volk nicht wünsche, Deutschland in ein Schlachtfeld verwandelt zu sehen. Es will keinen Mann oder auch nur einen Pfennig für den Krieg opfern. Diese Menschen werden nicht von Kommunisten geführt... Trotz aller Schmierereien und Boykotts seitens der Presse und Regierung ist ohne Zweifel der Einfluß dieser Gruppen mit ihrer Forderung nach einer friedlichen Wiedervereinigung im Wachsen begriffen."

In seinem für den USA-Außenminister Acheson bestimmten Vierteljahresbericht für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1950 gibt McCloy zu, daß die Ablehnung der Remilitarisierung und der amerikanischen Kriegspolitik breite Schichten der westdeutschen Bevölkerung erfaßt hat. Jedoch glaube man, so schreibt er, daß mit fortschreitender Verwirklichung des Beschlusses der Nordatlantikpaktstaaten, ihre eigenen militärischen Kräfte zu verstärken, das deutsche Volk seine Haltung ändern werde.

Die amerikanische Zeitschrift „Harpers Magazine" formuliert die Hoffnungen McCloys in einem Leitartikel über die Wiederaufrüstung Deutschlands etwas gröber und stellt zynisch fest:

„Wenn die Eisenhower-Armee wirklich etwas Kraft erhalten wird ..., dann werden auch die Deutschen nicht mehr so zurückhaltend sein. Wie der liebe Gott tauchen auch sie im allgemeinen auf der Seite der stärkeren Bataillone auf." (Zitiert nach „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung", Stuttgart, 6. Juni 1951.)

Diese zynisch-offenen Äußerungen der amerikanischen Händler mit deutschem Kanonenfutter zeigen eine auffällige Verwandtschaft mit Adenauers „Forderung" nach Verstärkung der amerikanischen Interventionstruppen in Westdeutschland und Dr. Schumachers mehrfach geäußertem Wunsch, die amerikanischen Imperialisten mögen ihre Truppen nicht in Arizona oder Texas, sondern in der Lüneburger Heide oder am Rhein ausbilden. Das abgekartete Spiel liegt offen zutage.

Ärger und Betroffenheit über den ständig wachsenden und wirksamer werdenden Widerstand des deutschen Volkes, der die amerikanischen Pläne über den Haufen zu werfen droht, spricht deutlich auch aus dem offiziellen Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars McCloy für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1951. McCloy sieht sich trotz aller Versuche der Schönfärberei genötigt, das Vor-

handensein eines starken und zähen Widerstandes zuzugeben. Seine verzweifelten Versuche, den Kampf des deutschen Volkes um die Einheit Deutschlands und gegen die Remilitarisierung und den amerikanischen Krieg als Wirkung einer demnach fast allmächtigen „kommunistischen Propaganda" darzustellen, schlagen gegen ihn selbst und seine Auftraggeber. Er weiß kein anderes Mittel vorzuschlagen als die weitere Verstärkung der amerikanischen Interventionstruppen in Deutschland, die die Bevölkerung Westdeutschlands einschüchtern und für die Ziele des amerikanischen Imperialismus und seiner deutschen Juniorpartner gefügig machen soll.

Die erbitterte Reaktion der amerikanischen und der deutschen Imperialisten, der größten Feinde des deutschen Volkes, beweist, daß sein Widerstand die Kräfte des Krieges an ihrer empfindlichsten Stelle trifft.

6. Das deutsche Volk ist nicht allein

In seinem Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Vorbereitung des amerikanischen Krieges, der unlösbar verbunden ist mit dem Kampf um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland, ist das deutsche Volk nicht allein. Es wird unterstützt von allen friedliebenden Völkern der Welt, von den Friedenskräften in allen Völkern. Es wird unterstützt von dem großen und mächtigen, unter Führung der Sowjetunion stehenden Lager des Friedens, das Staaten mit einer Bevölkerung von zusammen mehr als 800 Millionen Menschen vereint und dessen Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens von der großen Mehrheit aller Menschen mit Sympathie und heißer Anteilnahme verfolgt wird. Der Kampf des deutschen Volkes gegen Remilitarisierung und Vorbereitung des amerikanischen Krieges ist — ob es dem einzelnen bewußt ist oder nicht — ein Bestandteil des großen weltweiten Kampfes um den Frieden und gegen die verbrecherischen Pläne der Kriegsbrandstifter.

Der westdeutsche Bauer in der Mainschleife, der sein Bauernland gegen die Vernichtung durch amerikanische oder britische Panzer verteidigt, der Kumpel im Ruhrgebiet, der sich gegen die mit der Remilitarisierung Westdeutschlands verbundene ständige Verschlechterung seiner Lebenslage in erbitterten Streikkämpfen zur Wehr setzt, die Mutter, die ihre Söhne davor bewahren will, in die Massengräber des amerikanischen Krieges marschieren zu müssen, der Helfer bei der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1951 — sie alle verteidigen nicht nur ihre eigenen Interessen, ihr Leben, ihre Existenz, die Existenz der deutschen Nation. Indem sie ihre eigenen Interessen *richtig* vertreten, indem sie für ihr Leben, ihre Existenz, die Existenz der deutschen Nation und den Frieden mit ihrer ganzen Kraft eintreten, verteidigen sie gleichermaßen das Leben und die Existenz der friedliebenden Menschen in Frankreich, in der Sowjetunion, in England, in Polen oder in den USA. Ebenso wie der Frieden unteilbar ist, ist auch der Kampf um den Frieden unteilbar. Die französischen und italienischen Hafenarbeiter, die die Ausladung amerikanischer Waffen und Munition verweigern und verhindern, die Pariser Hausfrau oder der Londoner Dockarbeiter, die gegen die mit der Aufrüstung

verbundene gewaltige Teuerung protestieren, die sowjetischen Arbeiter, die bei den Großbauten des Kommunismus täglich neue Heldentaten der Arbeit vollbringen, der britische Geistliche, der unermüdlich für den Frieden eintritt, sie alle verteidigen, indem sie ihre eigenen Interessen richtig vertreten, indem sie für ihr Leben, ihre Existenz, die Existenz ihres Volkes und den Frieden mit ihrer ganzen Kraft eintreten, zugleich auch das Leben und die Existenz des deutschen Bauern in der Mainschleife, des Kumpels im Ruhrgebiet, der deutschen Mutter und des Helfers bei der Volksbefragung.

Das Bewußtsein dieses Zusammenhanges, das Bewußtsein, die den Frieden liebenden Menschen der ganzen Welt zu Bundesgenossen zu haben, dieses Bewußtsein vervielfacht die Kraft, die Ausdauer des einzelnen, verleiht ihm Mut und gibt ihm die Gewißheit des endlichen Sieges seiner gerechten Sache, selbst wenn hier oder da die Feinde des Friedens vorübergehend Erfolg zu haben scheinen. Für die Bevölkerung Westdeutschlands, die Tag für Tag einer verlogenen Hetzpropaganda Goebbelsscher Prägung, die brutalen Terrormaßnahmen ausgesetzt ist, sobald sie es wagt, für den Frieden einzutreten, ist das Bewußtsein, mit den friedliebenden Menschen der ganzen Welt verbunden zu sein und sich auf das unbesiegbare Lager des Friedens stützen zu können, von allergrößter Bedeutung.

Die Remilitarisierung Westdeutschlands, die den Krieg bedeutet und die Existenz des deutschen Volkes in Frage stellt, geht alle Völker an, nicht nur das deutsche Volk. Das ergab sich besonders deutlich aus der Europäischen Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Deutschlands, die auf Vorschlag der Belegschaft des Hüttenwerkes Hagen-Haspe unter Beteiligung von etwa 900 Delegierten aus 17 europäischen Ländern vom 23. bis 25. März 1951 in Berlin tagte. Die Beschlüsse dieser Konferenz sind durch die Bereitschaft der Arbeiterschaft der europäischen Länder gekennzeichnet, die führende Rolle im Kampf um die Erhaltung des Friedens, gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Vorbereitung des amerikanischen Krieges zu übernehmen. Sie bedeuten eine große Hilfe und Unterstützung im Friedenskampf des deutschen Volkes.

Von entscheidender Bedeutung für den Kampf des deutschen Volkes für die Bildung eines einigen, friedliebenden, demokratischen und freien Deutschlands, für einen gerechten Friedensvertrag, für die Erhaltung und Sicherung des Friedens ist die tatkräftige Unterstützung, die ihm von den Regierungen der Sowjetunion und der Volksdemokratien gewährt wird. Die Sowjetunion ist der einzige der Unterzeichner des Potsdamer Abkommens, der die Verpflichtung zur Schaffung der Grundlagen für ein friedliches und demokratisches Deutschland in seinem Besatzungsbereich eingelöst hat. Die Sowjetunion hat auf allen gemeinsamen Konferenzen der Großmächte, auf denen die Deutschlandfrage beraten wurde, die Frage der deutschen Einheit, der Entmilitarisierung, der Sicherung einer friedlichen Entwicklung des deutschen Volkes gestellt. Die Sowjetunion war maßgeblich beteiligt auch an der Achtmächtebesprechung in Prag, die konkrete Vorschläge zur friedlichen Lösung der deutschen Frage und zur Sicherung des Friedens in Europa beschloß.

In diesen Prager Beschlüssen, bei denen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mitwirkte, heißt es u. a.:

„Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in irgendwelche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden."

In einem weiteren, vierten Punkt wurde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates gefordert.

Diese Prager Beschlüsse bedeuteten und bedeuten eine äußerst wertvolle Unterstützung des Kampfes des deutschen Volkes um den Frieden und um seine Lebensrechte. Sie zeigen vor aller Welt, daß das deutsche Volk in seinem gerechten Kampf auf die aktive Unterstützung der Sowjetunion und der Volksdemokratien rechnen kann.

Der Friede kann erhalten werden

In dem Interview Stalins mit einem Korrespondenten der „Prawda" (Februar 1951) gibt Stalin auf die Frage: „Halten Sie einen neuen Weltkrieg für unvermeidlich?" folgende Antwort:

„Nein. Zumindest darf man ihn gegenwärtig nicht für unvermeidlich halten. Natürlich gibt es in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England ebenso wie auch in Frankreich aggressive Kräfte, die nach einem neuen Krieg lechzen. Sie brauchen den Krieg, um Überprofite zu erzielen, um andere Länder auszuplündern. Das sind die Milliardäre und Millionäre, die den Krieg als Einnahmequelle betrachten, die kolossale Profite einbringt.

Sie, diese aggressiven Kräfte, halten in ihren Händen die reaktionären Regierungen und lenken sie. Gleichzeitig aber fürchten sie ihre Völker, die keinen neuen Krieg wollen und für die Erhaltung des Friedens sind. Deshalb bemühen sie sich, die reaktionären Regierungen zu benutzen, um ihre Völker durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und einen neuen Krieg

als einen Verteidigungskrieg, die friedliche Politik der friedliebenden Länder aber als eine aggressive darzustellen. Sie bemühen sich, ihre Völker zu betrügen, um ihnen ihre aggressiven Pläne aufzuzwingen und sie in einen neuen Krieg hineinzuziehen.

Eben deshalb fürchten sie die Kampagne zur Verteidigung des Friedens, in der Angst, diese Kampagne könnte die aggressiven Absichten der reaktionären Regierungen entlarven.

Eben deshalb durchkreuzen sie die Vorschläge der Sowjetunion über den Abschluß eines Friedenspaktes, über die Beschränkung der Rüstungen und über das Verbot der Atomwaffe, denn sie befürchten, die Annahme dieser Vorschläge würde die aggressiven Maßnahmen der reaktionären Regierungen vereiteln und das Wettrüsten unnötig machen.

Womit wird dieser Kampf der aggressiven und der friedliebenden Kräfte enden?

Der Friede wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum Äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen.

Deshalb ist jetzt die breite Kampagne für die Erhaltung des Friedens als Mittel zur Entlarvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegsbrandstifter von erstrangiger Bedeutung.

Was die Sowjetunion betrifft, so wird sie auch weiterhin unbeirrbar die Politik der Verhinderung des Krieges und der Erhaltung des Friedens durchführen."

Westdeutschland ist — wie in diesem Weißbuch nachgewiesen — infolge der Politik der imperialistischen Westmächte unter Führung der USA, die sich auf den deutschen Imperialismus als Bundesgenossen stützen, zu einem Gefahrenherd ersten Ranges für den Frieden geworden. Dem deutschen Volk ist von den in- und ausländischen Kriegstreibern die Rolle des Lieferanten von Kanonenfutter zugedacht. Die westdeutsche Wirtschaft wird in eine vorgeschobene Rüstungsbasis umgewandelt. Westdeutschland wird als Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz des amerikanischen Krieges vorbereitet. Die Voraussetzung für diese Politik der Kriegsvorbereitung in Westdeutschland schuf die von den Westmächten planmäßig betriebene und durchgeführte Spaltung Deutschlands.

Die aggressiven amerikanischen und deutschen Imperialisten bemühen sich, die Bevölkerung Westdeutschlands zu betrügen, ihren amerikanischen Aggressionskrieg als einen Verteidigungskrieg, die friedliche Politik der Sowjetunion, der Volksdemokratien und der Deutschen Demokratischen Republik als aggressive Politik darzustellen. Auf diese Weise soll das deutsche Volk für den amerikanischen Krieg reif gemacht werden.

Die Vorbereitungen für den amerikanischen Krieg sind auf deutschem Gebiet schon weit gediehen. Die Rüstungsproduktion kommt auf Touren. Eine von den alten aggressiven Kräften des deutschen Militarismus geführte westdeutsche „Wehrmacht"

ist im Entstehen. Die Offiziers- und Unteroffizierskader für die Aufstellung eines Massenheeres, das, unter amerikanischem Oberkommando und mit amerikanischen Waffen versehen, die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik überfallen soll, sind in den verschiedensten Polizeiverbänden, in den den imperialistischen Westmächten unterstehenden „Arbeitseinheiten" zu einem großen Teil bereits vorhanden. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht soll die Wiederherstellung des deutschen Militarismus vollendet werden. Die Gefahr für den Frieden tritt damit in ein neues, noch akuteres Stadium. Die Kriegsdrohung, die Bedrohung durch den deutschen Imperialismus betrifft alle Völker Europas, das französische Volk wie das deutsche Volk, die Völker der Sowjetunion wie die Völker Großbritanniens, Belgiens oder Italiens.

Die bisherigen Ergebnisse des Kampfes des deutschen Volkes gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr haben gezeigt, daß die Kriegstreiber ihre Pläne nicht durchführen können, wenn das deutsche Volk, das in seiner gewaltigen Mehrheit den Frieden genau so liebt und nötig braucht wie alle anderen Völker, alle seine Kräfte für die Erhaltung des Friedens, für die Verhinderung der Vollendung der Remilitarisierung Westdeutschlands, für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands einsetzt.

Auf dem deutschen Volk lastet eine gewaltige Verantwortung für den Frieden. Von seiner Haltung hängt es ab, ob die kriegslüsternen Imperialisten ihre Pläne durchsetzen können, oder ob der Friede gerettet wird. Wenn das deutsche Volk den Kriegstreibern nicht ins Garn geht, kann der amerikanische Krieg in Europa nicht stattfinden. Wenn die Bevölkerung Westdeutschlands in ihrem Widerstand erlahmt und sich erneut für imperialistische Eroberungskriege mißbrauchen läßt, kann der Krieg, der die Existenzgrundlagen der deutschen Nation vernichten würde, unvermeidlich werden.

Der Kampf gegen den Krieg ist gleichzeitig ein Kampf um die Sicherung der Existenz der deutschen Nation, des Lebens und der Existenz jedes einzelnen. Es kommt jetzt darauf an, daß jeder Deutsche die Größe der Gefahr, die Größe seiner Verantwortung erkennt und dementsprechend handelt.

Namensverzeichnis